



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

W I L N A

2011

Achtzehntes Treffen des Ministerrats

6. und 7. Dezember 2011

Beschlüsse des Ministerrats

**Ministererklärung über die Bekämpfung
jeder Form von Menschenhandel**

Berichte des Vorsitzes

Erklärungen von Delegationen

Berichte an den Ministerrat

Wilna 2011

7. Dezember 2011

GERMAN
Original: ENGLISH

MC18GW78

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

I. BESCHLÜSSE DES MINISTERRATS

Beschluss Nr. 1/10 über die Bestellung der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit....	3
Beschluss Nr. 2/10 über die Verlängerung des Mandats des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten.....	4
Beschluss Nr. 3/10 über Zeit und Ort des nächsten Gipfeltreffens und der nächsten Überprüfungskonferenz der OSZE	5
Beschluss Nr. 4/10 über den OSZE Vorsitz im Jahr 2013.....	7
Beschluss Nr. 5/10 über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats.....	8
Beschluss Nr. 1/11 über die Wiederbestellung von Botschafter Janez Lenarčič als Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte.....	9
Beschluss Nr. 2/11 über die Bestellung des Generalsekretärs der OSZE.....	10
Beschluss Nr. 3/11 über Elemente des Konfliktzyklus im Zusammenhang mit der Verstärkung der Fähigkeiten der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, frühzeitiges Handeln, Dialogerleichterung und Mediationsunterstützung sowie Konfliktnachsorge	11
Beschluss Nr. 4/11 über die Verstärkung des Engagements der OSZE für Afghanistan	17
Beschluss Nr. 5/11 über die Kooperationspartner	20
Beschluss Nr. 6/11 über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition.....	23
Beschluss Nr. 7/11 über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen.....	26
Beschluss Nr. 8/11 über die angemessene Rolle der OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.....	31
Beschluss Nr. 9/11 über die Verstärkung der Koordination und Kohärenz der Bemühungen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen.....	32
Beschluss Nr. 10/11 über die Förderung der Chancengleichheit für Frauen in der Wirtschaft.....	34
Beschluss Nr. 11/11 über die Verstärkung des Verkehrsdialogs in der OSZE.....	37
Beschluss Nr. 12/11 über den Antrag der Mongolei auf Zuerkennung des Status eines Teilnehmerstaats	40
Beschluss Nr. 13/11 über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats.....	41

	Beschluss über die aufeinanderfolgenden OSZE-Vorsitze in den Jahren 2014 und 2015, gegen den bis Freitag, 10. Februar 2012, 12.00 Uhr MEZ Einspruch erhoben werden kann.....	42
II.	MINISTERERKLÄRUNG ÜBER DIE BEKÄMPFUNG JEDER FORM VON MENSCHENHANDEL	
	Ministererklärung über die Bekämpfung jeder Form von Menschenhandel	45
III.	BERICHTE DES VORSITZES	
	Bedeutsame Schritte – Bericht an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats über die Fortschritte unter dem litauischen OSZE-Vorsitz 2011.....	51
	Bericht an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats über die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE im Jahr 2011	66
	Bericht an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats über die Modernisierung der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension.....	72
IV.	ERKLÄRUNGEN VON DELEGATIONEN	
	Eröffnungserklärung des Ministers für auswärtige Angelegenheiten von Litauen und Amtierenden Vorsitzenden der OSZE auf dem Achtzehnten Treffen des Ministerrats.....	79
	Erklärung des Ministerpräsidenten der Republik Litauen in der Schlussitzung des Achtzehnten Treffens des Ministerrats	82
	Gemeinsame Erklärung der Leiter der Delegationen der Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe und der Außenminister von Armenien und Aserbaidschan auf dem Achtzehnten Treffen des Ministerrats.....	84
	Erklärung der Delegation Aserbaidschans.....	85
	Erklärung der Delegation Armeniens	86
	Erklärung der Delegation Aserbaidschans.....	87
	Erklärung der Delegation Armeniens	88
	Erklärung der Europäischen Union.....	89
	Erklärung der Delegation der Russischen Föderation	91
	Erklärung der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika	93
	Erklärung der Delegation Kanadas	95
	Erklärung der Delegation der Türkei	97
	Erklärung der Delegation der Ukraine.....	99
V.	BERICHTE AN DEN MINISTERRAT	
	Fortschrittsbericht des Vorsitzes des FSK an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats über die laufende Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen.....	103
	Fortschrittsbericht des Vorsitzes des FSK an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats über die laufende Umsetzung des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition	124

Fortschrittsbericht des Vorsitzes des FSK an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats über Bemühungen zur weiteren Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit	144
Fortschrittsbericht des Vorsitzes des FSK an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats über Bemühungen im Bereich der Rüstungskontrollabkommen und vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen im Einklang mit dessen Mandat.....	149
Fortschrittsbericht des Vorsitzes des FSK an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats über die Bemühungen zur Unterstützung der Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in der OSZE-Region	154
Schreiben des Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation an den Minister für auswärtige Angelegenheiten von Litauen und Vorsitzenden des Achtzehnten Treffens des Ministerrats	165
Bericht des Vorsitzenden der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats.....	169
Bericht des Vorsitzenden der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner in Asien an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats.....	174
Bericht an das Achtzehnte Treffen des Ministerrats über das Treffen der OSZE-Troika mit den Kooperationspartnern in Asien	179

I. BESCHLÜSSES DES MINISTERRATS

BESCHLUSS Nr. 1/10
BESTELLUNG DER OSZE-BEAUFTRAGTEN FÜR
MEDIENFREIHEIT

(MC.DEC/1/10 vom 10. März 2010)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf Beschluss Nr. 193 des Ständigen Rates vom 5. November 1997 über die Einsetzung eines OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit,

in der Erwägung, dass die Amtszeit des derzeitigen Beauftragten für Medienfreiheit, Miklós Haraszti, gemäß Beschluss Nr. 1/07 des Ministerrats am 10. März 2010 endet,

mit dem Ausdruck seines Dankes an den scheidenden Beauftragten für Medienfreiheit, Miklós Haraszti,

unter Berücksichtigung der Empfehlung des Ständigen Rates –

beschließt, Dunja Mijatović für einen Zeitraum von drei Jahren ab 11. März 2010 zur Beauftragten für Medienfreiheit zu bestellen.

BESCHLUSS Nr. 2/10
VERLÄNGERUNG DES MANDATS DES HOHEN KOMMISSARS
DER OSZE FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

(MC.DEC/2/10 vom 22. Juli 2010)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf den Beschluss des KSZE-Gipfeltreffens von Helsinki 1992, einen Hohen Kommissar für nationale Minderheiten einzusetzen,

in der Erwägung, dass die erste Amtszeit des derzeitigen Mandats von Knut Vollebæk am 19. August 2010 endet,

unter Berücksichtigung der Empfehlung des Ständigen Rates –

beschließt, das Mandat von Knut Vollebæk als Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten mit Wirkung ab 20. August 2010 um drei Jahre zu verlängern.

BESCHLUSS Nr. 3/10
ZEIT UND ORT DES NÄCHSTEN GIPFELTREFFENS UND
DER NÄCHSTEN ÜBERPRÜFUNGSKONFERENZ DER OSZE
(MC.DEC/3/10 vom 3. August 2010)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf die Ministererklärung zum Korfu-Prozess der OSZE vom 2. Dezember 2009 (MC.DOC/1/09) sowie auf den Ministerratsbeschluss über Zeitpunkt und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats vom 2. Dezember 2009 (MC.DEC/14/09),

unter Hinweis auf den Beschluss des Gipfeltreffens von Budapest 1994, dass das jedem Gipfeltreffen vorausgehende Überprüfungstreffen in Wien stattfindet, sowie in Anbetracht des bei der Überprüfungskonferenz 1999 geübten Verfahrens, Teile davon an anderen Orten abzuhalten,

in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung der OSZE (MC.DOC/1/06) und unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 476 des Ständigen Rates über die Modalitäten für OSZE-Treffen zu Fragen der menschlichen Dimension,

unter Berücksichtigung des Beschlusses Nr. 932 des Ständigen Rates über den Termin des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension 2010 (HDIM) sowie des Beschlusses Nr. 933 des Ständigen Rates über die Themen für den zweiten Teil des HDIM 2010,

in Anbetracht der Tatsache, dass die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz, das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung und das Wirtschafts- und Umweltforum 2010 bereits stattgefunden haben, –

beschließt, dass

1. das nächste Gipfeltreffen der OSZE am 1. und 2. Dezember 2010 in Astana stattfindet;
2. das Achtzehnte Treffen des Ministerrats der OSZE 2011 abgehalten wird;
3. die dem nächsten OSZE-Gipfeltreffen vorausgehende Überprüfungskonferenz in drei Teilen stattfindet, wobei die Arbeitssitzungen wie folgt auf die einzelnen Dimensionen aufgeteilt werden:
 - (a) der erste Teil wird vom 30. September bis 8. Oktober 2010 in Warschau abgehalten;
 - (b) der zweite Teil wird vom 18. bis 26. Oktober 2010 in Wien abgehalten, mit Schwerpunkt (i) auf dem gesamten Spektrum der OSZE-Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension, (ii) auf dem gesamten Spektrum der OSZE-Verpflichtungen in der Wirtschafts- und Umweltdimension sowie (iii) auf den OSZE-Organen und -Aktivitäten; er wird in Form paralleler Arbeitssitzungen abgehalten;
 - (c) der dritte Teil wird vom 26. bis 28. November 2010 in Astana abgehalten.

Die Teile der Überprüfungskonferenz in Warschau und Astana werden sich auf das gesamte Spektrum der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension, einschließlich der von PC.DEC/933 vorgegebenen Themen, konzentrieren und in Form aufeinanderfolgender Arbeitssitzungen abgehalten. Die Modalitäten der jährlichen HDIMs laut PC.DEC/476 gelten sinngemäß für die der menschlichen Dimension gewidmeten Teile der Überprüfungskonferenz. Das HDIM 2010 wird abgesagt.

4. Der Ständige Rat fasst Beschlüsse über
 - die Tagesordnung, den organisatorischen Rahmen, den Zeitplan und die anderen Modalitäten des Gipfeltreffens der OSZE 2010 in Astana,
 - die Tagesordnung, den organisatorischen Rahmen, den Zeitplan und die anderen Modalitäten der Überprüfungskonferenz der OSZE 2010,
 - den Haushaltsplan für das Gipfeltreffen und die Überprüfungskonferenz 2010.

BESCHLUSS Nr. 4/10
OSZE-VORSITZ IM JAHR 2013
(MC.DEC/4/10 vom 23. November 2010)

Der Ministerrat

beschließt, dass die Ukraine im Jahr 2013 die Funktion des OSZE-Vorsitzes wahrnehmen wird.

BESCHLUSS Nr. 5/10
ZEIT UND ORT DES NÄCHSTEN
TREFFENS DES OSZE-MINISTERRATS
(MC.DEC/5/10 vom 29. November 2010)

Der Ministerrat

beschließt, dass das Achtzehnte Treffen des Ministerrats der OSZE am 6. und 7. Dezember 2011 in Wilna stattfinden wird.

BESCHLUSS Nr. 1/11
WIEDERBESTELLUNG VON BOTSCHAFTER JANEZ LENARČIČ
ALS DIREKTOR DES BÜROS FÜR DEMOKRATISCHE
INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE
(MC.DEC/1/11/Corr.1 vom 30. Mai 2011)

Der Ministerrat –

Bezug nehmend auf die Charta von Paris 1990 und den Beschluss des Ministerrats über die Entwicklung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), der auf dem zweiten Ministerratstreffen 1992 in Prag verabschiedet wurde,

unter Hinweis darauf, dass die Amtszeit des derzeitigen Direktors des BDIMR, Botschafter Janez Lenarčič, am 30. Juni 2011 endet,

unter Berücksichtigung der Empfehlung des Ständigen Rates –

beschließt die ausnahmsweise Wiederbestellung von Botschafter Janez Lenarčič als Direktor des BDIMR für einen Zeitraum von drei Jahren mit Wirkung ab 1. Juli 2011. Diese Ausnahme ist nicht als Änderung der für die Bestellung des Direktors des BDIMR geltenden Regeln auszulegen.

Anlage zu MC.DEC/1/11/Corr.1

INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Die Delegation Kanadas (auch im Namen Islands, Liechtensteins, Norwegens und der Schweiz):

„Herr Vorsitzender,

ich habe heute die Ehre, im Namen Islands, Liechtensteins, Norwegens, der Schweiz und Kanadas das Wort zu dieser sehr wichtigen Frage zu ergreifen und Ihnen diese interpretative Erklärung zur Kenntnis zu bringen.

Herr Vorsitzender,

wenn wir in diesem Fall ausnahmsweise mit einer Bezugnahme auf die Charta von Paris 1990 und dem Wort ‚Wiederbestellung‘ anstatt ‚Verlängerung‘, das das geeignetere Wort gewesen wäre, einverstanden sind, betonen wir gleichzeitig mit Nachdruck, dass dies keine Zustimmung zu einer Auslegung bedeutet, die Zweifel an der Gültigkeit früherer oder künftiger Verlängerungen der Amtszeit der Leiter von Institutionen zuließe.

Danke, Herr Vorsitzender.“

BESCHLUSS Nr. 2/11
BESTELLUNG DES GENERALSEKRETÄRS DER OSZE
(MC.DEC/2/11 vom 30. Juni 2011)

Der Ministerrat –

unter Hinweis auf den Beschluss des Dritten Treffens des Ministerrats der KSZE in Stockholm 1992 betreffend die Schaffung des Amtes eines Generalsekretärs, den Ministerratsbeschluss Nr. 15/04 vom 7. Dezember 2004 über die Rolle des Generalsekretärs der OSZE, den Ministerratsbeschluss Nr. 18/06 über die weitere Stärkung der Wirksamkeit der Durchführungsorgane der OSZE und den Ministerratsbeschluss Nr. 3/08 vom 22. Oktober 2008 über die Dauer des Dienstverhältnisses des OSZE-Generalsekretärs,

mit dem Ausdruck des Dankes an den scheidenden Generalsekretär, Botschafter Marc Perrin de Brichambaut, für seinen unschätzbaren Beitrag zur Stärkung der OSZE und zur Weiterentwicklung ihrer Aktivitäten sowie für sein unerschütterliches Engagement und seine Integrität bei der Erfüllung seiner Aufgaben,

unter Berücksichtigung der Empfehlung des Ständigen Rates –

beschließt, Lamberto Zannier für einen Zeitraum von drei Jahren mit Wirkung vom 1. Juli 2011 zum Generalsekretär der OSZE zu bestellen.

BESCHLUSS Nr. 3/11
ELEMENTE DES KONFLIKTZYKLUS IM ZUSAMMENHANG MIT
DER VERSTÄRKUNG DER FÄHIGKEITEN DER OSZE IN DEN
BEREICHEN FRÜHWARNUNG, FRÜHZEITIGES HANDELN,
DIALOGERLEICHTERUNG UND MEDIATIONSUNTERSTÜTZUNG
SOWIE KONFLIKTNACHSORGE
(MC.DEC/3/11/Corr.1 vom 7. Dezember 2011)

Der Ministerrat –

in Bekräftigung unseres uneingeschränkten Festhaltens an der Charta der Vereinten Nationen und allen OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen, beginnend mit der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris, dem Helsinki-Dokument 1992, dem Budapester Dokument 1994, der auf dem Gipfeltreffen von Istanbul 1999 verabschiedeten Europäischen Sicherheitscharta, der Ministererklärung von Athen 2009 und dem Beschluss über den Korfu-Prozess der OSZE, der Gedenkerklärung von Astana 2010 und allen von uns vereinbarten OSZE-Dokumenten, sowie unserer Verantwortung, sie vollständig und nach Treu und Glauben umzusetzen,

unter Hinweis darauf, dass die OSZE eine regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen und eine der wichtigsten Organisationen für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten innerhalb ihrer Region sowie ein Hauptinstrument für Frühwarnung, Konfliktverhütung und Konfliktlösung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge ist,

in Anerkennung der Hauptverantwortung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und seiner unverzichtbaren Rolle für die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum,

mit dem erneuten Bekenntnis zur Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok, deren Grundlagen vereinbarte Prinzipien, gemeinsame Verpflichtungen und gemeinsame Ziele sind,

ferner im Bekenntnis zu der auf dem Gipfeltreffen von Astana gegebenen Zusage, größere Anstrengungen zur Lösung bestehender Konflikte im OSZE-Raum auf friedlichem Wege und durch Verhandlungen im Rahmen vereinbarter Formate und unter voller Beachtung der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki und des Völkerrechts zu unternehmen und neue Krisen zu verhindern sowie auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt zu verzichten, wenn diese im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen oder den zehn Prinzipien der Schlussakte von Helsinki steht,

die Notwendigkeit unterstreichend, dass diese vereinbarten Grundsätze in gleicher Weise auf alle Konflikt- und Krisensituationen im OSZE-Raum Anwendung finden sollten, und in dem Wissen, dass jede Krisen- bzw. Konfliktsituation besondere Merkmale aufweist und es daher eines auf die jeweilige Situation abgestimmten Vorgehens bedarf,

eingedenk der Verpflichtung, den Konsens als Grundlage der Beschlussfassung in der OSZE weiterhin beizubehalten und der Notwendigkeit, die Flexibilität und Fähigkeit der OSZE, rasch auf ein politisches Umfeld im Wandel zu reagieren, als Kernstück des kooperativen und umfassenden Herangehens der OSZE an die gemeinsame und unteilbare Sicherheit zu erhalten,

in der Erkenntnis, dass eine Bedrohung unserer Sicherheit sowohl von Konflikten innerhalb von Staaten als auch von Konflikten zwischen Staaten ausgehen kann,

unter Berücksichtigung der auf die Verbesserung der Fähigkeiten der OSZE abzielenden Diskussionen im Rahmen des Korfu-Prozesses und der Vorbereitung des Gipfeltreffens von Astana sowie des V-V-Dialogs,

in Anbetracht der Notwendigkeit, rechtzeitig und präventionsorientiert auf Krisen und Konflikte zu reagieren, was unter anderem Folgendes erfordert: eine umfassende Frühwarnfähigkeit in allen drei OSZE-Dimensionen, zeitnahe, objektive und nachprüfbar Informationen auch über die humanitären und Sicherheitsverhältnisse vor Ort, einschließlich in Krisenzeiten, sowie der politische Wille, rasch und wirkungsvoll zu handeln, die vollständige Nutzung der vorhandenen OSZE-Instrumente, -Mechanismen und -Verfahren für die Auseinandersetzung mit den einzelnen Phasen des Konfliktzyklus und die Fähigkeit, erforderlichenfalls neue zu schaffen,

im Bewusstsein der Tatsache, dass die Fähigkeit der OSZE, ziviles, polizeiliches oder unbewaffnetes militärisches Expertenwissen rasch zum Einsatz zu bringen, ausschlaggebend für eine wirksame Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge ist,

in Anbetracht der Notwendigkeit, die Bemühungen der OSZE im Bereich der Konfliktnachsorge zu verstärken, und der Wichtigkeit, einen Rückfall in eine Krise oder einen Konflikt zu vermeiden,

in Anerkennung der entscheidenden Rolle, die der Dialogerleichterung und Mediation sowie der präventiven und stillen Diplomatie als Instrumente für frühzeitiges Handeln, Krisenmanagement, Konfliktlösung, Konfliktnachsorge und Vertrauensbildung für die Schaffung von dauerhaftem Frieden zukommt, sowie in Anerkennung des diesbezüglichen Beitrags der Mediatoren und Sonderbeauftragten der OSZE,

in der Erkenntnis, dass die Auseinandersetzung mit den vielfältigen Ursachen von Krisen und Konflikten eine umfassende, dimensionsübergreifende Reaktion erfordert, und es dazu auch der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Teilnehmerstaaten und den Durchführungsorganen der OSZE, einschließlich der Feldoperationen in Abhängigkeit ihres Mandats, sowie der Parlamentarischen Versammlung und internationalen und regionalen Organisationen bedarf,

mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Wichtigkeit einer vollständigen Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in allen drei Dimensionen in allen Phasen des Konfliktzyklus durch die Teilnehmerstaaten,

erneut feststellend, dass zur Konfliktverhütung, Konfliktlösung, Konfliktnachsorge und Friedensstiftung auch Bemühungen gehören müssen, sich mit Verletzungen der

Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie mit Intoleranz und Diskriminierung und dem Fehlen starker demokratischer Institutionen und von Rechtsstaatlichkeit zu befassen,

in der Erkenntnis, dass die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten sowie von Personen, die von Vertreibung bedroht oder betroffen sind, in allen Phasen des Konfliktzyklus wirksam geschützt werden müssen,

unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Behinderungen des wirtschaftlichen Wohlstands und der sozialen Entwicklung sowie Bedrohungen der Umweltsicherheit, unter anderem durch Umweltzerstörung, Natur- oder vom Menschen verursachte Katastrophen und deren potenzielle Auswirkung auf den Migrationsdruck, möglicherweise zu Konflikten beitragen könnten,

in Bekräftigung der wichtigen Rolle der Frauen in der Konfliktverhütung und -lösung sowie in der Friedensstiftung, unter Hinweis auf Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats und in Anerkennung der wichtigen Rolle der Zivilgesellschaft,

ferner in Bekräftigung unseres uneingeschränkten Bekenntnisses zu den OSZE-Beschlüssen, -Verpflichtungen und -Prinzipien betreffend die politisch-militärischen Aspekte der Sicherheit, darunter etwa das Dokument über stabilisierende Maßnahmen für örtlich begrenzte Krisensituationen von 1993, der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit von 1994, das Wiener Dokument, das Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen und die Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen, und in Anerkennung ihrer Bedeutung für die Vertrauens- und Sicherheitsbildung und die Konfliktverhütung und Konfliktlösung,

im Rahmen der bestehenden Mandate des OSZE-Vorsitzes, des Generalsekretärs und anderer Durchführungsorgane, wie sie etwa im Beschluss Nr. 8/02 des Ministerratstreffens von Porto und in anderen maßgeblichen Beschlüssen des OSZE-Ministerrats festgelegt wurden, um eine zeitnahe und präventive Reaktion auf Krisen und Konflikte zu ermöglichen und Bemühungen zur Mediationsunterstützung und Konfliktnachsorge zu verstärken, zugleich jedoch auch Mandatsüberschneidungen sowie eine Verdoppelung von Funktionen und Aufgaben zu vermeiden, –

1. beschließt, in Erwartung weiterer Schritte zur Befassung mit dem Konfliktzyklus, die Fähigkeiten der OSZE für Frühwarnung, frühzeitiges Handeln, Dialogerleichterung, Mediationsunterstützung sowie Konfliktnachsorge auf operativer Ebene wie folgt zu verstärken:
2. beauftragt den Generalsekretär, dafür zu sorgen, dass das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) des Sekretariats die Rolle und Funktionen einer Schaltstelle für systematische Sammlung, Zusammenführung, Analyse und Bewertung der maßgeblichen Frühwarnsignale verschiedenster Herkunft für die gesamte Organisation übernimmt, in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den anderen Durchführungsorganen der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung;
3. legt den Durchführungsorganen der OSZE nachdrücklich nahe, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats den Austausch von Informationen über alle Phasen des Konfliktzyklus zu verstärken, und fordert sie auf, sich diesbezüglich verstärkt abzustimmen;

4. beauftragt den Generalsekretär, in Absprache mit dem Vorsitz
 - für Frühwarnung an die Teilnehmerstaaten zu sorgen und zu diesem Zweck dem Ständigen Rat jeden Fall neu auftretender Spannungen oder Konflikte im OSZE-Raum zur Kenntnis zu bringen, in Ergänzung der in den jeweiligen Mandaten aller maßgeblichen Durchführungsorgane der OSZE bereits enthaltenen Frühwarnfunktionen;
 - dem Ständigen Rat nach Rücksprache mit dem (den) betreffenden Teilnehmerstaat(en) mögliche Optionen für (eine) zeitnahe und wirkungsvolle Reaktion(en) auf eskalierende Spannungen oder Konflikte im OSZE-Raum vorzuschlagen;
 - die Fähigkeiten der OSZE zur Frühwarnung in Abstimmung mit anderen Durchführungsorganen im Rahmen der verfügbaren Mittel systematischer, umfassender und dimensionsübergreifender zu stärken;
 - einen Vorschlag auszuarbeiten, wie potenzielle Beiträge der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für die Entwicklung effektiverer Reaktionen auf neu auftretende Krisen und Konflikte besser genutzt werden können;
 - einen Vorschlag auszuarbeiten, wie die Fähigkeiten der OSZE zur Faktenermittlung, einschließlich durch Expertenteams, bei neu auftretenden Krisen und Konflikten verstärkt werden können, und dem Ständigen Rat zur Erwägung zu unterbreiten;
5. vereinbart, dass die Teilnehmerstaaten gegebenenfalls einander und den Vorsitz bei erster Gelegenheit über neu auftretende Krisen oder Konflikte informieren, die die Sicherheit und Stabilität in irgendeinem Gebiet des OSZE-Raums bedrohen;
6. fordert den Vorsitz nachdrücklich auf, sein Mandat in vollem Umfang zu nutzen und den Ständigen Rat unverzüglich, erforderlichenfalls auch in Sondersitzung, in erweiterter Sitzung bzw. gemeinsamer FSK/StR-Sitzung, zur Prüfung von Frühwarnsignalen und möglichen Reaktionen einzuberufen, und ermutigt den Ständigen Rat in Zusammenhang damit dazu,
 - gegebenenfalls die Teilnahme der unmittelbar beteiligten Durchführungsorgane der OSZE sowie der Parlamentarischen Versammlung der OSZE an Debatten des Ständigen Rates über neu auftretende und bestehende Krisen bzw. Konflikte, die in ihr jeweiliges Mandat fallende Fragen betreffen, gutzuheißend;
 - ein engeres Zusammenwirken mit dem Forum für Sicherheitskooperation anzustreben, das seinen eigenen Beitrag zu dieser Arbeit im Rahmen seiner Kompetenzen und seines Mandats leisten wird;
 - Diskussionen im Ständigen Rat über neu auftretende Krisen und Konflikte weiter zu verfolgen;
 - Beiträge von anderen beteiligten internationalen und regionalen Organisationen einzuholen und gegebenenfalls externe Berater beizuziehen;

7. legt dem Vorsitz nahe, ausgehend von bisherigen Erfahrungen und Erkenntnissen themenbezogene Sitzungen zu einem konkreten Konflikt im OSZE-Raum zu veranstalten;
8. erwartet vom Vorsitz und den Durchführungsorganen der OSZE, dass sie ihr jeweiliges Mandat in vollem Umfang für die Auseinandersetzung mit allen Phasen des Konfliktzyklus nutzen, und legt dem Vorsitz und den Teilnehmerstaaten nachdrücklich nahe, rasch und in größtmöglichem Maße alle verfügbaren Instrumente und Verfahren einzusetzen, die auf eine bestimmte Krise oder Konfliktsituation anwendbar sind; beauftragt in diesem Sinn die maßgeblichen Durchführungsorgane der OSZE, auf Ersuchen des Vorsitzes bzw. der Beschlussfassungsgremien Beratung für den Einsatz der vorhandenen Instrumente, Mechanismen und Verfahren anzubieten und gegebenenfalls jene zu empfehlen, die sich für eine bestimmte Krise oder einen bestimmten neu auftretenden Konflikt eignen;
9. beauftragt den Generalsekretär, im KVZ eine Koordinationsstelle für die Mediationsunterstützung zu benennen;
10. beauftragt den Generalsekretär, in enger Zusammenarbeit und Absprache mit dem Vorsitz und den Durchführungsorganen einen Vorschlag zur Prüfung durch den Ständigen Rat zur Frage auszuarbeiten, wie das Engagement der OSZE in Konfliktmediation möglichst nachhaltig, konsequent und wirksam gestaltet und die Rolle der OSZE-Mediatoren gestärkt werden kann. Dieser Vorschlag zielt unter anderem darauf ab, im KVZ ein systematisches Mediationsunterstützungspotenzial aufzubauen, das unter anderem Folgendes umfasst: (1) Ausbildung und Aufbau von Kompetenz in den OSZE-Strukturen; (2) Wissensmanagement und operative Vorgaben; (3) Außenkontakte, Vernetzung, Zusammenarbeit und Koordinierung mit einschlägigen lokalen/nationalen Handlungsträgern sowie mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen; (4) operative Unterstützung des Vorsitzes sowie seiner Sonderbeauftragten, der Leiter der Feldoperationen sowie anderer maßgeblicher OSZE-Mediatoren;
11. fordert den Vorsitz, die Teilnehmerstaaten und die Durchführungsorgane der OSZE nachdrücklich auf, dafür Sorge zu tragen, dass Konfliktnachsorgebemühungen umfassend, systematisch und nachhaltig sind, einschließlich der mit Zustimmung des aufnehmenden Teilnehmerstaats erfolgenden Entsendung von Expertenteams sowie anderer Formen einer vorübergehenden Präsenz vor Ort, die auf die konkreten Erfordernisse eines bestimmten Konflikts zugeschnitten sind und auf den bestehenden Mandaten und der fachlichen Kompetenz der betreffenden Durchführungsorgane im Einklang mit einschlägigen Beschlussfassungsverfahren basieren;
12. fordert die Teilnehmerstaaten auf, nationale Verzeichnisse von Experten zu erstellen, die für Konfliktnachsorgebemühungen der OSZE und die anderen Phasen des Konfliktzyklus zur Verfügung stehen, und diesen Experten die notwendige Spezialausbildung zukommen zu lassen, damit sie in einer Krise oder einem Konflikt unverzüglich eingesetzt werden können;
13. fordert die Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, mit Unterstützung der Durchführungsorgane auf frühere OSZE-Dokumente zurückgehende OSZE-Instrumente wie die schnellen Einsatzgruppen für Expertenhilfe und Kooperation (REACT) optimal einzusetzen, und beauftragt die Durchführungsorgane der OSZE, die Lehren aus dem Einsatz dieser Instrumente zu sammeln und zu analysieren, um davon ausgehend vorbildliche Methoden zu entwickeln;

14. legt den Teilnehmerstaaten nachdrücklich nahe, UNSCR 1325 umzusetzen und zu diesem Zweck dafür Sorge zu tragen, dass mehr Frauen auf allen Ebenen der Konfliktlösungs- und Friedensprozesse vertreten sind, und beauftragt den Generalsekretär, in Absprache mit dem Amtierenden Vorsitz dazu einen Katalog konkreter Empfehlungen auszuarbeiten und dem Ständigen Rat zur Erwägung vorzulegen;
15. legt den Teilnehmerstaaten und – im Rahmen ihres jeweiligen Mandats – den Durchführungsorganen der OSZE nahe, in den drei Sicherheitsdimensionen, in allen Phasen des Konfliktzyklus und nach Zustimmung der direkt betroffenen Teilnehmerstaaten, verstärkt von vertrauensbildenden Maßnahmen und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VBMs und VSBMs) Gebrauch zu machen, darunter auch solchen, die Vertreter der Zivilgesellschaft einbinden;
16. beauftragt die Durchführungsorgane der OSZE, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat und im Rahmen der einschlägigen Beschlüsse der Beschlussfassungsorgane der OSZE ihre Zusammenarbeit und Abstimmung mit anderen internationalen und regionalen Organisationen, insbesondere mit deren jeweiligen Strukturen vor Ort, sowie mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zu verstärken, die finanzielle, technische und politische Effizienz zu erhöhen, die Lastenteilung zu verstärken, unnötige Doppelarbeit möglichst gering zu halten und den bestmöglichen Einsatz verfügbarer Mittel zu fördern. Die Durchführungsorgane der OSZE sollten aus ihren Erfahrungen auch Erkenntnisse ableiten und vorbildliche Methoden für die Zusammenarbeit und Abstimmung mit anderen internationalen Akteuren vor Ort entwickeln;
17. fordert größere Anstrengungen, um bestehende Konflikte im OSZE-Raum friedlich und durch Verhandlungen im Rahmen vereinbarter Formate, unter vollständiger Einhaltung der UN-Charta, der Schlussakte von Helsinki und des Völkerrechts zu lösen. Diesbezüglich fordert er den Vorsitz und die Teilnehmerstaaten auf, Schritte zur Stärkung der Fähigkeiten der OSZE für die weitere Befassung mit dem Konfliktzyklus zu setzen;
18. beauftragt den Generalsekretär, als ersten Schritt zur Information der Teilnehmerstaaten bis 16. Juli 2012 einen Bericht über die Fortschritte und möglichen Optionen für das weitere Vorgehen auf den in diesem Beschluss angesprochenen Gebieten vorzulegen, einschließlich möglicher Optionen für die Deckung eventuell anfallender Kosten.

BESCHLUSS Nr. 4/11
VERSTÄRKUNG DES ENGAGEMENTS DER OSZE
FÜR AFGHANISTAN

(MC.DEC/4/11/Corr.1 vom 7. Dezember 2011)

Der Ministerrat –

dem gemeinsamen Ziel verpflichtet, langfristige Sicherheit und Stabilität in Afghanistan, seit 2003 Kooperationspartner der OSZE, zu fördern,

in der Überzeugung, dass sich langfristige Sicherheit und Stabilität in Afghanistan auf die Sicherheit in der OSZE-Region unmittelbar auswirken,

in Anerkennung der grundlegenden Rolle der Vereinten Nationen für die internationalen Bemühungen um die Förderung von Frieden und Stabilität in Afghanistan sowie des wertvollen Beitrags, den die aktiv mit der Hilfe für Afghanistan befassten einschlägigen regionalen und internationalen Organisationen und Institutionen, unter anderem NATO, EU, CSTO, CICA und SCO, leisten, und unterstreichend, wie wichtig die Koordinierung dieser Bemühungen sowie die Vermeidung von Doppelarbeit ist, indem unter anderem bestmöglicher Gebrauch von bestehenden Koordinierungsmechanismen gemacht wird,

erfreut über den auf der Afghanistan-Konferenz von Istanbul am 2. November 2011 eingeleiteten Istanbul-Prozess für regionale Sicherheit und Zusammenarbeit für ein sicheres und stabiles Afghanistan sowie über die Ergebnisse der internationalen Afghanistan-Konferenz vom 5. Dezember 2011 in Bonn,

in Anerkennung des Beitrags der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten im Rahmen der UN-geführten Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft um Hilfestellung für Afghanistan in Bereichen, in denen die OSZE über eigene Expertise und Erfahrung verfügt,

unter Betonung der besonderen Verantwortung der Regierung Afghanistans für langfristige Sicherheit und Stabilität im Lande, die durch einen von Afghanistan geführten, verantworteten und betriebenen Prozess zustande kommen müssen,

in Unterstützung des laufenden Prozesses der Übergabe der Verantwortung an die afghanischen Behörden im Rahmen des Kabul-Prozesses, die auch die Gewährleistung von umfassender Sicherheit einschließt, und nach wie vor davon überzeugt, dass sich die bis zum Abschluss des Übergangsprozesses im Jahr 2014 erzielten Fortschritte auf den weiteren Verlauf der derzeit in Afghanistan im Gange befindlichen Bemühungen entscheidend auswirken werden, und im Vertrauen darauf, dass die OSZE dank ihrer Expertise und Erfahrung einen konkreten Beitrag dazu leisten kann,

in Anerkennung der maßgeblichen Rolle, die der Beschluss Nr. 4/07 des Ministerrats von Madrid über das Engagement der OSZE für Afghanistan seit 2007 für die Förderung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und Afghanistan spielt,

unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 2/09 des Ministerrats von Athen über weitere Bemühungen der OSZE im Umgang mit transnationalen Bedrohungen und Heraus-

forderungen für die Sicherheit und Stabilität, der zu einer entschlosseneren Umsetzung des Beschlusses Nr. 4/07 des Ministerrats von Madrid auffordert,

unter Hinweis auf die Gedenkerklärung von Astana, in der anerkannt wird, dass die Sicherheit in der OSZE-Region untrennbar mit der Sicherheit in angrenzenden Regionen verbunden ist, und insbesondere die Notwendigkeit unterstrichen wird, einen wirksamen Beitrag zu den gemeinsamen internationalen Bemühungen zur Förderung eines stabilen, unabhängigen, prosperierenden und demokratischen Afghanistan zu leisten,

eingedenk der Bedrohung des Weltfriedens und der Stabilität in der Region und darüber hinaus, die von der illegalen Produktion, dem illegalen Handel und dem Konsum von Drogen aus Afghanistan ausgeht, und unterstreichend, wie wichtig die Zusammenarbeit mit Afghanistan im Hinblick auf die Eindämmung dieser Gefahr und die Verstärkung der Zusammenarbeit im Grenzmanagement zwischen Afghanistan und seinen Nachbarn durch Sicherstellung umfassender Drogenbekämpfungsmaßnahmen ist,

in Würdigung der Bemühungen der Teilnehmerstaaten, der Kooperationspartner, des Sekretariats und der Feldoperationen der OSZE um die Umsetzung des Beschlusses Nr. 4/07 des Ministerrats von Madrid, mit dem Ziel, Afghanistan auf den Gebieten Grenzsicherung, Ausbildung von Polizei- und Zollbeamten und Bekämpfung des illegalen Drogenhandels, unter anderem durch die Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe und andere Aus- und Fortbildungseinrichtungen in den OSZE-Teilnehmerstaaten Hilfestellung zu leisten,

mit Dank und Anerkennung für die Wahlunterstützung, die Afghanistan von vier OSZE/BDIMR-Wahlunterstützungsteams im Einklang mit den maßgeblichen Beschlüssen des Ständigen Rates und auf Ersuchen der afghanischen Regierung erhielt, und unter nachdrücklichem Hinweis auf die Bedeutung, die wir transparenten, niemanden ausschließenden, freien und fairen Wahlen in Afghanistan im Einklang mit seinen nationalen Rechtsvorschriften und mit völkerrechtlichen Standards beimessen,

mit der Feststellung, dass die Teilnahme offizieller Vertreter Afghanistans und Vertreter der Zivilgesellschaft an OSZE-Veranstaltungen wichtig ist, und die Bereitschaft der OSZE bekräftigend, im Rahmen ihres Mandats und der verfügbaren Mittel Afghanistan bei seiner freiwilligen Umsetzung der OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen zu helfen,

mit Genugtuung über die Nutzung des Partnerschaftsfonds im Sinne von Beschluss Nr. 812 des Ständigen Rates für die Förderung vertiefter Beziehungen mit Afghanistan und die Unterstützung einer verstärkten Teilnahme afghanischer Vertreter an OSZE-Aktivitäten in allen drei Sicherheitsdimensionen,

in Anerkennung der wichtigen Rolle der Bildung für die Stabilität und Entwicklung in Afghanistan und insbesondere des Beitrags der OSZE-Akademie in Bischkek in ihrer Funktion als Förderin der OSZE-Werte,

überzeugt von der Wichtigkeit der regionalen Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und den zentralasiatischen OSZE-Teilnehmerstaaten und der unverzichtbaren Rolle dieser Teilnehmerstaaten für die Förderung der langfristigen Sicherheit und Stabilität in Afghanistan,

erfreut über die bilateralen und multilateralen Initiativen zwischen Afghanistan und den Ländern der Region, die zur Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit und zur Verstärkung des Vertrauens beitragen könnten,

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und Afghanistan zu verstärken, –

1. beschließt, das Engagement der OSZE für Afghanistan in allen drei Dimensionen und auf Grundlage des OSZE-Konzepts der umfassenden, kooperativen und unteilbaren Sicherheit auf Ersuchen der Regierung von Afghanistan weiter zu verstärken;
2. ersucht die Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner der OSZE, auf freiwilliger Basis zu den Bemühungen der OSZE und der internationalen Staatengemeinschaft beizutragen, um die langfristige Sicherheit und Stabilität in Afghanistan zu fördern;
3. beauftragt den Generalsekretär und die Durchführungsorgane, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat und den festgelegten Verfahren, die laufenden Kooperationsprojekte und -programme der OSZE und Afghanistans fortzusetzen und ein neues Paket von Aktivitäten in allen drei Dimensionen der Sicherheit zu schnüren, im Benehmen mit den Teilnehmerstaaten und in Abstimmung mit den Vereinten Nationen und anderen maßgeblichen internationalen und regionalen Organisationen;
4. beauftragt den Generalsekretär, als Stabsstelle für alle OSZE-Durchführungsorgane für Koordination und Kohärenz in der Umsetzung von Afghanistan-Projekten und -Programmen im OSZE-Raum zu sorgen;
5. fordert die Durchführungsorgane der OSZE auf, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats eine umfassendere Teilnahme offizieller Vertreter Afghanistans und von Vertretern der Zivilgesellschaft an einschlägigen OSZE-Veranstaltungen, gegebenenfalls auch unter Einsatz des Partnerschaftsfonds, zu fördern;
6. empfiehlt Afghanistan die Einrichtung eines permanenten, nationalen Mechanismus mit der Funktion einer Koordinationsstelle, der die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und Afghanistan erleichtern soll, um eine bessere Umsetzung und Nachbereitung von OSZE-Projekten und -Aktivitäten zu ermöglichen;
7. bekundet die Bereitschaft, auf Ersuchen der afghanischen Regierung gegebenenfalls Wahlunterstützung zu leisten, insbesondere im Lichte der bevorstehenden Präsidenten- und Parlamentswahlen in Afghanistan;
8. beauftragt den Ständigen Rat, sich weiterhin mit der Angelegenheit und der Suche nach und der Bewertung von Möglichkeiten für ein weiteres Engagement für Afghanistan auf dessen Ersuchen zu befassen;
9. lädt die Teilnehmerstaaten dazu ein, Konsultationen im Rahmen der Kontaktgruppe mit den asiatischen Kooperationspartnern fortzusetzen, um laufende und neue OSZE-Aktivitäten in allen drei Dimensionen weiterzuentwickeln;
10. beauftragt den Generalsekretär, den Teilnehmerstaaten regelmäßig über die Umsetzung dieses Beschlusses zu berichten.

BESCHLUSS Nr. 5/11
KOOPERATIONSPARTNER
(MC.DEC/5/11/Corr.1 vom 7. Dezember 2011)

Der Ministerrat –

eingedenk der Schlussakte von Helsinki von 1975, in der die enge Verbindung zwischen Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt anerkannt wird,

eingedenk der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert, die 2003 auf dem Elften Treffen des Ministerrats in Maastricht angenommen wurde und in der es heißt, dass die OSZE ihre Zusammenarbeit mit ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und Asien intensivieren wird, indem sie beizeiten Bereiche gemeinsamer Interessen und Anliegen und Möglichkeiten für ein weiteres abgestimmtes Vorgehen aufzeigt,

in der festen Überzeugung, dass die Sicherheit des OSZE-Raums untrennbar mit der Sicherheit in den Regionen der Kooperationspartner verbunden ist, und in Bekräftigung unserer Zusage, unseren Dialog und unsere Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien zu intensivieren und unsere Fähigkeiten zu verstärken, auf der Grundlage der OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen auf die von den Partnern aufgezeigten Bedürfnisse und Prioritäten der Partner einzugehen,

in Anerkennung der demokratischen Übergangsprozesse und des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbruchs, der 2011 in den Ländern einiger Mittelmeer-Kooperationspartner stattgefunden hat,

in Würdigung der freiwilligen Reformprozesse, die in einigen Partnerländern im Mittelmeerraum durchgeführt wurden,

im Bewusstsein, dass jedes Land anders ist und das Recht hat, unter Achtung der universellen Werte der Menschenrechte und der Würde des Menschen sein eigenes politisches Modell zu entwickeln,

zustimmend, dass die Erfahrung der OSZE in verschiedenen Bereichen für die Partner von Interesse und möglicherweise nützlich sein kann, unter uneingeschränkter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Verantwortung für nationale politische Entscheidungen in erster Linie bei ihnen liegt, sowie ihres jeweiligen politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Erbes und im Einklang mit ihren Bedürfnissen, Zielen und nationalen Prioritäten,

die Bereitschaft der OSZE bekräftigend, über ihre Durchführungsorgane im Rahmen ihres jeweiligen Mandats, im Einklang mit festgelegten Verfahren und auf Ersuchen den Kooperationspartnern gegebenenfalls Unterstützung bei der freiwilligen Umsetzung der OSZE-Normen, -Grundsätze und -Verpflichtungen zu leisten,

in Anerkennung der wichtigen Rolle der Zivilgesellschaft in den Ländern der Kooperationspartner für die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die vollständige Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten,

die Fortschritte begrüßend, die in den letzten Jahren durch Dialog und Zusammenarbeit mit unseren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und Asien auch durch ihre stärkere Einbindung in OSZE-Treffen und -Aktivitäten einschließlich der Durchführung konkreter gemeinsamer Projekte erzielt wurden,

unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 571 des Ständigen Rates über die Fortsetzung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern und die Erkundung des möglichen Umfangs für die umfassendere Weitergabe der OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen an andere, den Ministerratsbeschluss Nr. 17/04 über die OSZE und ihre Kooperationspartner sowie die Ministererklärung von Madrid zu den Kooperationspartnern der OSZE,

unter Hinweis auf die Gedenkklärung von Astana 2010, in der die Notwendigkeit betont wurde, verstärkt mit den Kooperationspartnern zusammenzuarbeiten,

in Bekräftigung der Unterstützung für die Zusammenarbeit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE mit den Kooperationspartnern, einschließlich durch die Abhaltung des jährlichen Parlamentarierforums zum Mittelmeerraum, und Kenntnis nehmend von der diesbezüglichen Arbeit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, –

1. beschließt, die Kooperationspartnerschaft durch die Ausweitung des Dialogs, die Intensivierung politischer Konsultationen, die Stärkung der praktischen Zusammenarbeit und den weiteren Austausch von Erfahrungen und vorbildlichen Methoden, die im Zuge der Entwicklung einer umfassenden, kooperativen und unteilbaren Sicherheit gewonnen wurden, in den drei OSZE-Dimensionen entsprechend den von den Kooperationspartnern aufgezeigten Bedürfnissen und Prioritäten weiter auszubauen;
2. ermutigt die Durchführungsorgane der OSZE, im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat und den festgelegten Verfahren in allen drei Dimensionen eine handlungsorientierte Zusammenarbeit mit den Partnerländern – auch unter Berücksichtigung der jährlichen Partnerkonferenzen – durch die Bereitstellung von Expertenberatung, den Austausch von Informationen über Erfahrungen und vorbildliche Methoden auf Ersuchen der Partner und erforderlichenfalls auf der Grundlage einschlägiger OSZE-Beschlüsse aufzunehmen, und lädt die Partner ein, verstärkt an den OSZE-Aktivitäten teilzunehmen;
3. beschließt, im Rahmen der Partnerschaft die Bemühungen zur Förderung der OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen über die Kontakte in Absprache mit anderen einschlägigen regionalen und internationalen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen, vor allem durch den entsprechenden Austausch von Erfahrungen und vorbildlichen Methoden sowie gegebenenfalls durch gemeinsame Projekte und Aktivitäten in allen drei Dimensionen zu verstärken;
4. appelliert an den OSZE-Vorsitz und die Kontaktgruppen, gemeinsam mit dem Generalsekretär den regelmäßigen Dialog auf hoher Ebene mit den Kooperationspartnern zu verstärken und auszubauen, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern und politische Unterstützung und Hilfe auf hoher Ebene für die Kooperationspartner unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und Prioritäten sicherzustellen;
5. appelliert an die Durchführungsorgane der OSZE, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats eine breitere Teilnahme von Amtsträgern und Vertretern der Zivilgesellschaft der

Kooperationspartner an einschlägigen OSZE-Veranstaltungen, gegebenenfalls auch unter Nutzung des Partnerschaftsfonds, zu fördern;

6. beauftragt den Generalsekretär, in Absprache mit dem OSZE-Vorsitz mögliche Optionen für eine handlungs- und ergebnisorientierte Zusammenarbeit mit den Partnern in Abstimmung mit den Vereinten Nationen und anderen einschlägigen regionalen und internationalen Organisationen und Institutionen zu sondieren und gegebenenfalls Vorschläge für weitere Schritte des Ständigen Rates zu unterbreiten;

7. ersucht den Ständigen Rat, sich mit der Frage weiter zu befassen und Möglichkeiten für ein künftiges Engagement für die Kooperationspartner auf deren Ersuchen zu prüfen;

8. ermutigt die Teilnehmerstaaten und die Kooperationspartner, ihre Erfahrungen auszutauschen und zu den OSZE-Aktivitäten in allen drei Dimensionen beizutragen, einschließlich gegebenenfalls durch Beiträge zum Partnerschaftsfonds, um das künftige Engagement für die Kooperationspartner zu fördern;

9. bekräftigt erneut seine Bereitschaft, zukünftige Anträge auf Partnerschaft von interessierten Ländern im Einklang mit Beschluss Nr. 430 des Ständigen Rates vom 19. Juli 2001 zu prüfen.

BESCHLUSS Nr. 6/11
KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN UND
LAGERBESTÄNDE KONVENTIONELLER MUNITION

(MC.DEC/6/11/Corr.1 vom 7. Dezember 2011)

Der Ministerrat –

in Anerkennung der Bedeutung von Maßnahmen der OSZE zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) unter allen Aspekten und als Beitrag zur Reduzierung und Verhütung der übermäßigen und destabilisierenden Anhäufung und unkontrollierten Verbreitung von SALW,

ferner in Anerkennung der Bedeutung von Maßnahmen der OSZE als Antwort auf das Sicherheitsrisiko, das das Vorhandensein von Lagerbeständen überschüssiger bzw. zur Zerstörung anstehender konventioneller Munition (SCA), Sprengstoffe und Zündmittel in einigen Staaten des OSZE-Raums darstellt,

Kenntnis nehmend von der aktiven Rolle der OSZE in internationalen Bemühungen auf der Grundlage des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten und im Hinblick auf die Zweijährliche Tagung 2010 der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen betreffend SALW unter allen Aspekten,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur vollständigen Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (FSC.DOC/1/00, 24. November 2000), des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition (FSC.DOC/1/03/Rev.1, 23. März 2003) und einschlägiger FSK-Beschlüsse, einschließlich des OSZE-Aktionsplans für Kleinwaffen und leichte Waffen (FSC.DEC/2/10 vom 26. Mai 2010),

in Anerkennung der Tatsache, dass es nach wie vor wichtig ist, die Verwaltung, Sicherung und Unfallverhütung im Zusammenhang mit Lagerbeständen von Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition zu verbessern,

ferner in Bekräftigung des freiwilligen Charakters der Hilfestellung, die OSZE-Teilnehmerstaaten anderen Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen bei der Reduzierung von SALW, der Zerstörung überschüssiger Lagerbestände konventioneller Munition und der Verbesserung der Verwaltung von Lagerbeständen und der Sicherheitsvorkehrungen für diese leisten,

in Kenntnis der entscheidenden Bedeutung der Koordination und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Organisationen und anderen maßgeblichen Akteuren im Hinblick auf eine wirkungsvolle Bewältigung der erwähnten Herausforderungen und in der Absicht, den Beitrag der OSZE zu diesen Bemühungen im Rahmen der vorhandenen Mittel bzw. mit Hilfe außerbudgetärer Beiträge zu verstärken,

unter Hinweis auf die Resolution 64/48 der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit dem Titel „Der Vertrag über den Waffenhandel“ –

1. begrüßt im Forum für Sicherheitskooperation und nimmt Kenntnis von:
 - FSK-Beschluss Nr. 2/10 über den OSZE-Aktionsplan für Kleinwaffen und leichte Waffen, der im Sinne von Beschluss Nr. 15/09 des Siebzehnten Treffens des Ministerrats am 26. Mai 2010 verabschiedet wurde;
 - FSK-Beschluss Nr. 17/10 über einen Informationsaustausch zu den OSZE-Prinzipien für die Kontrolle von Vermittlungsgeschäften mit Kleinwaffen und leichten Waffen, der im Sinne von Beschluss Nr. 15/09 des Siebzehnten Treffens des Ministerrats und des SALW-Aktionsplans der OSZE am 24. November 2010 verabschiedet wurde;
 - FSK-Beschluss Nr. 3/11 vom 23. März 2011 über die Vernichtung konventioneller Munition als bevorzugte Methode der Beseitigung;
 - FSK-Beschluss Nr. 9/11 vom 28. September 2011 über das am 22. und 23. Mai 2012 abzuhaltende OSZE-Treffen zur Überprüfung des OSZE-Aktionsplans für Kleinwaffen und leichte Waffen;
 - den Fortschrittsberichten über die weitere Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen sowie über die weitere Umsetzung des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition, die dem Achtzehnten Treffen des Ministerrats im Sinne des auf dem Siebzehnten Treffen des Ministerrats verabschiedeten Beschlusses Nr. 15/09 vorgelegt wurden;
 - der FSK-Sondersitzung zur Kontrolle von SALW-Ausfuhren und -Vermittlungsgeschäften vom 28. September 2011 und dem Bericht des Vorsitzes samt den zusammengefassten Anregungen;
 - der laufenden Weiterentwicklung einer OSZE-Vorlage für eine Endnutzerbescheinigung für Kleinwaffen und leichte Waffen unter Berücksichtigung von FSK-Beschluss Nr. 5/04 vom 17. November 2004, in dem die Standardelemente von Endabnehmerzertifikaten und die Verifikationsverfahren für SALW-Ausfuhren festgelegt werden, sowie der nationalen Praktiken der Teilnehmerstaaten;
 - dem vom KVZ vorgestellten Berichtsformular für den einmaligen Informationsaustausch zum OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen, von Musterformularen nationaler Endnutzerbescheinigungen bzw. anderen relevanten Dokumenten, aktuellen Vorschriften für Vermittlungsgeschäfte betreffend SALW und für den jährlichen Informationsaustausch über die Kontaktstellen für SALW und SCA;
 - den Fortschritten und Ergebnissen der SALW- und SCA-Projekte der OSZE für Hilfestellung bei der vollständigen Umsetzung der einschlägigen OSZE-Vpflichtungen;
2. beauftragt das Forum für Sicherheitskooperation, 2012 im Einklang mit seinem Mandat
 - die Anstrengungen zur weiteren Umsetzung des OSZE-Aktionsplans für Kleinwaffen und leichte Waffen zu intensivieren;

- alle maßgeblichen FSK-Beschlüsse dem OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen als Anhang beizufügen und als konsolidiertes Verzeichnis neu herauszugeben;
 - eine aktive Rolle bei der Konferenz zur Überprüfung der Fortschritte bei der Durchführung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten zu übernehmen und Synergieeffekte zwischen der UN und der OSZE in diesem Bereich zu erzielen;
 - für Kohärenz und Komplementarität mit dem UN-Rahmenwerk für SALW zu sorgen;
 - die in Resolution 64/48 der UN-Generalversammlung angeregten Diskussionen zu verfolgen;
 - die OSZE-Verpflichtungen betreffend die Kontrolle von SALW-Waffenvermittlungsgeschäften im Einklang mit den Ministerratsbeschlüssen Nr. 8/04, 11/08 und 15/09 und dem FSK-Beschluss Nr. 17/10 auch unter Berücksichtigung des Berichts des Vorsitzes über die FSK-Sondersitzung zu SALW vom 28. September 2011 zu überprüfen;
 - eine entsprechende Zusammenarbeit im Bereich Grenzen und Zoll weiter zu unterstützen und Aktivitäten zur Verbesserung der Zollverfahren, mit dem Ziel der Verhinderung des unerlaubten Handels mit SALW, zu fördern;
 - über seinen Vorsitz dem Neunzehnten Treffen des Ministerrats 2012 Fortschrittsberichte zu diesen Aufgaben und zur laufenden Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen sowie des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition vorzulegen;
3. ermutigt die Teilnehmerstaaten, die FSK-Projekte betreffend Hilfestellung für SALW und SCA weiterhin durch außerbudgetäre Beiträge zu unterstützen, sei es für konkrete Projekte oder durch die Bereitstellung von Mitteln und technischem Expertenwissen für das umfassende Programm der OSZE betreffend SALW und SCA;
4. beauftragt den Generalsekretär, sich weiterhin um eine verstärkte Koordination und Zusammenarbeit mit anderen internationalen und regionalen Organisationen zu bemühen, um Synergieeffekte zu erzielen, die Effizienz zu erhöhen und einen kohärenten Ansatz in Bezug auf die Umsetzung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten zu fördern.

BESCHLUSS Nr. 7/11
FÜR DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION
RELEVANTE FRAGEN

(MC.DEC/7/11/Corr.1 vom 7. Dezember 2011)

Der Ministerrat –

eingedenk des Beschlusses V des Helsinki-Dokuments 1992 der KSZE, mit dem das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) geschaffen wurde, und bekräftigend, dass die Teilnehmerstaaten sicherstellen werden, dass ihre im Forum unternommenen Bemühungen, die Rüstungskontrolle, Abrüstung, Vertrauens- und Sicherheitsbildung, Sicherheitskooperation und Konfliktverhütung voranzubringen, kohärent und miteinander verknüpft sind und einander ergänzen,

eingedenk des in Bukarest 2001 verabschiedeten Ministerratsbeschlusses Nr. 3 über die Förderung der Rolle der OSZE als politisches Dialogforum, in dem das FSK unter anderem beauftragt wurde, sich verstärkt in die gesamte Arbeit der OSZE zu aktuellen Sicherheitsfragen einzubringen,

von dem Wunsch getragen, auf die OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert, die vom Elften Treffen des Ministerrats 2003 verabschiedet wurde, weiter aufzubauen,

unter Hinweis auf die Gedenkklärung von Astana (2010), die die bedeutende Rolle der Organisation bei der Schaffung wirksamer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBMs) anerkennt, das Bekenntnis der Teilnehmerstaaten zu deren uneingeschränkter Umsetzung und den festen Willen bekräftigt, dafür Sorge zu tragen, dass sie auch weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur gemeinsamen und unteilbaren Sicherheit leisten, und feststellt, dass die Regime zur konventionellen Rüstungskontrolle und zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung wichtige Instrumente zur Gewährleistung von militärischer Stabilität, Berechenbarkeit und Transparenz sind und bleiben und mit neuem Leben erfüllt, aktualisiert und modernisiert werden sollten,

erfreut über die Intensivierung der Verhandlungen zur Aktualisierung und Modernisierung des Wiener Dokuments und den auf der FSK-Sondersitzung 2011 verabschiedeten Beschluss zur Neuauflage des Wiener Dokuments,

Kenntnis nehmend von dem in Wilna 2011 verabschiedeten Beschluss Nr. 6/11 des Ministerrats über Kleinwaffen und leichte Waffen sowie Lagerbestände konventioneller Munition,

ferner entschlossen, die Umsetzung des OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit weiterhin zu verstärken, einschließlich durch eine jährliche Diskussion über dessen Umsetzung,

erfreut über die Initiative, die OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung von 1994 zu aktualisieren, und über den Beitrag der OSZE zur Durchführung von UNSCR 1540 (2004) im OSZE-Raum in enger Abstimmung mit dem 1540-Ausschuss und zur Ergänzung von dessen Bemühungen zu fördern.

1. Begrüßt im Forum für Sicherheitskooperation und nimmt Kenntnis von:
 - dem Wiener Dokument 2011, das nach dem Verfahren „Wiener Dokument Plus“ herausgegeben wurde, sowie von den fortlaufenden Verhandlungen über eine weitere Anpassung des Wiener Dokuments;
 - von den 2011 verabschiedeten FSK-Beschlüssen über das Wiener Dokument, den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit sowie über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition;
 - dem Fortschrittsbericht über die Bemühungen im Bereich der Rüstungskontrollabkommen und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Einklang mit seinem Mandat, der dem Achtzehnten Treffen des Ministerrats im Sinne von Beschluss Nr. 16/09 des Siebzehnten Treffens des Ministerrats vorgelegt wurde;
 - dem Fortschrittsbericht über die Bemühungen zur weiteren Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, der dem Achtzehnten Ministerratstreffen im Sinne von Beschluss Nr. 16/09 des Siebzehnten Treffens des Ministerrats vorgelegt wurde;
 - dem Fortschrittsbericht über die Bemühungen zur Unterstützung der Durchführung von Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in der OSZE-Region, der dem Achtzehnten Treffen des Ministerrats im Sinne von Beschluss Nr. 16/09 des Siebzehnten Treffens des Ministerrats vorgelegt wurde;
 - den gezielten Diskussionen im Sicherheitsdialog 2011 zu aktuellen Sicherheitsfragen. Stellt fest, dass folgende Themen Gegenstand des Meinungsaustausches und dieser Diskussionen waren: der bewaffnete Konflikt vom August 2008; das Friedensübereinkommen von Dayton; der OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, private Militär- und Sicherheitsunternehmen; die Reform des Verteidigungssystems in Serbien; Menschenrechte und Krisenmanagement; das Projekt zum Unbrauchbarmachen von Munition in Montenegro; das Mélange-Projekt der OSZE in der Ukraine; das OSZE- und UNDP-Projekt zum Aufbau von Kapazitäten in Belarus; das zentralasiatische Programm für die regionale Zusammenarbeit in der Minenräumung; Perspektiven für ein neues europäisches Sicherheitssystem; der allgemeine Stand des Übereinkommens von Ottawa; das abgeänderte Berichtsinstrument der Vereinten Nationen für Militärausgaben; die Förderung der kooperativen Sicherheit durch die NATO; die Rolle der NATO für die Sicherheit und Stabilität im Mittelmeerraum; und die Sicherheitsagenda der Republik Aserbaidschan im OSZE-Kontext;
 - von den FSK-Sondersitzungen zum Wiener Dokument 1999, zu VSBMs und konventioneller Rüstungskontrolle und über SALW-Vermittlungsgeschäfte und -Ausfuhrkontrollen;
 - der gemeinsamen FSK/StR-Sitzung zur Nichtverbreitung und den gemeinsamen FSK/StR-Sitzungen, an denen die Ministerin für Heimatschutz der Vereinigten Staaten und das Büro der Vereinten Nationen in Genf teilnahmen;

- dem 2011 durchgeführten OSZE-Seminar auf hoher Ebene zur Militärdoktrin, das Veränderungen der Militärischdoktrin galt, die sich aus neuen Bedrohungen, Konflikten in veränderter Form und neu entstandenen Technologien ergeben;
 - dem OSZE-Workshop zur Feststellung der angemessenen Rolle der OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats, der eine umfassende Plattform für den Meinungsaustausch über politische Fragen, Umsetzungspraktiken und die Notwendigkeit einer Fortsetzung des Dialogs, der Zusammenarbeit und der Hilfestellung bot;
2. beauftragt das Forum für Sicherheitskooperation, 2012 im Einklang mit seinem Mandat
- die Diskussion über aktuelle Sicherheitsfragen im Sicherheitsdialog weiter zu fördern;
 - weitere Impulse für Verhandlungen über die Aktualisierung und Modernisierung des Wiener Dokuments über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen mit dem Ziel zu setzen, die militärische Stabilität, Transparenz und Vorhersehbarkeit für alle Teilnehmerstaaten zu erhöhen;
 - die Diskussion über den jährlichen Informationsaustausch zum Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit zu intensivieren und seine Anwendung im Zusammenhang mit der bestehenden politischen und militärischen Lage zu prüfen, insbesondere durch eine gezielte Überprüfung während der ersten jährlichen Diskussion über seine Umsetzung;
 - Möglichkeiten zur Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung von 1994 zu prüfen;
 - die laufenden Aktivitäten zur Unterstützung der Umsetzung von Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats zu fördern, unter anderem durch die Beibehaltung des Informationsaustauschs über diesbezügliche Fortschritte und Erkenntnisse auf nationaler Ebene;
 - Wege zu prüfen, wie es die Umsetzung der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen im OSZE-Raum sowie der damit zusammenhängenden Resolutionen zu Gender- und Sicherheitsfragen unterstützen kann;
 - über seinen Vorsitz dem Neunzehnten Treffen des Ministerrats 2012 Fortschrittsberichte über seine Arbeit vorzulegen. Diese Berichte sollten Bemühungen zur weiteren Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, Bemühungen auf dem Gebiet der Rüstungskontrollvereinbarungen und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, Bemühungen zur Unterstützung der Nichtverbreitung und Umsetzung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats in der OSZE-Region und gegebenenfalls Bemühungen in anderen Bereichen einschließen.

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Deutschlands (auch im Namen Albaniens, der Vereinigte Staaten von Amerika, Andorras, Österreichs, Belgiens, Bosnien und Herzegowinas, Bulgariens, Kanadas, Zyperns, Kroatiens, Dänemarks, Spaniens, Estlands, Finnlands, Frankreichs, Georgiens, des Vereinigtes Königreichs, Griechenlands, Ungarns, Islands, Italiens, Litauens, Luxemburgs, Maltas, Moldaus, Montenegros, Norwegens, der Niederlande, Polens, Portugals, Rumäniens, San Marinos, Serbiens, der Slowakei, Sloweniens, Schwedens, der Tschechischen Republik und der Ukraine):

„Im Namen Albaniens, der Vereinigte Staaten von Amerika, Andorras, Österreichs, Belgiens, Bosnien und Herzegowinas, Bulgariens, Kanadas, Zyperns, Kroatiens, Dänemarks, Spaniens, Estlands, Finnlands, Frankreichs, Georgiens, des Vereinigtes Königreichs, Griechenlands, Ungarns, Islands, Italiens, Litauens, Luxemburgs, Maltas, Moldaus, Montenegros, Norwegens, der Niederlande, Polens, Portugals, Rumäniens, San Marinos, Serbiens, der Slowakei, Sloweniens, Schwedens, der Tschechischen Republik und der Ukraine möchte Deutschland die folgende interpretative Erklärung gemäß Abschnitt IV.1 (A) Absatz 6 der Geschäftsordnung der OSZE abgeben. Die Erklärung bezieht sich auf den von diesem Achtzehnten Ministerrat der OSZE verabschiedeten Beschluss über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen.

Wir möchten zu allererst dem litauischen amtierenden Vorsitz und dem kasachischen FSK-Vorsitz unseren aufrichtigen Dank für ihren unermüdlichen Einsatz um einen erfolgreichen Verlauf dieses Ministerrats zum Ausdruck bringen. Wir unterstützen voll und ganz den Konsens, der zur Verabschiedung dieses Beschlusses geführt hat, und die von den Ministern darin festgelegte Aufgabenstellung. Wir sind allerdings der Auffassung, dass dieser Beschluss keine ausreichende Orientierungshilfe für das Forum für Sicherheitskooperation darstellt.

In MC.DEC/16/09 wurde das Forum beauftragt, das Wiener Dokument zu stärken. Aufgrund dieses Beschlusses reichten Teilnehmerstaaten eine Vielzahl von Vorschlägen zur Abänderung des Textes des Wiener Dokuments ein. Es wurden einige Beschlüsse gefasst – und diese dann in das am 30. November 2011 im Forum verabschiedete Wiener Dokument 2011 übernommen. Der technische und verfahrenstechnische Charakter dieser in das WD2011 aufgenommenen Vorschläge ist im Gegensatz zu der unserer Auffassung nach erforderlichen strategischen Aktualisierung des Wiener Dokuments über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen eindeutig weniger ehrgeizig, als wir erwartet hatten. Wir hatten gehofft, uns auf diesem Ministerrat im Forum auf eine strategischere und vorwärtsgerichtete Einstellung zur weiteren Arbeit am Wiener Dokument einigen zu können.

Nun sind wir an einem Punkt angelangt, an dem nicht einmal der Gegenstand der im Forum erörterten Dokumente im heutigen Beschluss erwähnt werden kann. Wir glauben, dass das FSK konkrete Ergebnisse anstreben sollte, etwa in Bereichen wie der Absenkung der

Schwellen für die verpflichtende Information anderer Teilnehmerstaaten über unsere militärischen Übungen, zahlreichere Gelegenheiten für Verifikationsaktivitäten, die Ausweitung der Bandbreite militärischer Aktivitäten, die wir unseren Partnern notifizieren, die Modernisierung und Aktualisierung unseres Austauschs militärischer Information, die Unterrichtung unserer Partner über zumindest eine militärische Übung pro Jahr unterhalb der Schwelle, die Stärkung unserer Mechanismen zur Verminderung der Risiken sowie Überlegungen, wie wir den Anwendungsbereich der VSBMs erweitern können. Dabei sollten wir uns der Knappheit der Mittel bewusst sein und danach trachten, die Umsetzung insgesamt zu verbessern.

Wir hatten auf eine strategische Richtungsvorgabe gehofft, die zu einer erfolgreichen Arbeit am Wiener Dokument führen könnte, um es an die Realitäten der politischen und militärischen Situation in Europa und im gesamten OSZE-Raum anzupassen. Diese Hoffnung bleibt unerfüllt.

Wir möchten unsere Sorge in einer Zeit zum Ausdruck bringen, in der die Rüstungskontrolle und die VSBMs in Europa stärker den je unter Druck sind und wir nicht über unsere jeweilige nationale Agenda hinausblicken, um uns einer Arbeit zu widmen, die uns allen zugutekäme. Wir meinen, dass dieses Ziel mit entschlossenem Engagement und Zielstrebigkeit bald erreicht und wichtige Arbeit zur Modernisierung des Wiener Dokuments abgeschlossen werden kann, damit es einen konkreten Beitrag zu Frieden und Sicherheit für alle Teilnehmerstaaten leisten kann.

Ich ersuche das Sekretariat, diese interpretative Erklärung zu Protokoll zu nehmen.

Andere Teilnehmerstaaten werden eingeladen, sich dieser interpretativen Erklärung anzuschließen.“

BESCHLUSS Nr. 8/11
ANGEMESSENE ROLLE DER OSZE
BEI DER FÖRDERUNG DER RESOLUTION 1540
DES SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN NATIONEN
(MC.DEC/8/11 vom 7. Dezember 2011)

Der Ministerrat –

überzeugt von der Bedrohung, dass nichtstaatliche Akteure wie Terroristen und andere kriminelle Gruppen nukleare, chemische und biologische Waffen und ihre Trägersysteme sowie verwandtes Material erwerben, entwickeln, einsetzen oder damit handeln können,

unter Hinweis auf die OSZE-Verpflichtungen, insbesondere den Beschluss des Ministerrats Nr. 10/06 über die Unterstützung der innerstaatlichen Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des UN-Sicherheitsrats, der Ministererklärung über die Unterstützung der weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus vom 30. November 2007 sowie der Ministererklärung zur Nichtverbreitung vom 2. Dezember 2009,

in Bekräftigung der Verpflichtung der OSZE-Teilnehmerstaaten zur Erfüllung der Verpflichtungen aus den Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen UNSCR 1540 (2004), UNSCR 1673 (2006), UNSCR 1810 (2008) und UNSCR 1887 (2009),

unter gebührendem Hinweis auf UNSCR 1977 (2011), die für den nach Resolution 1540 (2004) eingerichteten Ausschuss des UN-Sicherheitsrats ein weiteres Mandat für zehn Jahre festsetzte und den 1540-Ausschuss ermutigte, zur Unterstützung der allgemeinen Umsetzung von Resolution 1540 aktive Partnerschaften mit regionalen und zwischenstaatlichen Organisationen einzugehen, und die zugleich die Bedeutung freiwilliger Beiträge zur nachhaltigen Finanzierung der Aktivitäten des Ausschusses anerkannte,

begrüßt den Fortschrittsbericht des FSK-Vorsitzes über Bemühungen zur Unterstützung der Umsetzung von Resolution 1540 (2004) des UN-Sicherheitsrats in der OSZE-Region und würdigt insbesondere den OSZE-Workshop zur Festlegung einer angemessenen Rolle für die OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 (2004) des UN-Sicherheitsrats am 27. und 28. Januar 2011, die gemeinsame FSK/StR-Sitzung zum Thema Nichtverbreitung vom 13. Juli 2011 und den regionalen Workshop über die Umsetzung von UNSCR 1540 (2004), der vom 27. bis 29. September 2011 in Astana (Kasachstan) stattfand und in enger Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen veranstaltet wurde, um den Aufbau von Kapazitäten auf nationaler und regionaler Ebene zur Förderung der vollständigen Umsetzung von UNSCR 1540 voranzutreiben;

beauftragt die zuständigen Beschlussfassungsorgane, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats weiterhin zu ermitteln, in welcher Form die OSZE konkret dazu beitragen kann, den Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen bei der weiteren Umsetzung von UNSCR 1540 in enger Zusammenarbeit mit dem 1540-Ausschuss zur Ergänzung von dessen Bemühungen zu helfen und diese gegebenenfalls entsprechend auszubauen.

BESCHLUSS Nr. 9/11
VERSTÄRKUNG DER KOORDINATION UND KOHÄRENZ DER
BEMÜHUNGEN DER OSZE IM UMGANG MIT
GRENZÜBERSCHREITENDEN BEDROHUNGEN

(MC.DEC/9/11/Corr.1 vom 7. Dezember 2011)

Der Ministerrat –

angesichts der neuen grenzüberschreitenden Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit, deren Ursprung sowohl innerhalb als auch außerhalb des OSZE-Raums liegen kann und mit denen sich die OSZE auf der Grundlage der ihr eigenen Stärken – insbesondere ihres großen Teilnehmerkreises und ihres dimensionsübergreifenden Konzepts der gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und unteilbaren Sicherheit – auseinandersetzen muss,

in Bekräftigung der von den Staats- und Regierungschefs der OSZE-Teilnehmerstaaten in der Gedenkerklärung von Astana 2010 – auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft zum Ausdruck gebrachten Entschlossenheit, bei der Auseinandersetzung mit neuen grenzüberschreitenden Bedrohungen wie Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegale Migration, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Bedrohungen aus dem Internet und illegaler Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen, Drogen und Menschen zu einer größeren Einigkeit des Willens und Handelns zu finden,

eingedenk des Beschlusses Nr. 18/06 des Ministerrats von Brüssel über die weitere Stärkung der Wirksamkeit der Durchführungsorgane der OSZE und unter Betonung der Notwendigkeit einer engen Abstimmung zwischen den Fachabteilungen des Sekretariats, den Institutionen und den Feldoperationen, wobei die Erfahrungen der OSZE-Durchführungsorgane zu berücksichtigen und deren Mandate zu beachten sind,

die Fortschritte begrüßend, die bei der Umsetzung des Beschlusses Nr. 2/09 des Ministerrats von Athen über weitere Bemühungen der OSZE im Umgang mit transnationalen Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität gemacht wurden, und unter Berücksichtigung des Berichts des OSZE-Generalsekretärs vom Juni 2010 über die Umsetzung dieses Beschlusses,

in Anbetracht der Aufmerksamkeit, die im Rahmen des Korfu-Prozesses, der OSZE-Überprüfungskonferenz 2010 und des Gipfeltreffens von Astana der Stärkung der gemeinsamen Anstrengungen im Kampf gegen bestehende und neue grenzüberschreitende Bedrohungen und Herausforderungen und der effektiveren Nutzung des OSZE-Know-hows geschenkt wurde,

im Bewusstsein der Notwendigkeit, neue Bedrohungen und die zunehmende Verflechtung zwischen den verschiedenen Arten grenzüberschreitender Bedrohungen zu identifizieren, rechtzeitig die nötigen Anpassungen im Vorgehen der Organisation vorzunehmen und wirksame Formen der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Akteuren auf der Grundlage der auf dem Gipfeltreffen von Istanbul im Jahr 1999 verabschiedeten Plattform für kooperative Sicherheit zu entwickeln,

mit dem Ziel, die Koordination und Kohärenz innerhalb der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen weiter zu verbessern und gleichzeitig zusätzlich die

OSZE-Mandate in diesem Bereich abzusichern, damit politische Verpflichtungen in konkrete und nachhaltige programmatische Maßnahmen umgesetzt werden können,

im Bewusstsein der Tatsache, dass Bedrohungen aus oder in Nachbarregionen Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum haben können und dass es daher notwendig ist, auch die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern der OSZE im Mittelmeerraum und in Asien zu vertiefen, indem Bereiche von gemeinsamem Interesse, gemeinsame Besorgnisse sowie Möglichkeiten weiterer koordinierter Maßnahmen ermittelt werden, –

1. begrüßt die im Voranschlag des Generalsekretärs zum Gesamthaushaltsplan 2012 enthaltenen Vorschläge betreffend die Schaffung einer Abteilung, die sich im Einklang mit den OSZE-Mandaten und im Rahmen der vorhandenen Mittel mit grenzüberschreitenden Bedrohungen befasst, um für mehr Koordination und Kohärenz zu sorgen und die Mittel der OSZE im Kampf gegen grenzüberschreitende Bedrohungen effizienter einzusetzen;
2. beauftragt den Generalsekretär, in Abstimmung mit den Teilnehmerstaaten die operative Kooperation und Koordination in Fragen grenzüberschreitender Bedrohungen mit den Kooperationspartnern, anderen internationalen und regionalen Organisationen und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft weiter zu verstärken und zu diesem Zweck gegebenenfalls unter anderem gemeinsame Expertentreffen einzuberufen, die Weitergabe von Informationen und bewährten Praktiken zu fördern und Programme und Aktionspläne zu koordinieren;
3. beauftragt den Generalsekretär ferner, als Schaltstelle für sämtliche Programmaktivitäten in der Organisation zum Thema Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen zu fungieren und für Koordination und Kohärenz der Maßnahmen aller OSZE-Durchführungsorgane im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate in allen drei OSZE-Dimensionen zu sorgen;
4. fordert den Generalsekretär auf, den OSZE-Teilnehmerstaaten regelmäßig Berichte vorzulegen, in denen er die Wirksamkeit der Programmaktivitäten und die bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen gemachten Fortschritte beurteilt;
5. ersucht den Generalsekretär, auf Grundlage der Erfahrungen mit der Umsetzung dieses Beschlusses und unter Berücksichtigung der einschlägigen OSZE-Beschlüsse weitere Optionen zur Stärkung der Koordination und Kohärenz der Maßnahmen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen zu prüfen und sie dem Ständigen Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie erforderlich und im Rahmen der verfügbaren Mittel durchführbar sind.

BESCHLUSS Nr. 10/11
FÖRDERUNG DER CHANCENGLEICHHEIT
FÜR FRAUEN IN DER WIRTSCHAFT

(MC.DEC/10/11/Corr.1 vom 7. Dezember 2011)

Der Ministerrat –

in Bekräftigung der Verpflichtung der Teilnehmerstaaten zur vollständigen Umsetzung von Beschluss Nr. 14/04 über den OSZE-Aktionsplan zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, der auf dem Zwölften Treffen des Ministerrats in Sofia 2004 angenommen wurde,

unter Berücksichtigung des jährlichen Evaluierungsberichts des Generalsekretärs 2011 über die Umsetzung des OSZE-Aktionsplans 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie seiner Empfehlungen,

unter Hinweis auf Beschluss Nr. 7/09 des Ministerrats von Athen über die Mitwirkung von Frauen am politischen und öffentlichen Leben,

in Bekräftigung der Verpflichtungen im Dokument des Moskauer Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE, im Schlussdokument der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (1990) und in dem vom Elften Treffen des Ministerrats 2003 in Maastricht angenommen OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension, die sich auf die Förderung gleicher Rechte von Frauen und Männern auf Chancengleichheit und Teilhabe am Wirtschaftsleben beziehen,

in der Erkenntnis, dass die Teilhabe von Frauen am Wirtschaftsleben entscheidend zur Erholung der Wirtschaft, zu nachhaltigem Wachstum und zur Entstehung von solidarischen Gesellschaften beiträgt und somit für die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum unerlässlich ist,

mit Besorgnis feststellend, dass Frauen in der OSZE-Region nach wie vor mit einer Ungleichbehandlung in Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt – bis hin zu nach Geschlecht getrennten Arbeitsmärkten – ausgesetzt sind, dass nach wie vor kein gleicher Zugang zu Sozialschutz sowie zu qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen und Vollzeitbeschäftigung gegeben ist und dass die Bemühungen zur Beseitigung der Einkommensunterschiede bei gleicher Arbeit, die zu einem reduzierten Lebensinkommen und niedrigen Ruhegehältern für Frauen und schließlich zu zunehmender Frauenarmut führen, nur langsam vorankommen,

besorgt darüber, dass Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft und in Entscheidungsprozessen im öffentlichen und privaten Sektor nach wie vor unterrepräsentiert sind,

ferner besorgt über die anhaltenden Einschränkungen für eine tatsächliche Teilhabe der Frauen am Wirtschaftsleben, insbesondere in Hinblick auf wirtschaftliche und finanzielle Mittel wie Kredite, Eigentums- und Erbrechte und deren Kontrolle,

in Erkenntnis der Notwendigkeit einer verbesserten und systematischen Erfassung geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselter Daten und der Durchführung von Studien über Chancengleichheit in der Wirtschaft als Grundlage für Planung und Handeln,

unter Hinweis auf die Notwendigkeit wirtschafts- und sozialpolitischer Strategien zur Bekämpfung der tieferen Ursachen des Menschenhandels, insbesondere zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und zur Befassung mit den wirtschaftlichen Faktoren, die dafür verantwortlich sind, dass Frauen besonders leicht Opfer von Menschenhandel werden,

in der Erkenntnis, dass auch in Zukunft eine laufende Kontrolle der Umsetzung bestehender Verpflichtungen zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen und zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen im Wirtschaftsleben notwendig ist – zur Ermittlung und zum Austausch bewährter Verfahren sowie zur Entwicklung wirksamer Ansätze, einschließlich in der Organisation und ihren Durchführungsorganen,

unter Berücksichtigung des Berichts des UN-Generalsekretärs über den *World Survey on the Role of Women in Development* mit Schwerpunkt auf der Kontrolle der Frauen über wirtschaftliche Ressourcen und ihren Zugang zu finanziellen Ressourcen, einschließlich zu Mikrofinanzierung (A/64/93), sowie unter Berücksichtigung der Absätze 4 und 19 des Ergebnisdokuments der Überprüfungskonferenz zur Erklärung von Doha und zur Umsetzung des Konsenses von Monterrey (A/CONF.212/L.1/Rev.1), in dem die Staaten aufgefordert werden, die geschlechtsspezifische Diskriminierung abzuschaffen und zur Bewältigung der Weltwirtschaftskrise die Stärkung der Frauen in der Wirtschaft zu fördern,

in der Erkenntnis, dass Frauen durch weitere Hindernisse, abgesehen von den geschlechtsspezifischen, an der Teilhabe am Wirtschaftsleben gehindert werden, –

fordert die Teilnehmerstaaten auf,

1. Daten zur Ermittlung und Bewältigung von Hindernissen für Frauen, in der Wirtschaft ihr Potenzial auszuschöpfen, zu sammeln und zu analysieren und gegebenenfalls und im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften Nichtregierungs- und Forschungsgremien bei der Ausarbeitung gezielter Untersuchungen, einschließlich von bewährten Praktiken, zu unterstützen;
2. die Zuteilung von Haushaltsmitteln für die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in der Wirtschaft zu beurteilen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die Frauen gleiche Chancen für die wirtschaftliche Teilhabe und den Zugang zu Sozialschutz verschaffen sowie qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, Vollzeitbeschäftigung und/oder selbständige Erwerbstätigkeit unterstützen;
3. die Entwicklung von unternehmerischen und anderen berufsbezogenen Fähigkeiten von Frauen zu fördern und Genderaspekte – mit besonderem Augenmerk auf Frauen – in die Migrationspolitik aufzunehmen, um unter anderem zu verhindern, dass sie Opfer bzw. mehrfach Opfer von Menschenhandel werden;
4. politische Strategien und gesetzgeberische Maßnahmen, einschließlich gegebenenfalls Maßnahmen und Aktionen positiver Diskriminierung, die die Chancengleichheit von Frauen

bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt fördern und schützen, auch durch den Ausbau von Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen, in die Wege zu leiten oder zu verstärken;

5. konkrete Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in der Wirtschaft zu ermitteln und gegebenenfalls wirksame einzelstaatliche Mechanismen zur begleitenden Kontrolle der Fortschritte in diesem Bereich, etwa beim Ausgleich von Einkommensunterschieden, zu schaffen;

6. die Aufteilung von Hausarbeit sowie der elterlichen und Betreuungspflichten durch Ausbau des Vaterschaftsurlaubs zu fördern; diskriminierungsfreie Beschäftigungspolitiken und -praktiken und einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung sowie Fortbildung zu fördern; Maßnahmen zur leichteren Vereinbarung von beruflichen und familiären Verpflichtungen zu ergreifen; danach zu trachten, sicherzustellen, dass sich Struktur- anpassungsstrategien und -programme nicht zum Nachteil der Frauen diskriminierend auswirken;

7. die Entwicklung des für die erfolgreiche Ausarbeitung und Umsetzung derartiger Politiken notwendigen Umfelds durch gezielte Informations- und Sensibilisierungsaktivitäten über den Nutzen von Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen für die Teilnahme am Wirtschaftsleben und zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und Diskriminierung von Frauen zu unterstützen;

8. Maßnahmen einzuführen und einen Dialog mit dem privaten Sektor aufzunehmen, um Chancengleichheit in Bezug auf die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen zu schaffen und Einkommensunterschiede zu beseitigen;

9. im Rahmen des Möglichen Maßnahmen zu entwickeln und zu verstärken, die zu einer größeren Diversifizierung in traditionsgemäß männer- oder frauendominierten Beschäftigungsbranchen führen;

10. die Kooperationspartner dazu zu ermutigen, diesen Beschluss freiwillig umzusetzen.

BESCHLUSS Nr. 11/11
VERSTÄRKUNG DES VERKEHRSDIALOGS IN DER OSZE
(MC.DEC/11/11/Corr.1 vom 7. Dezember 2011)

Der Ministerrat –

in Bekräftigung der Verpflichtungen betreffend das Verkehrswesen im OSZE-Raum, insbesondere der Verpflichtungen, die in der Schlussakte von Helsinki (1975), im Dokument der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (1990), im Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension des Ministerrats von Maastricht (2003), in den Beschlüssen des Ministerrats Nr. 11/06 über den künftigen Verkehrsdialo g in der OSZE und Nr. 9/08 über Folgemaßnahmen zum Sechzehnten Wirtschafts- und Umweltforum über Zusammenarbeit im Bereich der See- und Binnenschiff-fahrt enthalten sind, sowie aus anderen einschlägigen OSZE-Dokumenten,

in Anbetracht des Augenmerks, das im Zuge des Korfu-Prozesses und der Vorbereitung des Gipfeltreffens von Astana auf Verkehrsfragen gelegt wurde und erneut bestätigte, wie wichtig die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE für den umfassenden Sicherheitsansatz der Organisation ist,

in Anerkennung der außerordentlichen Wichtigkeit sicherer Verkehrsnetze und einer nachhaltigen Entwicklung des Verkehrswesens für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit auf regionaler Ebene und die Stabilität im OSZE-Raum,

aufbauend auf den zusammenfassenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen des 14., 16., 18. und 19. Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE und in Anerkennung ihres bisherigen wertvollen Beitrags zur Arbeit der OSZE auf dem Gebiet des Verkehrswesens,

in Anerkennung der Bedeutung der im Anhang aufgelisteten, im Anschluss an die erwähnten Wirtschafts- und Umweltforen durchgeführten Aktivitäten,

feststellend, dass Binnenentwicklungsländer durch den fehlenden Zugang zum offenen Meer, ihre Abhängigkeit von Transitdiensten und Schwierigkeiten in Bezug auf den Marktzugang mit ganz besonderen Herausforderungen konfrontiert sind, und in der Erkenntnis, dass die Befassung mit den Bedürfnissen von Binnenentwicklungsländern ein unmittelbares Anliegen ist und einen langfristigen Prozess verlangt,

erfreut über die bestehende Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) und in Anbetracht der Wichtigkeit, die gezielte Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen internationalen Organisationen und Institutionen weiter zu verstärken,

feststellend, dass in der Umsetzung der genannten Ministerratsbeschlüsse Fortschritte erzielt wurden, und in der Erkenntnis, dass eine angemessene Auseinandersetzung mit den bestehenden Herausforderungen zusätzliche Bemühungen erfordert, –

1. ermutigt die Teilnehmerstaaten, die Zusammenarbeit und den Dialog miteinander und mit einschlägigen internationalen Organisationen in verkehrsbezogenen Fragen weiterzuentwickeln, indem sie insbesondere von den international anerkannten

Rechtsinstrumenten, denen sie beigetreten sind, und den verfügbaren Standards und bewährten Methoden bestmöglich Gebrauch machen, um ein funktionierendes, sicheres und bestandfähiges Verkehrswesen zu erleichtern;

2. fordert die Teilnehmerstaaten dazu auf, gegebenenfalls die regionale und interregionale Zusammenarbeit und den Austausch von Erfahrungen und bewährten Methoden zu verstärken, um nachhaltige, sichere, integrierte und störungsfreie Verkehrsverbindungen zwischen ihnen, auch im Bereich der Seeschifffahrt, zu schaffen und zu erhalten;
3. ermutigt die Teilnehmerstaaten, die Zusammenarbeit zwischen Binnenländern, Transitländern und Ländern, die keine Binnenländer sind, im Interesse einer regionalen Wirtschaftsentwicklung, unter anderem auch im Geiste des Aktionsprogramms von Almaty der Vereinten Nationen, auszubauen und zu verstärken;
4. ermutigt die Teilnehmerstaaten,
 - zu verstärkten Bemühungen zur Förderung eines sicheren Verkehrs und Handels und zur Verhütung des illegalen Handels im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts und der Übereinkünfte, denen OSZE-Teilnehmerstaaten beigetreten sind;
 - zur weiteren Stärkung öffentlich-privater Partnerschaften im Bereich des Verkehrswesens;
 - zur Weitergabe bewährter Methoden, insbesondere auf dem Gebiet der Erleichterung des Grenzübertritts und des nachhaltigen Verkehrs;
 - zur Entwicklung wirksamerer nationaler Strategien für einen saubereren und energieeffizienteren Verkehr;
 - zur Förderung der Schaffung multimodaler Verkehrs- und Logistiksysteme, einschließlich der Weiterentwicklung von Verkehrsverbindungen und -korridoren zwischen Europa und Asien;
 - zur Identifizierung der Herausforderungen im Bereich der Sicherheit des Binnenverkehrs im OSZE-Raum, zur Auseinandersetzung mit ihnen und zur Verbesserung der Koordinierung und Wirksamkeit nationaler und internationaler Bemühungen zur Bewältigung diesen Herausforderungen;
5. beauftragt den Generalsekretär der OSZE, das Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten und die Feldmissionen, im Rahmen ihres Mandats die Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen bei der Umsetzung dieses Beschlusses zu unterstützen;
6. ermutigt die Kooperationspartner, die Bestimmungen dieses Beschlusses freiwillig umzusetzen.

Anlage zu MC.DEC/11/11/Corr.1

OSZE-Aktivitäten im Anschluss an das 14., 16., 18. und 19. Wirtschafts- und Umweltforum:

- die internationale Konferenz über die Aussichten für die Entwicklung transasiatischer und eurasischer Transitverkehrswege durch Zentralasien bis zum Jahr 2015 im Oktober 2007 in Duschanbe (Tadschikistan);
- die internationale Expertenkonferenz über die Sicherheit der Schifffahrt und Umweltsicherheit im grenzübergreifenden Zusammenhang des Schwarzmeerbeckens im Juli 2008 in Odessa (Ukraine);
- die praktische Unterstützung des OSZE-Sekretariats für die Fortsetzung der euro-asiatischen Verkehrsverbindungen – Phase I-II, des Leitschemas der Projekte Trans-europäische Autobahn (TEM) und Transeuropäische Eisenbahn (TER) als Beitrag zur Umsetzung des Aktionsprogramms von Almaty der Vereinten Nationen in der OSZE-Region: Befriedigung der besonderen Bedürfnisse der Binnenentwicklungsländer;
- die verschiedenen nationalen und regionalen Ausbildungs- und Kompetenzbildungsaktivitäten, die in der ganzen OSZE-Region im Hinblick auf eine verbesserte Umsetzung der einschlägigen internationalen Rechtsinstrumente veranstaltet wurden, wie das internationale Übereinkommen der UNECE zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen, der Standardrahmen der Weltzollorganisation (WZO) zur Sicherung und Erleichterung des Welthandels SAFE und das internationale Übereinkommen der WZO zur Vereinfachung und Harmonisierung der Zollverfahren;
- die regionalen Fortbildungsseminare zur Verhütung und Aufdeckung der illegalen grenzüberschreitenden Verbringung und Entsorgung von Abfällen;
- das gemeinsame Handbuch von OSZE und UNECE über *Best Practices at Border Crossings: A Trade and Transport Facilitation Perspective*, das zur weiteren Sensibilisierung und zum Aufbau von Kapazitäten in den OSZE-Teilnehmerstaaten und Ländern der Kooperationspartner beitragen sollte.

BESCHLUSS Nr. 12/11
ANTRAG DER MONGOLEI
AUF ZUERKENNUNG DES STATUS EINES TEILNEHMERSTAATS
(MC.DEC/12/11 vom 7. Dezember 2011)

Der Ministerrat –

mit Dank Kenntnis nehmend vom Schreiben des Ministers für auswärtige Angelegenheiten und Handel der Mongolei (CIO.GAL/213/11 vom 28. Oktober 2011), in dem die Mongolei den Antrag auf Aufnahme als Teilnehmerstaat stellte und erklärte, sämtliche OSZE-Verpflichtungen und -Verantwortlichkeiten anzunehmen,

in Anbetracht der Ansichten, die bisher in dieser Angelegenheit, unter anderem auch auf dem gegenwärtigen Ministerrat in Wilna, geäußert wurden, –

beauftragt den designierten Vorsitz, sich bei erster Gelegenheit weiter mit diesem Ersuchen zu befassen.

BESCHLUSS Nr. 13/11
ZEIT UND ORT DES NÄCHSTEN TREFFENS
DES OSZE-MINISTERRATS
(MC.DEC/13/11 vom 7. Dezember 2011)

Der Ministerrat

beschließt, das Neunzehnte Treffen des Ministerrats der OSZE am 6. und 7. Dezember 2012 in Dublin abzuhalten.

Anlage zu MC.DEC/13/11

INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Im Zusammenhang mit dem vom Ministerrat verabschiedeten Beschluss über Zeit und Ort des nächsten Ministerrats stellen wir fest, dass wir uns dem Konsens über diesen Beschluss sehr gern anschließen.

Wir hoffen, die Teilnahme unseres Außenministers 2012 zu gegebener Zeit bestätigen zu können.

Wir ersuchen höflich, diese interpretative Erklärung dem verabschiedeten Beschluss beizufügen und in das Journal des Ministerrats aufzunehmen.“

**BESCHLUSS ÜBER
DIE NÄCHSTEN OSZE-VORSITZE IN DEN JAHREN 2014 UND 2015,
GEGEN DEN BIS FREITAG, 10. FEBRUAR 2012, 12.00 UHR MEZ
EINSPRUCH ERHOBEN WERDEN KANN**

(MC.DEC/ vom 7. Dezember 2011)

Der Ministerrat –

Kenntnis nehmend von der gemeinsamen Erklärung der Minister für auswärtige
Angelegenheiten der Schweiz und Serbiens (CIO.GAL/241/11) und von den Grundsätzen der
Zusammenarbeit (MC.DEL/62/11) –

beschließt, dass die Schweiz im Jahr 2014 den Vorsitz in der OSZE führen wird;

beschließt, dass Serbien im Jahr 2015 den Vorsitz in der OSZE führen wird.

**II. MINISTERERKLÄRUNG ÜBER DIE
BEKÄMPFUNG JEDER FORM VON
MENSCHENHANDEL**

MINISTERERKLÄRUNG
ÜBER DIE BEKÄMPFUNG JEDER FORM VON MENSCHENHANDEL
(MC.DOC/1/11/Corr.1 vom 7. Dezember 2011)

I.

1. Wir, die Mitglieder des Ministerrats der OSZE, erklären unsere feste und unerschütterliche Entschlossenheit, gegen jede Form von Menschenhandel vorzugehen.
2. Wir stellen fest, dass der Menschenhandel ein schwerwiegendes und abscheuliches Verbrechen ist, das die menschliche Würde verletzt und die Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten infrage stellt und die Bildung organisierter krimineller Netzwerke fördert.
3. Wir bekennen uns weiterhin vollauf zur allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten.“
4. Wir erklären erneut die Unterstützung der Teilnehmerstaaten für die Ratifizierung und vollständige Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und des Zusatzprotokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, als internationale Rechtsgrundlage für den Kampf gegen den Menschenhandel. Ferner betonen wir die Wichtigkeit, den Weltaktionsplan der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Menschenhandels (A/RES/64/293) zu verabschieden, der die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen allen maßgeblichen Interessenträgern sowie umfassende, koordinierte und konsequente Maßnahmen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zur Bekämpfung des Menschenhandels fördert, und begrüßt die Bemühungen der OSZE um dessen Umsetzung.
5. Wir anerkennen die Fortschritte, die die OSZE-Teilnehmerstaaten einzeln und gemeinsam im Kampf gegen dieses abscheuliche Verbrechen bisher gemacht haben. Wir erinnern an unser uneingeschränktes Bekenntnis zu der von der OSZE eingegangenen Verpflichtung zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie an unsere feste Entschlossenheit, dieser Verpflichtung mittels eines dimensionsübergreifenden Ansatzes nachzukommen, wie er in verschiedenen OSZE-Dokumenten niedergelegt ist, darunter der 2008 in Helsinki verabschiedete Ministerratsbeschluss Nr. 5/08, der 2007 in Madrid verabschiedete Ministerratsbeschluss Nr. 14/07, der 2006 in Brüssel verabschiedete Ministerratsbeschluss Nr. 5/06 sowie der Beschluss Nr. 557/Rev.1 des Ständigen Rates über den OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels, der 2003 angenommen wurde.
6. Wir äußern unsere tiefe Besorgnis angesichts der Tatsache, dass der Menschenhandel trotz ununterbrochener Maßnahmen auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene nach wie vor ein schwerwiegendes Problem darstellt, die Zahl der identifizierten und unterstützten Opfer von Menschenhandel noch immer sehr gering ist und nur wenige Menschenhändler vor Gericht gestellt wurden. Wir sind zutiefst besorgt, dass der Menschenhandel für die Zwecke der Organentnahme, der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung der Opfer als Arbeitskräfte, einschließlich Zwangsdienstbarkeit, noch immer ein schwerwiegendes Problem darstellt.

7. Wir nehmen mit Befriedigung Kenntnis von der wichtigen Rolle der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, die die Teilnehmerstaaten auf deren Ersuchen bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels unterstützt. Wir messen der engen Zusammenarbeit der Sonderbeauftragten mit den Durchführungsorganen der OSZE in koordinierender Funktion unter voller Beachtung von deren Mandaten großen Wert bei. Zu diesen zählen das OCEEA, die Abteilung Genderfragen, das BDIMR einschließlich seiner Gruppe Programme gegen den Menschenhandel und der Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti sowie die Sonderbeauftragte des amtierenden Vorsitzenden für Gleichstellungsfragen sowie gegebenenfalls die OSZE-Feldoperationen. Im Sinne der Gedenkerklärung von Astana schätzen wir die Zusammenarbeit mit Parlamentariern der Teilnehmerstaaten bei der Bekämpfung des Menschenhandels. Wir anerkennen insbesondere die jüngsten Bemühungen der OSZE um Aufklärung über den Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften, einschließlich Zwangsdienstbarkeit, sowie über Kinderhandel und den Menschenhandel für die Zwecke der Organentnahme.

8. Wir fördern und unterstützen multidisziplinäre Zusammenarbeit, sektorenübergreifende Ausbildung und multilaterale Partnerschaften. Wir begrüßen die Initiativen der OSZE-Sonderbeauftragten unter der Schirmherrschaft der Allianz gegen Menschenhandel und nehmen Kenntnis von der Konferenz der Allianz gegen Menschhandel 2010 über ungeschützte Arbeit, unsichtbare Ausbeutung: Menschenhandel für die Zwecke der Zwangsdienstbarkeit, von der Konferenz der Allianz 2011 über die Verhütung von Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften: Menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit, und vom gemeinsamen OSZE/UNDOC-Expertenseminar über den Einsatz von Systemen zur Bekämpfung der Geldwäsche im Kampf gegen den Menschenhandel.

II.

9. Wir anerkennen die Notwendigkeit, strafrechtliche Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu verstärken, unter anderem durch strafrechtliche Verfolgung der Menschenhändler und ihrer Komplizen, und gleichzeitig sicherzustellen, dass im Umgang mit den Opfern von Menschenhandel deren Menschenrechte respektiert werden und sie Zugang zu den Gerichten, zu juristischem Beistand sowie zu wirksamer Entschädigung und gegebenenfalls anderen Arten der Hilfestellung erhalten. Wir werden Ermittlungsmethoden wie Untersuchungen im Finanzbereich prüfen, den Informationsaustausch über organisierte Verbrecherbanden verbessern und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden bzw. Justizbehörden fördern, um sowohl die Menschenhändler als auch potenzielle Opfer von Menschenhandel ermitteln zu können.

10. Wir sind uns der Notwendigkeit bewusst, durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, dass Opfer von Menschenhandel, die als solche erkannt werden, nicht für ihre Beteiligung an rechtswidrigen Handlungen bestraft werden, sofern sie zu diesen gezwungen wurden. Wir fordern die Teilnehmerstaaten eindringlich auf, umfassende und zielführende Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer von Menschenhandel zu ergreifen.

11. Wir werden uns verstärkt um die Identifizierung und Unterstützung der Opfer von Menschenhandel bemühen und dabei auf besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen achten. Je nach Fall werden wir mit Informationskampagnen die durch Menschenhandel gefährdeten Zielgruppen ansprechen und uns mit den sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, politischen

und sonstigen Faktoren auseinandersetzen, die Menschen zu leichter Beute von Menschenhändlern werden lassen. Wir werden Präventionsbemühungen verstärken und unterstützen und vor allem an der Nachfrageseite ansetzen, die den Menschenhandel in all seinen Formen begünstigt, sowie bei den Waren und Dienstleistungen, die durch Menschenhandel entstehen.

12. Wir anerkennen die wichtige Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Unterstützung und Stärkung des Selbstbewusstseins der Opfer von Menschenhandel.

13. Wir stellen fest, dass die Systeme zum Schutz der Kinder verstärkt werden müssen, um eine wirksame Prävention, Identifizierung und Reaktion auf Kinderhandel in allen seinen Formen zu ermöglichen und den Opfern von Kinderhandel oder durch Kinderhandel gefährdeten Kindern unter Beachtung des Kindeswohls Unterstützung und Hilfe angedeihen zu lassen, etwa auch durch entsprechende Leistungen und Maßnahmen für ihr körperliches und seelisches Wohl sowie für ihre Erziehung, Rehabilitation und Wiedereingliederung.

14. Wir stellen fest, dass zur wirksamen Verhütung von Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften die arbeitsrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden müssen. Wir empfehlen, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Förderung der wirksamen Durchsetzung international anerkannter Arbeitnehmerrechte zu entwickeln und anzuwenden, etwa in Form von Arbeitsinspektionen, der Kontrolle privater Arbeitsvermittlungsagenturen und der Entwicklung anderer Programme, die Arbeitnehmer in Ausübung ihrer Arbeitnehmerrechte unterstützen.

15. Wir ermutigen die Teilnehmerstaaten, in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft unter Beachtung der Grundsätze der Sorgfalt und Transparenz das Ausbeutungsrisiko in der gesamten Versorgungskette zu bewerten und sich damit auseinanderzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass Arbeitnehmer Zugang zu Mechanismen für die Beseitigung missbräuchlicher Praktiken und zur Entschädigung haben. Wir ermutigen dazu, die vor Kurzem verabschiedeten Leitprinzipien für Unternehmen und die Menschenrechte zu verbreiten und umzusetzen. Ferner legen wir den Regierungen nahe, die Übernahme vergleichbarer Standards, einschließlich der „Null-Toleranz-Politik“, in das staatliche Beschaffungswesen für Waren und Dienstleistungen zu übernehmen.

III.

16. Wir unterstreichen, dass die OSZE eine äußerst wertvolle Plattform für Dialog und verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten für ein umfassendes Vorgehen gegen jede Form von Menschenhandel bietet. Angesichts dessen bekräftigen wir unsere Entschlossenheit, die OSZE-Verpflichtungen zu erfüllen, einschließlich des Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels, die einschlägigen Organe der OSZE in vollem Umfang zu nutzen und die Partnerschaft der OSZE mit anderen internationalen und regionalen Organisationen sowie mit der Zivilgesellschaft zu stärken.

III. BERICHTE DES VORSITZES

BEDEUTSAME SCHRITTE – BERICHT AN DAS ACHTZEHNTE TREFFEN DES MINISTERRATS ÜBER DIE FORTSCHRITTE UNTER DEM LITAUISCHEN OSZE-VORSITZ 2011

(MC.GAL/13/11/Rev.1 vom 22. Dezember 2011)

Vorwort

Das Hauptziel des litauischen OSZE-Vorsitzes im Jahr 2011 war die Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei ihrer Arbeit im Hinblick auf die Verwirklichung einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok. Eine große Aufgabe, die man natürlich nicht im Laufe eines einzigen Jahres bewältigen kann. Deshalb entschloss sich Litauen dazu, sich auf fünf Hauptprioritäten zu konzentrieren:

- greifbare Fortschritte in der Auseinandersetzung mit Langzeitkonflikten
- deutliche Verbesserungen bei der Umsetzung unserer Verpflichtungen im Bereich der Medienfreiheit
- Profilierung der OSZE im Hinblick auf grenzüberschreitende Bedrohungen, einschließlich derjenigen, die vom Hoheitsgebiet Afghanistans ausgehen
- Definition der Rolle der OSZE in unserem Energiesicherheitsdialog
- Förderung der Erziehung zu Toleranz im gesamten OSZE-Raum, um Hassverbrechen und Diskriminierung Einhalt zu gebieten

In allen diesen Bereichen haben wir große Anstrengungen gemacht und, wie ich glaube, auch in den meisten von ihnen in diesem Jahr einiges erreicht. Mit Stolz blicke ich auf die Arbeit des Vorsitz-Teams, der Durchführungsorgane der OSZE und der Vorsitze des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) der OSZE im Jahr 2011 an folgenden Vorhaben: der Wiederbelebung des Prozesses zur Beilegung der Transnistrienfrage, der Aktualisierung des Wiener Dokuments 1999 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, der Formulierung der Leitlinien von Wilna für den Schutz von Journalisten, der Verstärkung der Fähigkeit der OSZE zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen, dem erfolgreichen Abschluss des Mandats des OSZE-Büros in Zagreb und der Stärkung der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern.

Es bleibt jedoch noch viel zu tun. Wie jeder Vorsitz musste auch Litauen auf unvorhergesehene Ereignisse und sich ändernde Prioritäten der OSZE-Gemeinschaft reagieren. Das waren 2011 unter anderem folgende:

- die Folgen der Präsidentschaftswahl in Belarus vom Dezember 2010
- eine politische Krise in Albanien
- Ausbrüche von Gewalt im nördlichen Kosovo
- die dramatischen Ereignisse des „Arabischen Frühlings“

Wir mussten auch Enttäuschungen bezüglich der Arbeit der Organisation selbst hinnehmen: das OSZE-Büro in Minsk wurde geschlossen, die Teilnehmerstaaten konnten sich nicht auf die Rückkehr der OSZE nach Georgien einigen, die Lösung der Berg-Karabach-Krise kam nicht voran und bei der Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension kam es in einigen OSZE-Ländern zu Rückschritten.

Unter dem Strich, davon bin ich überzeugt, ist es der OSZE unter litauischem Vorsitz – wie aus diesem Bericht hervorgeht – jedoch gelungen, wesentliche Schritte zu setzen, die Fortschritte in allen drei Dimensionen möglich machen. Nach wie vor ist die gemeinsame Vision einer Sicherheitsgemeinschaft richtig. Es ist in den kommenden Jahren an allen OSZE-Teilnehmerstaaten, diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen.



Audronius Ažubalis
Amtierender Vorsitzender der OSZE

Einleitung – Zeit zu handeln

Im Dezember 2010 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs die Gedenkerklärung von Astana, die die Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok auf der Grundlage vereinbarter Prinzipien, gemeinsamer Verpflichtungen und gemeinsamer Ziele entwarf. 2011 war die OSZE unter litauischem Vorsitz herausgefordert, bedeutsame Schritte zur Verwirklichung dieser Vision zu setzen.

Dem litauische Vorsitz fiel in Astana der Auftrag zu, im Rahmen der vorhandenen Formate einen Folgeprozess unter Berücksichtigung der von den Teilnehmerstaaten, unter anderem auch im Zuge des Korfu-Prozesses und bei der Vorbereitung des Gipfeltreffens von Astana, eingebrachten Ideen und Vorschläge zu organisieren. Litauen strukturierte seine Bemühungen anhand eines umfassenden Arbeitsprogramms (CIO.GAL/4/11/Rev.1), das die Ideen und Vorschläge der Teilnehmerstaaten berücksichtigte, die sie insbesondere im Hinblick auf den Entwurf zum Aktionsrahmen von Astana vorgelegt hatten. Es war von derselben Stimmung getragen, die in der Erklärung von Astana zum Ausdruck kam: „Nun ist es Zeit zu handeln und wir müssen uns konkrete und realistische Ziele für die Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen setzen.“ Zusätzlich zu den offiziellen Erörterungen in den OSZE-Organen veranstaltete der Vorsitz eine Reihe informeller „V-V-Dialoge“ (von Vancouver bis Wladiwostok über Wilna und Wien) auf Botschafterebene.

Im Wissen darum, dass die Verwirklichung der Sicherheitsgemeinschaft ein langfristiges Unterfangen sein würde, konzentrierte der litauische Vorsitzende seine Bemühungen auf fünf Hauptprioritäten:

- greifbare Fortschritte in der Auseinandersetzung mit Langzeitkonflikten
- deutliche Verbesserungen bei der Umsetzung unserer Verpflichtungen im Bereich der Medienfreiheit
- Profilierung der OSZE im Hinblick auf grenzüberschreitende Bedrohungen, einschließlich derjenigen, die vom Hoheitsgebiet Afghanistans ausgehen
- Definition der Rolle der OSZE in unserem Energiesicherheitsdialog
- Förderung der Erziehung zu Toleranz im gesamten OSZE-Raum, um Hassverbrechen und Diskriminierung Einhalt zu gebieten

Wie jeder Vorsitz musste auch Litauen auf unvorhergesehene Ereignisse und sich ändernde Prioritäten der OSZE-Gemeinschaft reagieren. Unter anderem musste die OSZE 2011 auf Folgendes reagieren:

- die Folgen der Präsidentschaftswahl in Belarus vom Dezember 2010 und die nachfolgende Schließung des OSZE-Büros in Minsk
- eine politische Krise in Albanien
- Ausbrüche von Gewalt im nördlichen Kosovo
- die dramatischen Ereignisse des „Arabischen Frühlings“ und dessen Auswirkungen auf den OSZE-Mittelmeerdialg und die Sicherheit im OSZE-Raum

Die OSZE und ihre Teilnehmerstaaten waren auch von der aktuellen globalen Finanzkrise betroffen, die politische, soziale wie auch wirtschaftliche Folgen nach sich zog. Die Krise erhöhte den Druck auf die Organisation, beste Qualität für die von den Teilnehmerstaaten bezahlten Beiträge zu liefern; manche der Teilnehmerstaaten sahen sich nicht mehr in der Lage, die Aktivitäten der Organisation im bisherigen Ausmaß durch entsandtes Personal und außerbudgetäre Beiträge zu unterstützen; die Krise nahm auch sehr viel Zeit und Aufmerksamkeit der Politiker im gesamten OSZE-Raum in Anspruch und machte schließlich deutlich, wie wichtig die wirksame Abstimmung der Aktivitäten der OSZE mit denjenigen anderer internationaler und regionaler Organisationen ist, damit eine unnötige Verdoppelung von Bemühungen vermieden wird.

Dieser Bericht setzt sich mit den konkreten und fassbaren Zielsetzungen für dieses Jahr auseinander und versucht eine Beurteilung der Fortschritte auf dem Weg zu ihrer Verwirklichung. Er sollte als Ergänzung zum Arbeitsprogramm des litauischen OSZE-Vorsitzes 2011 gelesen werden. Er ist nicht als vollständige Chronik aller Ereignisse im Rahmen der OSZE im Jahr 2011 gedacht, sondern soll vielmehr schlaglichtartig die bedeutsamen Schritte zur Verwirklichung der Sicherheitsgemeinschaft beleuchten, die im Hinblick auf eine Fortsetzung der Arbeit unter den künftigen OSZE-Vorsitzen gemacht wurden.

Auseinandersetzung mit Langzeitkonflikten

Chronische Langzeitkonflikte sind nach wie vor eine der größten Bedrohungen für die Sicherheit und Zusammenarbeit im OSZE-Raum. Daher war eine der Hauptprioritäten des litauischen OSZE-Vorsitzes, die Fähigkeiten der Organisation zur Auseinandersetzung mit allen Phasen des Konfliktzyklus zu erhöhen und die Beilegung von Langzeitkonflikten zu fördern.

Im Zuge mehrerer Arbeitstagungen, Seminare, „V-V-Dialoge“ und Erörterungen im Sicherheitsausschuss und in anderen Verhandlungsgremien tauschten sich die OSZE-Teilnehmerstaaten über ihre Vorstellungen aus, wie die OSZE ihre Fähigkeit in dieser Kernfunktion verstärken könnte. Das Ergebnis war ein Beschluss des Ministerrats über Elemente des Konfliktzyklus im Zusammenhang mit der Verstärkung der Fähigkeiten der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, frühzeitiges Handeln, Dialogerleichterung und Mediationsunterstützung sowie Konfliktnachsorge. Dieser sollte das Vermögen der Organisation verbessern, Konflikte und Krisen im OSZE-Raum zu verhindern bzw. darauf zu reagieren – also eine der Kernfunktionen der Organisation.

In Astana kamen die Staats- und Regierungschefs der OSZE überein, dass „größere Anstrengungen zur Lösung bestehender Konflikte im OSZE-Raum auf friedlichem Wege und durch Verhandlungen im Rahmen vereinbarter Formate und unter voller Beachtung der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten völkerrechtlichen Normen und Prinzipien und der Schlussakte von Helsinki unternommen werden sollten“.

In diesem Sinne setzte sich Litauen für die Wiederaufnahme formeller 5+2-Gespräche ein, um den Prozess zur Beilegung der Transnistrienfrage voranzubringen. Der Amtierende Vorsitzende und litauische Außenminister Audronius Ažubalis reiste vom 8. bis 10. Februar zu einem Besuch nach Moldau, wo er mit offiziellen Vertretern und Aktivisten der Zivilgesellschaft von dies- und jenseits des Dnister zusammentraf. Gemeinsam mit seinem Sonderbeauftragten für Langzeitkonflikte, Botschafter Giedrius Čekuolis, unterhielt er regelmäßige Kontakte mit der Russischen Föderation, der Ukraine, der EU und den Vereinigten Staaten von Amerika. Informelle Treffen im 5+2-Format erfolgten am 14. und 15. Februar sowie am 4. und 5. April in Wien und am 21. Juni in Moskau. Darüber hinaus fanden unter OSZE-Schirmherrschaft drei informelle Treffen zwischen dem moldauischen Ministerpräsidenten Filat und dem transnistrischen Führer Smirnow statt. Am 9. September wurde in Bad Reichenhall (Deutschland) eine Reihe von Regeln für die Arbeit der Experten-Arbeitsgruppen für vertrauensbildende Maßnahmen verabschiedet. Am 22. September vereinbarten die Teilnehmer der Ständigen Konferenz zu politischen Fragen im Rahmen des Verhandlungsprozesses über eine Regelung für Transnistrien, ihre offiziellen Verhandlungen im 5+2-Rahmen (erstmal nach fast sechs Jahren) wiederaufzunehmen. Das erste Treffen fand am 30. November und 1. Dezember in Wilna statt. Bedauerlicherweise konnte trotz der merklichen Fortschritte im Verhandlungsprozess im Laufe des Jahres 2011 keine eigene Ministererklärung über die Wiederaufnahme der offiziellen 5+2-Verhandlungen über eine Regelung für Transnistrien verabschiedet werden. Der Vorsitz legt den Parteien und den Mediatoren trotzdem nahe, die Chance zu nutzen, die die offizielle Wiederaufnahme des Beilegungsprozesses bietet.

Ähnlich wie der Transnistrien-Konflikt dauert auch der Berg-Karabach-Konflikt schon viel zu lange. Das ganze Jahr hindurch drängten der Vorsitz, die Kovorsitzenden und die Mitglieder der Minsk-Gruppe sowie andere Teilnehmerstaaten die Parteien, mit größerer

Kompromissbereitschaft die Verhandlungen über eine friedliche Beilegung auf Grundlage der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki wie der Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, der territorialen Integrität und der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker fortzusetzen. Das Ergebnis war die Einigung auf eine gemeinsame Erklärung der Delegationsleiter der Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe und der Außenminister von Armenien und Aserbaidschan am Rande des Ministerrats von Wilna am 6. Dezember. Darin kamen die fünf Delegationsleiter überein, dass der Verhandlungsprozess im Rahmen der Minsk-Gruppe der OSZE fortgesetzt und das Klima verbessert werden müsse, um einer friedlichen Beilegung näherzukommen. Die Minister von Armenien und Aserbaidschan ließen wissen, dass ihre jeweiligen Präsidenten zu einem weiteren gemeinsamen Treffen in naher Zukunft unter der Schirmherrschaft der Kovorsitzländer bereit seien, um ausgehend von den jüngsten Erfahrungen ihren direkten Dialog darüber fortzusetzen, wie sie den Menschen in ihrem Land zu Frieden, Stabilität und Wohlstand verhelfen können. In diesem Jahr kam es zu vielen beklagenswerten Zwischenfällen an der Kontaktlinie. Diese Zwischenfälle forderten Todesopfer und trugen zur Zunahme der Spannungen in der Region bei. Gemeinsam mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe forderte der Vorsitz die Parteien auf, zusätzlich und unverzüglich Maßnahmen zur Absicherung des Waffenstillstandsabkommens durch Vereinbarung eines Mechanismus zur Untersuchung der Zwischenfälle entlang der Kontaktlinie und durch Abzug der Hecken-schützen zu ergreifen.

Was den anhaltenden Konflikt in Georgien betrifft, sind die internationalen Gespräche in Genf, die nun ins dritte Jahr gehen, ein wertvoller Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in der Region. Das ganze Jahr hindurch unterstützte der Vorsitz den Dialog in diesem Format und appellierte an alle Beteiligten, ihre Bemühungen zu verstärken und sich mit Fragen der internationalen Sicherheitsvorkehrungen und insbesondere der Notwendigkeit eines Bekenntnisses aller Seiten zur Enthaltung von Gewalt und mit den humanitären Bedürfnissen der betroffenen Bevölkerung im Zuge der Nachbereitung der Empfehlungen des BDIMR/HKNM-Berichts 2008 auseinanderzusetzen. Der Amtierende Vorsitzende legte auch einen in diesem Jahr aktualisierten Vorschlag vor, in dem die Wiedereinsetzung einer OSZE-Präsenz auf Grundlage einer statusneutralen Vereinbarung gefordert wird. Den regelmäßigen und so zahlreich wie nie zuvor stattfindenden Treffen ist es zu verdanken, dass deutliche Fortschritte hinsichtlich des wirksamen Einsatzes der Mechanismen zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (wie sie im Rahmen der Genfer Gespräche vereinbart wurden) gemacht wurden, um Sicherheitsfragen vor Ort beizulegen. Die Durchführung der von der OSZE geleiteten Wasserprojekte ging hingegen in die Endphase und Gespräche über Folgeprojekte haben bereits begonnen. Das ganze Jahr hindurch wies der Vorsitz darauf hin, dass der Verhandlungsprozess nur dann vorankommt, wenn sich alle Seiten des Konflikts vollständig einbringen und der politische Wille dazu vorhanden ist.

Reaktion auf unvorhergesehene Ereignisse im OSZE-Raum

Das Jahr begann mit der Nachricht, dass die Behörden von Belarus der Verlängerung des Mandats des OSZE-Büros in Minsk nicht zugestimmt hatten. Ungeachtet dessen führte die OSZE ihre Arbeit in Belarus fort, unter anderem durch die Aktivitäten der Beauftragten der OSZE für Medienfreiheit und die Beobachtung der Prozesse gegen die Personen, die nach der Präsidentenwahl vom 19. Dezember verhaftet worden waren, durch das BDIMR (Veröffentlichung des Berichts am 10. November 2011). Am 6. April setzten vierzehn OSZE-Teilnehmerstaaten den Moskauer Mechanismus von 1991 in Gang, aus dem ein

Bericht und Empfehlungen zur Menschenrechtslage in Belarus resultierten. Das ganze Jahr hindurch bemühte sich der Amtierende Vorsitzende um die Aufrechterhaltung eines Dialogs mit seinen belarussischen Gesprächspartnern, denen er ein Paket potenzieller OSZE-Aktivitäten vorlegte; er machte sie auch immer wieder auf Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten aufmerksam.

Mit Sorge beobachtete der Vorsitz das wiederholte Aufflackern der Gewalt im Nordkosovo, insbesondere gegen Jahresende. Mehrfach rief der Amtierende Vorsitzende zu Ruhe und Zusammenarbeit auf, eine Botschaft, der er mit seinem Besuch in Südosteuropa vom 4. bis 8. Juli Nachdruck verlieh. Er wies besonders darauf hin, dass es dringend notwendig sei, durch regionale Zusammenarbeit eine menschenwürdige Lösung für die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen zu finden, die während der Umwälzungen auf dem Balkan in den 1990er-Jahren aus ihrer Heimat vertrieben worden waren.

Im Namen des Amtierenden Vorsitzenden stattete der stellvertretende litauische Außenminister Eivaldas Ignatavičius vom 27. bis 29. Januar Albanien einen Besuch ab, um eine Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen regierungstreuen und oppositionellen Kräften in Tirana zu verhindern. Im März begleitete der Vorsitz auch den Generalsekretär der OSZE nach Albanien, der mit seinem Besuch ebenfalls zur Beruhigung der Lage im Vorfeld der Wahlen beitragen wollte.

Das ganze Jahr hindurch unterstützte der Vorsitz aktiv die Umsetzung der Initiative für kommunale Sicherheit (CSI) in Kirgisistan, deren Aufgabe die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Volksgruppen und in die Strafverfolgungsbehörden und die Befassung mit den Sicherheits Herausforderungen im Land im Anschluss an die gewalttätigen ethnischen Zusammenstöße 2010 ist. Gemeinsam mit den Vertretern von EU und UN behielt der Vorsitz die Lage im Land ständig im Auge.

Politisch-militärische Dimension

Im Sinne der Aussage in der Gedenkklärung von Astana, dass „die Regime zur konventionellen Rüstungskontrolle und zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung wichtige Instrumente zur Gewährleistung von militärischer Stabilität, Berechenbarkeit und Transparenz sind und bleiben und mit neuem Leben erfüllt, aktualisiert und modernisiert werden sollten“, war den Staats- und Regierungschefs die Aktualisierung des Wiener Dokuments 1999 ein Anliegen von besonderer Priorität.

Den Vorsitz im FSK führte 2011 Island, dann Italien und zuletzt Kasachstan. Alle drei Vorsitzländer arbeiteten untereinander und mit dem Amtierenden Vorsitz der OSZE eng zusammen, um für eine kontinuierliche, ausgewogene und effiziente Umsetzung des Jahresarbeitsprogramms des Forums und der Aufträge des Gipfeltreffens von Astana und des Ministerrats von Athen zu sorgen.

Nach wie vor galt der Schwerpunkt der Tätigkeit des FSK 2011 den politisch-militärischen Kernaufgaben wie Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBMs), Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), Lagerbestände konventioneller Munition (SCA), dem Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (CoC) und der Durchführung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR). Das Ergebnis waren drei

Beschlüsse – über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen, über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition und über die angemessene Rolle der OSZE bei der Förderung von UNSCR 1540 –, die von den Ministern in Wilna verabschiedet wurden. Zu jeder dieser Fragen übermittelte der FSK-Vorsitzende dem Ministerrat einen Fortschrittsbericht über die Umsetzung der einzelnen Verpflichtungen.

In Befolgung des Auftrags des Gipfeltreffens von Astana wurde das Wiener Dokument (WD) 1999 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen aktualisiert und im November als Wiener Dokument 2011 neu aufgelegt. Es kamen neun sogenannte „WD-Plus-Beschlüsse“ hinzu, die vom FSK in den letzten zwei Jahren verabschiedet worden waren.

Das OSZE-Seminar zur Militärdoktrin auf hoher Ebene 2011 befasste sich mit Änderungen der Militärdoktrin, die sich aus den geänderten Bedrohungen, neuen Konfliktformen und den neuen Technologien ergeben.

2011 wurden vier gemeinsame FSK/StR-Sitzungen zu dimensionsübergreifenden, sowohl für die Arbeit des StR als auch des FSK relevanten Fragen abgehalten.

Im Rahmen des Sicherheitsdialogs kam es ebenfalls zu ausgedehnten Erörterungen. Hochrangige Gäste und Experten hielten Vorträge zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen.

Wirtschafts- und Umweltdimension

Die OSZE-Staats- und Regierungschefs kamen in Astana überein, dass „die Zusammenarbeit im Umgang mit den Folgen der Herausforderungen im Wirtschafts- und Umweltbereich für die Sicherheit in unserer Region in unser aller Interesse weiter ausgebaut werden muss“. In diesem Sinne war der litauische Vorsitz bestrebt, die Arbeit der OSZE in der zweiten Dimension in einigen Bereichen voranzutreiben, darunter insbesondere Energiesicherheit, Verkehr, vertrauensbildende Maßnahmen, regionale Zusammenarbeit und Chancengleichheit für Frauen in der Wirtschaft. Das Hauptthema des 19. Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE am 14. September in Prag war die Entwicklung nachhaltiger Energie- und Verkehrssysteme.

Wie in Astana festgestellt, „muss unser Dialog über die Energiesicherheit, unter anderem über die vereinbarten Grundsätze unserer Zusammenarbeit, verstärkt werden“. Daher erhielt die Frage der Energiesicherheit 2011 große Aufmerksamkeit, insbesondere im Rahmen der Diskussionen im Wirtschafts- und Umweltausschuss, des Wirtschaftsforums und der OSZE-Konferenz zum Thema „Integration der weltweiten Energiemärkte – Energiesicherheit schaffen“, die am 3. und 4. November in Aschgabat (Turkmenistan) stattfand. Auf dem Ministerrat kam kein Konsens über die Förderung des Energiedialogs im OSZE-Raum zustande. Es wird in den nächsten Jahren verstärkter Anstrengungen bedürfen, sich mit dieser für den OSZE-Raum wichtigen Frage auseinanderzusetzen.

Verkehrssicherheit gehörte ebenfalls zu den Prioritäten des Vorsitzes. Auf einem Treffen in Druskininkai (Litauen) am 4. und 5. April wurde betont, dass es für ein umweltverträgliches wie auch wirtschaftsfreundliches nachhaltiges Verkehrswachstum einer

abgestimmten Politik bedürfe. Die Teilnehmerstaaten verabschiedeten auch einen Ministerratsbeschluss über die Verstärkung des Verkehrsdialogs in der OSZE.

Auf dem Ministerrat von Wilna wurde ein Beschluss über die Förderung der Chancengleichheit der Frauen in der Wirtschaft verabschiedet. Darin wird mit Besorgnis festgestellt, dass Frauen in der OSZE-Region nach wie vor Ungleichbehandlung hinsichtlich des Zugangs zum Arbeitsmarkt ausgesetzt und in Führungspositionen der Wirtschaft und in Entscheidungsprozessen im öffentlichen und privaten Sektor noch immer unterrepräsentiert sind. Da, wie im Beschluss anerkannt wird, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Wirtschaftsleben entscheidend zur Erholung der Wirtschaft, zum nachhaltigen Wachstum und zur Entstehung von solidarischen Gesellschaften beiträgt, werden die Teilnehmerstaaten nachdrücklich aufgefordert, die Chancengleichheit für Frauen in der Wirtschaft zu fördern. Der Beschluss fußt auf den Ergebnissen der Konferenz über Frauen als selbstständige Wirtschaftstreibende am 3. und 4. März in Wilna.

Am 30. Mai veranstaltete der Vorsitz eine Arbeitstagung zum Thema „Wirtschaftliche und ökologische Aktivitäten als vertrauensbildende Maßnahmen“. Diese Veranstaltung gab den Teilnehmerstaaten Gelegenheit zum Informationsaustausch über vorbildliche Praxis, gute Erfahrungen und das erworbene Wissen über den Beitrag von Wirtschafts- und Umweltaktivitäten zur Wiederherstellung und Stärkung des Vertrauens.

2011 waren Fortschritte bei der Stärkung der Wirksamkeit der wirtschaftlichen Dimension der OSZE zu verzeichnen, die auf Initiativen der Vorjahre zurückgingen, wie den Bericht des Vorsitzes 2009 über die zukünftige Ausrichtung der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE. Zum Beispiel hielten die Teilnehmerstaaten zum ersten Mal ein Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension (EEDIM) ab. Das Treffen gab der Überprüfung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der Wirtschafts- und Umweltdimension einen neuen Anstoß. Der Vorsitz ermutigte die Teilnehmerstaaten nachdrücklich dazu, solche Treffen in Zukunft im Jahresrhythmus zu veranstalten. Darüber hinaus wurde der Jahresarbeitszyklus in der Wirtschafts- und Umweltdimension auf das Vorsitzjahr abgestimmt. Am 7. Dezember fasste der Ständige Rat (in Wilna) einen Beschluss über die Stärkung der Effektivität der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE, der unter anderem eine Überprüfung des OSZE-Strategiedokuments zur Wirtschafts- und Umweltdimension von 2003 vorsieht.

Die Teilnehmerstaaten erörterten 2011 auch die von natürlichen und vom Menschen verursachten Katastrophen ausgehenden Herausforderungen und die Frage welche Rolle die OSZE dabei als Teil einer abgestimmten Reaktion der internationalen Gemeinschaft spielen kann.

Menschliche Dimension

Die Medienfreiheit hatte hohe Priorität für den litauischen Vorsitz. Schließlich hatten die Staats- und Regierungschefs der OSZE in Astana festgestellt: „Wir zollen der Zivilgesellschaft und den freien Medien unsere Anerkennung, die mit ihrer Tätigkeit mithelfen, die volle Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Demokratie, einschließlich freier und fairer Wahlen, und der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten.“

Außenminister Ažubalis unterstrich bei mehreren Besuchen in OSZE-Teilnehmerstaaten, dass die OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Medienfreiheit vollständig umgesetzt werden müssten, und machte sich zum Fürsprecher der Journalisten, die schikaniert und inhaftiert worden waren. Am 7. und 8. Juni fand in Wilna eine Konferenz zum Thema „Sicherheit von Journalisten in der OSZE-Region“ statt. Unmittelbar vor dem Ministerrats-treffen in Wilna brachten der Amtierende Vorsitzende und die Beauftragte der OSZE für Medienfreiheit ein Praxishandbuch für die Förderung der Sicherheit von Journalisten heraus, in das die Empfehlungen der Konferenz von Wilna eingeflossen waren. Es enthält konkrete Anleitungen, wie man Journalisten schützt und sicherstellt, dass diejenigen, die Journalisten unter Druck setzen oder gegen sie Gewalt anwenden, vor Gericht gestellt werden. Bedauerlicherweise kam kein Konsens zu einem Ministerratsbeschluss über die Stärkung der Sicherheit von Journalisten zustande, trotz der Tatsache, dass nach wie vor viele Journalisten im OSZE-Raum Gewalt und Schikanen ausgesetzt sind und sogar um ihr Leben fürchten müssen, nur weil sie ihre berufliche Pflicht tun. Dieses Thema sollte auf der OSZE-Agenda auch in Zukunft einen wichtigen Platz erhalten, und wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der designierte irische Vorsitz beabsichtigt, die Arbeit in diesem Bereich fortzuführen.

Auch der Pluralismus in digitalen Medien war in diesem Jahr ein heftig diskutiertes Thema. Von den raschen technologischen Veränderungen in den sogenannten Neuen Medien gehen neue Herausforderungen bezüglich der Sicherstellung pluralistischer Medien und eines Medienpluralismus aus. Das gilt insbesondere für das Internet und die Umstellung vom analogen zum digitalen Rundfunk. Es gab Bemühungen, die bestehenden OSZE-Verpflichtungen hinsichtlich der Medienfreiheit auf die Neuen Medien auszudehnen. Es kam zwar kein Konsens zu einem Ministerratsbeschluss über Pluralismus in digitalen Medien zustande, doch ist das Thema ganz offensichtlich brennend aktuell und sollte von den Teilnehmerstaaten in Zukunft mehr Aufmerksamkeit erhalten.

Unsere Staats- und Regierungschefs waren sich in Astana darin einig, dass „größere Anstrengungen zur Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit und zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung unternommen werden müssen“. Der litauische Vorsitz räumte 2011 der Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung insbesondere durch Bildung und Öffentlichkeitsarbeit hohe Priorität ein. Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung von Antisemitismus, für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen und für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionen bereisten den ganzen OSZE-Raum. Am 23. und 24. März fand in Prag eine hochrangige Konferenz über die Bekämpfung von Antisemitismus im öffentlichen Diskurs statt, gefolgt von einer Diskussionsrunde am 12. September in Rom zum Thema „Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen“ und einem hochrangigen Treffen über die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen im öffentlichen Diskurs am 28. Oktober in Wien. Leider fand der Ministerratsbeschluss über die Bekämpfung von Äußerungen von Intoleranz und Diskriminierung im öffentlichen Diskurs unter Achtung der Grundfreiheiten keinen Konsens.

Aufbauend auf den Ergebnissen des Zusätzlichen Treffens zur menschlichen Dimension vom April 2011 wurde ein Katalog von wichtigen Empfehlungen über Nationale Menschenrechtsinstitutionen (NHRI) erstellt und am 13. und 14. Juli in Wilna eine Konferenz über NHRI im OSZE-Raum abgehalten. Jene Teilnehmerstaaten, die das bisher noch nicht

getan haben, sollten wirksame, unabhängige und pluralistische Nationale Menschenrechtsinstitutionen einrichten.

Ausgelöst durch das von einigen Teilnehmerstaaten geäußerte Interesse fand 2011 eine intensive Erörterung zum Thema Freizügigkeit statt. Es war zwar nicht möglich, sich auf einen Ministerratsbeschluss zu einigen, doch half die Diskussion, die Standpunkte der Teilnehmerstaaten zu klären und sie zu Maßnahmen zur Förderung dieser Grundfreiheit zu ermutigen.

Immer wieder traf der Amtierende Vorsitzende während des Jahres bei Besuchen in den Teilnehmerstaaten und Konsultationen in Wilna mit Aktivisten der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidigern zusammen. Zur Förderung des Dialogs zwischen zivilgesellschaftlichen Vertretern aus den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Ländern der Kooperationspartner veranstaltete der Vorsitz am 4. und 5. Dezember in Wilna eine Konferenz der OSZE und ihrer Mittelmeerpartner zum Thema Zivilgesellschaft. Am Vorabend des Ministerrats fand darüber hinaus eine Parallelveranstaltung in Wilna statt, bei der Vertreter der Zivilgesellschaft die Menschenrechtssituation im OSZE-Raum besprachen. Sie unterbreiteten dem Amtierenden Vorsitzenden Empfehlungen als Beitrag zum Ministerrat.

Der Vorsitz lotete in diesem Jahr laufend Möglichkeiten einer Modernisierung der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension aus. Eine Reform der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension wurde auch ins Arbeitsprogramm des Ausschusses zur menschlichen Dimension aufgenommen. Der Vorsitz dieses Ausschusses beauftragte einen unabhängigen Thinktank damit, zur Frage, wie man die Veranstaltungen zur menschlichen Dimension attraktiver, effektiver und fokussierter gestalten kann, Optionen zu prüfen und zu empfehlen.

Auseinandersetzung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen

In Astana kamen die Staats- und Regierungschefs überein, dass „wir in der komplexen und vernetzten Welt von heute in der Auseinandersetzung mit neuen grenzüberschreitenden Bedrohungen zu einer größeren Einigkeit des Wollens und des Handelns finden müssen“. Um diesen Worten Taten folgen zu lassen, wurden 2011 verschiedene Schritte zur Stärkung der Fähigkeit der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten gesetzt.

Die Gedenkklärung von Astana identifizierte Bedrohungen aus dem Internet als eine zunehmende Sicherheitsbedrohung. Die OSZE lotete das Thema in diesem Jahr gründlich aus, insbesondere auf der OSZE-Konferenz über einen umfassenden Ansatz in Fragen der Internetsicherheit – Überlegungen zur zukünftigen Rolle der OSZE am 9. und 10. Mai in Wien. Die Konferenz produzierte eine Reihe konkreter Empfehlungen für OSZE-Folgeaktivitäten und stellte einmal mehr fest, dass sich die OSZE aufgrund ihres umfassenden Sicherheitsansatzes und ihres breiten Teilnehmerkreises besonders gut als Plattform für die Erörterung von Bedrohungen der Internetsicherheit eigne. Bei den Diskussionen im Anschluss daran ergab sich eine breite Unterstützung für die Anregung des Vorsitzes, eine informelle OSZE-Arbeitsgruppe einzusetzen, die 2012 ein Paket künftiger Internet-VBMs ausarbeiten soll.

Zur Frage der Grenzen veranstaltete der Amtierende Vorsitzende vom 31. Mai bis 1. Juni 2011 in Wilna ein Seminar zum Thema „Anwendungsbezogene Fragen der Methoden zur Festlegung und Demarkation internationaler Landgrenzen“, bei dem es zu einem intensiven Austausch zwischen Vertretern aus Nachbarländern kam. Es war dies der erste Dialog zu diesem wichtigen Thema auf Initiative der OSZE. Die jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE 2011 stand unter dem Generalthema „Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft – was zu tun ist“ und bot der OSZE eine ausgezeichnete Gelegenheit dazu, ihre Sicht bezüglich der Herausforderungen an unsere gemeinsame Sicherheit sowie die künftigen Entwicklungen mit den Vorstellungen anderer Sicherheitsorganisationen zu vergleichen. Der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, den die Konferenz als Ehrengast eingeladen hatte, unterstrich in seinen Ausführungen, dass man auch in Zukunft nicht ohne ein umfassendes Vorgehen gegen Sicherheitsbedrohungen in Europa sowie in Nordafrika und im Nahen Osten auskommen werde und machte auch konkrete Vorschläge für die praktische Zusammenarbeit zwischen OSZE und NATO.

Illegale Drogen stellen eine Bedrohung für Gesundheit und Sicherheit im OSZE-Raum dar. Zu dieser Frage veranstaltete der Vorsitz am 16. und 17. Juni in Wien eine Konferenz zum Thema „Bekämpfung des Drogenhandels und Verbesserung der Grenzsicherheit und des Grenzmanagements im OSZE-Raum“.

2011 setzten sich die Teilnehmerstaaten aktiv mit fünf spezifischen Arbeitsbereichen auseinander, mit dem Ziel, die OSZE-Mandate in den Bereichen Polizeiaktivitäten, Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung des illegalen Drogenhandels, Verstärkung der Internetsicherheit und der Koordination und Kohärenz der OSZE-Aktivitäten im Bereich der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen zu konsolidieren.

Das Ergebnis war ein zusätzliches Paket einander verstärkender Beschlüsse zu grenzüberschreitenden Bedrohungen für den Ministerrat. Bedauerlicherweise war im Ministerrat zu einigen Elementen dieses Pakets kein Konsens möglich. Trotzdem wurde ein Beschluss über die Verstärkung der Koordination und Kohärenz der Bemühungen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen verabschiedet, der unter anderem den Vorschlag des Generalsekretärs aufgreift, im Sekretariat eine neue Abteilung zur Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen einzurichten. Der Vorsitz ist der Auffassung, dass der durchdachte Vorschlag des Generalsekretärs, dem seit 2009 erörterte Ideen der Teilnehmerstaaten zugrunde liegen, einen wesentlichen Schritt zur Stärkung der OSZE-Bemühungen zur Auseinandersetzung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen darstellt. Der Vorsitz geht aber auch davon aus, dass die restlichen vier Beschlüsse – vor allem der strategische Rahmen für die Polizeiarbeit und die Internetsicherheit – Anfang kommenden Jahres verabschiedet werden können.

Andere dimensionsübergreifende Fragen

2011 wurde der 60. Jahrestag des Abkommens von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der 50. Jahrestag des Übereinkommens von 1961 zur Verminderung der Staatenlosigkeit begangen. Da es nach wie vor sehr viele Flüchtlinge und Binnenvertriebene im OSZE-Raum gibt, wurde am 27. Mai in Wien eine ausschließlich dieser Frage gewidmete Fachtagung veranstaltet. In Almaty (Kasachstan) fand am 15. und 16. März eine zentralasiatische Konferenz zum Thema Flüchtlingsschutz und internationale Migration statt. Besondere Aufmerksamkeit wurde in diesem Jahr der Frage der Flüchtlinge, Binnen-

vertriebenen und Staatenlosen in Südosteuropa zuteil. Am 26. und 27. Oktober veranstaltete der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten gemeinsam mit UNHCR in Zagreb eine Konferenz über die Bereitstellung von Personenstandsunterlagen und Personenstandswesen in Südosteuropa. Fortschritte waren auch in den Bemühungen Bosnien und Herzegowinas, Kroatiens, Montenegros und Serbiens um eine gerechte, umfassende und dauerhafte Lösung für Flüchtlinge und Binnenvertriebene, unter anderem im Sinne der Gemeinsamen Ministererklärung von Belgrad vom 7. November 2011 zu vermerken. Andere Regionen des OSZE-Raums werden ermutigt, sich die Erfahrungen in Südosteuropa zunutze zu machen.

Seit Langem hat die OSZE eine aktive Rolle bei der Bekämpfung des Menschenhandels inne. In Anerkennung der bisherigen Leistungen und zur weiteren Intensivierung des Kampfes gegen diese moderne Form der Sklaverei verabschiedeten die Teilnehmerstaaten eine Ministererklärung über die Bekämpfung jeder Form von Menschenhandel. Darin wird unter anderem ein verstärkter Schutz der Opfer des Menschenhandels, die Stärkung der Systeme zum Schutz der Kinder und die verstärkte Bekämpfung der Ausbeutung von Arbeitskräften gefordert.

Kooperationspartner – Die untrennbare Verbindung mit den Nachbarregionen

Auf dem Gipfeltreffen von Astana erklärten die Staats- und Regierungschefs der OSZE, dass „die Sicherheit des OSZE-Raums untrennbar mit der Sicherheit in angrenzenden Gebieten, insbesondere im Mittelmeerraum und in Asien, verbunden ist. Wir müssen deshalb verstärkt mit unseren Kooperationspartnern zusammenarbeiten.“

Die Aufmerksamkeit der OSZE-Gemeinschaft war 2011 sehr stark auf die Entwicklungen im südlichen Mittelmeerraum gerichtet. Die Erhebungen in der Region ließen neue Chancen und Herausforderungen sowohl für die Bevölkerung der betroffenen Länder als auch für die OSZE entstehen.

Die Teilnehmerstaaten reagierten auf die jüngsten und noch immer nicht abgeschlossenen Umwälzungen im südlichen Mittelmeerraum mit zahlreichen Diskussionen, in denen sie die Bereitschaft der OSZE erklärten, die demokratischen Übergangsprozesse in der Region anhand der einschlägigen Erfahrungen der Organisation mit demokratischen Übergangsprozessen in ihren eigenen Teilnehmerstaaten zu unterstützen. Die Regierungen von Ägypten und Tunesien wurden von der OSZE über die Bereiche unterrichtet, in denen die Organisation möglicherweise Unterstützung anzubieten hat. Mehrere Mittelmeerkooperationspartner zeigten sich interessiert an den einschlägigen OSZE-Erfahrungen und ihrer Expertise. Zur Auslotung weiterer Bereiche für eine mögliche Zusammenarbeit besuchte der Amtierende Vorsitzende vom 15. bis 17. April Tunesien; vom 24. bis 27. Mai 2011 hielt sich der Direktor des BDIMR, Janez Lenarčič, in Marokko auf, während die Stellvertretende litauische Außenministerin, Asta Skaisgirytė-Liauškienė zusammen mit einem BDIMR-Expertenteam vom 31. Mai bis 3. Juni Ägypten besuchte. Im September traf der Generalsekretär in Kairo mit ägyptischen Regierungsvertretern und dem Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten zu Gesprächen zusammen. Im Oktober beobachteten Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der OSZE die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in Tunesien. Der Amtierende Vorsitz unterstützte die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, die internationale Zusammenarbeit im Umgang

mit den Erhebungen in der arabischen Welt zu fördern. Der OSZE/Mittelmeer-Dialog intensivierte sich unter dem irischen Vorsitz der Mittelmeer-Kontaktgruppe, was sich am gesteigerten Interesse und der größeren Bandbreite der Themen der OSZE-Mittelmeer-konferenz in Budva (Montenegro) am 10. und 11. Oktober ablesen lässt.

Auf dem Ministerrattreffen in Wilna wurde ein Beschluss über die Kooperationspartner verabschiedet. Darin wird eine Ausweitung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern in allen drei Dimensionen der Arbeit der OSZE gefordert. Er bekräftigte auch die Bereitschaft der Teilnehmerstaaten, zukünftige Anträge auf Partnerschaft von interessierten Ländern zu prüfen.

Auch Afghanistan stand 2011 ganz oben auf der internationalen Agenda. Im Mai reiste der Amtierende Vorsitzende zu einem Besuch nach Afghanistan. OSZE-Vertreter, die an hochrangigen Treffen, wie der Regionalen Afghanistan-Konferenz in Istanbul am 2. November und der Internationalen Afghanistan-Konferenz in Bonn am 5. Dezember teilnahmen, unterstrichen die Bereitschaft der Organisation, zu internationalen Bemühungen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und seinen Nachbarn in der OSZE-Region beizutragen.

Auf dem Gipfeltreffen von Astana verwiesen die Staats- und Regierungschefs auf die Notwendigkeit, „unter Berücksichtigung der Möglichkeiten und nationalen Interessen der einzelnen Teilnehmerstaaten einen wirksamen Beitrag zu den gemeinsamen internationalen Bemühungen zur Förderung eines stabilen, unabhängigen, prosperierenden und demokratischen Afghanistan zu leisten“. Dieser Appell wurde vom Ministerratsbeschluss in Wilna über die Stärkung des Engagements der OSZE für Afghanistan bekräftigt. Unter anderem beauftragt der Beschluss den Generalsekretär damit, für Afghanistan ein neues umfassendes Paket von Aktivitäten in allen drei Dimensionen zu schnüren.

Am 28. Oktober bekundete die Mongolei – ein Kooperationspartner der OSZE – ihr Interesse daran, OSZE-Teilnehmerstaat zu werden. Diese Initiative wurde wohlwollend aufgenommen und bei einem informellen Arbeitssessen auf hoher Ebene im Rahmen des Ministerrattreffens von Wilna erörtert. In einem Beschluss des Ministerrats wurde der Antrag der Mongolei begrüßt und der designierte Vorsitz damit beauftragt, sich mit diesem Ersuchen im Hinblick auf die Verabschiedung eines Beschlusses zu befassen, mit dem die Mongolei der 57. OSZE-Teilnehmerstaat würde. Die Mongolei war auch Gastgeber der jährlichen Konferenz der asiatischen Kooperationspartner der OSZE vom 23. bis 25. Mai in Ulan Bator.

Effektivität und Effizienz der Organisation

Der Vorsitz erklärte in seinem Arbeitsprogramm, dass er vorhabe, die komparativen Vorteile und Stärken der Organisation bestmöglich zu nutzen, insbesondere, weil es uns die derzeitige globale Finanzlage auferlege, mit weniger mehr zu leisten. In diesem Jahr arbeitete der Vorsitz eng mit dem derzeitigen und dem ehemaligen Generalsekretär sowie mit den Leitern der Institutionen und Missionen zusammen, um für größtmögliche Effizienz zu sorgen.

2011 unternahm der Vorsitz Schritte zur Stärkung des rechtlichen Rahmens der OSZE. Er hielt mehrere Sitzungen der informellen Arbeitsgruppe für die Stärkung der

rechtlichen Grundlage der OSZE ab und gab ein Arbeitsdokument unter dem Titel „Principles for a discussion on a Constituent Document for the OSCE“ heraus.

Das ganze Jahr hindurch war der Vorsitz an der Suche nach neuen Möglichkeiten zur Einbindung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (PV) in alle Dimensionen der Arbeit der Organisation beteiligt, während der Generalsekretär Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der PV und den OSZE-Durchführungsorganen prüfte. Der Vorsitz, der Generalsekretär und andere Vertreter der Durchführungsorgane folgten der Einladung zu den Tagungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Eine besondere Herausforderung für den litauischen Vorsitz war die Konsensfindung im Zuge der Bestellung des neuen OSZE-Generalsekretärs nach der Ausschreibung dieses Postens am 14. Dezember 2010 durch den kasachischen Vorsitz. Der Vorsitz leitete den Prozess im Geiste der Fairness und Transparenz und in enger Abstimmung mit allen Teilnehmerstaaten. Am 30. Juni verabschiedete der Ministerrat einen Beschluss über die Bestellung von Botschafter Lamberto Zannier aus Italien zum Generalsekretär der OSZE per 1. Juli. Botschafter Zannier folgt damit Marc Perrin de Brichambaut aus Frankreich, der seit Juni 2005 die Funktion des Generalsekretärs innehatte.

Der Vorsitz brachte auch den Prozess der Wiederbestellung des Direktors des BDIMR, Janez Lenarčič aus Slowenien, zu einem guten Abschluss.

Die nächsten Vorsitze

2011 arbeitete Litauen eng mit seinen Troika-Kollegen Kasachstan und Irland zusammen, um die Kontinuität in der Führung der Organisation sicherzustellen. Auf dem Ministerrat in Wilna wurde der Beschluss verabschiedet, das nächste Treffen des Ministerrats am 6. und 7. Dezember 2012 in Dublin abzuhalten.

Der Ministerrat in Wilna verabschiedete vorbehaltlich der stillschweigenden Zustimmung einen Beschluss über die Vorsitze der Schweiz und Serbiens in den Jahren 2014 und 2015.

Schlussfolgerungen – Schritt um Schritt auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft

In seiner Eröffnungsansprache vor dem Ständigen Rat vom 13. Januar 2011 erklärte der Amtierende Vorsitzende und Außenminister Ažubalis, dass „wir vorhaben, bis zum Treffen des Ministerrats der OSZE am 6. und 7. Dezember in Wilna folgende Aufgaben verwirklicht zu haben:

- greifbare Fortschritte in der Auseinandersetzung mit Langzeitkonflikten
- deutliche Verbesserungen bei der Umsetzung unserer Verpflichtungen im Bereich der Medienfreiheit
- Profilierung der OSZE im Hinblick auf grenzüberschreitende Bedrohungen, einschließlich derjenigen, die vom Hoheitsgebiet Afghanistans ausgehen

- Definition der Rolle der OSZE in unserem Energiesicherheitsdialog
- Förderung der Erziehung zu Toleranz im gesamten OSZE-Raum, um Hassverbrechen und Diskriminierung Einhalt zu gebieten“

Wir sind den meisten dieser Zielsetzungen gerecht geworden.

Unter einem größeren strategischen Blickwinkel war es die Zielsetzung und Aufgabe des litauischen OSZE-Vorsitzes 2011, den Teilnehmerstaaten dabei zu helfen, der Verwirklichung ihrer gemeinsamen Vision einer freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok auf den Grundlagen vereinbarter Prinzipien, gemeinsamer Verpflichtungen und gemeinsamer Ziele einen Schritt näher zu kommen. Das ist ein großes Unterfangen, das Zeit brauchen wird. Wie aus diesem Bericht hervorgeht, sind wir jedoch der Meinung, auf diesem Weg einige Schritte vorangekommen zu sein. Wir möchten den Teilnehmerstaaten mit Nachdruck nahelegen, auf diesen bedeutsamen Schritten unter den kommenden Vorsitzenden beginnend mit Irland im Jahr 2012 aufzubauen. Sie können dabei auf die volle Unterstützung durch Litauen zählen.

BERICHT
AN DAS ACHTZEHNTE TREFFEN DES MINISTERRATS ÜBER DIE
STÄRKUNG DER RECHTLICHEN GRUNDLAGE DER OSZE
IM JAHR 2011

(MC.GAL/11/11/Corr.1 vom 7. Dezember 2011)

Einleitung

Die rechtliche Grundlage der OSZE ist seit dem 1993 auf dem Ministerratstreffen in Rom verabschiedeten Beschluss auf der Tagesordnung der KSZE/OSZE geblieben. Seit damals wird darüber diskutiert, wie die KSZE/OSZE zu einem klaren völkerrechtlichen Status kommen könnte. 2007 wurde ein bahnbrechender Entwurf eines Übereinkommens über die Völkerrechtspersönlichkeit, die Rechtsfähigkeit und die Vorrechte und Immunitäten der OSZE (Übereinkommensentwurf) fertiggestellt, allerdings versehen mit drei Fußnoten auf Ersuchen von zwei Teilnehmerstaaten, die die Verabschiedung des Übereinkommensentwurfs mit der gleichzeitigen Verabschiedung einer Charta für die OSZE verknüpften.

Der Text des Übereinkommensentwurfs wurde der Abschlusserklärung des spanischen Amtierenden Vorsitzenden auf dem Ministerratstreffen in Madrid im November 2007 beigefügt.

Eine Verabschiedung des Übereinkommensentwurfs war bis zum heutigen Tag aufgrund des fehlenden Konsenses nicht möglich. Dennoch genießt der Text des Übereinkommensentwurfs weiterhin breite Unterstützung unter den Teilnehmerstaaten, wobei die Auffassung vorherrscht, dass die Verhandlungen darüber nicht wieder aufgenommen werden sollten.

Seit der Fertigstellung des Textes des Übereinkommensentwurfs haben die Diskussionen unter den Teilnehmerstaaten über die Lösung des Problems des fehlenden Rechtsstatus der OSZE (und gleichzeitig des Fehlens einheitlicher Vorrechte und Immunitäten) zu keinem Ergebnis bezüglich der zukünftigen Vorgehensweise geführt. Die Gespräche konzentrierten sich auf mögliche Mittel und Wege, um die OSZE mit dem erforderlichen Rechtsstatus auszustatten, damit sie ihre Mandate effektiv und effizient erfüllen und universelle Anerkennung ihrer Rechtspersönlichkeit erreichen kann. Vor diesem Hintergrund haben sich unter den Teilnehmerstaaten drei verschiedene Positionen herauskristallisiert.

- Die Mehrheit der Teilnehmerstaaten vertritt die Auffassung, dass die Verabschiedung des Übereinkommensentwurfs aus dem Jahr 2007 ausreichen würde, um mit den Problemen und Herausforderungen, mit denen die OSZE insbesondere in ihren Feldoperationen aufgrund ihres unklaren Rechtsstatus konfrontiert ist, fertig zu werden, und setzt sich für dessen baldige Verabschiedung ein. Viele dieser Teilnehmerstaaten sind allerdings zu einer Diskussion über ein konstituierendes Dokument oder eine Charta für die OSZE bereit – vorausgesetzt, der politische Charakter der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen bliebe erhalten und ihre derzeitige Autonomie und Flexibilität würden nicht eingeschränkt.
- Eine Reihe von Teilnehmerstaaten meint, dass die OSZE zusätzlich zum Übereinkommen (dessen Entwurf sie ebenfalls zustimmen) auch eine Charta oder ein konstituierendes Dokument verabschieden sollte. Sie vertreten die Auffassung, dass

es ohne die Verabschiedung einer Charta oder eines konstituierenden Dokuments aufgrund ihrer innerstaatlichen Gesetzgebungsverfahren und verfassungsrechtlichen Verfahrensregeln nicht möglich ist, einer internationalen Organisation Vorrechte und Immunitäten zu gewähren. Diese Teilnehmerstaaten waren auch die Autoren bzw. Unterstützer des Textes eines Charta-Entwurfs für die OSZE, der im September 2007 verteilt wurde.

- Ein Teilnehmerstaat ist von der Notwendigkeit eines konstituierenden Dokuments oder einer Charta nicht überzeugt und auch nicht bereit, zu diesem Zeitpunkt eine Diskussion über ein derartiges Dokument zu führen. Er befürwortet die Verabschiedung des Übereinkommens und hat die unverzügliche Streichung der drei Fußnoten gefordert, die die Verabschiedung des Übereinkommensentwurfs mit der gleichzeitigen Verabschiedung einer Charta oder eines konstituierenden Dokuments verknüpfen.

Treffen der Informellen Arbeitsgruppe

Auf der Grundlage von Beschluss Nr. 4/08, der auf dem Ministerratstreffen in Helsinki 2010 verabschiedet wurde, hat der kasachische Vorsitz eine Informelle Arbeitsgruppe für die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE (IWG) unter dem Vorsitz der Persönlichen Beauftragten des kasachischen Vorsitzes für die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE, Botschafterin Ida Van Veldhuizen, eingerichtet. 2010 trat die IWG viermal in Wien zusammen. Diese Treffen wurden zur Erörterung der Frage einberufen, ob unter den Teilnehmerstaaten ein Konsens erreicht werden könne, um mit der fachlichen Arbeit zu einem konstituierenden Dokument für die Organisation zu beginnen. Dabei äußerte eine Reihe von Staaten hinsichtlich des Inhalts eines konstituierenden Dokuments Bedenken, und einige Teilnehmerstaaten stellten fest, dass sie zunächst noch von der Notwendigkeit dieses Dokuments überzeugt werden müssten.

In Absatz 12 der Gedenkerklärung von Astana vom 3. Dezember 2010 (SUM.DOC/1/10/Corr.1) beauftragten die Staats- und Regierungschefs den designierten litauischen Vorsitz damit, „im Rahmen vorhandener Formate einen Folgeprozess zu organisieren und dabei die von den Teilnehmerstaaten, unter anderem auch im Zuge des Korfuprozesses und bei der Vorbereitung des Gipfeltreffens von Astana, eingebrachten Ideen und Vorschläge zu berücksichtigen“. Ferner wurde darin zugesagt, die designierten Amtierenden Vorsitze bei der Ausarbeitung eines konkreten Aktionsplans auf der Grundlage der geleisteten Vorarbeit nach Kräften zu unterstützen, dessen Fortschritte auf dem OSZE-Ministerratstreffen in Wilna präsentiert werden sollten.

Diesem Auftrag Folge leistend, beschloss der litauische Vorsitz, am 13. Mai 2011 ein Treffen der Informellen Arbeitsgruppe für die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE abzuhalten, und sandte als Diskussionsgrundlage erneut ein Arbeitsdokument mit einem Entwurf für ein konstituierendes Dokument aus, das 2010 vom kasachischen Vorsitz herausgegeben worden war. Dieses Arbeitsdokument skizzierte die Bestandteile eines konstituierenden Dokuments, das bereits bestehende OSZE-Prinzipien, -Strukturen, und -Regeln, d. h. Bestimmungen kodifizieren würde, wie sie oft in konstituierenden Dokumenten zahlreicher anderer internationaler Organisationen enthalten sind. Außerdem war der in Umlauf gebrachte Entwurf für das konstituierende Dokument absichtlich rein verfahrensrechtlicher Natur, ohne jegliche Bezugnahme auf inhaltliche Fragen, wodurch der politische Charakter der Organisation gewahrt werden sollte. Beide Kovorsitzenden der IWG,

Botschafter Helmut Tichy, Rechtsberater des österreichischen Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, und die Beraterin für die rechtliche Grundlage der OSZE, Botschafterin Ida Van Veldhuizen, gaben eine Einführung und einen historischen Überblick zum Thema. Die Erste juristische Beraterin der OSZE erläuterte die – zumeist negativen – praktischen Auswirkungen des fehlenden Rechtsstatus der OSZE auf die tägliche Arbeit der Durchführungsorgane der Organisation.

Während der Diskussion stellte sich jedoch heraus, dass nicht alle Teilnehmerstaaten bereit waren, sich auf eine inhaltliche Diskussion zum Entwurf eines konstituierenden Dokuments einzulassen, ohne vorher die grundlegenden Bedingungen für eine solche Diskussion geklärt zu haben. In der Folge entwickelte der litauische Vorsitz gemeinsam mit den Rechtsexperten ein zweites Arbeitsdokument mit dem Titel „Grundsätze für die Diskussion über ein konstituierendes Dokument (KD) für die OSZE“, das im September ausgesandt wurde (CIO.GAL/169/11) und diesem Bericht als Anhang beigelegt ist. Dieses Dokument sollte den Weg für einen möglichen Beschluss auf dem Ministerratstreffen in Wilna zur Einrichtung einer technischen Arbeitsgruppe ebnen, die die Realisierbarkeit eines konstituierenden Dokuments für die OSZE im Einklang mit den gemeinsam vereinbarten Grundsätzen prüfen sollte. Das Arbeitsdokument erläuterte insbesondere die grundlegenden Bedingungen für die Diskussion, die Ziele der Ausarbeitung eines Entwurfs, die Grundsätze, an denen man sich bei der Ausarbeitung des Entwurfs orientieren sollte, sowie die grundlegenden Bestandteile eines konstituierenden Dokuments.

Am 23. September 2011 trat die Informelle Arbeitsgruppe zum zweiten Mal in Wien zusammen, um die Reaktionen auf das neue Arbeitspapier zu evaluieren und zu prüfen, ob es als Grundlage für eine weitere Diskussion über die Ausarbeitung eines Entwurfs für ein konstituierendes Dokument dienen könnte. Siebzehn Teilnehmerstaaten und die Parlamentarische Versammlung gaben Erklärungen ab. In seinen einführenden Bemerkungen stellte der Vorsitzende des Ständigen Rates fest, dass die Mehrheit der Teilnehmerstaaten bereit sei, die Diskussion über ein konstituierendes Dokument aufzunehmen. Der Vertreter der Parlamentarischen Versammlung sprach sich dafür aus, den Übereinkommensentwurf ehestmöglich zu verabschieden, um die praktischen Schwierigkeiten, mit denen die OSZE immer wieder konfrontiert ist, zu beseitigen. Dennoch sah er keinerlei Nachteil in der Erörterung eines konstituierenden Dokuments für die OSZE in der Zukunft.

Insgesamt war die Reaktion auf die im Dokument enthaltenen Grundsätze für die Ausarbeitung eines Entwurfs sehr positiv. Mehrere Teilnehmerstaaten bekundeten ihre Bereitschaft, eine Diskussion über ein konstituierendes Dokument auf der Grundlage des Arbeitsdokuments des Vorsitzes aufzunehmen, und bekräftigten gleichzeitig ihren Standpunkt, dass die Verabschiedung des Übereinkommensentwurfs ausreichen würde, um der OSZE Rechtspersönlichkeit zu verleihen. Eine Reihe anderer Teilnehmerstaaten, die das Dokument begrüßten, erachteten die Zusammensetzung der vorgeschlagenen technischen Arbeitsgruppe als zu beschränkt und sprachen sich für deren Erweiterung aus, damit sie sowohl politische als auch Rechtsexperten umfasse. Mehrere Teilnehmerstaaten hielten einen Ministerratsbeschluss für wünschenswert, mit dem der designierte Vorsitz beauftragt würde, eine Diskussion über ein konstituierendes Dokument in Gang zu setzen. Mehrere andere Teilnehmerstaaten vertraten jedoch die Ansicht, dass kein neuer Beschluss des Ministerrats für eine weitere Diskussion zu dem Thema notwendig sei. Ein Teilnehmerstaat, der das Arbeitspapier als Diskussionsgrundlage begrüßte, wies darauf hin, dass er mit einer Reihe anderer Teilnehmerstaaten zusammen 2007 einen eigenen Entwurf für eine OSZE-Charta vorgelegt habe und dass sein Einverständnis mit dem Arbeitspapier als Diskussionsgrundlage

ein Schritt in Richtung eines Kompromisses sei, der hoffentlich ebenfalls mit Kompromissbereitschaft erwidert würde.

Ein Teilnehmerstaat stellte jedoch fest, dass er noch nicht von der Notwendigkeit eines konstituierenden Dokuments überzeugt sei. Er verließ seiner Sorge Ausdruck, dass die Diskussion über ein konstituierendes Dokument in einen langwierigen Prozess münden und die unmittelbaren praktischen Probleme, mit denen die Organisation konfrontiert sei (insbesondere das Fehlen von Vorrechten und Immunitäten wie z. B. Steuerbefreiungen für die OSZE-Feldoperationen), nicht lösen würde. Er plädierte entschieden dafür, die Verabschiedung des Übereinkommensentwurfs über die Rechtspersönlichkeit, die Rechtsfähigkeit und die Vorrechte und Immunitäten von der Frage der Ausarbeitung eines Entwurfs eines konstituierenden Dokuments für die Organisation zu trennen. Er stellte auch die Richtigkeit der drei im Arbeitsdokument dargelegten Ziele in Frage, in dem eingewandt wurde, dass die OSZE bereits eine rechtliche Grundlage habe, dass das Fehlen einer Charta die OSZE nicht daran gehindert habe, sich im Laufe der Jahre weiterzuentwickeln, und dass die Beseitigung der Hindernisse, die in einigen Staaten der Verabschiedung eines Übereinkommens im Wege stehen, kein ausreichender Grund für die Aufnahme von Diskussionen über ein konstituierendes Dokument sei.

Dennoch räumte der Teilnehmerstaat ein, nicht unbedingt gegen eine Charta oder ein konstituierendes Dokument zu sein, sondern er appellierte an die anderen Teilnehmerstaaten, eher Lösungen zu finden, wie die praktischen Probleme in der unmittelbaren Zukunft gelöst werden könnten, bis die Ausarbeitung eines konstituierenden Dokuments machbar sei.

Schlussfolgerung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten noch nicht abgeschlossen. Die Hindernisse für die Verabschiedung eines Übereinkommens und bzw. oder eines konstituierenden Dokuments sind viel mehr politischer als bloß technischer Natur. Nach all diesen Jahren jedoch gibt es noch immer keine einfache, schnelle Lösung. Das anhaltende Interesse der Teilnehmerstaaten, zu den Diskussionen beizutragen, und die Bemühungen der Vorsitze sowie der ständige praktische Input von Rechtsexperten zeigen jedoch, dass die Ausstattung der OSZE mit einem eigenen Rechtsstatus weiterhin eine Priorität für die Teilnehmerstaaten sein sollte. Dies trifft umso mehr zu, als andernfalls die OSZE mit schwerwiegenden Risiken nicht nur im Bereich ihrer operativen Effizienz und Effektivität sondern auch der Sicherheit ihrer Mitarbeiter konfrontiert sein könnte. Um diese Probleme zu vermeiden, sollte sie so bald wie möglich mit Rechtspersönlichkeit ausgestattet werden.

Anlage zu MC.GAL/11/11/Corr.1

GRUNDSÄTZE FÜR DIE DISKUSSION ÜBER EIN KONSTITUIERENDES DOKUMENT (KD) FÜR DIE OSZE

Einleitung

Mit diesem Dokument soll der grundlegende Rahmen für die Ausarbeitung eines KD durch die Teilnehmerstaaten festgelegt werden.

Es wäre für die OSZE nützlich, über ein KD zu verfügen, um sich in der internationalen Gemeinschaft als ebenbürtiger und verlässlicher Partner zu positionieren, der seine Rechte voll ausüben und seine Verpflichtungen vollständig erfüllen kann, und somit die OSZE mit einer Rechtspersönlichkeit auszustatten.

Grundlegende Bedingungen für die Diskussionen

- Auf die Abhaltung jeglicher Verhandlung oder Beratung über ein KD darf in keiner anderen OSZE-Verhandlung oder -Beratung noch in anderen bilateralen oder multilateralen Gremien Bezug genommen werden.
- Sie darf nicht herangezogen werden, um bereits eingegangene Verpflichtungen der OSZE zu hinterfragen oder in Zweifel zu ziehen.
- Nichts ist vereinbart, solange nicht alles vereinbart ist.
- Die Diskussionen sollten von einer aus Rechtsexperten zusammengesetzten technischen Arbeitsgruppe geführt werden. Die Ergebnisse sollten der Informellen Arbeitsgruppe zur Kenntnis gebracht und gegebenenfalls zur Konsensfindung dem Ständigen Rat mitgeteilt werden.

Ziele der Ausarbeitung eines Entwurfs

- Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die OSZE ohne Änderung der politischen Natur ihrer Prinzipien und Verpflichtungen
- Ermöglichung einer ständigen Weiterentwicklung der OSZE, ihres Beschlussfassungsverfahrens und ihrer Durchführungsorgane
- Beseitigung der Hindernisse, die in einigen Teilnehmerstaaten der Verabschiedung des Entwurfs eines Übereinkommens über die Rechtspersönlichkeit, die Rechtsfähigkeit und die Vorrechte und Immunitäten der OSZE im Wege stehen, wodurch die Streichung der Fußnoten des Übereinkommensentwurfs unter Beibehaltung des unveränderten Textes möglich würde

Grundsätze für die Ausarbeitung eines Entwurfs

- Beibehaltung des politischen Charakters der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen
- Bekräftigung des Bekenntnisses zum Konsensprinzip in all seinen bestehenden Formen
- Kodifizierung der bestehenden Praxis in der Abwicklung des Tagesgeschäfts der OSZE
- Aufrechterhaltung der Funktion der Durchführungsorgane gemäß ihren Mandaten

- Stärkung der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der OSZE, um auf mögliche zukünftige Situationen zu reagieren

Grundlegende Bestandteile eines KD

- Präambel
- Allgemeine Bestimmungen [Begriffsbestimmungen; Rechtspersönlichkeit und Rechtsfähigkeit, Sitz]
- Grundprinzipien/Ziele [Konsens, politische Natur der OSZE]
- Teilnahme [Mitglieder wie Teilnehmerstaaten, Kooperationspartner, Beobachter, Dritte]
- Beschlussfassungsorgane/nachgeordnete Gremien [Ministerrat, Ständiger Rat, Forum für Sicherheitskooperation etc.]
- Durchführungsorgane/ausführende Organe [Amtierender Vorsitzender, Persönliche Beauftragte, Sonderbeauftragte, Troika, Generalsekretär, Institutionen, Feldoperationen, autonome Organe, Parlamentarische Versammlung]
- Gemeinsame Bestimmungen [Amtssprachen, Vorrechte und Immunitäten]
- Finanzielle/Haushaltsfragen [Gesamthaushalt, außerbudgetäre Mittel, Finanzvorschriften]
- Schlussbestimmungen [Inkrafttreten, Änderungen etc.]

BERICHT
AN DAS ACHTZEHNTE TREFFEN DES MINISTERRATS ÜBER
DIE MODERNISIERUNG DER VERANSTALTUNGEN
ZUR MENSCHLICHEN DIMENSION

(MC.GAL/12/11 vom 7. Dezember 2011)

Hintergrund

In einer Erklärung im Anschluss an die Verabschiedung des Beschlusses über die Tagesordnung des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension 2011 äußerte sich der Vorsitzende des Ständigen Rates wie folgt: „... nimmt Kenntnis vom zunehmenden Interesse und Willen der Teilnehmerstaaten – sowie von den konkreten Vorschlägen, die sie im Zuge der Ausarbeitung des StR-Beschlusses über die Tagesordnung des HDIM 2011 dazu eingebracht haben –, die Organisation und die Modalitäten der Treffen zur menschlichen Dimension zu verbessern und sie fokussierter, attraktiver und effektiver zu machen“; er bekräftigte, dass der litauische Vorsitz „im Sinne der Gedenkerklärung von Astana von 2010, in der die OSZE-Teilnehmerstaaten beauftragt wurden, ‚weiter an der Stärkung der Effektivität und Effizienz der OSZE zu arbeiten,‘ beabsichtige, „gemäß PC.DEC/476 vom 23. Mai 2002 eine ausführliche und ergebnisorientierte Diskussion zu diesem Thema in geeigneten OSZE-Formaten aufzunehmen und zu ermöglichen“.¹

Im Laufe der Jahre machten verschiedene Teilnehmerstaaten immer wieder Vorschläge zur Reform, „Optimierung“, „Effektivitätssteigerung“ oder „Modernisierung“ der OSZE-Treffen zu Fragen der menschlichen Dimension. Die Modalitäten für die Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension durch die OSZE-Teilnehmerstaaten gehen auf Kapitel VI des Helsinki-Dokuments 1992 zurück. Darin waren unter anderem ein dreiwöchiges Implementierungstreffen sowie zusätzlich Seminare zu einzelnen Themen vorgesehen.

Im Lichte der inzwischen gewonnenen Erfahrungen beschlossen die Minister auf dem Ministerratstreffen vom Dezember 2001 in Bukarest, den Ständigen Rat mit der Überprüfung der Modalitäten der Treffen zur menschlichen Dimension zu betrauen, um diese effektiver zu machen. Das Ergebnis dieser Überprüfung war der Beschluss Nr. 476 des Ständigen Rates vom 23. Mai 2002, in dem die derzeit geltenden Modalitäten für die Treffen zur menschlichen Dimension festgelegt wurden. Die wesentlichen Elemente dieses Beschlusses bestanden in der Verkürzung der jährlichen Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIMs) von drei auf zwei Wochen und der alljährlichen Abhaltung von drei informellen Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension, die jeweils eineinhalb Arbeitstage dauern. Dieser Beschluss enthielt auch Vorkehrungen für die Teilnahme von NROs an Treffen zur menschlichen Dimension und definierte die verschiedenen Elemente des Verfahrens zur Festlegung des Termins, der Tagesordnung und der Themen des jährlichen HDIMs durch die Teilnehmerstaaten im Ständigen Rat. Er gab dem Ständigen Rat die Möglichkeit, im Lichte der Erfahrungen mit den neuen Vorkehrungen weitere Anpassungen vorzunehmen, um die Wirksamkeit und Attraktivität der Treffen zur menschlichen Dimension zu erhöhen.

1 CIO.GAL/157/11

2006 kam es zu einer weiteren Entwicklung, als das Brüsseler Treffen des Ministerrats als einen von drei Ausschüssen einen Ausschuss zur menschlichen Dimension als informelles nachgeordnetes Gremium des Ständigen Rates ins Leben rief. Damit wurde einer der Empfehlungen aus dem Bericht des Weisenrats aus dem Jahr 2005 entsprochen. In dem Bericht wurde ferner empfohlen, dass die Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension „auf fünf Tage verkürzt werden könnten“, falls ein Ausschuss zur menschlichen Dimension geschaffen würde. Diese Empfehlung fand jedoch nicht den Konsens der Teilnehmerstaaten. (Hier sei angemerkt, dass der Bericht des Weisenrats kein Konsensdokument ist.)

Im Laufe der letzten drei Jahre brachten verschiedene Gruppen von Teilnehmerstaaten im Rahmen des Korfu-Prozesses im Vorfeld des Gipfeltreffens von Astana Fragen zu den Veranstaltungen zur menschlichen Dimension zur Sprache. Darunter waren viele oft widersprüchliche Vorschläge zur Verbesserung der Effektivität der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension, die die ganze Bandbreite der unterschiedlichen Ansichten der Teilnehmerstaaten zu Fragen wie der Verbesserung des Monitorings von Verpflichtungen, der Teilnahme von NROs an Veranstaltungen zur menschlichen Dimension, der Dauer der HDIMs, das Niveau der Beteiligung der Teilnehmerstaaten an Veranstaltungen zur menschlichen Dimension, den Tagesordnungsthemen der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension und der unzureichenden Berücksichtigung der Empfehlungen der HDIMs und anderer Veranstaltungen zur menschlichen Dimension zeigten. Trotz häufiger Diskussionen über diese Themen vor dem Gipfeltreffen von Astana kam kein Konsens zu Änderungen zustande.

Der derzeitiger Stand

Auf dem Gipfeltreffen von Astana wurde dem designierten OSZE-Vorsitz aufgetragen, einen Folgeprozess in bestehenden Formaten unter Berücksichtigung der von den Teilnehmerstaaten – etwa auch im Rahmen des Korfu-Prozesses und im Vorfeld des Gipfeltreffens von Astana – gemachten Vorschläge zu organisieren. Aufgrund dieses Auftrags beschloss der litauische Vorsitz in Absprache mit dem Vorsitz des Ausschusses zur menschlichen Dimension, das Thema „Reform der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension“ in das Arbeitsprogramm 2011 des Ausschusses zur menschlichen Dimension aufzunehmen. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Annahme der Tagesordnung für das HDIM 2011 bekräftigte der Vorsitz die in seiner Erklärung im Anschluss an die Verabschiedung des Beschlusses (siehe oben) bekundete Absicht. Die erste Diskussion zu diesem Thema sollte auf der Sitzung des Ausschusses zur menschlichen Dimension vom 11. Oktober 2011 stattfinden.

Zur Vorbereitung der Erörterungen zu diesem Thema im Ausschuss zur menschlichen Dimension gab der Vorsitz des Ausschusses bei einem unabhängigen Think-Tank einen Bericht in Auftrag, der zu einer konstruktiven Debatte über die Veranstaltungen zur menschlichen Dimension beitragen sollte. Der Bericht sollte den derzeitigen Stand mit seinen Vor- und Nachteilen bewerten und verschiedene Ansichten und Positionen einholen, um eine gemeinsame Grundlage für Überlegungen im Ausschuss zur menschlichen Dimension und auch außerhalb davon zu schaffen. Außerdem sollte die Studie Optionen ermitteln und empfehlen, wie die Veranstaltungen zur menschlichen Dimension attraktiver, effektiver und fokussierter gestaltet werden können. Mit dem Bericht, der in zwei Phasen vorgelegt werden sollte, wurde die Schweizer Denkfabrik Ximpulse beauftragt. Das Dokument der ersten Phase

mit dem Titel „The OSCE Human Dimension Events: The Way Forward“ enthielt eine genaue Erhebung des Sachstandes, eine Sammlung verschiedener Vorstellungen von der Zukunft der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension und einen Entwurf für eine genauere Untersuchung für die zweite Phase. Es wurde am 11. Oktober von seinen Autoren auf der Sitzung des Ausschusses zur menschlichen Dimension vorgelegt.

Die Untersuchung galt hauptsächlich den Veranstaltungen zur menschlichen Dimension (insbesondere den Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension, den Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension und den Seminaren zur menschlichen Dimension), doch betonte Ximpulse, dass der Gesamtkontext der OSZE nicht außer Acht gelassen werden dürfe, da er die Sicht von der menschlichen Dimension und den Veranstaltungen zur menschlichen Dimension beeinflusse. Als Diskussionsrahmen für die Reform der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension empfahl Ximpulse, anhand ihrer Gesamt- und Einzelziele zu entscheiden, was beibehalten und weiter ausgebaut und was angepasst werden sollte. Die Überlegungen sollten sich auf drei Ebenen beziehen: (1) die Gesamt- und Einzelziele der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension im Allgemeinen; (2) die Rolle und den zeitlichen Ablauf der verschiedenen Arten von Veranstaltungen zur menschlichen Dimension; und (3) die Gestaltung der einzelnen Veranstaltungen.

In der anschließenden Diskussion im Ausschuss zur menschlichen Dimension zeigte sich erneut, wie weit die Ansichten der Teilnehmerstaaten über eine Modernisierung der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension auseinander gehen. In seinen Schlussbemerkungen nahm der Ausschussvorsitzende diese Divergenzen zur Kenntnis und meinte, es müsse eine Annäherung der Positionen geben, wenn Fortschritte möglich werden sollen.

In der zweiten Phase wird sich die Studie eingehender mit Fragen der vorgeschlagenen Diskussionsebenen befassen und Vorschläge sammeln und diese anhand der Verpflichtungen und Ziele und ihrer möglichen Auswirkungen auf das Gesamtsystem der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension bewerten. In Rücksprache mit verschiedenen Akteuren und in Übereinstimmung mit den Zielen wird sie auch Optionen entwickeln und dabei zwischen jenen, die nur nach einer Überarbeitung der bestehenden Modalitäten durchführbar sind, und jenen, die im vorhandenen Rahmen verwirklicht werden können, unterscheiden. Das Dokument über diese zweite Phase wird zu Ende des ersten Quartals 2012 vorliegen. Diese Studie von Ximpulse soll eine strukturierte Diskussion und eine aufschlussreiche Debatte ermöglichen und unterstützen, doch wird es den Teilnehmerstaaten überlassen sein, die verschiedenen Optionen zu bewerten und sich auf einen Katalog von Reformmaßnahmen zu einigen, die den unterschiedlichen Erwartungen der verschiedenen Akteure gerecht werden.

Nach einer ersten Diskussion im Ausschuss fand am informellen „Human Dimension away day“, dem 24. Oktober, eine Brainstorming-Sitzung zur weiteren Vorgehensweise zur Erhöhung der Effektivität der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension statt. Auch hier wurden zahlreiche Vorschläge gemacht, die erneut die unterschiedlichen Ansätze der Teilnehmerstaaten und Gruppen von Teilnehmerstaaten zu diesem Thema zeigten. Dennoch kam der Vorsitz zu dem Schluss, dass zwar einige Aspekte der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension noch immer ziemlich umstritten seien, etwa die Frage der NRO-Teilnahme, dass Veranstaltungen zur menschlichen Dimension aber auch konsenstaugliche Gesamt- und Einzelziele aufwiesen, wie etwa die Identifizierung von Implementierungsdefiziten. Der Vorsitzende stellte fest, dass vielfach Erfolgsindikatoren wie das öffentliche Profil der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension, das Niveau der Beteiligung der Teilnehmer-

staaten (und NROs) und die Suche nach konkreten Abhilfemaßnahmen für Implementierungsdefizite angesprochen wurden.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Angesichts der erheblichen Auffassungsunterschiede zwischen den Teilnehmerstaaten in Bezug auf Änderungen der derzeitigen Modalitäten für Veranstaltungen zur menschlichen Dimension und, falls überhaupt, die Art der Änderungen, hält es der Vorsitz für unrealistisch, ohne eine ausführliche und umfassende Diskussion unter den Teilnehmerstaaten einen Konsens zu irgendeiner Änderung der derzeitigen Vereinbarungen zu erwarten. Diese Diskussion könnte mit der Präsentation des Ximpulse-Berichts der zweiten Phase beginnen, von dem Denkanstöße, Analysen und Instrumente zur Unterstützung der Diskussion erwartet werden. Der Bericht der zweiten Phase dürfte zu Ende des ersten Quartals 2012 zur Verfügung stehen. Es wird empfohlen, dass der irische Vorsitz einen informellen Gedankenaustausch auf Ebene der ständigen Vertreter veranlasst, um zu erörtern, wie man bei der Überarbeitung der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension vorankommen kann.

Bis das Ergebnis dieser Diskussion vorliegt, empfiehlt der Vorsitz nachdrücklich, für die Veranstaltungen zur menschlichen Dimension 2012 Vorkehrungen im Einklang mit den Bestimmungen des Beschlusses Nr. 476 des Ständigen Rates zu treffen, und fordert alle Teilnehmerstaaten eindringlich auf, gemeinsam auf dieses Ziel hin zu arbeiten.

IV. ERKLÄRUNGEN VON DELEGATIONEN

**ERÖFFNUNGSERKLÄRUNG
DES MINISTERS FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN VON
LITAUEN UND AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE
AUF DEM ACHTZEHNTEN TREFFEN DES MINISTERRATS**
(MC.DEL/39/11 vom 6. Dezember 2011)

Frau Präsidentin Grybauskaitė,
Minister,
Exzellenzen,
meine Damen und Herren,

ich heiße Sie im Herzen des OSZE-Raums willkommen, auf halber Strecke zwischen Vancouver und Wladiwostok. Es ist mir eine Freude, Sie alle hier in Wilna begrüßen zu dürfen.

Zu meinen Kollegen von der Parlamentarischen Versammlung sage ich in Erinnerung an unser wichtiges Treffen hier im Jahr 2009 „Welcome back to Vilnius“.

Einige Gründungsmitglieder von Helsinki-Komitees sind heute ebenfalls anwesend. Wir zollen ihrem mutigen Beitrag zu Menschenrechten und Demokratie unsere Anerkennung.

Und schließlich freue ich mich besonders, auch Vertreter von Nichtregierungsorganisationen aus den Teilnehmerstaaten und Ländern der Kooperationspartner hier zu begrüßen. Die Anregungen, die Sie im Laufe der letzten beiden Tage erarbeitet haben, tragen Wesentliches zu unserer Arbeit bei.

Und nun, meine lieben Kollegen und Freunde, wenden wir uns unserer Arbeit zu.

Der litauische Vorsitz ermutigte unsere Gemeinschaft in diesem Jahr zum Handeln in der Einigkeit des Willens und aufbauend auf den Ergebnissen des Gipfeltreffens von Astana. Wir haben bedeutsame und reale Schritte gesetzt, ohne Kompromisse hinsichtlich der Kernprinzipien und -verpflichtungen der OSZE zu machen. Dort, wo wir diesem Ansatz treu geblieben sind, hatten wir Erfolg. In den kommenden beiden Tagen werden wir Gelegenheit haben, durch die Konsolidierung dieses Werks neue Grundlagen für die Zukunft zu schaffen, auf denen wir aufbauen können.

Dass wir hier in Litauen, einem Land im nördlichen Ostseeraum, zusammenkommen, hat eine besondere Bedeutung. Diese Region steht für die Kerngrundsätze und -qualitäten, die wir uns für unsere ganze Sicherheitsgemeinschaft vorgenommen haben. Diese Region verbindet mehr als Geschichte und Geografie. Allen in dieser Region gemeinsam und von überragender Wichtigkeit ist die Kultur eines starken sozialen Verantwortungsbewusstseins, der Achtung der Menschenrechte und der Zusammenarbeit sowie gutnachbarlicher Beziehungen. Was uns verbindet, ist ein zukunftsorientiertes, offenes Herangehen an gemeinsame Herausforderungen – wie Energie, Umwelt, Verkehr, Internettechnologie und offene digitale Kommunikation. Diese Region verkörpert eine Vision, der nachzueifern sich lohnt. Diese unsere Erfahrungen können anderen Regionen des OSZE-Raums bei der Entwicklung ihrer eigenen regionalen Zusammenarbeit vielleicht zugutekommen.

Denn im OSZE-Raum liegen große Herausforderungen vor uns, angefangen von den Langzeitkonflikten, die schon viel zu lange andauern.

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir mit der Beilegung des Transnistrienkonflikts vorangekommen sind. Vergangene Woche wurden in Wilna offizielle 5+2-Verhandlungen nach einer Pause von fast sechs Jahren wieder aufgenommen. Ich appelliere nachdrücklich an die Parteien, diese Chance zu nützen.

Wir müssen auch auf eine Lösung des Konflikts und langfristige Stabilität in Georgien drängen. Die Parteien setzen bei den Internationalen Genfer Gesprächen die Verhandlungen fort und haben praxisorientierte Projekte zum Nutzen der betroffenen Bevölkerung zugesagt. Wir sollten diese Schritte fortführen und ein Unterstützungsteam der OSZE entsenden.

Was den Berg-Karabach-Konflikt betrifft, müssen wir den Mechanismus zur Untersuchung von Zwischenfällen, der auf dem Gipfel in Sotschi vorgeschlagen wurde, aktivieren. Das würde zum Abbau der Spannungen beitragen.

In Südosteuropa gab es kontinuierliche Fortschritte zum dauerhaften Aufbau transparenter, demokratischer und OSZE-Prinzipien verpflichteter Staaten und zu regionaler Zusammenarbeit und Stabilität. Das OSZE-Büro in Zagreb steht vor der Schließung. Mit großer Genugtuung erfüllen uns die Erfolge des Büros und des Gastlandes Kroatien – zum einen bei der Umsetzung seines Mandats, zum anderen bei der Durchführung der Reformen. Es ist dies ein Beispiel dafür, wie kooperative Bemühungen der Bevölkerung, dem Land, der Region und der gesamten OSZE zum Vorteil gereichen.

Wir haben in diesem Jahr auch Schritte zur Stärkung der Abwehr grenzüberschreitender Bedrohungen unternommen. Ich bin davon überzeugt, dass wir hier in Wilna eine gemeinsame Basis zur Stärkung der Bemühungen der OSZE in diesem Bereich finden können.

Exzellenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Medienfreiheit hatte für den litauischen Vorsitz große Priorität. Wir haben uns darum bemüht, die physische Sicherheit von Journalisten zu verbessern. Wir waren auch bestrebt, die rechtlichen und bürokratischen Hindernisse abzubauen, die sie bei der Wahrnehmung ihres Informationsauftrags zum Schutze der Demokratie und der Freiheit unserer Gesellschaften beeinträchtigen. Dieser Ministerrat sollte die Arbeit zu Ende führen, die im vergangenen Juni auf der Konferenz von Wilna über die Sicherheit von Journalisten begonnen wurde.

Unsere Bemühungen um die Verteidigung der Menschenrechte haben Positives bewirkt, in einigen Fällen im Lichte der Öffentlichkeit, in anderen Fällen im Stillen. Wir haben uns – häufig Hand in Hand mit der Zivilgesellschaft – für die Rechte von Organisatoren, Bloggern, Journalisten und Vorkämpfern für soziale Rechte und Menschenrechte eingesetzt und sie geschützt.

Dieser Vorsitz hat sich nachdrücklich für die Förderung einer Erziehung zu Toleranz eingesetzt. Wir waren Mitveranstalter dreier hochrangiger Treffen, die sich mit antichristlichen, antisemitischen und antiislamischen Verhaltensweisen und Praktiken

auseinandersetzen. Um Konflikte zwischen Gruppen und Staaten zu lösen, muss man sich der Wahrheit in Bezug auf Gegenwart und Vergangenheit stellen, sie anerkennen – so schmerzlich das auch sein mag – und eine Aussöhnung im Interesse einer für alle Seiten gedeihlichen Zukunft fördern.

In diesem Jahr und gerade am letzten Wochenende fanden eine Reihe wichtiger Wahlen im OSZE-Raum statt. Ich beglückwünsche das BDIMR und die Parlamentarische Versammlung zu ihrer unparteiischen und professionellen Wahlbeobachtung. Natürlich ist Wahlbeobachtung kein Selbstzweck. Jeder Teilnehmerstaat muss das Recht seiner Bevölkerung sicherstellen, ihren Willen durch freie und faire Wahlen zu äußern. Diesbezüglich appelliere ich an uns alle, uns wirklich an die Empfehlungen des BDIMR zu halten.

Wir haben den Grundstein für eine solide OSZE-Politik im Bereich der Energiesicherheit gelegt. Ein verlässlicher Zugang zu Energieressourcen ist unerlässlich für unsere Sicherheit und sollte auch unter diesem Aspekt anerkannt werden.

Minister, Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir alle stimmen darin überein, dass die Sicherheit im OSZE-Raum untrennbar mit der Sicherheit seiner Nachbarn verknüpft ist. Das haben wir im Laufe dieses Jahres erlebt. Der Ministerrat sollte auf das Interesse der Mittelmeerpartner an einer verstärkten Zusammenarbeit eingehen. Wir sollten zeigen, dass wir unsere Zusammenarbeit mit Afghanistan verstärken wollen. Und schließlich sollten wir den Antrag der Mongolei, Teilnehmerstaat zu werden, begrüßen.

Lassen Sie uns hier in Wilna zusammenarbeiten. Ich möchte an Sie alle appellieren, dabei Mut und Entschlossenheit zu zeigen, damit wir ein Ergebnis zustande bringen, das den Kernprinzipien und -verpflichtungen der OSZE gerecht wird. Wenn wir entschlossen handeln, können wir die Versprechen einlösen, die wir im vergangenen Jahr in Astana gegeben haben.

ERKLÄRUNG
DES MINISTERPRÄSIDENTEN DER REPUBLIK LITAUEN
IN DER SCHLUSSSITZUNG DES ACHTZEHNEN TREFFENS
DES MINISTERRATS

(MC.DEL/66/11 vom 7. Dezember 2011)

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
Minister, meine Damen und Herren,

zuallererst möchte ich Ihnen dafür danken, dass sie zu dieser Schlussveranstaltung des litauischen OSZE-Vorsitzes nach Wilna gekommen sind. Anfang der 1990er Jahre erwies sich die OSZE für Litauen und andere Nationen, die um ihr Recht auf Rückkehr nach Europa kämpften, als sehr wichtige Organisation. Es ist bemerkenswert, wie die OSZE ihre Bedeutung in den letzten 20 Jahren wahren konnte.

Als wir letzten Januar den Vorsitz antraten, sagten wir: In einem so differenzierten Format wie der OSZE können Fortschritte nur durch Zusammenarbeit und harte Arbeit erzielt werden. Jeder Schritt, so klein er auch scheinen mag, ist sehr wichtig.

Auf dem positiven Weg, den wir dieses Jahr gemeinsam zurückgelegt haben, waren folgende Errungenschaften zu verzeichnen:

- Wir haben die Wiederaufnahme der Verhandlungen im 5+2-Format über Transnistrien ermöglicht und die Erörterungen im Rahmen der Internationalen Genfer Gespräche fortgesetzt;
- wir haben in Sachen Medienfreiheit Fortschritte erzielt, darunter Maßnahmen zur Gewährleistung der freien Meinungsäußerung im Internet und zu einem besseren Schutz der Sicherheit von Journalisten;
- wir haben die Grenzbeobachtung und die regionale Zusammenarbeit verstärkt;
- wir haben den regionalen Dialog über Verkehr und Energie und Internetsicherheit verbessert;
- wir haben den Dialog zwischen der OSZE und ihren Partnerländern verbessert;
- wir haben Programme zur Bekämpfung der religiösen Intoleranz und Diskriminierung, insbesondere in Bezug auf Verhetzung und Hassdelikte im öffentlichen Diskurs, aktiv gefördert.

Wir sind der Ansicht, dass es Litauen Hand in Hand mit den Teilnehmerstaaten gelungen ist, den gesamten OSZE-Prozess voranzubringen und positive Entwicklungen im OSZE-Raum auszulösen.

Natürlich gibt es Fragen, die nach wie vor zu großer Sorge Anlass geben:

- Erstens werden Menschen in vielen Ländern noch immer ihre grundlegenden Bürgerrechte vorenthalten. Vor diesem Hintergrund haben wir eine Parallelveranstaltung für Vertreter der Zivilgesellschaft und von NGOs organisiert, die eine Liste wertvoller strategischer Empfehlungen erstellt haben. Ich begrüße die Arbeit von Aktivisten aus der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidigern und erwarte, dass wir weiterhin auf deren Empfehlungen aufbauen werden.
- Zweitens besteht das Problem, dass Journalisten noch immer nicht in der Lage sind, ungefährdet ihrer Arbeit nachzugehen. Wie bei einer anderen Parallelveranstaltung zu dieser Konferenz berichtet wurde, nimmt die Gewalt gegen Journalisten im OSZE-Raum im Allgemeinen sogar noch zu, insbesondere in bestimmten Teilen der Region.
- Schließlich gibt es noch immer Länder, in denen Wahlen alles andere als fair und frei sind. Diese Länder liegen sehr nahe an unseren Grenzen. Diese Tatsache verpflichtet uns, mit größerem Nachdruck an einer Verbesserung der Situation zu arbeiten.

Meine Damen und Herren,

ein pragmatischer, konstruktiver und unparteiischer Ansatz war unser Ausgangspunkt sowohl während unseres jüngsten Vorsitzes in der „Community of Democracies“ als auch während des derzeitigen OSZE-Vorsitzes. Wir werden auch während unseres EU-Vorsitzes 2013, wenn die OSZE ihr 40-jähriges Bestehen feiert, daran festhalten.

Ich habe keinen Zweifel daran, dass der irische Außenminister als designierter Amtierender Vorsitzender denselben Weg beschreiten und danach trachten wird, die Prinzipien, für die diese angesehene Organisation nun schon seit vier Jahrzehnten steht, zu festigen und voranzubringen. Viel Glück!

Ich danke Ihnen.

**GEMEINSAME ERKLÄRUNG
DER LEITER DER DELEGATIONEN DER KOVORSITZLÄNDER
DER MINSK-GRUPPE UND DER AUSSENMINISTER VON
ARMENIEN UND ASERBAIDSCHAN
AUF DEM ACHTZEHNTEN TREFFEN DES MINISTERRATS**
(MC.DEL/18/11 vom 7. Dezember 2011)

Aus Anlass des Ministerratstreffens der OSZE in Wilna bekräftigten die Leiter der Delegationen der Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe der OSZE (der Außenminister der Russischen Föderation, Sergei Lawrow, die Außenministerin der Vereinigten Staaten, Hillary Rodham Clinton, und der französische Minister für europäische Angelegenheiten, Jean Leonetti) sowie der Außenminister von Aserbaidschan, Elmar Mammadjarow, und der Außenminister von Armenien, Edward Nalbandian, die Wichtigkeit einer friedlichen Beilegung des Berg-Karabach-Konflikts.

Unter Hinweis auf die Moskauer Erklärung vom November 2008 sowie auf ihre einzelstaatlichen Erklärungen auf den Ministerratstreffen der OSZE in Helsinki (2008) und Athen (2009) und auf dem Gipfeltreffen der OSZE in Astana (2010) waren sich die fünf Delegationsleiter darin einig, dass es notwendig sei, den Verhandlungsprozess im Format der Minsk-Gruppe der OSZE fortzusetzen und ein günstigeres Klima für den Weg zu einer friedlichen Lösung zu schaffen. Als einen der Schritte in diese Richtung vereinbarten sie weitere Bemühungen um die Ausarbeitung der Einzelheiten des Mechanismus zur Untersuchung von Verletzungen der Waffenruhe, der aus der gemeinsamen Erklärung der Präsidenten Alijew, Sargsian und Medwedew auf dem Gipfeltreffen von Sotschi im März 2011 hervorgegangen worden war.

In Kenntnis der Erklärung ihrer Präsidenten von Deauville vom Mai 2011, in der Armenien und Aserbaidschan aufgerufen wurden, die Ausarbeitung der Grundprinzipien für die friedliche Beilegung des Berg-Karabach-Konflikts abzuschließen, äußerten die Delegationsleiter der Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe ihr Bedauern darüber, dass die Parteien bisher noch nicht in der Lage waren, diesen entscheidenden Schritt zu setzen. Die drei Delegationsleiter betonten erneut, dass es im Berg-Karabach-Konflikt keine militärische Lösung geben könne und dass die Charta der Vereinten Nationen, die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und die in den gemeinsamen Erklärungen ihrer Präsidenten von L'Aquila vom Juli 2009 und Muskoka vom Juni 2010 skizzierten Elemente allen Seiten die Möglichkeit böten, vom inakzeptablen Status quo abzurücken und eine friedliche Lösung anzustreben. Angesichts der intensiven Verhandlungen, die seit dem Ministerratstreffen der OSZE von Madrid im Jahr 2007 – auch auf höchster Ebene – geführt wurden, forderten die drei Delegationsleiter die Parteien eindringlich auf, die Vorschläge der Kovorsitzländer nochmals sorgfältig zu prüfen.

Die Minister von Aserbaidschan und Armenien äußerten sich anerkennend über die Bemühungen der Kovorsitzländer – auch über das persönliche Engagement der Präsidenten Medwedew, Obama und Sarkozy –, ihre Länder beim Zustandekommen eines Rahmens für eine umfassende Friedenslösung zu unterstützen. Sie teilten den Delegationsleitern der Kovorsitzländer mit, dass ihre Präsidenten bereit seien, schon bald unter der Schirmherrschaft der Kovorsitzländer erneut zusammenzutreffen, um ausgehend von den jüngsten Erfahrungen ihren Dialog zur Frage, wie sie für ihre Völker Frieden, Stabilität und Wohlstand erreichen können, fortzusetzen.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS

(Anhang 1 zu MC(18) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2011)

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über die angemessene Rolle der OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 (2004) des UN-Sicherheitsrats möchte die Delegation der Republik Aserbaidschan eine Erklärung abgeben und Folgendes feststellen:

Auch wenn die Republik Aserbaidschan die Bestimmungen der Resolution 1540 (2004) des UN-Sicherheitsrats unterstützt und durchführt, kann sie diese und andere einschlägige Resolutionen, wie auch die Resolution 1977 (2011) des UN-Sicherheitsrats, in seinen besetzten, international anerkannten Gebieten nicht vollständig umsetzen.

Wir sind ernsthaft besorgt angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus und das Risiko, dass nichtstaatliche Akteure wie separatistische Regime nukleare, chemische und biologische Waffen erwerben, entwickeln, einsetzen oder damit handeln.

Unter Hinweis auf die einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats über die Bekämpfung der Verbreitung von CBRNs, insbesondere auf Resolution 1977 (2011) des UN-Sicherheitsrats, betonen wir die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit im Einklang mit dem Völkerrecht, die notwendig ist, um gegen den illegalen Handel mit nuklearen, chemischen und biologischen Waffen, deren Trägersystemen und verwandtem Material durch nichtstaatliche Akteure vorzugehen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal dieses Ministerratstreffens beizufügen.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ARMENIENS

(Anhang 2 zu MC(18) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2011)

Meine Delegation möchte zu Protokoll geben, dass die interpretative Erklärung der Delegation Aserbaidschans haltlose Vorwürfe und ungerechtfertigte Behauptungen enthält.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS

(Anhang 3 zu MC(18) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2011)

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Ministerratsbeschlusses über die Verstärkung des Verkehrsdialogs in der OSZE möchte die Delegation der Republik Aserbaidschan Folgendes feststellen:

Auf der Grundlage der Bestimmungen dieses Beschlusses fordert die Republik Aserbaidschan die Republik Armenien eindringlich auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um:

1. ihre Streitkräfte aus den besetzten Gebieten der Republik Aserbaidschan abzuziehen und somit die Voraussetzungen für die Wiederherstellung sämtlicher Kommunikationswege, einschließlich der Eisenbahnlinien und Autobahnen, in den Gebieten der Republik Aserbaidschan zu schaffen;
2. die durch die Region Latschin der Republik Aserbaidschan führende Straße im Einklang mit den Grundsätzen der Offenheit aller Kommunikationswege der Region in den gesicherten und ungehinderten Gebrauch der Republik Aserbaidschan zu übergeben;
3. den durch Meghri führenden Teil der Eisenbahnstrecke Baku-Meghri-Nachitschewan zwecks Wiederherstellung des regionalen Eisenbahnnetzes instand zu setzen und damit zur regionalen Zusammenarbeit im Verkehrsbereich beizutragen.

Wir ersuchen um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal dieses Ministerratstreffens.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ARMENIENS

(Anhang 4 zu MC(18) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2011)

Meine Delegation wiederholt die Erklärung, die sie bei früherer Gelegenheit in Erwiderung auf ähnliche Behauptungen, wie sie in der interpretativen Erklärung Aserbaidshans erhoben werden, abgegeben hat. Es sei festgehalten, dass Fragen der Konfliktlösung im Rahmen der vereinbarten Formate behandelt werden.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

(Anhang 5 zu MC(18) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2011)

Das Treffen des OSZE-Ministerrats hier in Wilna bot zwölf Monate nach Astana allen Teilnehmerstaaten eine ideale Plattform dafür, die Vision unserer Staats- und Regierungschefs in Form konkreter Arbeitsergebnisse zu verwirklichen. Wir danken Litauen aufrichtig dafür, dass es sich dieser Aufgabe prinzipientreu und zielstrebig angenommen hat.

Die Europäische Union ging mit großen Erwartungen an das Ministerratstreffen von Wilna heran und bemühte sich konstruktiv um die Weiterentwicklung der OSZE in allen drei Dimensionen. Daher begrüßen wir die Fortschritte in dimensionsübergreifenden Fragen insbesondere betreffend den Konfliktzyklus, die Kooperationspartner einschließlich Afghanistans sowie die Fortschritte in Richtung eines künftigen Beitritts der Mongolei zur OSZE. Es zeigte sich auch, dass ein Vorankommen in der politisch-militärischen Dimension bei den transnationalen Bedrohungen und auch in der Wirtschafts- und Umweltdimension möglich war. Wir bekräftigen das Bekenntnis der EU zur Zusammenarbeit in der OSZE in allen Fragen, um die umfassenden Sicherheit zu fördern.

Die Europäische Union ist allerdings tief besorgt darüber, dass in der menschlichen Dimension keine Fortschritte erzielt wurden. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind das Herzstück der OSZE und ihres umfassenden Sicherheitskonzepts. Wir bedauern insbesondere, dass sich nicht alle Teilnehmerstaaten auf die Stärkung der Verpflichtungen im Bereich der Meinungsfreiheit einigen konnten, um vor allem Journalisten vor Gewalt, Schikanen, Strafverfolgung und Freiheitsentzug zu schützen. Ferner bedauern wir zutiefst, dass nicht alle Teilnehmerstaaten die Auffassung teilen konnten, dass im digitalen Zeitalter auch der Einsatz neuer Technologien zu den Grundfreiheiten gehört. Das Signal, das die NROs in der Parallelkonferenz der OSZE der Zivilgesellschaft an die Teilnehmerstaaten richteten, war laut und vernehmlich. Sie betonten, wie wichtig eine verstärkte Umsetzung der menschlichen Dimension insbesondere im Bereich der Meinungsfreiheit, auch im Internet, ist.

Die Entwicklungen im südlichen Mittelmeerraum haben die Universalität der Menschenrechte und Grundfreiheiten unter Beweis gestellt. Es sind aber ebendiese Werte, die in der OSZE-Region zunehmend infrage gestellt werden. Daher fordert die Europäische Union alle Teilnehmerstaaten zur uneingeschränkten Umsetzung aller OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen auf. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass wir ohne sichtbare Fortschritte in der menschlichen Dimension nicht in der Lage sein werden, auf dem Weg zu umfassender Sicherheit und einer wirklichen Sicherheitsgemeinschaft voranzukommen.

Wir würdigen nachdrücklich die Rolle der OSZE-Institutionen für die Überwachung der Umsetzung unserer OSZE-Verpflichtungen und die Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei ihren diesbezüglichen Leistungen. Wir unterstützen uneingeschränkt die Arbeit des BDIMR in der Wahlbeobachtung im gesamten OSZE-Raum. Im Zusammenhang damit bekräftigen wir die Erklärung der Europäischen Union in der gestrigen Plenarsitzung, mit der die Beurteilung der Wahlen zur Staatsduma in der Russischen Föderation durch das BDIMR der OSZE begrüßt und Russland aufgefordert wurde, die Empfehlungen des BDIMR ordnungsgemäß umzusetzen. Wir erinnern auch an die Erklärungen der Hohen Vertreterin Catherine Ashton von gestern und heute.

Die Europäische Union bedauert, dass regionale Erklärungen zu den Langzeitkonflikten in Georgien und in der Republik Moldau nicht verabschiedet werden konnten, obwohl im Falle Moldaus die offiziellen Verhandlungen im 5+2-Format am 30. November und 1. Dezember in Wilna wieder aufgenommen wurden. Im diesem Zusammenhang möchten wir an den Standpunkt der Europäischen Union dazu erinnern, wie er in unserer Schlusserklärung in Astana zum Ausdruck gebracht wurde. Die EU begrüßt die gemeinsame Erklärung der Delegationsleiter der Länder der Minsk-Gruppe und der Außenminister von Armenien und Aserbaidschan zum Berg-Karabach-Konflikt.

Die Europäische Union bekräftigt ihre Erwartung, dass es im nächsten Jahr unter dem Amtierenden Vorsitz Irlands in Vorbereitung des Ministerratstreffens in Dublin im Dezember 2012 zu bedeutsamen und fokussierten Fortschritten in allen drei Dimensionen, insbesondere in der menschlichen Dimension, kommen wird, und fordert alle Teilnehmerstaaten auf, das Ihrige zu diesen Bemühungen beizutragen.

Die Bewerberländer Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro¹ und Island², die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien, die dem Europäischen Wirtschaftsraum angehörigen EFTA-Länder Liechtenstein und Norwegen, sowie die Republik Moldau, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Protokoll.

1 Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

2 Island ist weiterhin Mitglied der EFTA und des Europäischen Wirtschaftsraums.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

(Anhang 6 zu MC(18) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2011)

Die Delegation der Russischen Föderation dankt dem litauischen Vorsitz für seine Bemühungen im vergangenen Jahr um die erfolgreiche Abhaltung des Ministertreffens hier in der gastfreundlichen Stadt Wilna. Heute haben wir in der Tat einzelne Beschlüsse, die die wichtigsten Arbeitsgebiete der OSZE betreffen, verabschiedet.

Es ist uns aber leider nicht gelungen, Ergebnisse zu erzielen, die man im Hinblick auf die Erfüllung der beim OSZE-Gipfeltreffen in Astana im Dezember 2010 gesetzten Aufgabe, eine Sicherheitsgemeinschaft zu schaffen, als echten Schritt vorwärts bezeichnen könnte. Die russische Delegation bringt ihre Besorgnis diesbezüglich zum Ausdruck.

Einer der Gründe dafür ist, dass während der Vorbereitungen des Ministerrats in Wilna und in dessen Verlauf Vorschläge, die auf eine Erhöhung der Effektivität der OSZE abzielen, zu Unrecht außer Acht gelassen wurden. Diese Vorschläge betrafen unter anderem die Stärkung der rechtlichen Grundlagen der Organisation, Verbesserungen im Bereich der Wahlbeobachtung, mehr Freizügigkeit, die Optimierung der Teilnahme von Nichtregierungsorganisationen an OSZE-Veranstaltungen und die Bekämpfung moderner Ausprägungen von Intoleranz und Extremismus einschließlich Neonazismus.

Die Ausarbeitung einer einigenden Agenda für die Organisation wurde durch die fragwürdige Vorgehensweise verhindert, in dieser Agenda Gruppeninteressen zu begünstigen – eine Vorgehensweise, die immer mehr überhandnimmt und die dem ursprünglichen Sinn und Zweck der KSZE/OSZE und dem Geist der Schlussakte von Helsinki zuwiderläuft. In den Gründungsdokumenten ist festgelegt, dass die Agenda der Organisation den Interessen aller OSZE-Teilnehmerstaaten gerecht werden muss. Ein einseitiges, parteiisches Herangehen an Fragen im Sinne vorrangiger Interessen bestimmter Länder sollte nicht unterstützt werden.

Die Vorbereitungen für den Ministerrat in Wilna und die Art, in der dieser abgehalten wurde, haben mehr als deutlich gemacht, dass das derzeitige System für die Vorbereitung von OSZE-Beschlüssen nicht richtig funktioniert. Die Arbeitsweise, die mit immer mehr Verpflichtungen und der Verabschiedung von Beschlüssen über unwichtige Fragen ohne echten Mehrwert einhergeht, hat sich ein für alle Mal überlebt. Wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, welche Art von Beschlüssen wir verabschieden, in welcher Form und ob sie überhaupt notwendig sind.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Organisation, ihre Institutionen und alle ihre Instrumente einer ernsthaften Reform bedürfen. Die Notwendigkeit, das gemeinsame Fundament für die Aktivitäten der OSZE zu stärken und ihre rechtlichen Grundlagen weiterzuentwickeln, tritt immer deutlicher zutage. Geschieht dies nicht, wird die OSZE weiterhin an Bedeutung als multilaterale Plattform für den Dialog über Zusammenarbeit und die Gewährleistung der Sicherheit verlieren.

Die Delegation der Russischen Föderation ruft die Teilnehmerstaaten auf, sich 2012 vorrangig den oben genannten Problemen, die die politische Zukunft der OSZE gefährden, zu widmen.

Wir wünschen dem designierten Vorsitz Irland viel Erfolg dabei, die in Astana konzipierte Agenda für die OSZE voranzubringen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

ERKLÄRUNG

DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

(Anhang 7 zu MC(18) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2011)

Herr Vorsitzender, ich möchte im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika dem litauischen Vorsitz erneut für seine engagierte Führung in diesem Jahr danken. Die Prioritäten des Vorsitzes, darunter ein Vorankommen in Bezug auf die Langzeitkonflikte in Europa, die Sicherheit von Journalisten und Medienfreiheit, die Zusammenarbeit im Energiebereich, größere militärische Transparenz und ein verstärktes Engagement für unsere Partner im Mittelmeerraum und für Afghanistan, fanden bei den Teilnehmerstaaten umfassende Unterstützung.

In einigen wichtigen Bereichen konnten wir Fortschritte verzeichnen: Nach mehr als fünf Jahren wurden in der vergangenen Woche die 5+2-Gespräche zum Moldau-Konflikt offiziell wieder aufgenommen. Heute haben wir Beschlüsse des Ministerrats zu den Themen Konfliktzyklus, verstärktes Engagement für die Partner und für Afghanistan, größere Mitgestaltungsmacht für Frauen in der Wirtschaft, Bekämpfung des Menschenhandels sowie alle drei im FSK behandelten Beschlüsse verabschiedet.

Das sind jedoch nicht alle Ergebnisse, die wir bei diesem Treffen zu erreichen gehofft hatten. Das Sicherheitskonzept der OSZE ist ein umfassendes. Wir hatten daher damit gerechnet, dass die Minister ein ausgewogenes Paket von Beschlüssen und Erklärungen mit Maßnahmen in allen drei Dimensionen verabschieden würden, die uns unserem gemeinsamen Ziel der Verstärkung der Sicherheit im OSZE-Raum näher bringen.

Bedauerlicherweise kam es nicht dazu. Trotz breiter Unterstützung durch Regierungen und Zivilgesellschaft war kein Konsens zu Beschlüssen möglich, die unsere Regierungen zur Verbesserung der Sicherheit von Journalisten, zur Bekräftigung der Gültigkeit der Grundfreiheiten im digitalen Zeitalter und zur Förderung der Toleranz verpflichten würden. Diese Beschlüsse sind Ausdruck des Mandats dieser Organisation, in dessen Zentrum der Anspruch steht, dass die Achtung der Menschenrechte für den Fortschritt und die Sicherheit für alle unsere Länder unverzichtbar ist.

Im Falle der Erklärung über die Grundfreiheiten im digitalen Zeitalter waren die Vereinigten Staaten stolz darauf, als einer von 25 OSZE-Teilnehmerstaaten eine einfache Erklärung angestrebt zu haben, die feststellt, dass die Menschenrechte und Grundfreiheiten durch die neuen Technologien keine Änderung erfahren, und bekräftigt, dass sie ihrer Verpflichtung zur Achtung der Ausübung der Grundfreiheiten wie freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit nachkommen werden. Bedauerlicherweise wurde dieser Beschluss im Vorbereitungsausschuss nicht einmal diskutiert, und Erörterungen über eine Verbesserung der Sicherheit von Journalisten schlugen fehl – in beiden Fällen aufgrund der Einwände eines Teilnehmerstaats. Es ist beunruhigend, dass in Zeiten zunehmender Intoleranz, einschließlich von Antisemitismus und Angriffen auf ethnische Minderheiten wie Roma und andere schutzbedürftige Gruppen wie LGBT, einige Teilnehmerstaaten ihre Differenzen nicht überwinden und sich nicht zu unserer gemeinsamen Humanität bekennen konnten, indem sie die Fähigkeit der OSZE zur Förderung von Toleranz und zur Bekämpfung von Hassverbrechen gegen Mitmenschen unabhängig von deren Glauben, Hintergrund, Rasse, Rechtsstellung oder sexueller Ausrichtung stärken.

Unsere Bürger erwarten sich aber mehr von uns. Außenministerin Clinton hat das gestern zum Ausdruck gebracht, als sie sagte, Menschenrechte seien nicht nur ein Gebot der Moral, sondern ein wesentlicher Bestandteil der internationalen Sicherheit und Stabilität.

Trotz der entschlossenen Bemühungen des Vorsitzes und greifbarer Fortschritte in der Beschäftigung mit den „5+2-Verhandlungen“ und deren Fortsetzung ist es uns erneut aufgrund der Einwände eines Teilnehmerstaats nicht gelungen, uns auf einen Konsens über regionale Erklärungen zu den Konflikten in Georgien und Moldau zu einigen.

In der ersten Dimension haben wir lediglich eine technische Aktualisierung des Wiener Dokuments, des Aushängeschildes der OSZE, zustande gebracht, und keine Aktualisierung, die das Dokument für die modernen, verschlankten Streitkräfte von heute relevanter gemacht hätte. Des Weiteren hätten wir es begrüßt, wenn wir angesichts der außerordentlichen wirtschaftlichen Herausforderungen mehr und ehrgeizigere Ergebnisse in der zweiten Dimension vorzuweisen gehabt hätten.

Unter litauischem Vorsitz steuerten wir auf ein umfangreiches Paket von Beschlüssen zu. Unser Vorsitzender ist nicht für die bescheidenen Ergebnisse in der dritten Dimension verantwortlich. Kein Amtierender Vorsitz kann Zusammenarbeit erzwingen oder politischen Willen erzeugen. Es ist an uns allen, die Entschlusskraft aufzubringen, unseren Verpflichtungen nachzukommen, die OSZE-Institutionen zu stärken und die Arbeit der OSZE in allen drei Dimensionen voranzutreiben.

Im Ausblick auf 2012 und darüber hinaus müssen wir uns in unserer Arbeit weiterhin auf Grundsatzfragen und Anliegen der Menschen in dieser riesigen Region und unserer Partnern außerhalb davon konzentrieren: Menschenwürde und Demokratie, Recht und Toleranz, Wohlstand und Frieden. Diese großen Fragen unserer Zeit werden uns weiterhin begleiten. Darum geht es – im Realen wie im Virtuellen. Mit oder ohne Konsens werden wir uns weiterhin damit auseinandersetzen müssen, hier in der OSZE und täglich in unseren Ländern wie auch in der gesamten Staatengemeinschaft.

Wir möchten an dieser Stelle unterstreichen, wie wichtig der Dialog mit der Zivilgesellschaft ist, und begrüßen die Empfehlungen der parallel abgehaltenen Konferenz der Zivilgesellschaft und die Schaffung der Plattform „Solidarität der Bürger“.

Meine Regierung glaubt nach wie vor an das große Versprechen von Helsinki. Damit es Wirklichkeit wird, stehen wir auch in Zukunft zur Zusammenarbeit mit unseren Partnerstaaten und der Zivilgesellschaft in der gesamten Region. In diesem Geiste sehen wir unseren Beratungen unter irischem Vorsitz entgegen.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KANADAS

(Anhang 8 zu MC(18) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2011)

Herr Vorsitzender,

ich habe die Ehre, diese Erklärung im Namen von Außenminister John Baird abzugeben.

Wir beglückwünschen Litauen herzlich zu seinem großen Einsatz in diesem Jahr als Vorsitz der OSZE und möchten insbesondere die hervorragende Führung und Leitung unseres OSZE-Rates dieses Jahr betonen. Dank Ihrer Bemühungen können wir einige solide Ergebnisse zu folgenden Themen vorweisen:

- Kooperationspartner: In diesem Beschluss verpflichten wir uns, gemeinsam mit den Staaten im Mittelmeerraum und in Asien die OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen zu fördern;
- Menschenhandel;
- Mittel zur Ausweitung des OSZE-Potenzials für die Reaktion auf Konflikte und Krisen; sowie über grenzüberschreitende Bedrohungen;
- Verstärkung des Engagements der OSZE für Afghanistan und
- Chancengleichheit für Frauen in der Wirtschaft.

Allerdings bedauert Kanada nachdrücklich, dass ein Konsens zu wichtigen Fragen der Menschenrechte und Grundfreiheiten verhindert wurde:

- Wie Minister Baird gestern im Plenum erklärte, weiß Kanada nur allzu gut, dass es im OSZE-Raum noch immer zu Antisemitismus, Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Christen, Juden, Muslimen und Angehörigen anderer Religionen kommt;
- und dass Menschen im OSZE-Raum noch immer allein wegen ihrer sexuellen Orientierung angegriffen und in Haft genommen werden können.

Kanada steht zur Unterstützung demokratischer Reformen und zum Streben nach Freiheit und Empowerment, insbesondere für Frauen und Jugendliche.

Kanada unterstützt weiterhin entschieden den Wunsch der Mongolei nach Aufnahme in die OSZE-Gemeinschaft. Wir kamen mit der Bereitschaft nach Wilna, einen diesbezüglichen Beschluss zu verabschieden, und sind nach wie vor der Auffassung, dass die Mongolei so bald wie möglich Teilnehmerstaat werden sollte.

Kanada ist zuversichtlich, dass der designierte irische Vorsitz alles daran setzen wird, in diesen so wichtigen Fragen voranzukommen.

Wir sehen dem ukrainischen OSZE-Vorsitz 2013 entgegen und erwarten, dass die Ukraine die Grundsätze und Integrität unserer Organisation achten und bewahren wird. Die

Achtung der Menschenrechte und der Demokratie, einschließlich einer rechtmäßigen und aktiven Opposition, sind Grundprinzipien der OSZE.

Abschließend danken wir dem litauischen Vorsitz und seinem fähigen Team für ihre harte Arbeit und die Entschlossenheit, mit der sie das umfassende Sicherheitskonzept – das Markenzeichen der OSZE – bewahrt haben.

Danke. Merci.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER TÜRKEI

(Anhang 9 zu MC(18) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2011)

Herr Vorsitzender,

wie meine Vorredner möchte auch ich Litauen herzlich zu seinem unermüdlichen Einsatz in der überaus geschickten Lenkung unserer Organisation durch das Jahr 2011 beglückwünschen. Die beim Ministerratstreffen in Wilna erreichten Ergebnisse sind großteils der kompetenten Führung des Vorsizes zu verdanken.

Außerdem meinen wir, dass uns die verabschiedeten Beschlüsse in unserer Agenda der Maßnahmen im Anschluss an das Gipfeltreffen in Astana vortragen.

So stellen wir etwa erfreut Fortschritte in der politisch-militärischen Dimension, bei grenzüberschreitenden Bedrohungen sowie in der Wirtschafts- und Umweltdimension fest. Von Anfang an unterstützten wir ein Paket von Beschlüssen des Vorsizes in der menschlichen Dimension. Bedauerlicherweise ist dieses Paket nicht unter den Ergebnissen dieses Ministerrats. Bei dieser Gelegenheit möchte ich wiederholen, was mein Minister gestern in seiner Erklärung betonte, nämlich dass wir vermeiden sollten, selektive oder hierarchische Ansätze mit Schwerpunkt auf bestimmten Themen zu verfolgen und dabei andere überaus wichtige Belange als sekundär zu erachten. Wir werden weiterhin Bemühungen unterstützen, die – wie es in den Gründungsdokumenten der OSZE verankert ist – alle Dimensionen als gleichwertig ansehen. Auch innerhalb jeder Dimension müssen wir nach der notwendigen Ausgewogenheit streben.

Wir stellen erfreut fest, dass wir uns auf die Beschlüsse über die Kooperationspartner und unser Engagement für Afghanistan einigen konnten. Wir erachten den Beschluss über den Konfliktzyklus als eines der wichtigsten Ergebnisse von Wilna, da Bemühungen um Vermeidung und Beilegung von Konflikten im Zentrum der Aktivitäten unserer Organisation stehen. Der politische Wert dieses Beschlusses ist daher vor diesem Hintergrund zu beurteilen.

Wir unterstützen mit Nachdruck die Bestrebungen der Mongolei, der OSZE beizutreten. Es wäre uns lieber gewesen, schon diesmal einen Beschluss über die Zuerkennung des Status eines Teilnehmerstaates an die Mongolei zu treffen. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass der irische Vorsitz alles in seiner Macht Stehende tun wird, um dieses Vorhaben erfolgreich abzuschließen.

Herr Vorsitzender,

Lassen Sie uns doch auf die volle Hälfte des halb vollen Glases blicken. Dabei sollten wir aber auch in der Lage sein, über die Gründe nachzudenken, warum unsere Bemühungen um Verabschiedung einiger wichtiger Beschlüsse gescheitert sind. Wir müssen mit ehrlicher Selbstkritik unser Gewissen erforschen und für die Zukunft daraus lernen, wie wir eine auf Konsensbildung ausgerichtete Arbeitsmethode besser anwenden können, um die Grundlage für ein effektives Engagement und politische Eigenverantwortung aller Teilnehmerstaaten zu schaffen. Ich bin sicher, dass der Ständige Rat in Wien reichlich Gelegenheit haben wird, die Beratungen und Ergebnisse des Ministerrats von Wilna weiterzuführen.

Abschließend möchte ich nochmals unseren Dank und unsere Wertschätzung für die hervorragende Arbeit unserer litauischen Freunde ausdrücken und dem designierten irischen Vorsitz alles Gute und viel Erfolg wünschen.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER UKRAINE

(Anhang 10 zu MC(18) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2011)

Herr Vorsitzender,

die Delegation der Ukraine dankt dem litauischen OSZE-Vorsitz aufrichtig für die herzliche Gastfreundschaft und den unermüdlichen Einsatz das ganze Jahr hindurch, um konkrete und richtungsweisende Ergebnisse auf diesem Ministerratstreffen zu erreichen.

Wir begrüßen die Verabschiedung einer Reihe von Beschlüssen, die unserer Zusammenarbeit wichtige Impulse – auch in der politisch-militärischen Dimension, bei der Bewältigung grenzüberschreitender Bedrohungen und in einigen dimensionsübergreifenden Fragen – verleihen sollen.

Wir sehen den Bemühungen anderer Teilnehmerstaaten um weitere Fortschritte bei der Erweiterung des Anwendungsbereichs der VSBMs, um mehr militärische Transparenz, um Aktualisierung des OSZE-Rahmens für die Nichtverbreitung und um Lösungen auf dem Verhandlungsweg im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle entgegen und bestärken sie darin.

Der ukrainische Vorsitz des Wirtschafts- und Umweltausschusses dankt den Delegationen für ihren konstruktiven und positiven Ansatz, der es uns ermöglichte, relevante Arbeitsergebnisse für dieses Ministerratstreffen vorzulegen.

Auch die Ukraine bedauert, dass wir trotz aller Anstrengungen nicht in der Lage waren, einen Konsens zu wichtigen Beschlussentwürfen im Zusammenhang mit dem Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, insbesondere der Sicherheit von Journalisten, zu erreichen.

Als Mitglied der nächsten OSZE-Troika und zukünftiger OSZE-Vorsitz ist die Ukraine bereit, die Bemühungen des irischen Vorsitzes um Fortschritte in der sachlichen Arbeit in allen drei Dimensionen aktiv zu unterstützen. Wir sind der Meinung, dass dieses Ziel durch einen offenen und konstruktiven Dialog und ebensolche Zusammenarbeit verfolgt werden sollte, basierend auf gegenseitigem Vertrauen und Respekt sowie auf einem stärkeren Bewusstsein für Eigenverantwortung und eigene Zielsetzungen.

Seien sie versichert, dass die Ukraine bereit ist, eng mit allen Teilnehmerstaaten in diesem Geiste zusammenzuarbeiten.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

V. BERICHTE AN DEN MINISTERRAT

FORTSCHRITTSBERICHT
DES VORSITZES DES FSK AN DAS ACHTZEHNTE TREFFEN DES
MINISTERRATS ÜBER DIE LAUFENDE UMSETZUNG DES
OSZE-DOKUMENTS ÜBER KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN
(MC.GAL/2/11 vom 14. November 2011)

Zusammenfassung

Dieser Fortschrittsbericht enthält umfassende und sachbezogene Informationen über den Stand der Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) für den Zeitraum November 2009 bis November 2011.¹

Das FSK verabschiedete Beschlüsse über

- den OSZE-Aktionsplan für Kleinwaffen und leichte Waffen (FSC.DEC/2/10),
- den Informationsaustausch zu den OSZE-Prinzipien für die Kontrolle von SALW-Vermittlungsgeschäften (FSC.DEC/17/10) und
- ein Treffen zur Überprüfung des SALW-Aktionsplans der OSZE (FSC.DEC/9/11).

Das FSK verabschiedete im Mai 2010 entsprechend dem Auftrag in Ministerratsbeschluss Nr. 15/09 einen SALW-Aktionsplan der OSZE. Der Aktionsplan enthält unter anderem Elemente, die auf dem Treffen zur Überprüfung des SALW-Dokuments der OSZE und der ergänzenden Beschlüsse im September 2009 zur Sprache gebracht worden waren, und legt einen umfassenden Fahrplan für die künftigen Maßnahmen der OSZE im Bereich der Kleinwaffen und leichten Waffen fest.

Im Juni 2011 wurde ein Referenzhandbuch über die OSZE-Verpflichtungen im SALW-Bereich zusammengestellt und zur Verteilung gebracht (FSC.GAL/70/11).

Im September 2011 wurde auf der SALW-Sondersitzung des FSK eine elektronische Endnutzerbescheinigung zur freiwilligen Verwendung durch die Teilnehmerstaaten eingeführt.

Die Beteiligung am jährlichen SALW-Informationsaustausch blieb 2010-2011 konstant. Nach dem Bericht, in dem die Vorlage der OSZE für den Informationsaustausch zu Kleinwaffen und leichten Waffen mit jener der UN verglichen wurde (FSC.GAL/50/10), gab das KVZ eine aktualisierte Vorlage für Berichte über einen einmaligen Informationsaustausch über SALW heraus (FSC.GAL/38/11). Diese Vorlage erleichterte die Übermittlung aktualisierter Informationen durch zumindest zwölf Teilnehmerstaaten.

Im Juni 2011 wurde ein einmaliger Informationsaustausch über die gegenwärtigen Vorschriften der Teilnehmerstaaten für SALW-Vermittlungsgeschäfte gemäß FSK-Beschluss Nr. 17/10 durchgeführt, und die vom KVZ verfasste Synthese der Antworten (FSC.GAL/95/11) wurde im September verteilt, worauf eine FSK-Sondersitzung über Ausfuhr- und Vermittlungskontrollen für SALW folgte.

¹ Abgabefrist für Beiträge zu diesem Bericht war der 7. November 2011.

Die praktische Unterstützung für OSZE-Teilnehmerstaaten durch die Umsetzung von SALW-Projekten ist eine Schlüsselkomponente für die Verbesserung von Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region.

Der Bericht informiert über den erfolgreichen Abschluss von Phase I des OSZE/UNDP-Projekts für den Aufbau von Kapazitäten in Bezug auf die Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen in Belarus sowie über die Ausarbeitung von Projektaktivitäten in Bosnien und Herzegowina und der Kirgisischen Republik.

Die Teilnehmerstaaten sagten 190.500 EUR für SALW-Projekte der OSZE im Zeitraum 2010-2011 zu, was eine spürbare Verringerung im Vergleich zu den Vorjahren darstellt. Außerbudgetäre Beiträge und die Mittelbeschaffung stellen auch weiterhin ein Kernproblem dar.

Auf Initiative der OSZE wurden regelmäßige informelle Treffen mit anderen internationalen Organisationen zur Verbesserung der gegenseitigen Abstimmung in Bezug auf SALW-Projekte abgehalten.

1. Einleitung

Auf dem Siebzehnten Treffen des Ministerrats in Athen wurde das OSZE-Forum für Sicherheitskooperation (FSK) über seinen Vorsitz ersucht, dem Achtzehnten Treffen des Ministerrats einen Fortschrittsbericht über die laufende Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) vorzulegen (MC.DEC/15/09).

Das OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen (FSC.DOC/1/00) wurde am 24. November 2000 verabschiedet. Es legt Normen, Prinzipien und Maßnahmen im Umgang mit der Bedrohung der internationalen Gemeinschaft durch die maßlose und destabilisierende Anhäufung und unkontrollierte Verbreitung von SALW fest. Das wurde auch in der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im 21. Jahrhundert anerkannt, in der das SALW-Dokument der OSZE als wichtiges Instrument im Vorgehen gegen die Bedrohung durch Terrorismus und organisierte Kriminalität bezeichnet und die Bedeutung von dessen verstärkter Umsetzung unterstrichen wird. Gemäß Abschnitt VI Absatz 2 des Dokuments wird die Umsetzung des SALW-Dokuments der OSZE regelmäßig im Rahmen des jährlichen Treffens zur Beurteilung der Durchführung überprüft.

Das SALW-Dokument der OSZE trägt auch wesentlich zur Umsetzung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit SALW unter allen Aspekten bei (im Folgenden SALW-Aktionsprogramm der Vereinten Nationen).

2. Zielsetzung

Dieser Bericht soll einen Überblick über die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf SALW geben und beschreibt die Fortschritte bei der Umsetzung von OSZE-bezogenen SALW-Hilfsprojekten. Er ist in erster Linie als Ausgangsbasis für die Erhebung des aktuellen Standes der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf SALW gedacht und geht auf die wichtigsten zukünftigen Herausforderungen ein. Der Bericht umfasst den Zeitraum November 2009 bis November 2011.

3. Der SALW-Aktionsplan der OSZE

Mit Beschluss Nr. 15/09 des Ministerrats wurde das Forum für Sicherheitskooperation ersucht, bis Mai 2010 einen SALW-Aktionsplan der OSZE zu erstellen, der die auf der OSZE-Tagung zur Überprüfung des SALW-Dokuments der OSZE und der ergänzenden Beschlüsse (September 2009) eingebrachten Vorschläge berücksichtigt. Entsprechend diesem Ersuchen führte das FSK Verhandlungen über den Aktionsplan und verabschiedete ihn im Mai 2010 (FSK-Beschluss Nr. 2/10).

Der SALW-Aktionsplan enthält einen umfassenden Fahrplan für die künftigen Maßnahmen der OSZE in dieser Frage. Die beiden Säulen des Dokuments sind die Verbesserung der Umsetzung bestehender Maßnahmen und die Überprüfung der Umsetzung der Prinzipien, Normen und Maßnahmen zur Verbesserung der Kapazität und Effizienz. Ferner sind darin konkrete Maßnahmen und Fristen für deren Durchführung vorgesehen, und die Schlussüberprüfung der Umsetzung soll im Mai 2012 kurz vor der SALW-Überprüfungskonferenz der Vereinten Nationen stattfinden.

Die Umsetzung des Plans wird auf den Sitzungen des FSK und seiner Arbeitsgruppe A sowie im Zusammenhang mit der informellen SALW-Freundesgruppe laufend überprüft und bewertet.

Als jüngste derartige Maßnahme ist der Beschluss des Forums zu nennen, in dem das Datum, die Tagesordnung und die Modalitäten des OSZE-Treffens zur Überprüfung des OSZE-Aktionsplans für Kleinwaffen und leichte Waffen, das am 22. und 23. Mai 2012 stattfinden soll, festgelegt sind (FSK-Beschluss Nr. 9/11).

4. SALW-Sondersitzung des FSK

Am 28. September 2011 veranstaltete der kasachische FSK-Vorsitz eine FSK-Sondersitzung über Kleinwaffen und leichte Waffen. Die Sitzung war Umsetzungsfragen mit dem besonderen Schwerpunkt Vermittlungs- und Ausfuhrkontrollen gewidmet.

Auf dieser Sitzung präsentierte das KVZ seine Synthese der Antworten der Länder im Rahmen des Informationsaustauschs über die Kontrolle von SALW-Vermittlungsgeschäften, die es gemäß FSK-Beschluss Nr. 17/10 erstellt hatte (FSC.GAL/95/11 vom 1. September 2011). Ferner stellte ein Experte des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI), den das KVZ mit diesem Projekt beauftragt hatte, eine Vorlage für eine Endnutzerbescheinigung vor. Diese Vorlage kann von den Teilnehmerstaaten auf freiwilliger Basis

verwendet werden und könnte die Umsetzung von FSK-Beschluss Nr. 5/04 über Standardelemente von Endabnehmerzertifikaten erleichtern.

Das Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) berichtete über die Bemühungen der Vereinten Nationen zur Eindämmung der unkontrollierten Verbreitung illegaler SALW und ging dabei besonders auf die Ergebnisse der Arbeit der Gruppe von Regierungssachverständigen für unerlaubte SALW-Vermittlungsgeschäfte und die vor Kurzem durchgeführte Studie über die nationalen Systeme für Endnutzerbescheinigungen ein. Das UNODA verwies auch auf die bevorstehende Konferenz im Juli 2012, auf der ein Vertrag über den Waffenhandel ausgehandelt werden soll, und brachte das Forum auf den letzten Stand in Bezug auf die laufenden Kooperations- und Koordinationsbemühungen zwischen dem UNODA und der OSZE im Hinblick auf die Förderung der vollständigen Umsetzung des SALW-Aktionsprogramms der Vereinten Nationen und des SALW-Dokuments der OSZE.

Small Arms Survey präsentierte eine Analyse der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf SALW-Ausfuhr- und -Vermittlungskontrollen und zeigte mögliche künftige Tätigkeitsbereiche auf.

5. Aspekte der Normsetzung

Das SALW-Dokument der OSZE bezieht sich hauptsächlich auf die normativen Grundlagen und steckt den Rahmen für die Entwicklung und Umsetzung nationaler Rechtsvorschriften, Regeln und Verfahren in der OSZE ab. Die Überprüfung dieser Normen und die Ausarbeitung zusätzlicher beziehungsweise ergänzender Beschlüsse durch das FSK sind ein zentraler Punkt in der täglichen Arbeit des FSK. 2010 und 2011 galt seine Arbeit hauptsächlich folgenden Fragen:

5.1 FSK-Beschluss über einen Informationsaustausch zu den OSZE-Prinzipien für die Kontrolle von SALW-Vermittlungsgeschäften

Mit Ministerratsbeschluss Nr. 15/09 wurde das FSK ersucht, bis Ende 2010 Schritte zur Überprüfung der Durchführung von Beschluss Nr. 11/08 des Ministerrats im Hinblick auf die Schaffung oder Verschärfung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die legale Vermittlungstätigkeit innerhalb des nationalen Zuständigkeitsbereichs der Teilnehmerstaaten zu unternehmen.

Im Sinne dieses Ersuchens verabschiedete das Forum am 24. November 2010 den FSK-Beschluss Nr. 17/10 über einen Informationsaustausch zu den OSZE-Prinzipien für die Kontrolle von SALW-Vermittlungsgeschäften. In diesem Beschluss kamen die Teilnehmerstaaten überein, bis 30. Juni 2011 einen einmaligen Informationsaustausch über ihre derzeitigen Regelungen betreffend SALW-Vermittlungsgeschäfte durchzuführen. Ferner wurde das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) beauftragt, bis spätestens 1. September 2011 einen Kurzbericht über die Antworten zu verfassen und auf die öffentliche Website zu stellen.

Mit Stand 7. November 2011 lagen die Antworten von 39 Teilnehmerstaaten gemäß FSK-Beschluss Nr. 17/10 vor. Das KVZ verteilte am 1. September 2011 einen Kurzbericht über die Durchführung (FSC.GAL/95/11).

6. Umsetzung bestehender Verpflichtungen

6.1 SALW-Informationsaustausch

Das SALW-Dokument der OSZE verpflichtet die Teilnehmerstaaten zur Einhaltung einer Reihe von Normen, die bei vollständiger Umsetzung den Staaten in ihren Bemühungen um Einhaltung vieler Bestimmungen betreffend die nationale Umsetzung des SALW-Aktionsprogramms der Vereinten Nationen helfen werden. Unter anderem wurde mit dem OSZE-Dokument ein Mechanismus von Transparenzmaßnahmen eingeführt, durch den die Sicherheit erhöht und das Vertrauen unter den OSZE-Teilnehmerstaaten gefördert werden soll.

Die OSZE-Teilnehmerstaaten tauschen jährlich bzw. einmalig Informationen über verschiedene Aspekte der Kontrolle über Transfers von SALW und konventionellen Waffen im Allgemeinen aus. Dieser Informationsaustausch zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten ist vertraulich und Gegenstand regelmäßiger Erörterungen auf FSK-Sitzungen, Fachseminaren und Konferenzen. Die Umsetzung 2010-2011 ging insgesamt deutlich zurück und auch die Fristen wurden weniger genau eingehalten als in den Vorjahren. Der Ankündigungs- und Erinnerungsmechanismus des FSK-Vorsitzes kam häufig zur Anwendung.

Der Informationsaustausch im Rahmen der OSZE über die Kontrolle von SALW-Transfers umfasst

- den Informationsaustausch über den Transfer konventioneller Waffen (FSC.DEC/13/97 und FSC.DEC/8/98),
- den Fragebogen zu Transfers konventioneller Waffen (FSC.DEC/20/95) und
- einen Informationsaustausch über die im abgelaufenen Kalenderjahr durchgeführten Kleinwaffenausfuhren in andere Teilnehmerstaaten und Kleinwaffeneinfuhren aus diesen (FSC.DOC/1/00, Abschnitt III (F) 1).

Darüber hinaus haben die Teilnehmerstaaten vereinbart, einander bei Bedarf aktualisierte Informationen zu folgenden Themen zu übermitteln:

- Informationsaustausch über ihre bei der Herstellung bzw. Einfuhr von Kleinwaffen und leichten Waffen verwendeten innerstaatlichen Kennzeichnungssysteme (FSC.DOC/1/00, Abschnitt II (D) 1)
- Informationsaustausch über nationale Verfahren zur Kontrolle der Herstellung von Kleinwaffen und leichten Waffen (FSC.DOC/1/00, Abschnitt II (D) 1)
- Informationsaustausch über innerstaatliche Rechtsvorschriften und die geltende Praxis betreffend Ausfuhrpolitik, -verfahren und -dokumentation und über die Kontrolle von Vermittlungsgeschäften in Bezug auf Kleinwaffen (FSC.DOC/1/00, Abschnitt III (F) 2)

6.1.1 Einmaliger Informationsaustausch

Im SALW-Dokument der OSZE kamen die Teilnehmerstaaten überein, bei Bedarf aktualisierte Informationen über innerstaatliche Kennzeichnungssysteme, nationale Verfahren zur Kontrolle der Herstellung, innerstaatliche Rechtsvorschriften und die geltende Praxis betreffend Ausfuhrpolitik, -verfahren und -dokumentation und die Kontrolle von Vermittlungsgeschäften, Methoden zur Vernichtung von Kleinwaffen, und die Programme zur Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen auszutauschen.

Gemäß FSK-Beschluss Nr. 11/08 haben die Teilnehmerstaaten Informationen über nationale Praktiken zur Verhütung der illegalen Verbreitung von SALW auf dem Luftweg auszutauschen.

In FSK-Beschluss Nr. 12/08 wurden die Teilnehmerstaaten ersucht, ein Musterformular ihrer nationalen Endnutzerbescheinigungen bzw. anderer einschlägiger Dokumente zur Verfügung zu stellen.

Nähere Informationen zur Anzahl der Teilnehmerstaaten, die sich an diesem einmaligen Informationsaustausch beteiligt haben, finden sich in Anhang A.

Im April 2010 verfasste das KVZ einen Bericht, in dem die OSZE-Vorlage für den einmaligen Informationsaustausch über SALW mit den UN-Richtlinien für die Berichterstattung über die Umsetzung des SALW-Aktionsprogramms der Vereinten Nationen verglichen wurde (FSC.GAL/50/10), um Ähnlichkeiten/Unterschiede in den im SALW-Dokument der OSZE bzw. im SALW-Aktionsprogramms der Vereinten Nationen geforderten Informationen herauszufinden. In dem Bericht wurde unter anderem empfohlen, den für die UN bestimmten Informationsaustausch und jenen im Rahmen der OSZE gemeinsam miteinander und aufeinander abzustimmen, um Anzahl und Qualität der Antworten zu verbessern und Beiträge anderer regionaler Vereinbarungen (z. B. Wassenaar-Vereinbarung) zu ermöglichen.

Entsprechend dieser Empfehlung gab das KVZ im März 2011 eine überarbeitete Vorlage für die Bekanntgabe einmalig zu übermittelnder Informationen zu SALW (FSC.GAL/38/11) heraus, die, so wurde vorgeschlagen, gemäß der im SALW-Dokument der OSZE aktualisierten Abgabefrist erstmals am 30. Juni 2011 verwendet werden soll. Die überarbeitete Vorlage enthält genormte Fragen und entspricht voll und ganz der neuen UN-Vorlage. Mit der neuen Vorlage sollen einerseits der Informationsaufwand der Teilnehmerstaaten verringert und gleichzeitig die Informationen vergleichbarer und ausführlicher werden. Bis 7. November 2011 hatten 15 Teilnehmerstaaten aktualisierte Beiträge zum einmaligen SALW-Informationsaustausch im neuen Format geliefert.

6.1.2 Jährlicher Informationsaustausch

Neben dem Informationsaustausch über bestehende Normen und Vorschriften sind die Teilnehmerstaaten laut OSZE-Dokument verpflichtet, jährlich Daten über SALW-Ausfuhren in andere OSZE-Teilnehmerstaaten und SALW-Einfuhren aus diesen sowie über die im abgelaufenen Kalenderjahr in ihrem Hoheitsgebiet für überschüssig befundenen beziehungsweise beschlagnahmten und vernichteten Kleinwaffen auszutauschen. Anhang B gibt einen Überblick über diesen Informationsaustausch.

Aus den im Zeitraum 2001 bis 2010 übermittelten Informationen geht hervor, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten 10.491.881 Stück SALW vernichtet haben. Nähere Angaben dazu finden sich in Anhang C.

6.2 Vorlage für Endnutzerbescheinigungen

Zur Erleichterung der Umsetzung von FSK-Beschluss Nr. 5/04 über Standardelemente von Endabnehmerzertifikaten und Verifikationsverfahren für SALW-Ausfuhren entwickelte das KVVZ unter Mitwirkung des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) in beratender Funktion eine elektronische Vorlage für eine Endnutzerbescheinigung (SEC.GAL/153/11), die auf der SALW-Sondersitzung des FSK am 28. September 2011 vorgestellt wurde.

Sie basiert auf den im FSK-Beschluss Nr. 5/04 skizzierten Kriterien und steht im Einklang mit dem *International Small Arms Control Standard on End-User Certification (2011)*. Mit der elektronischen Vorlage sollen die Standards für Endnutzerbescheinigungen in den OSZE-Teilnehmerstaaten angehoben werden. Sie enthält verpflichtende und optionale Elemente und kann von den Teilnehmerstaaten freiwillig entweder vollständig oder in Teilen verwendet werden.

6.3 SALW-Referenzhandbuch

Zur Erleichterung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im SALW-Bereich gab das KVVZ im Juni 2011 ein Referenzhandbuch (FSC.GAL/70/11) heraus. In dem Handbuch sind alle seit 2000 in der OSZE verabschiedeten Prinzipien, Normen und Maßnahmen betreffend SALW aufgeführt.

6.4 Bewusstseinsbildung

Die informelle SALW-Freundesgruppe leistete dem FSK-Vorsitz 2010-2011 weiter Hilfestellung bei Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Umsetzung des SALW-Dokuments der OSZE sowie von FSK-Beschlüssen mit SALW-Bezug. Der Vorsitz der informellen SALW-Freundesgruppe unterstützte den FSK-Vorsitz insbesondere bei der Aushandlung und Umsetzung des SALW-Aktionsplans der OSZE. Im Rahmen des Sicherheitsdialogs fanden im FSK mehrere Vorträge über SALW statt. Außerdem veranstaltete die OSZE mehrere Ausbildungsseminare und Arbeitstagungen. Ein Überblick über diese Aktivitäten sowie andere Aktivitäten zur Förderung von SALW-Initiativen der OSZE finden sich in Anhang D.

7. Praktische Unterstützung für SALW-Projekte

7.1 Übersicht

Die Umsetzung jener Teile des SALW-Dokuments der OSZE, die sich auf Ersuchen von Teilnehmerstaaten um Hilfe bei der Vernichtung, Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen beziehen, machen einen wesentlichen Teil der Bemühungen des Forums für Sicherheitskooperation in diesem Bereich aus.

Seit 2003 nahm die OSZE 33 Hilfeersuchen aus 16 Ländern entgegen, die der Verbesserung der Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen und Lagerbeständen

konventioneller Munition, einschließlich Mélange, bzw. der Vernichtung von Überschüssen galten. Insbesondere die Hilfsprojekte in Belarus, Bosnien und Herzegowina und der Kirgisischen Republik seien als Beispiel für diese Aktivitäten im Zeitraum 2010-2011 genannt.

7.2 Nationale Koordinierungsgremien

2008 verabschiedete das FSK den Beschluss Nr. 4/08, mit dem ein OSZE-Verzeichnis von Kontaktstellen für SALW und SCA als zusätzliches Instrument für die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Teilnehmerstaaten bei SALW- und SCA-Hilfsprojekten geschaffen wurde. Im Einklang mit diesem Beschluss legte das KVZ eine Datenbank an, in der die von den OSZE-Teilnehmerstaaten und anderen Teilnehmern des Verzeichnisses angegebenen Kontaktstellen gespeichert werden, und die sie auch verwaltet. 2010-2011 übermittelte das KVZ anhand des Kontaktstellen-Verzeichnisses aktualisierte Angaben zu SALW- und SCA-Projekten. Die Kontaktstellen wurden jedoch nur in geringem Ausmaß für Mitteilungen zwischen den Staaten beziehungsweise den Staaten und dem KVZ in Anspruch genommen.

7.3 Vereinbarung mit UNDP

Im Einklang mit dem SALW-Aktionsprogramm der Vereinten Nationen, das regionale Organisationen zur Zusammenarbeit sowie zum Ausbau und zur Stärkung von Partnerschaften ermutigt, um die Ressourcen zur Bekämpfung illegaler SALW gemeinsam zu nutzen, entwickelte die OSZE einen allgemeinen Rahmen für die technische Zusammenarbeit mit dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP). Eine im Jahr 2006 unterzeichnete Vereinbarung bietet einen allen offenstehenden Rahmen für technische Zusammenarbeit bei der Umsetzung von Projekten betreffend SALW und konventionelle Munition. Aufgrund dieser Vereinbarung wurden 2007 in Belarus und Montenegro zwei gemeinsame Großprojekte in Angriff genommen. Zwei weitere gemeinsame Projekte mit einer SALW-Komponente sind in Bosnien und Herzegowina und in der Kirgisischen Republik in Planung.

Im April 2010 wurde die Vereinbarung um zwei Jahre bis Juni 2012 verlängert. Bis November 2011 überwies die OSZE insgesamt 2.491.344 EUR an UNDP für die Durchführung gemeinsamer Projekte.

7.4 Hilfsprojekte

7.4.1 Republik Belarus

Auf Grundlage der Vereinbarung zwischen dem OSZE-Sekretariat und UNDP setzten OSZE und UNDP die Umsetzung des gemeinsamen Projekts zum Aufbau von Kapazitäten für SALW in Belarus fort, das sich mit Fragen der physischen Sicherheit und der Verwaltung von Lagerbeständen in 13 staatlichen SALW-Lagerstätten befasst. Die erste Phase des Programms zur Verstärkung der Kapazitäten des belarussischen Verteidigungsministeriums für die sichere Aufbewahrung von SALW in fünf Lagerstätten wurde im Sommer 2010 erfolgreich abgeschlossen. Den Endpunkt unter die Phase 1 setzte der Besuch der Geber im Jahr 2010. Ferner wurde die Anzahl der Lagerstätten, die von diesem Projekt erfasst wurden, auf dreizehn reduziert, in dem Bestreben, die SALW in größeren Lagerstätten zu konzentrieren. Zurzeit führt UNDP, die für die Durchführung des Projekts verantwortliche Organisation, gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium die zweite Projektphase durch, in deren

Mittelpunkt zwei große Lagerstätten in Gomel und Kolossovo sowie zwei kleinere Stätten in Baroŭka und Saslonawa stehen.

Der neueste Stand und der Arbeitsplan für 2012-2013 wurden dem FSK im Oktober 2011 vom UNDP und dem Verteidigungsministerium im Rahmen des Sicherheitsdialogs vorgestellt.

7.4.2 Bosnien und Herzegowina

Im März 2011 ersuchte Bosnien und Herzegowina die OSZE um Hilfe bei der Verbesserung der Sicherheit und Verwaltung von Lagerbeständen in Lagerstätten des Verteidigungsministeriums, in denen die konventionelle Munition (fünf Stätten) und die Kleinwaffen und leichten Waffen (zwei Stätten) aufbewahrt werden. Die OSZE führte vom 20. bis 24. Juni 2011 einen Beurteilungsbesuch durch, um sich ein Bild vom Schutz und von der Sicherheit der vorhandenen SALW und konventionellen Munition zu machen und die Eckpunkte eines möglichen Hilfsprojekts festzulegen. Die Beurteilung ergab, dass Hilfe bei der Verbesserung der Sicherheit und der Verwaltung der Lagerbestände in den SALW- und SCA-Lagerstätten erforderlich ist.

Darüber hinaus wurde im Anschluss an die Bewertung die Empfehlung abgegeben, die SALW-Lagerstätten in Teufik Buza und Rabić zu sanieren und deren Schutz und Sicherheit im Sinne des OSZE-Praxishandbuchs für SALW zu verbessern und auch die Lagerstätten für konventionelle Munition in Kula 1 und Krupa zu sanieren und sie auf den Stand des OSZE-Praxisleitfadens für Verfahren zur Verwaltung von Lagerbeständen konventioneller Munition zu bringen. Angesichts der Beteiligung anderer internationaler Akteure an verschiedenen Aspekten von SALW- und SCA-Fragen betonte das OSZE-Berurteilungsteam die Notwendigkeit einer engen Abstimmung und, womöglich, Zusammenarbeit bei den verschiedenen Aktivitäten.

Angesichts der stetig steigenden Zahl von SALW- und SCA-Projekten in Südosteuropa wurde empfohlen, den Posten eines SALW- und SCA-Beraters für den Westbalkan zu schaffen.

7.4.3 Kirgisische Republik

Im Februar 2008 richtete die Kirgisische Republik ein Ersuchen an das FSK um Hilfe bei der Verbesserung der Verwaltung und Sicherung der Lagerbestände an SALW und konventioneller Munition im südlichen Teil des Landes, wo zunehmende Aktivitäten radikaler Extremistengruppen eine Gefahr für die bestehenden Lagereinrichtungen sind. Kirgisistan leidet an enorm hohen Beständen an veralteter Munition, die nach der Auflösung der Sowjetunion zurückblieben. Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen müssen in den Lagerstätten für SALW und konventionelle Munition erheblich verstärkt werden, und die Situation stellt – in Verbindung mit der Instabilität eines Teils der Munition – eine ernst zu nehmende Gefahr für die zivile Bevölkerung dar, da einige dieser Lagerstätten in unmittelbarer Nähe zu Siedlungsgebieten liegen. Außerdem sind einige Lagergebäude baufällig und in manchen Fällen nicht witterungsbeständig, was die Gefahr in sich birgt, dass Rückstände der zerfallenden Munition den Boden um die Lagerstätten verseuchen.

Im Juli 2008 wurde zu dem Ersuchen ein Fragebogen nachgereicht, der detaillierte Angaben zur Art der erwünschten Hilfeleistung enthielt. Vom 14. bis 18. März 2011 führte

das OSZE-Team einen zweiten Beurteilungsbesuch durch, um Schutz und Sicherheit von SALW- und SCA-Lagerbeständen einer Bewertung zu unterziehen und das Ausmaß der gegebenenfalls zu leistenden Unterstützung abzuschätzen und den für das zukünftige Hilfsprojekt erforderlichen technischen Bedarf festzustellen. Dabei stellte sich heraus, dass die nötigen Verbesserungen grob gesprochen in drei Kategorien eingeteilt werden können:

- Ausbildung in der Verwaltung und Sicherung von SALW- und SCA-Lagerbeständen
- Errichtung und Sanierung von Munitionslagerstätten
- Vernichtung überschüssiger und unbrauchbarer SALW, einschließlich MANPADS

In Absprache mit den kirgisischen Behörden wird derzeit vom OSZE-Zentrum in Bishkek und dem Konfliktverhütungszentrum ein Projektplan erstellt; die nötige Unterstützung ist für 2011 bis 2013 vorgesehen.

2010 ersuchten die kirgisischen Behörden die OSZE um Hilfe bei der Einsammlung von SALW, die während der Unruhen im Frühjahr und Sommer 2010 bei Plünderungen entwendet wurden, und um Unterstützung bei den bisher unternommen nationalen Bemühungen. Als Reaktion darauf führte die OSZE gemeinsam mit UNDP vom 7. bis 12. Februar 2011 einen Besuch zur Beurteilung der Lage vor Ort und zur Einschätzung der Machbarkeit und des Umfangs eines künftigen Hilfsprojekts durch. Das Beurteilungsteam gab folgende Empfehlungen ab:

- Durchführung einer umfassenden Erhebung in Bezug auf SALW und Sicherheit
- Erstellung eines überarbeiteten SALW-Einsammelungsprogramms

Derzeit sind OSZE und UNDP in Begriff, die Erhebung im Einvernehmen mit den Behörden der Kirgisischen Republik auf Schiene zu bringen.

8. Öffnung und Zusammenarbeit

8.1 Operative Unterstützung und Informationsaustausch

Das OSZE-Sekretariat veranstaltet jährlich Gespräche auf Mitarbeitererebene mit den Vereinten Nationen, um über die jüngsten Entwicklungen und neue Initiativen sowohl in Bezug auf Normsetzung und Standards also auch auf praktische Unterstützung bei SALW zu informieren.

2010 initiierte das KVZ regelmäßige informelle Konsultationen mit dem Koordinierungsmechanismus der Vereinten Nationen für Maßnahmen gegen Kleinwaffen (CASA), dem über 20 mit SALW-Fragen befasste UN-Organisationen und -Programme angeschlossen sind, darunter das Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA), das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das UN-Institut für Abrüstungsforschung und andere. Seit Dezember 2010 wurden zwei Konsultationen (per Videokonferenz) abgehalten, um Informationen über laufende und geplante Initiativen auszutauschen, Maßnahmen zu koordinieren und Synergien zu schaffen.

Ferner führt das OSZE-Sekretariat alle zwei Jahre Gespräche auf Mitarbeitererebene mit der NATO. Dabei werden eingehend Fragen der Umsetzung von Projekten betreffend SALW und konventionelle Munition erörtert. Diese Gespräche dienen dem Informations- und Erfahrungsaustausch, der Vermeidung möglicher Doppelgleisigkeiten, der Schaffung von Synergien und der Steigerung der Wirksamkeit der Projekte.

Und schließlich hält das Sekretariat alle zwei Jahre Gespräche auf Mitarbeitererebene mit der EU ab, bei denen ein Informationsaustausch sowie Diskussionen zu einem breiten Themenspektrum stattfinden. 2010-2011 erörterten die OSZE und die EU Möglichkeiten einer finanziellen EU-Unterstützung für SALW-Projekte, um eine längerfristige Finanzierung zu gewährleisten und die Durchführung von Projekten zu ermöglichen, für die die nötige Finanzierung fehlt.

Das KVZ tauscht mit anderen internationalen Organisationen Informationen über die Projektaktivitäten sowie über die normsetzende Tätigkeit der OSZE im Bereich der konventionellen Munition aus. Seit 2008 fanden in Wien informelle Treffen mit anderen internationalen Organisationen statt, durch die die Koordination bei Projekten betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition verbessert werden soll. Bei diesen Treffen wird eine Bestandsaufnahme der von internationalen Organisationen durchgeführten SALW- und SCA-Projekte vorgenommen, es werden Erfahrungen und vorbildliche Verfahren ausgetauscht und laufende und künftige Aktivitäten koordiniert. Für diese Treffen gelten folgende Modalitäten:

- Zweimal im Jahr finden eintägige informelle Koordinierungstreffen statt.
- Gegebenenfalls kann der Themenbereich dieser Treffen auf einschlägige Projekte und Fragen ohne SALW- oder SCA-Bezug ausgeweitet werden.

2010-2011 fand ein solches Koordinierungstreffen in Belgrad (Serbien) statt.

8.2 Teilnahme an der Zweijährlichen UN-Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des SALW-Aktionsprogramms

Die OSZE beteiligte sich aktiv an der vierten Zweijährlichen Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten (BMS-4) vom 14. bis 18. Juni 2010 in New York. Zweck der Tagung war die Überprüfung der bisherigen Durchführung des Aktionsprogramms und die Planung von dessen weiterer Zukunft. Die Staaten machten sich auch ein Bild von den Fortschritten bei der Umsetzung des Internationalen Rechtsinstruments zur Ermöglichung der rechtzeitigen und zuverlässigen Identifizierung und Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen durch die Staaten (ITI).

Auf der Tagung hielt der FSK-Vorsitzende einen Vortrag über die Bemühungen der OSZE im Hinblick auf die Umsetzung des SALW-Aktionsprogramms der Vereinten Nationen und des ITI. Ferner organisierte die OSZE eine Parallelveranstaltung über die Arbeit der Organisation im Bereich der Kleinwaffen und leichten Waffen. Bei dieser Veranstaltung, zu der sich rund 50 Teilnehmer einfanden, präsentierte die OSZE sowohl ihre normsetzende Arbeit im SALW-Bereich als auch ihre Projekte und zeigte einen Film über FSK-Projekte. In

der Fragestunde ging es um die Kontrolle der Herstellung von SALW durch die OSZE, die Möglichkeit, den Informationsaustausch zu SALW öffentlich zu machen, die Durchführbarkeit eines Informationsaustausches über weltweite SALW-Einfuhren/Ausfuhren sowie um die Verifikationsverfahren bei der Vernichtung von SALW.

Die OSZE hatte dem UNODA vor der BMS-4 einen Bericht über die Umsetzung des Aktionsprogramms vorgelegt. Der SALW-Aktionsplan der OSZE war diesem Bericht beigelegt.

8.3 Teilnahme an der offenen Tagung von Regierungssachverständigen zur Umsetzung des SALW-Aktionsprogramms und zum Internationalen Rückverfolgungsinstrument

Vom 9. bis 13. Mai 2011 hielten die Vereinten Nationen eine offene Tagung von Regierungssachverständigen ab, die sich mit den größten Herausforderungen bei der Umsetzung des SALW-Aktionsprogramms der Vereinten Nationen befassten. Themen der Tagung waren Kennzeichnung, Bestandsführung, Rückverfolgung sowie internationale Hilfe und Zusammenarbeit. Der FSK-Vorsitz beschrieb die Bemühungen der OSZE um vollständige Umsetzung des SALW-Aktionsprogramms der Vereinten Nationen und des ITI in Bezug auf Kennzeichnung, Rückverfolgung und Bestandsführung.

9. Schlussfolgerungen

9.1 Normsetzende Tätigkeit zum Thema SALW

Das SALW-Dokument der OSZE erfüllt im OSZE-Raum auch weiterhin eine wichtige Funktion als normsetzendes Dokument.

Wesentliche Beschlüsse des FSK im Zeitraum 2010-2011 betrafen die Verabschiedung des SALW-Aktionsplans der OSZE, einen einmaligen Informationsaustausch über Vorschriften für Waffenvermittlungsgeschäfte sowie die Überprüfung des SALW-Aktionsplans. Darüber hinaus fanden 2010 vier und 2011 zwei SALW-Sitzungen des FSK statt. Zur Unterstützung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen wurden ein Referenzhandbuch über die OSZE-Verpflichtungen im Bereich der SALW, eine überarbeitete Berichtsvorlage für den einmaligen Informationsaustausch sowie eine elektronische Endnutzerbescheinigung zur freiwilligen Verwendung durch die Teilnehmerstaaten eingeführt.

In den abgelaufenen zwei Jahren widmete sich das FSK aktiv der Umsetzung des normativen Besitzstandes der OSZE in SALW-Fragen. Die Umsetzung des SALW-Aktionsplans hinsichtlich der Überprüfung der Umsetzung der Prinzipien, Normen und Maßnahmen zur Verbesserung der Kapazität und Effizienz ließ allerdings zu wünschen übrig.

9.2 Praktische Hilfe im Bereich von SALW

Eine der wichtigsten OSZE-Aktivitäten war nach wie vor die praktische Umsetzung des SALW-Dokuments der OSZE in Form von Maßnahmen als Reaktion auf die immer zahlreicher werdenden Hilfsersuchen von Teilnehmerstaaten. Es werden weitere Schritte unternommen, um die Effektivität der Arbeit im SALW-Bereich durch regelmäßige regionale

Zusammenarbeit und informelle Koordination mit anderen internationalen Organisationen zu steigern.

Anhand periodischer/regelmäßiger Information oder Berichterstattung über die Projekte, sei es durch den Koordinator oder die beteiligten Akteure, sollte es möglich sein, das Bewusstsein zu heben und Ressourcen bei den Teilnehmerstaaten zu mobilisieren.

Außerbudgetäre Beiträge und die Mittelbeschaffung bleiben jedoch ein Kernproblem, solange keine vorhersehbaren mehrjährigen Finanzierungsstrategien für SALW- und SCA-Projekte durch die Teilnehmerstaaten vorhanden sind.

10. Anhänge

- Anhang A: Überblick über den jeweils einmaligen Austausch von SALW-Informationen über Verfahren zur Kennzeichnung, Ausfuhrkontrolle, Lagerverwaltung und Vernichtung
- Anhang B: Überblick über den jährlichen Austausch von Informationen über die Ein- und Ausfuhr von SALW sowie überschüssige bzw. beschlagnahmte und vernichtete SALW
- Anhang C: Vernichtung von SALW im OSZE-Raum
- Anhang D: Von der OSZE im Zeitraum Dezember 2009 bis November 2011 organisierte SALW-Tagungen, -Seminare und -Konferenzen
- Anhang E: Teilnahme an Veranstaltungen anderer internationaler Organisationen und an gemeinsam organisierten Veranstaltungen
- Anhang F: Geber für SALW-Projekte

Anhang A: Überblick über den jeweils einmaligen Austausch von SALW-Informationen über Verfahren zur Kennzeichnung, Ausfuhrkontrolle, Lagerverwaltung und Vernichtung sowie über Vermittlungsgeschäfte, Musterformulare für Endnutzerbescheinigungen und den illegalen Transport auf dem Luftweg

Referenz (Absatz)	Textstelle, die jeweilige Umsetzungsmaßnahme betreffend	Aktueller Stand		
		Austausch bisher	Aktuali- sierung 2010	Aktuali- sierung 2011
Abschnitt II (D) 1 (seit 30. Juni 2001)	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, einen Informationsaustausch über ihre bei der Herstellung bzw. der Einfuhr von Kleinwaffen verwendeten innerstaatlichen Kennzeichnungssysteme durchzuführen.	54 Teilnehmer- staaten	5 Teilnehmer- staaten	16 Teilnehmer- staaten
Abschnitt II (D) 1 (seit 30. Juni 2001)	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, vorhandene Informationen über nationale Verfahren zur Kontrolle der Herstellung von Kleinwaffen untereinander auszutauschen.	54 Teilnehmer- staaten	2 Teilnehmer- staaten	19 Teilnehmer- staaten
Abschnitt III (F) 2 (seit 30. Juni 2001)	Die Teilnehmerstaaten werden vorhandene Informationen über einschlägige innerstaatliche Rechtsvorschriften und die geltende Praxis betreffend Ausfuhrpolitik, -verfahren und -dokumentation und über die Kontrolle internationaler Vermittlungsgeschäfte mit Kleinwaffen untereinander austauschen, damit durch einen derartigen Austausch das Bewusstsein für die „Best Practice“ in diesen Bereichen gestärkt wird.	54 Teilnehmer- staaten	4 Teilnehmer- staaten	17 Teilnehmer- staaten

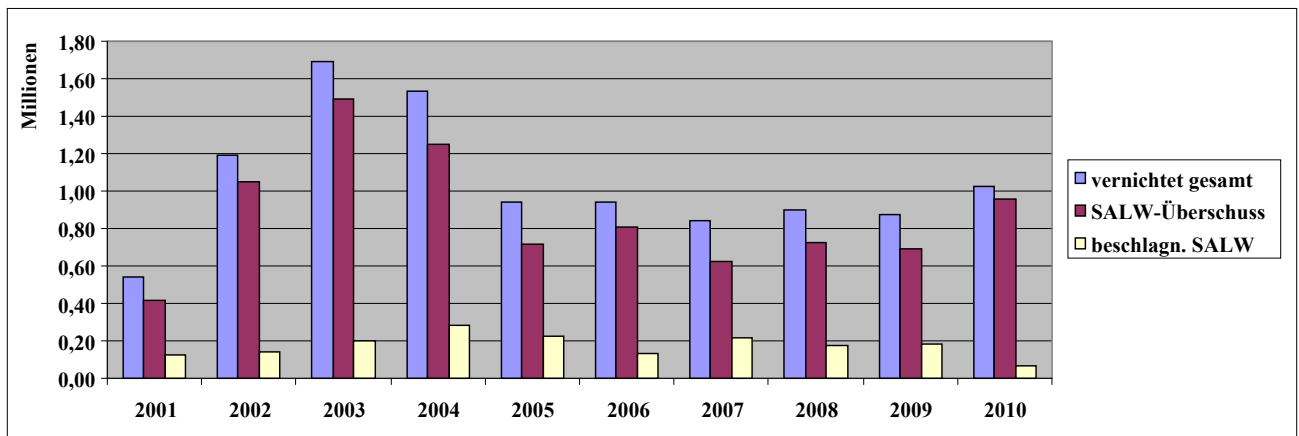
Referenz (Absatz)	Textstelle, die jeweilige Umsetzungsmaßnahme betreffend	Aktueller Stand		
		Austausch bisher	Aktuali- sierung 2010	Aktuali- sierung 2011
Abschnitt IV (E) 2 (seit 30. Juni 2002)	Die Teilnehmerstaaten wer- den Informationen allgemei- ner Art über ihre innerstaat- lichen Verfahren zur Ver- waltung und Sicherung von Lagerbeständen austauschen. Das FSK wird die Frage der Erstellung eines Praxisleit- fadens prüfen, der eine effiziente Verwaltung und Sicherung der Lagerbestände fördern soll.	54 Teilnehmer- staaten	4 Teilnehmer- staaten	17 Teilnehmer- staaten
Abschnitt IV (E) 3 (seit 30. Juni 2001)	Die Teilnehmerstaaten kome- nen überein, Informationen über ihre Methoden und Ver- fahren zur Vernichtung von Kleinwaffen auszutauschen. Das FSK wird die Frage der Erstellung eines Praxisleit- fadens für die Methoden und Verfahren zur Vernichtung von Kleinwaffen prüfen.	53 Teilnehmer- staaten	3 Teilnehmer- staaten	14 Teilnehmer- staaten
FSK-Beschluss Nr. 11/07 (bis 25. Januar 2008)	Das FSK ersucht die Teil- nehmerstaaten, Informatio- nen über ihre derzeit gelten- den Vorschriften für Ver- mittlungsgeschäfte mit Kleinwaffen und leichten Waffen auszutauschen.	48 Teilnehmer- staaten		
FSK-Beschluss Nr. 11/08 (bis 30. Juni 2009)	Das FSK beschließt, dass die Teilnehmerstaaten zur Aktu- alisierung des einmaligen Informationsaustauschs laut Abschnitt III Teil F Absatz 2 des OSZE-Dokuments über SALW zusätzliche Informa- tionen über nationale Prakti- ken übermitteln werden.	45 Teilnehmer- staaten	1 Teilnehmer- staat	3 Teilnehmer- staaten
FSK-Beschluss Nr. 12/08 (bis 27. März 2009)	Das FSK ersucht die Teil- nehmerstaaten, ein Muster- formular ihrer nationalen Endnutzerbescheinigung bzw. anderer einschlägiger Dokumente zu übermitteln.	49 Teilnehmer- staaten		2 Teilnehmer- staaten

Referenz (Absatz)	Textstelle, die jeweilige Umsetzungsmaßnahme betreffend	Aktueller Stand		
		Austausch bisher	Aktuali- sierung 2010	Aktuali- sierung 2011
FSK-Beschluss Nr. 17/10 (bis 30. Juni 2011)	Das FSK ersucht die Teil- nehmerstaaten, Informatio- nen über ihre derzeitigen Regelungen betreffend SALW-Vermittlungs- geschäfte auszutauschen.	entfällt	entfällt	39 Teilnehmer- staaten

Anhang B: Überblick über den jährlichen Austausch von Informationen über die Ein- und Ausfuhr von SALW sowie überschüssige bzw. beschlagnahmte und vernichtete SALW

Referenz (Absatz)	Textstelle, die jeweilige Umsetzungsmaßnahme betreffend	Stand 2011	
		2010	2011
Abschnitt III (F) 1	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, einen gegenseitigen Informationsaus- tausch über die im jeweils abgelaufenen Kalenderjahr durchgeführten Klein- waffenausfuhren in andere Teilnehmer- staaten und Kleinwaffeneinfuhren aus diesen vorzunehmen. Sie vereinbaren ferner, Mittel und Wege zur weiteren Verbesserung des Informationsaustauschs in Bezug auf den Transfer von Klein- waffen zu prüfen.	48 Teilnehmer- staaten	44 Teilnehmer- staaten
Abschnitt IV (C) 1 Abschnitt IV (E) 1	Die Teilnehmerstaaten kommen überein, dass Kleinwaffen vorzugsweise durch Vernichtung zu beseitigen sind. Die Teilnehmerstaaten kommen überein, verfügbare Informationen über Kategorie, Unterkategorie und Anzahl der auf ihrem Hoheitsgebiet im jeweils abgelaufenen Kalenderjahr für überschüssig erklärten bzw. beschlagnahmten und vernichteten Kleinwaffen zu übermitteln.	34 Teilnehmer- staaten	40 Teilnehmer- staaten

Anhang C: Vernichtung von SALW im OSZE-Raum²



Anhang D: Von der OSZE im Zeitraum Dezember 2009 bis November 2011 organisierte SALW-Tagungen, -Seminare und -Konferenzen

Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen in Zentralasien: regionales Folgetreffen

Das Konfliktverhütungszentrum und das OSZE-Zentrum in Astana veranstalteten gemeinsam mit der kasachischen Regierung am 16. und 17. September 2010 in Almaty (Kasachstan) ein regionales Folgetreffen über die Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen in Zentralasien, an dem Vertreter einschlägiger Behörden aus Kasachstan, der Kirgisischen Republik, Tadschikistan und Turkmenistan teilnahmen. Unter den Rednern befanden sich auch mehrere Experten aus anderen internationalen Organisationen, Teilnehmerstaaten und NROs. Das Treffen verfolgte einen doppelten Zweck: die Überprüfung der wichtigsten Erfolge und Herausforderungen bei der Umsetzung wirksamer SALW-Kontrollen anhand von Berichten als Mittel zur Selbsteinschätzung und die Erörterung der Frage, wie von internationalen vorbildlichen Methoden und der von der internationalen Gemeinschaft angebotenen Hilfe bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen bestmöglich Gebrauch gemacht werden kann.

Regionaler Workshop über Zollverfahren und die Erteilung von Genehmigungen: Ganzheitliches Vorgehen in den einzelstaatlichen Verfahren in Bezug auf Güter mit doppeltem Verwendungszweck und konventionelle Waffen durch Informationsaustausch

Das Konfliktverhütungszentrum (Abteilung FSK-Unterstützung und Grenzteam) und das Regionale Verifikations- und Unterstützungszentrum zur Implementierung von Rüstungskontrollabkommen (RACVIAC) veranstalteten vom 25. bis 27. Oktober 2011 in Zagreb (Kroatien) einen regionalen Workshop für Beamte der Lizenz- und Zollbehörden aus südosteuropäischen Ländern. Die Teilnehmer kamen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Griechenland, Kroatien, Montenegro, Rumänien, Serbien und der Türkei. An dem Workshop nahmen auch

2 Hinweis: Hat ein Teilnehmerstaat nicht zwischen überschüssigen und beschlagnahmten Waffen unterschieden, wurden diese in der Statistik als überschüssig ausgewiesen.

Experten aus internationalen Organisationen und aus der Welt der Wissenschaft teil. Während der drei Tage tauschten die Lizenz- und Zollexperten Erfahrungen und Informationen aus, um die Risikobeurteilung und das Aufspüren im Hinblick auf die Verhinderung des unerlaubten Transfers regulierter Güter und von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck einschließlich SALW zu erleichtern. 2012 sollen ähnliche regionale Veranstaltungen für andere OSZE-Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner abgehalten werden.

Sonstige Veranstaltungen

Vorträge zu SALW im Rahmen des Sicherheitsdialogs des FSK

Der FSK-Vorsitz lädt regelmäßig Gastredner ein, die im Forum Vorträge, unter anderem auch zu SALW-Fragen, halten. 2010-2011 wurden folgende Vorträge zu Themen mit SALW-Bezug gehalten:

- Vorträge von Daniel Prins, Leiter der Unterabteilung Konventionelle Waffen des Büros der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen, über nationale Bemühungen in Vorbereitung der Zweijährlichen Tagung der Staaten (BMS) zum SALW-Aktionsprogramm der Vereinten Nationen bzw. über SALW-Initiativen der Vereinten Nationen und der OSZE
- Vortrag von Botschafter Sune Danielsson, Leiter des Sekretariats des Wassenaar-Arrangements, über Aktivitäten im Rahmen der Wassenaar-Vereinbarung
- Vortrag von Patrick McCarthy, Projektkoordinator, UN-Koordinierungsmechanismus für Maßnahmen gegen Kleinwaffen (CASA-Mechanismus), über Internationale Kontrollnormen für Kleinwaffen (ISACS)
- Vortrag von Glenn McDonald, Leitender Forscher bei *Small Arms Survey*, über die Kontrolle von internationalen Transfers und Vermittlungsgeschäften – eine bleibende Herausforderung
- Vortrag von Paul Holtom, Programmdirektor, Waffentransferprogramm, Stockholmer Internationales Friedensforschungsinstitut, über die Einführung der OSZE-Vorlage für SALW-Endnutzerbescheinigungen
- Vortrag von Walentina Stalyho, UNDP-Programmmangerin in Minsk, über das SALW-Projekt in Belarus – Fortschritte und Zwänge und von Oberst Wladimir Baranow, Abteilungsleiter und Nationaler Koordinator für das OSZE/UNDP-SALW-Projekt im Verteidigungsministerium von Belarus, über das OSZE/UNDP-Projekt zum Aufbau von Kapazitäten für die Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen in Belarus

Ausstellung während des Seminars auf hoher Ebene zur Militärdoktrin

Am Rande des Seminars auf hoher Ebene zur Militärdoktrin am 24. und 25. Mai 2011 stellte die Abteilung FSK-Unterstützung Fotos von Hilfsprojekten des FSK betreffend SALW und konventionelle Munition aus. Die Ausstellung zeigte verschiedene Phasen der Projekt-

bewertung und -umsetzung in den unterstützten Ländern, darunter Belarus, Georgien, Kasachstan, Montenegro, Tadschikistan und die Ukraine.

Anhang E: Teilnahme an Veranstaltungen anderer internationaler Organisationen und an gemeinsam organisierten Veranstaltungen

Die OSZE setzte ihre aktive externe Koordinierung und Zusammenarbeit mit anderen regionalen und internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft fort und nahm unter anderem auch an Veranstaltungen teil, die von anderen Akteuren organisiert wurden.

2010-2011 setzten Vertreter des KVZ ihre Aktivitäten zur Förderung der Öffnung der OSZE fort und nahmen zu diesem Zweck an Veranstaltungen teil, die von anderen internationalen und regionalen Organisationen organisiert wurden. Im Folgenden sind die Seminare und Arbeitstagungen angeführt, bei denen Vorträge gehalten wurden.

Teilnahme des FSK der OSZE an SALW-bezogenen Veranstaltungen anderer internationaler und regionaler Organisationen in den Jahren 2010-2011		
Datum	Titel	Ort
18.–19. Februar 2010	UN-Regionalseminar über die Verstärkung der internationalen und regionalen Zusammenarbeit zur Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung unerlaubter SALW-Vermittlungsgeschäfte in Ost- und Südostasien	Bangkok (Thailand)
23.–24. März 2010	Symposium der <i>Maintenance and Supply Agency</i> der NATO über Systemabbau und die Entsorgung von militärischer Ausrüstung und Munition	Luxemburg
1. Juni 2010	Koordinierungssitzung mit anderen internationalen Organisationen zu SALW- und SCA-Projekten	Belgrad (Serbien)
14.–18. Juni 2010	Vierte Zweijährliche Tagung der Staaten zur Prüfung der Durchführung des SALW-Aktionsprogramms der Vereinten Nationen	New York (Vereinigte Staaten von Amerika)
2.–4. November 2010	Arbeitstagung im Rahmen des <i>Regional Approach to Stockpile Reduction (RASR)</i> über konventionelle Waffen und Munition	Sarajewo (Bosnien und Herzegowina)
15.–16. November 2010	Entwurf, Feinabstimmung und Ausformulierung Internationaler Kontrollnormen für Kleinwaffen	Genf (Schweiz)
3. Dezember 2010	UNIDIR-Seminar über die Durchführung des SALW-Aktionsprogramms	Genf (Schweiz)
12. April 2011	Tagung der EU-Arbeitsgruppe „Globale Abrüstung und Rüstungskontrolle“ (CODUN)	Brüssel (Belgien)
23.–25. Mai 2011	Arbeitstagung im Rahmen des <i>Regional Approach to Stockpile Reduction (RASR)</i> über regionales Herangehen an die Verringerung von Lagerbeständen	Laibach (Slowenien)

Teilnahme des FSK der OSZE an SALW-bezogenen Veranstaltungen anderer internationaler und regionaler Organisationen in den Jahren 2010-2011		
Datum	Titel	Ort
22.–23. September 2011	Strukturierter Informationsaustausch der NATO über SALW- und SCA-Projekte	Brüssel (Belgien)

Anhang F: Geber für SALW-Projekte

Die nachstehende Tabelle zeigt die von Delegationen zugesagte finanzielle Unterstützung für die Durchführung von SALW-Projekten im Zeitraum 2005 bis 2011.

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2005		
Finnland	100.000	Tadschikistan, Phase I
Norwegen	30.000	Tadschikistan, Phase I
Norwegen	Entsendung eines leitenden technischen Beraters	Tadschikistan, Phase I (SALW und konventionelle Munition)
Slowenien	40.000	Tadschikistan, Phase I
Schweden	170.575	Tadschikistan, Phase I
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (Schulungskurs Physische Sicherung und Lagerverwaltung)	Tadschikistan, Phase I
Vereinigte Staaten von Amerika	164.000	Tadschikistan, Phase I
2005 gesamt	504.575	
2006		
Belgien	50.000	Tadschikistan, Phase II
Belgien	55.331	Belarus, OSZE/UNDP-Projekt
Finnland	100.000	Tadschikistan, Phase II
Norwegen	Entsendung eines leitenden technischen Beraters	Tadschikistan, Phase II
Norwegen	60.000	Tadschikistan, Phase II (SALW und konventionelle Munition)
Spanien	100.000	Belarus, OSZE/UNDP-Projekt
Schweden	100.000	Tadschikistan, Phase II
Schweden	524.846	Belarus, OSZE/UNDP-Projekt
Vereinigtes Königreich	145.000	Belarus, OSZE/UNDP-Projekt
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (Schulungskurs Physische Sicherung und Lagerverwaltung)	Tadschikistan, Phase II

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2006		
Vereinigte Staaten von Amerika	235.800	Tadschikistan, Phase II
2006 gesamt	1.370.977	
2007		
Norwegen	309.006	Belarus, Phase I
Norwegen	Entsendung eines leitenden technischen Beraters	Tadschikistan, Phase II
Spanien	150.000	Tadschikistan, Phase II
Schweden (über UNDP)	200.000	Tadschikistan, Phase II
2007 gesamt	659.006	
2008		
Österreich	30.000	Tadschikistan, Phase II
Dänemark	7.000	Tadschikistan, Phase II
Finnland	345.000	Tadschikistan, Phase II
Luxemburg	40.000	Tadschikistan, Phase II
Norwegen	30.000	Tadschikistan, Phase II
2008 gesamt	452.000	
2009		
Finnland	80.000	Belarus, Phase II
Frankreich	15.000	Belarus, Phase II
Griechenland	30.000	Belarus, Phase II
Norwegen	213.253	Belarus, Phase II
Spanien	100.000	Belarus, Phase I
2009 gesamt	438.253	
2010		
Vereinigtes Königreich	15.000	Kirgisistan, Ausbildung in physischer Sicherung und Lagerverwaltung sowie SALW-Vernichtung
Deutschland	50.000	Belarus, Phase II
2010 gesamt	65.000	
2011		
Frankreich	15.000	Belarus
Italien	10.000	Belarus
Vereinigte Staaten von Amerika	100.500	Kirgisistan, Ausbildung in physischer Sicherung und Lagerverwaltung sowie SALW-Vernichtung
2011 gesamt	125.500	
2005-2011 gesamt	3.615.311	

**FORTSCHRITTSBERICHT
DES VORSITZES DES FSK AN DAS ACHTZEHNTE TREFFEN DES
MINISTERRATS ÜBER DIE LAUFENDE UMSETZUNG DES
OSZE-DOKUMENTS ÜBER LAGERBESTÄNDE
KONVENTIONELLER MUNITION**
(MC.GAL/4/11/Corr.2 vom 24. November 2011)

Zusammenfassung

Dieser Fortschrittsbericht enthält umfassende und sachbezogene Informationen über den derzeitigen Stand der Umsetzung des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) im Zeitraum November 2009 bis November 2011¹. Der Bericht greift auch jene konkreten Bereiche heraus, in denen der dringendste Handlungs- bzw. Unterstützungsbedarf besteht. 2010-2011 waren folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

Im März 2011 verabschiedete das Forum für Sicherheitskooperation den FSK-Beschluss Nr. 3/11, in dem die Vernichtung als bevorzugte Methode der Entsorgung von überschüssiger, abgelaufener und veralteter konventioneller Munition anerkannt wird.

Im Berichtszeitraum sagten die Teilnehmerstaaten rund 4.886.000 EUR für Lagerbestände konventioneller Munition und Mélange-Projekte zu (ungefähr 969.572 EUR für SCA-Projekte im gesamten OSZE-Raum und 3.916.947 EUR für das Mélange-Projekt in der Ukraine). Der Wert der Sachleistungen der Ukraine als Beitrag für die Durchführung des Mélange-Projekts belief sich auf 360.000 EUR.

Im zweijährigen Berichtszeitraum kamen zahlreiche Projekte gut voran, was dazu führte, dass Projekte in Albanien, Moldau, Montenegro und der Ukraine abgeschlossen werden konnten. Im Rahmen des Mélange-Projekts in der Ukraine, des größten OSZE-Projekts, das je aus außerbudgetären Mitteln finanziert wurde, wurden ungefähr 7000 Tonnen Mélange auf sichere und umweltschonende Weise entsorgt.

Viele andere Projekte befinden sich in Ausarbeitung oder gerade in der Beginnphase. Nach den Beurteilungsbesuchen der OSZE, die 2010 und 2011 in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kirgisistan, Kasachstan und Serbien durchgeführt wurden, ist die OSZE nun mit der Herausforderung konfrontiert, in den nächsten Jahren an die 10 Millionen EUR außerbudgetärer Mittel für die Vernichtung überschüssiger Munition und die Sicherung von Lagerbeständen, die eine Bedrohung für Menschen und Umwelt sowie eine Gefahr hinsichtlich der Verbreitung in der OSZE-Region darstellen, mobilisieren zu müssen.

Mit der Entwicklung von drei neuen gemeinsamen Projekten in Bosnien und Herzegowina, Georgien, und Serbien wurde die Zusammenarbeit zwischen UNDP und OSZE weiter ausgebaut. Auch die Koordinierung von Bemühungen mit anderen internationalen Organisationen wurde sowohl hinsichtlich der Projektaktivitäten als auch der normativen Tätigkeit im SCA-Bereich sowie bei Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) fortgesetzt.

¹ Abgabefrist für Beiträge zu diesem Bericht war der 7. November 2011.

Auch wenn der Bericht zu dem Schluss kommt, dass 2010 und 2011 erfolgreiche Jahre waren, betont er die Notwendigkeit der Bereitstellung weiterer Geldmittel im restlichen Jahr 2011 und im Jahr 2012. Projekte zur Unbrauchbarmachung oder zur sicheren Lagerung von Munition und Waffen gehören zu den konkretesten und sichtbarsten Erfolgen der Arbeit der OSZE. SCA-Projekte sind von großem Wert in der Öffentlichkeitsarbeit und für die Organisation daher sehr wichtig. Die OSZE hat eine Reihe wichtiger Projekte, die dringend finanziert werden müssen. Die Teilnehmerstaaten werden daher eindringlich ersucht, Beiträge zu diesen Projekten ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

1. Einleitung

Auf dem Siebzehnten Ministerratstreffen in Athen wurde das OSZE-Forum für Sicherheitskooperation ersucht, über seinen Vorsitz dem Achtzehnten Treffen des Ministerrats einen Fortschrittsbericht über die laufende Umsetzung des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition vorzulegen (MC.DEC/15/09). Im vorliegenden Bericht werden die laufenden Bemühungen in Bezug auf Probleme mit Munitionslagerbeständen beschrieben. Der Bericht enthält Schlussfolgerungen und schlägt Schwerpunktbereiche vor.

Man ist sich darüber im Klaren, dass überschüssige Lagerbestände konventioneller Munition, darunter die Raketentreibstoffkomponente Mélange, die Sicherheit und Stabilität von Ländern und Regionen beeinträchtigen. Seit 1995 wurden weltweit mindestens 236 Fälle von Explosionen von Munitionslagern bekannt oder vermutet². Allein 2011 kam es in mindestens drei Teilnehmerstaaten zu Munitionsexplosionen, bei denen Personen im OSZE-Raum ums Leben kamen oder verletzt wurden. Das unterstreicht die Notwendigkeit, zum Thema Lagerbestände konventioneller Munition verstärkt zusammenzuarbeiten. Die OSZE hat eine solide Grundlage für die Bewältigung des Problems von Lagerbeständen konventioneller Munition entwickelt, deren Lagerbedingungen nicht den Mindestsicherheitsstandards entsprechen. Derzeit ist das Forum mit Ersuchen zu dieser Frage aus acht Ländern befasst.

Mangels einer Rechtspersönlichkeit der OSZE muss bei der Durchführung solcher Projekte besonders auf die erhöhten Risiken und möglichen Haftungsfragen geachtet werden. Es ist jedoch keine Option, nichts zu tun, denn das könnte Leben kosten und möglicherweise eine Umweltkatastrophe verursachen. Daher betrachtet das Forum Präventivmaßnahmen wie die Unbrauchbarmachung von Munition und die Verbesserung der Lagereinrichtungen als die insgesamt klügere und weniger kostspielige Vorgehensweise.

2010-2011 setzte die OSZE die praktische Hilfestellung für die Teilnehmerstaaten fort. Wie in dem Bericht ausgeführt, konnte die OSZE den Ersuchen von Teilnehmerstaaten nachkommen und sie dabei unterstützen, nationale Kapazitäten aufzubauen oder diese zu verstärken, indem sie ihnen Fachwissen zur Verfügung stellte, technische und finanzielle Ressourcen mobilisierte und Projekte durchführte, unter anderem in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen.

2 Quelle: Der Bericht "The Threat from Explosive Events in Ammunition Storage Areas" von Explosive Capabilities Limited (Ausgabe 2010/3) gibt weltweit 231 Vorfälle an. Dazu kommen fünf in den Medien berichtete Vorfälle im Jahr 2011 in den Teilnehmerstaaten der OSZE.

2. Zielsetzung

Dieser Bericht soll über den neuesten Stand der Umsetzung der von allen Teilnehmerstaaten im SCA-Dokument vereinbarten allgemeinen Grundsätze für konventionelle Munition informieren. Er beschreibt auch, wie die auf Hilfsersuchen von Teilnehmerstaaten hin durchgeführten Projekte für konventionelle Munition vorankamen. Der Bericht behandelt den Zeitraum November 2009 bis November 2011, nachdem die OSZE 2010 ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs anstelle eines Ministerratstreffens abhielt, sodass keine Berichte an den Ministerrat ausgearbeitet wurden.

Der Bericht soll vor allem einen Überblick über den Stand der Projekte und der Praxisleitfäden bieten und auf jene Probleme aufmerksam machen, die in naher Zukunft die Umsetzung der im Rahmen des SCA-Dokuments durchgeführten OSZE-Projekte gefährden könnten.

3. Nationale Maßnahmen

3.1 Nationale Maßnahmen in Bezug auf Lagerbestände konventioneller Munition

Das SCA-Dokument der OSZE definiert Bereiche, in denen alle Teilnehmerstaaten ihre Verantwortung wahrnehmen müssen. Dazu zählen die Verwaltung und Sicherung nationaler Lagerbestände konventioneller Munition, die Verwaltung von Sprengstoffen und Zündmitteln und die Ermittlung und Reduzierung von Überschüssen.

4. Hilfestellung durch die OSZE gemäß dem SCA-Dokument

Seit 2003 gingen bei der OSZE 29 Ersuchen um Hilfestellung im SCA-Bereich aus 16 Teilnehmerstaaten ein. Konkret handelte es sich um acht Ersuchen um Hilfestellung bei der Sicherung und dem Schutz von Munitionslagerbeständen, elf Ersuchen um Hilfe bei der Vernichtung von Munition, sieben Ersuchen um Hilfe bei der Entsorgung der Raketentreibstoffkomponente Mélange und drei Ersuchen um Hilfe bei der Entsorgung nicht zur Wirkung gelangter Kampfmittel (UXO) und explosiver Kampfmittelrückstände (ERW).

In Beantwortung der Hilfsersuchen von Teilnehmerstaaten setzte die OSZE 2010-2011 die Durchführung von Projekten betreffend konventionelle Munition fort. Bei vielen Projekten lag der Schwerpunkt der Aktivitäten in diesen beiden Jahren auf der Durchführungsphase.

4.1 Ersuchen um Hilfestellung bei der Vernichtung und der Verwaltung von Lagerbeständen sowie der Sicherung konventioneller Munition

4.1.1 Ersuchen in der Beurteilungs- bzw. Projektentwicklungsphase

Nach dem Ersuchen um Hilfestellung von Kirgisistan sowie nach den 2008 und 2011 durchgeführten Beurteilungsbesuchen schloss das OSZE-Zentrum in Bishkek gemeinsam mit dem KVZ vor Kurzem die Ausarbeitung des OSZE-Programms für SALW und konventionelle Munition für Kirgisistan ab. Das Programm umfasst:

- Ausbildung in physischer Sicherung und der Verwaltung von Lagerbeständen
- Bau und/oder Sanierung von drei SALW- und Munitionslagerstätten (Buschum, Gulcha und Koi-Tasch)
- Vernichtung von überschüssigen oder unbrauchbaren SALW, einschließlich MANPADS, und überschüssiger oder unbrauchbarer Munition

Das Programm wird 2011-2013 mit einem Gesamtbudget von bis zu 900.000 EUR durchgeführt.

Im März 2011 richtete Bosnien und Herzegowina an das FSK ein Ersuchen um Hilfe bei der Verbesserung der Verwaltung und Sicherung von Lagerstätten von SALW und konventioneller Munition. Im Juni 2011 besuchte ein OSZE-Beurteilungsteam alle Stätten und gab die Empfehlung ab, dass zwei SALW-Lagerstätten (Teufik Buza und Rabić) sowie zwei Munitionslagerstätten (Kula 1 und Krupa) mit Unterstützung der OSZE saniert werden sollten. Mit einem Gesamtbudget von 1,2 Millionen EUR entwickelte die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina eigene Projekte für jede Lagerstätte, die gemeinsam mit UNDP Bosnien und Herzegowina durchgeführt werden. Obwohl zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts das Projekt noch nicht in das Finanzsystem der OSZE eingegeben war, ist seine Durchführung durch UNDP bereits unter der Aufsicht des von der OSZE-Mission entsandten gemeinsamen Projektleiters eingeleitet worden (Gestaltung und Lieferung der Außentüren von SALW- und SCA-Lagergebäuden).

Nach der Schließung der OSZE-Mission in Georgien im Jahr 2009 unternahmen das OSZE-Sekretariat, UNDP Georgien und das georgische Verteidigungsministerium 2010 eine Reihe technischer Beurteilungen mit dem Ziel der Wiederaufnahme der Demilitarisierungsaktivitäten in Georgien. Diese mündeten in die Entwicklung eines gemeinsamen Programms von OSZE und UNDP für die Unbrauchbarmachung von Munition und die Sicherheit der Bevölkerung. Das vor Kurzem gestartete Pilotprojekt des Programms umfasst die Vernichtung des gesamten Lagerbestandes Georgiens an Flugzeug-Streubomben innerhalb von weniger als zwei Jahren.

Im Juni 2011 ersuchte Serbien die OSZE um Unterstützung bei der Vernichtung überschüssiger Munition und bei der Verbesserung der Verwaltung und Sicherung von Munitionslagerbeständen. Vom 11. bis 14. September 2011 führten OSZE und UNDP Serbien gemeinsam einen Beurteilungsbesuch durch und schlugen auf der Basis technischer, sicherheitsrelevanter und zeitbedingter Kriterien folgende Projektprioritäten vor:

- technische und Infrastrukturunterstützung für die Unbrauchbarmachung überschüssiger Lagerbestände von mit weißem Phosphor gefüllter Munition und in der Folge Entsorgung des weißen Phosphor
- technische und Infrastrukturunterstützung für die Entsorgung von Napalmpulver
- infrastrukturelle Verbesserung an den bestehenden Einrichtungen zur Unbrauchbarmachung von Munition im technischen Reparaturwerk Kragujevac
- neue Lagergebäude in Mrsac und Mirnička Reka

Der Projektvorschlag befindet sich in Ausarbeitung mit dem Ziel, bereits Anfang 2012 mit der Durchführung eines weiteren gemeinsamen OSZE/UNDP-Projekts beginnen zu können.

Weiters ist darauf hinzuweisen, dass in Anbetracht der steigenden Anzahl von SALW- und SCA-Projekten in Südosteuropa der Posten eines OSZE-Beraters für SALW und SCA im westlichen Balkan eingerichtet werden sollte.

4.1.2 Projekte in der Umsetzungsphase

Im Februar 2007 ersuchte Montenegro die OSZE um Unterstützung bei der Vernichtung überschüssiger Munition, der Verbesserung der Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen und der Beseitigung toxischer Chemikalien (Raketentreibstoffkomponenten und eine Napalmkomponente)³. Gestützt auf die Vereinbarung zwischen dem OSZE-Sekretariat und UNDP wurde ein von UNDP geleitetes Programm zur Unbrauchbarmachung von Munition in Montenegro (MONDEM) eingerichtet. Die Durchführung des Programms wurde bis 31. Dezember 2011 verlängert.

Das Projekt zur Unbrauchbarmachung überschüssiger konventioneller Munition entwickelte sich 2010-2011 kontinuierlich weiter. Die erste Phase dieses Projekts wurde im Juni 2010 abgeschlossen, nachdem insgesamt 480 Tonnen instabiler Munition erfolgreich unbrauchbar gemacht worden waren. Aus dem Verkauf von Schrott lukrierte Mittel (80.000 US Dollar) wurden in das Projekt reinvestiert, um den Start der zweiten Projektphase vorzubereiten, die soeben angelaufen ist. Diese zweite Phase, die zu diesem Zeitpunkt bis zu rund 66 Prozent finanziert ist, umfasst auch den Ankauf von Ausrüstung zur Unbrauchbarmachung, um einen insgesamt 1.000 Tonnen umfassenden Lagerbestand zu vernichten, von dem über 100 Tonnen als instabil und somit als vorrangiges Anliegen erachtet werden.

Die zweite Komponente des MONDEM-Programms soll Probleme im Zusammenhang mit der sicheren Lagerung und Verwaltung in den Munitionslagerbereichen lösen. Dieses Projekt hilft dabei, die Verwaltung und Sicherung von zwei Munitionslagerstätten in Montenegro auf ein Niveau anzuheben, das sowohl den nationalen Erfordernissen als auch den in den *Integrated Disarmament, Demobilization and Reintegration Standards* (IDDRS) der Vereinten Nationen und im SALW-Praxisleitfaden der OSZE zur Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen enthaltenen Empfehlungen entspricht. 2010-2011 machte das MONDEM-Team beachtliche Fortschritte, die zur Aufrüstung der Lagerstätte in Taras führten, wo sich fast ein Drittel des gesamten Lagerbestands von Montenegro befindet. Das Gelände, das nun neue Räume für das Wachpersonal und Zäune, elektrische Anlagen, Zufahrtsstraßen und Parkplätze sowie Videoüberwachung und Perimeterschutzsysteme aufweist, wurde im Mai 2011 feierlich eröffnet. Die montenegrinischen Behörden beabsichtigen auch, das Gelände aus ihren eigenen Mitteln mit einem neuen Wasserversorgungssystem auszustatten. Weiters ist geplant, auch die zweite Lagerstätte, Brezovik – die größte Munitionslagerstätte in Montenegro –, aufzurüsten, sobald es die Finanzierungsperspektiven erlauben. Die offizielle Präsentation der technischen Projektplanung ist für Anfang November 2011 angesetzt. Dieses Projekt kann in mehrere Unterprojekte aufgeteilt werden, um die Unterstützung durch die Geber zu erleichtern. Bisher beträgt die finanzielle Unterstützung für MONDEM durch die OSZE insgesamt 623.194,13 EUR. Die finanzielle

3 Das Projekt zur Entsorgung von Giftmüll in Montenegro wurde im November 2008 abgeschlossen.

Unterstützung für MONDEM durch UNDP macht ungefähr 3,2 Millionen US-Dollar aus, und die Regierung von Montenegro trägt etwa 1 Million EUR bei. Nähere Informationen über die Finanzierungsquellen finden sich in Anhang B.

Das 2009 gestartete OSZE-Programm für SALW und konventionelle Munition in Moldau umfasst bereits drei Projekte, die in den letzten beiden Jahren abgeschlossen wurden, sowie ein weiteres Projekt, das derzeit durchgeführt wird. Zusätzlich wurden zwei weitere Projekte in die elektronische Datenbank der OSZE eingegeben, die zur Durchführung bereit sind – vorausgesetzt, es ist eine ausreichende Finanzierung gegeben.

Mit der Durchführung der drei Projekte im Zeitraum 2010-2011 unterstützte die OSZE-Mission in Moldau das moldauische Verteidigungsministerium beim Aufbau wesentlicher Kapazitäten und Kompetenzen für die Entsorgung verschiedener Munitionstypen. Insgesamt wurden 78 Streubomben und 106 Fliegerbomben erfolgreich entsorgt, und 48 Boden-Luft-Flugkörper wurden als Ergebnis dieser Bemühungen unbrauchbar gemacht.

Das Projekt für die Sanierung von Lagereinrichtungen für SALW und Munition in Florești, Cahul, Bălți und Chișinău ist bereits angelaufen. Mit der Durchführung dieses Projekts werden die erforderlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das System zur Verwaltung von SALW- und Munitionslagerbeständen im Einklang mit den Standards und bewährten Praktiken der OSZE betrieben werden kann. Das Projekt soll 2012 abgeschlossen werden.

Trotz der Erfolge der oben genannten Projekte gibt es einen großen Mangel an Geldern für die weitere Durchführung des größten Projekts des Programms, und zwar des Baus einer neuen Munitionslagereinrichtung in Bulboaca. Die für dieses Projekt erforderlichen Mittel betragen 820.000 EUR.

In der Ukraine hat der OSZE-Projekt Koordinator vor Kurzem ein Projekt mit dem Ministerium für Katastrophenschutz des Landes abgeschlossen, das 2008 gemeinsam vom Projektkoordinator, dem KVZ und dem Ministerium entwickelt worden war.

Durch das Projekt wurde das Personal des Ministeriums für die Kampfmittelbeseitigung mit der entsprechenden Ausrüstung zur Beseitigung verbliebener explosiver Kampfmittelrückstände aus dem Gelände und aus Gewässern, insbesondere an der Krimküste, ausgestattet. Zusätzlich wurden 111 moderne, hochzuverlässige Personenschutz ausrüstungen im Zuge des Projekts zur Verfügung gestellt.

4.2 Ersuchen um Unterstützung bei der Beseitigung flüssiger Raketentreibstoffkomponenten (Mélange und Samin) sowie gefährlicher militärischer Chemikalien

Ende 2006 wurde eine informelle „Freundesgruppe“ zur Beseitigung der Raketentreibstoffkomponente Mélange ins Leben gerufen, die die Umsetzung diesbezüglicher Projekte erörtern und beschleunigen sollte.

Das Mélange-Projekt in der Ukraine entwickelte sich zu einem der größten außerbudgetären Projekte, die die OSZE je durchgeführt hat. Dieses Projekt hat insofern erhebliche positive Auswirkungen auf die Umwelt, als dadurch die Kontaminations- und Unfallrisiken beseitigt werden, die von den unter immer schlechter werdenden Bedingungen gelagerten

gefährlichen Chemikalien ausgehen. Darüber hinaus hat es langfristige positive sozio-ökonomische Auswirkungen auf lokaler Ebene, da das Militärgelände mit seiner Infrastruktur und seinen wirtschaftlich nutzbaren Objekten nach der Mélange-Beseitigung geschlossen und nach einer Sanierung der Umweltschäden für zivile Verwendungszwecke neu erschlossen werden soll.

Im Oktober 2011 beendete das OSZE-Sekretariat mit Unterstützung des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine erfolgreich die Phasen III-A und III-B des im November 2009 gestarteten Projekts, wobei insgesamt 5764 Tonnen Mélange von drei Lagerstätten im Westen der Ukraine entsorgt und somit diese toxische Gefährdung in der gesamten Westukraine beseitigt werden konnte. Die gefährliche Substanz wurde zu zwei Chemiewerken in der Russischen Föderation gebracht, die über umfangreiche Erfahrung in der Mélange-Entsorgung verfügen. Dort wurde die gesamte Mélange auf sichere Art und Weise zu Salpetersäure verarbeitet und in der Folge in der Herstellung chemischer Stoffe für zivile Zwecke wie Treibstoffzusätze und industrielle Explosivstoffe eingesetzt.

Die nächste der drei restlichen Lagerstätten (im Zentrum, im Osten und im Süden der Ukraine), die 1129 Tonnen enthielt, wurde von Oktober bis November 2011 im Zuge der Abschlussphase III-C beseitigt. Es ist geplant, alle Mélange-Bestände in der Ukraine bis Ende 2012 zu eliminieren, sodass die beiden Lagerstätten in der Nähe des Ortes, wo die UEFA-Eurocup-Spiele 2012 stattfinden werden, aufgelassen sein werden, bevor die Spiele beginnen.

Die gesamte in Kasachstan zu entsorgende Menge an Mélange wurde vom kasachischen Verteidigungsministerium und der OSZE auf 410 Tonnen geschätzt.

Auch Kasachstan bestätigte seinen finanziellen und technischen Beitrag zu diesem Projekt, das vorzugsweise noch vor Ende 2011 durchgeführt werden soll.

Auf der Grundlage der guten Erfahrungen mit dem Mélange-Projekt in der Ukraine wird beabsichtigt, die gleiche Vorgehensweise beim Transport einer Zugladung Mélange in die Russische Föderation zur Verwertung im Chemiewerk in der Region von Nischni Nowgorod anzuwenden.

Seit 2008 arbeitet die OSZE-Präsenz in Albanien mit dem Verteidigungsministerium in der Entsorgung von gefährlichem Abfall zusammen, wobei 60 Tonnen des Raketentreibstoffs Mélange und 120 Tonnen Ethylendichlorid entsorgt wurden. Ende 2010 trat das Ministerium mit einem Ersuchen um Hilfe bei der Entsorgung der verbleibenden 72 Tonnen gefährlicher Chemikalien an die OSZE-Präsenz heran. Eine diesbezüglich im Januar 2011 durchgeführte Beurteilung ergab, dass die derzeitige Situation in Bezug auf deren Lagerung und Handhabung – bei Lagereinrichtungen in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten und einem mangelnden Bewusstsein der lokalen Bevölkerung bezüglich der Risiken – ein dringendes Eingreifen erfordert.

Ein einjähriges Projekt für die sichere Entsorgung der verbleibenden gefährlichen Chemikalien durch die Verbesserung der Kapazitäten des Ministeriums für deren Handhabung und Verpackung, sichere Zwischenlagerung und endgültige Entsorgung ist zur Durchführung im Jahr 2012 bereit, sobald die 237.902 EUR Geberbeiträge mobilisiert werden. Genaue Informationen über die Finanzierungsquellen sind in Anhang B enthalten.

4.3 FSK-Beschluss über die Vernichtung konventioneller Munition

Im März 2011 verabschiedete das Forum für Sicherheitskooperation FSK-Beschluss Nr. 3/11, in dem die Vernichtung als bevorzugte Methode für die Entsorgung überschüssiger, abgelaufener und veralteter konventioneller Munition anerkannt wird.

4.4 Geber

Eine Liste mit allen Gebern für SCA-Projekte der OSZE, einschließlich Mélange, findet sich in Anhang D.

5. Zusammenarbeit und Informationsaustausch

5.1 Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen

Im Einklang mit dem SALW-Aktionsprogramm der Vereinten Nationen, das regionale Organisationen zur Zusammenarbeit sowie zum Aufbau und der Stärkung von Partnerschaften ermutigt, um die Ressourcen zur Bekämpfung unerlaubter SALW gemeinsam zu nutzen, entwickelte die OSZE einen allgemeinen Rahmen für die technische Zusammenarbeit mit UNDP. Durch eine im Jahr 2006 unterzeichnete Vereinbarung konnte ein allen offenstehender Rahmen für technische Zusammenarbeit im Hinblick auf die Umsetzung von Projekten betreffend SALW und konventionelle Munition geschaffen werden. Im April 2010 wurde die Vereinbarung um zwei Jahre bis Juni 2012 verlängert.

Zusätzlich zu den beiden im Rahmen der Vereinbarung 2007 gestarteten gemeinsamen Projekten in Belarus und Montenegro wurden drei neue Projekte in Georgien, Bosnien und Herzegowina und Serbien initiiert.

2009-2011 entwickelten die Vereinten Nationen technische Leitlinien für die Verwaltung von Lagerbeständen konventioneller Waffen und Munition, um die UN-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung eines adäquaten Lagerverwaltungssystems zu unterstützen. Diese Leitlinien wurden darauf ausgelegt, den UN-Mitgliedstaaten die stufenweise Einführung einer Reihe von nach und nach umfassenderen Lagerverwaltungssystemen zu ermöglichen sowie denjenigen, die auf internationaler Ebene Hilfe bei der Lagerverwaltung bieten, ein nützliches Hilfsmittel an die Hand zu geben. Die Leitlinien basieren unter anderem auf dem OSZE-Handbuch über Lagerbestände konventioneller Munition.

5.2 Informationsaustausch mit anderen internationalen Organisationen

Die OSZE tauscht mit anderen internationalen Organisationen Informationen über ihre Projektaktivitäten und die Ergebnisse ihrer normativen Tätigkeit im SCA-Bereich aus. Infolge der Initiative der OSZE für die Abhaltung regelmäßiger Koordinationstreffen ab 2008 fanden eintägige informelle Treffen in Belgrad (Juni 2010) und in Brüssel (September 2011) mit anderen internationalen Organisationen statt, um die Koordination der Bemühungen hinsichtlich der Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition zu verbessern. Diese Treffen ermöglichten eine Bestandsaufnahme von SALW- und SCA-Projekten, die von internationalen Organisationen – und im letzteren

Fall auch von einzelnen Gebern – durchgeführt werden, mit dem Ziel, mögliche Synergien bei den Projektaktivitäten zu ermitteln und Doppelarbeit zu vermeiden.

6. Schlussfolgerungen

Das OSZE-Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition ist nach wie vor ein wirksames und nützliches Instrument für die Auseinandersetzung mit Problemen im Zusammenhang mit Lagerbeständen konventioneller Munition. Es leistet unverändert gute Dienste als wichtiger Rahmen für den Umgang mit Munitionsüberschüssen und -lagerbeständen im Hinblick auf die Verringerung des Risikos, das von einer destabilisierenden Anhäufung und unkontrollierten Verbreitung ausgeht.

Hinsichtlich der normativen Aspekte des SCA-Dokuments stellt die Einführung der Vernichtung als bevorzugte Entsorgungsmethode für Munition eine bemerkenswerte positive Entwicklung in den letzten beiden Jahren dar. Gleichzeitig gibt es aber noch Spielraum für die Erweiterung der anderen normativen Aspekte dieses Dokuments, zum Beispiel für die Entwicklung klarer Kriterien für die Bestimmung von Überschüssen konventioneller Munition in den Bemühungen, eine sichere Lagerung von Munition zu gewährleisten. Die OSZE sollte sich diesem Bereich sowohl auf normsetzender als auch auf praktischer Ebene weiterhin widmen.

Einer der Bereiche, in denen das SCA-Dokument der OSZE besonders dynamisch umgesetzt wird, sind nach wie vor Hilfersuchen der Teilnehmerstaaten in den Bereichen Vernichtung, Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen.

In diesem Bereich waren die Jahre 2010 und 2011 zwei dynamische Jahre. Projekte in Albanien, Moldau, Tadschikistan und der Ukraine wurden abgeschlossen. Neue Projekte wurden in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien und Kasachstan in Angriff genommen, und ein neues Projekt für Serbien wird derzeit ausgearbeitet.

Dies bekräftigt einerseits die Glaubwürdigkeit der OSZE in der Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei ihren Problemen im SCA-Bereich. Von einem anderen Standpunkt aus betrachtet entstehen aber auch Erwartungen, dass die OSZE auch in Zukunft in der Lage sein wird, technische und finanzielle Hilfe im gleichen oder in einem höheren Ausmaß zu leisten.

Das wichtigste Ergebnis des Zeitraums 2010-2011 war die erfolgreiche Entsorgung von etwa 7.000 Tonnen Mélange in der Ukraine, wodurch der Westen und das Zentrum der Ukraine von dieser gefährlichen Substanz befreit wurden. Dieses Projekt bleibt auch weiterhin ganz oben auf der Prioritätenliste für 2012, mit dem Ziel, die Entsorgung der verbleibenden 8.500 Tonnen bis Oktober 2012 abzuschließen.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis des Jahres 2011 war die Wiederaufnahme der Aktivitäten zur Unbrauchbarmachung von Munition gemeinsam mit UNDP Georgien.

2010 und 2011 kam es im Vergleich zum Jahr 2009 zu einer leichten Erhöhung der von den Gebern bereitgestellten Mittel für SCA-Projekte. Für diesen Zeitraum sagten die Teilnehmerstaaten 969.572 EUR für Projekte betreffend konventionelle Munition zu.

Das Mélange-Projekt in der Ukraine hat in den letzten beiden Jahren 3.916.947 EUR in Anspruch genommen, was den Löwenanteil der gesamten Geberbeiträge ausmacht. Der Beitrag der Ukraine in Form von Sachleistungen für die Projektdurchführung betrug 360.000 EUR.

Andererseits gibt es, und dies schon seit einiger Zeit, andere Projekte, für die Gebermittel benötigt werden, wie das Projekt des Baus einer neuen Lagerstätte in Moldau.

Projekte zur Unbrauchbarmachung oder zur sicheren Lagerung von Munition und Waffen gehören zu den konkretesten und sichtbarsten Erfolgen der Arbeit der OSZE. Sie sind von großem Wert in der Öffentlichkeitsarbeit und für die Organisation daher sehr wichtig.

Dennoch bleiben in Anbetracht fehlender prognostizierbarer mehrjähriger Finanzstrategien für SALW- und SCA-Projekte in den Teilnehmerstaaten die außerbudgetären Beiträge und Spendenaufrufe weiterhin eine zentrale Herausforderung.

7. Anhänge

Anhang A: Ursprüngliche Hilfsersuchen und derzeitiger Stand

**Tabelle I. Ursprüngliche Hilfsersuchen und derzeitiger Stand
(Liste der Ersuchen in alphabetischer Reihenfolge der Teilnehmerstaaten)**

Ersuchender Staat	Problembeschreibung (laut nationalem Ersuchen)
Albanien	Datum des Ersuchens: 20. Februar 2008 Beseitigung von 30 Tonnen einer Raketentreibstoffkomponente (Mélange) Stand: abgeschlossen Datum des Ersuchens: September 2008 Projekt zur Unbrauchbarmachung von Munition durch Bereitstellung entsprechender Ausrüstung (Bandsägen) Stand: abgeschlossen Datum des Ersuchens: Dezember 2010 Projekt betreffend die Entsorgung von 72 Tonnen gefährlicher Chemikalien Stand: in der Beginnphase
Armenien	Datum des Ersuchens: 22. April 2004 Beseitigung von 862 Tonnen einer Raketentreibstoffkomponente (Mélange) Stand: abgeschlossen
Aserbaidshjan	Datum des Ersuchens: 26. Juli 2005 Beseitigung von 1.200 Tonnen von Raketentreibstoffkomponenten (Mélange und Samin) und Säuberung des Geländes Stand: der NATO übergeben und abgeschlossen

Ersuchender Staat	Problembeschreibung (laut nationalem Ersuchen)
Belarus	<p>Datum des Ersuchens: 9. März 2004 Entsorgung von 97.000 Tonnen überschüssiger Munition, wobei jährlich 4.000 bis 7.000 hinzukommen, darunter Flugkörper und Hexogenmunition, durch Aufbau nationaler Kapazitäten oder Verbringung in ein Drittland zur Entsorgung. (Es existiert zwar ein staatliches Munitionsentsorgungsprogramm (2,5 Millionen USD), doch fehlt es Belarus an entsprechenden technischen Kapazitäten für die Entsorgung aller Typen überschüssiger Munition.) Stand: keine Aktivitäten</p>
Bosnien und Herzegowina	<p>Datum des Ersuchens: 29. März 2011 Bessere Sicherung und Verwaltung der Lagerbestände von SALW und konventioneller Munition Stand: Zwei Munitionslagerstätten wurden als bestgeeignete für eine Sanierung mit Unterstützung durch die OSZE ausgewählt. Das Projekt beginnt 2012.</p>
Zypern	<p>Datum des Ersuchens: 2. November 2011 Technische Unterstützung zur Verbesserung der Vernichtungskapazitäten. Alle einschlägigen Arbeiten wird die zyprische Nationalgarde durchführen.</p>
Georgien	<p>Datum des Ersuchens: 25. Juli 2007 Unbrauchbarmachung von 4.300 Tonnen überschüssiger Munition (Artilleriegeschosse, gelenkte und ungelenkte Flugkörper, Fliegerbomben, Signalmunition und Geschosse verschiedenen Kalibers) Sanierung des Erdreichs auf fünf ehemaligen Militärflugplätzen Entsorgung von 9.000 Gefechtsköpfen durch Schmelzen Vernichtung von 4.705 Stück Munition durch offene Sprengung Stand: begonnen</p>
Kasachstan	<p>Datum des Ersuchens: 15. Dezember 2004 Hilfe bei der Entsorgung transportfähiger konventioneller Munition unter Verwendung der Industrieanlagen in Arys und Kapschagai Hilfe bei der Entsorgung nicht transportfähiger konventioneller Munition am Ort ihrer Lagerung (Ajagus, Utsch-Aral, Semipalatinsk und Ust-Kamenogorsk) Wiedererrichtung eines Testlabors für konventionelle Munition zur regelmäßigen Prüfung von konventioneller Munition Einrichtung eines Verwaltungssystems für konventionelle Munition als Bestandteil eines allgemeinen Beschaffungs- und Verwaltungssystems der Streitkräfte Beseitigung von 410 Tonnen einer Raketentreibstoffkomponente (Mélange) Stand: Kasachstan hat bei der Entsorgung von Munition und der Schaffung eines Munitionsverwaltungssystems die Federführung übernommen. Die OSZE leistet Unterstützung bei der Entsorgung von Mélange in Verbindung mit dem Mélange-Projekt in der Ukraine. Ein Projektvorschlag für das Testlabor für konventionelle Munition wurde erstellt, die Finanzierung steht jedoch noch aus.</p>

Ersuchender Staat	Problembeschreibung (laut nationalem Ersuchen)
Kirgisistan	<p>Datum des Ersuchens: 5. Februar 2008 Bessere Sicherung und Verwaltung der Lagerbestände von SALW und konventioneller Munition Stand: Zwei Beurteilungsbesuche wurden durchgeführt. Ein OSZE-Programm für SALW und konventionelle Munition wurde ausgearbeitet; es umfasst fünf einzelne, aber miteinander verbundene Projekte betreffend verschiedene Aspekte der Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen. Die Umsetzung begann im Herbst 2011.</p>
Moldau	<p>Datum des Ersuchens: 20. Dezember 2006 Errichtung eines neuen Munitionslagers in Bulboaca Aufrüstung von SALW- und Munitionslagereinrichtungen (Florești, Cahul, Bălți, Chișinău) Beschaffung und Ausrüstung eines mobilen Systems für die Sichtkontrolle von konventioneller Munition Vernichtung von Streubomben Vernichtung von Luftbomben Vernichtung von 19 R60-Luft-Boden-Raketen Vernichtung von fünf V28-Boden-Luft-Flugkörpern Ausbildung von Munitionstechnikern Stand: Zwei Projekte (4 und 5) sind bereits abgeschlossen. Im Rahmen eines Projekts (7) wurden die Flugkörper unbrauchbar gemacht und für die endgültige Entsorgung vorbereitet. Projekt 2 schreitet voran, und für Projekt 1 müssen noch ausreichende Mittel durch Geber bereitgestellt werden, damit es beginnen kann. Die anderen Projekte sind in Entwicklung.</p>
Montenegro	<p>Datum des Ersuchens: 28. Februar 2007 Vernichtung schwerer Waffensysteme Vernichtung von 9.900 Tonnen überschüssiger konventioneller Munition Beseitigung von 160 Tonnen von Raketentreibstoffkomponenten (Mélange, Samin) und Napalm Bessere Sicherung und Verwaltung der Lagerbestände Stand: Die Projekte 1 und 3 wurden abgeschlossen. Ebenfalls abgeschlossen wurde die erste Phase der Vernichtung von konventioneller Munition (Projekt 2), und die erste der beiden Munitionslagerstätten wurde saniert (Projekt 4). Beide Projekte werden vorbehaltlich der Verfügbarkeit weiterer finanzieller Mittel fortgesetzt.</p>
Russische Föderation	<p>Datum des Ersuchens: 19. Mai 2004 Ersuchen um Entsorgung überschüssiger Munition in der Oblast Kaliningrad (100.000 Tonnen, davon 20.000 Tonnen in gefährlichem Zustand) Bessere Sicherung und Verwaltung der Lagerbestände Stand: Ersuchen am 28. März 2007 zurückgezogen (FSC.DEL/111/07). Die Russische Föderation wird über nationale Bemühungen zur Vernichtung der betreffenden Munition informieren.</p>

Ersuchender Staat	Problembeschreibung (laut nationalem Ersuchen)
Serbien	<p>Datum des Ersuchens: 1. Juni 2011 Bereitstellung von Ausrüstung für die Unbrauchbarmachung von Munition und Einführung in die Handhabung dieser Ausrüstung Entsorgung von 1.133 Tonnen Munition auf der Basis von weißem Phosphor und Napalmpulver Verwaltung und Sicherung der Lagerbestände konventioneller Waffen (zwei Munitionslagerstätten) Stand: Ein gemeinsamer Beurteilungsbesuch der OSZE und des UNDP wurde im September 2011 durchgeführt. Die Projektentwicklung ist im Gange.</p>
Tadschikistan	<p>Datum des Ersuchens: 21. September 2004 (Phase I), 22. Februar 2006 (Phase II) Sonderfall: Organische arsenhaltige Stoffe sind gemeinsam mit nicht zur Wirkung gelangten Kampfmitteln (UXOs) aus Kampfzonen gelagert. Die Standorte und der Zustand der Lager sind unannehmbar und stellen für die Beschäftigten, die örtliche Bevölkerung und die zivile Infrastruktur eine ernst zu nehmende Gefahr dar. Stand: abgeschlossen</p>
Ukraine	<p>Datum des Ersuchens: 29. September 2004, weiteres Ersuchen am 2. Oktober 2007 Neue Kapazitäten für die Vernichtung von RDX-Ladungen in der Westukraine Verbesserung des Sicherheitssystem für Munitionslager Entsorgung von 16.764 Tonnen einer flüssigen Raketentreibstoffkomponente (Mélange). Nach Konsultationen zwischen der ukrainischen Regierung und der OSZE sollen im Rahmen eines Pilotprojekts 3.168 Tonnen Mélange beseitigt werden. Hilfe bei der Beseitigung der Unfallfolgen in der Lagerstätte Nowo-bohdaniwka (Vernichtung der restlichen Munition, Säuberung des Geländes) Hilfe bei der Beseitigung auf ukrainischem Hoheitsgebiet verbliebener nicht zur Wirkung gelangter Munition Stand: Das Projekt zur UXO/ERW-Räumung wurde abgeschlossen. Das Mélange-Projekt ist in der Durchführungsphase; rund 7.000 Tonnen Mélange wurden aus der West- und der Zentralukraine abtransportiert.</p>
Usbekistan	<p>Datum des Ersuchens: 25. Februar 2005 Beseitigung von 1.000 Tonnen einer Raketentreibstoffkomponente (Mélange) Stand: Die NATO hat die Federführung in diesem Projekt übernommen.</p>

Anhang B: Von Gebern bereitgestellte Mittel für geplante/laufende Projekte betreffend konventionelle Munition

Albanien

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2009		
Dänemark	120.000	Unbrauchbarmachung von Munition
2010		
Deutschland	78.000	Vernichtung von Munition Phase II
Gesamt	198.000	
Benötigte Mittel: Entsorgung gefährlicher Chemikalien		237.902

Georgien

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2009		
Dänemark	30.000	Entsorgung von Streubomben
2010		
Irland	50.000	Entsorgung von Streubomben
2011		
Dänemark	59.325	Entsorgung von Streubomben
Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2011		
Österreich	15.083	Entsorgung von Streubomben
Gesamt	154.408	
Benötigte Mittel:		391.331

Kasachstan (Munitionslabor)

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2009-2011		
–	–	
Gesamt	–	
Benötigte Mittel:		302.500

Kirgisische Republik

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Projekt
2011		
Vereinigte Staaten von Amerika	250.000	SALW- und CA-Programm in Kirgisistan
Gesamt	250.000	
Benötigte Mittel:		550.000

Moldau

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2009		
Finnland	62.000	Sanierung von SALW- und SCA-Lagereinrichtungen
Spanien	61.000	Vernichtung von Streubomben
2010		
Deutschland	210.000	Sanierung von SALW- und SCA-Lagereinrichtungen
Deutschland	25.420	Entsorgung von Boden-Luft-Flugkörpern
Irland	7.400	Vernichtung von Luftbomben
Spanien	19.000	Vernichtung von Luftbomben
Luxemburg	14.000	Bau einer neuen Lagereinrichtung in Bulboaca
Norwegen	Sachleistung	Vernichtung von Streubomben
Russland	Sachleistung	Entsorgung von Boden-Luft-Flugkörpern
2011		
Österreich	15.500	Entsorgung von Boden-Luft-Flugkörpern
Gesamt	414.320	
Benötigte Mittel: Bau einer neuen Lagereinrichtung in Bulboaca		820.000

Montenegro

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2009		
Spanien	100.000	Bessere Sicherung von CA-Lagerbeständen (Taras)
2010		
Dänemark	20.000	Vernichtung überschüssiger Munition
Ungarn	10.000	Vernichtung überschüssiger Munition, später umgewandelt in Bessere Sicherung von CA-Lagerbeständen (Taras)
2010		
Luxemburg	25.000	Vernichtung überschüssiger Munition
Norwegen	63.194	Vernichtung überschüssiger Munition

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2011		
Luxemburg	25.000	Vernichtung überschüssiger Munition
Liechtenstein	20.000	Vernichtung überschüssiger Munition
Gesamt	263.194	
Benötigte Mittel: Unbrauchbarmachung von Munition, Phase II		300.000
Benötigte Mittel: Bessere Sicherung und Verwaltung der Lagerbestände		2.400.000

Ukraine

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2009		
Dänemark	50.000	Räumung explosiver Kampfmittelrückstände
2010		
Deutschland	52.650	Räumung explosiver Kampfmittelrückstände
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (im Gegenwert von 79.100)	Räumung explosiver Kampfmittelrückstände
2011		
Irland	10.000	Räumung explosiver Kampfmittelrückstände
Gesamt	112.650	
Benötigte Mittel:		-

Bosnien und Herzegowina

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Phase
2011		
SEESAC	275.000	Erneuerung der Öffnungen in SALW- und SCA-Lagergebäuden
Gesamt	200.000	
Benötigte Mittel: international unter Vertrag genommener Munitionstechniker Wiederaufbau in SALW-Lagereinrichtungen Reparatur bzw. Installation der Beleuchtung Installation einer alternativen Stromversorgung Installation von Brand- und Einbruchmeldeanlagen in den Lagergebäuden Beschaffung von Brandbekämpfungsausrüstung		1.050.000

Anhang C: Von Gebern bereitgestellte Mittel für geplante/laufende/jüngst abgeschlossene Mélange-Projekte

Kasachstan

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)
2006	
Spanien	150.000
Schweden	40.000
Kasachstan	Zu bestätigen, sobald der Entsorgungsvertrag fertiggestellt ist
Gesamt	190.000
Benötigte Mittel: Überwachung der Projektdurchführung	5.500

Ukraine

2006-2008 sagten die Geberländer (Dänemark, Finnland, Norwegen, Polen, Spanien, Schweden und die Tschechische Republik) insgesamt 3.197.080 Euro zu. Einzelheiten finden sich im Fortschrittsbericht von 2009 (MC.GAL/8/09). Die nachstehende Tabelle zeigt die 2009-2011 zugesagten finanziellen Mittel.

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)
2009	
Dänemark	500.000
Deutschland	250.000
2010	
Schweden	1.736.220
Vereinigte Staaten von Amerika	1.846.821
Dänemark	140.000
Geber	Zugesagte Mittel (EUR)
2011	
Norwegen	193.906
Gesamt	4.666.947
Benötigte Mittel (Schätzung):	9.500.000

Anhang D: Für alle SCA-Projekte insgesamt bereitgestellte Mittel

Die nachstehende Tabelle zeigt die von Delegationen zugesagte finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Projekten betreffend konventionelle Munition, Sprengstoffe und Zündmittel im Zeitraum 2009-2011.

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2009		
Dänemark	30.000	Umfassendes SALW- und SCA-Programm (Aufgabe: Georgien – Entsorgung von Streubomben)

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2009		
Dänemark	50.000	Ukraine, ERW-Räumung
Dänemark	120.000	Albanien (Unbrauchbarmachung von Munition)
Finnland	62.000	Sanierung von SALW- und SCA-Lagereinrichtungen, Moldau
Spanien	61.000	Vernichtung von Streubomben, Moldau
Spanien	100.000	Montenegro, bessere Sicherung von CA-Lagerbeständen
2009 gesamt	423.000	
2010		
Dänemark	20.000	Montenegro, Vernichtung überschüssiger Munition
Deutschland	78.000	Albanien, Vernichtung von Munition, Phase II
Deutschland	210.000	Moldau, Sanierung von SALW- und SCA-Lagereinrichtungen
Deutschland	25.420	Moldau, Entsorgung von Boden-Luft-Flugkörpern
Deutschland	52.650	Ukraine, ERW-Räumung
Ungarn	10.000	Montenegro, bessere Sicherung von CA-Lagerbeständen
Irland	50.000	Umfassendes SALW- und SCA-Programm (Aufgabe: Georgien – Entsorgung von Streubomben)
Irland	7.400	Moldau, Vernichtung von Luftbomben
Luxemburg	14.000	Moldau, Bau einer neuen Lager-einrichtung
Luxemburg	25.000	Montenegro, Vernichtung überschüssiger Munition
Norwegen	63.194	Montenegro, Vernichtung überschüssiger Munition
Spanien	19.000	Vernichtung von Luftbomben, Moldau
Vereinigte Staaten von Amerika	Sachleistung (im Gegenwert von 79.100)	Ukraine, ERW-Räumung
2010 gesamt	574.664	
2011		
Österreich	15.500	Moldau, Entsorgung von Boden-Luft-Flugkörpern Georgien, Entsorgung von Streubomben
	15.083	
Dänemark	59.325	Georgien, Entsorgung von Streubomben
Irland	10.000	Ukraine, ERW-Räumung

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2011		
Liechtenstein	20.000	Montenegro
Vereinigte Staaten von Amerika	250.000	Kirgisistan, SALW- und SCA-Programm, Bau und Sanierung von Lagerstätten
Luxemburg	25.000	Montenegro, Vernichtung überschüssiger Munition
2011 gesamt	394.908	
Konventionelle Munition 2009-2011 gesamt	1.392.572	

Die nachstehende Tabelle zeigt die von Delegationen zugesagte finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Projekten zur Beseitigung der Raketentreibstoffkomponente Mélange im Zeitraum 2009-2011.

Geber	Zugesagte Mittel (EUR)	Unterstütztes Land
2009		
Dänemark	500.000	Ukraine, Mélange
Deutschland	250.000	Ukraine, Mélange
2009 gesamt	750.000	
2010		
Schweden	1.736.220	Ukraine, Mélange
Vereinigte Staaten von Amerika	1.846.821	Ukraine, Mélange
Dänemark	140.000	Ukraine, Mélange
2010 gesamt	3.723.041	
2011		
Norwegen	193.906	Ukraine, Mélange
2011 gesamt	193.906	
Mélange 2009-2011 gesamt	4.666.947	
Konventionelle Munition und Mélange 2009-2011 gesamt	6.059.519	

Anhang E: Zusammenarbeit innerhalb der OSZE

Schulung zur Erhöhung des Gefahrenbewusstseins in Tadschikistan: Im August 2011 veranstaltete das OSZE-Büro in Tadschikistan gemeinsam mit Deutschland und Österreich eine Reihe von fünf Seminaren zur Erhöhung des Gefahrenbewusstseins für Strafverfolgungsbehörden an fünf Standorten in Tadschikistan (Duschanbe, Chudschand, Rascht, Chorog und Kuljab). Diese Seminare dienten der Verbesserung der Qualifikation und des Wissens örtlicher Spezialisten, die mit der Lagerung und Sicherung von Munition zu tun haben. Sehr erfahrene Experten aus Deutschland und Österreich konnten ihren örtlichen Kollegen eingehende theoretische und praktische Kenntnisse in Bezug auf die Standards und

Praktiken im Zusammenhang mit der sicheren Lagerung von konventioneller Munition und Kleinwaffen vermitteln.

Mélange-Video auf dem Gipfeltreffen der OSZE in Astana

Am Rande des Gipfeltreffens der OSZE in Astana im Dezember 2010 zeigte die Abteilung FSK-Unterstützung ein kurzes Video über die Durchführung des Mélange-Projekts der OSZE in der Ukraine.

**FORTSCHRITTSBERICHT
DES VORSITZES DES FSK AN DAS ACHTZEHNTE TREFFEN DES
MINISTERRATS ÜBER BEMÜHUNGEN ZUR WEITEREN
VERBESSERUNG DER UMSETZUNG DES VERHALTENSKODEX ZU
POLITISCH-MILITÄRISCHEN ASPEKTEN DER SICHERHEIT**
(MC.GAL/3/11 vom 14. November 2011)

1. Einleitung und Zielsetzung

Der OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (im Folgenden als Kodex bezeichnet) ist ein normatives Dokument, das die KSZE-Teilnehmerstaaten im Dezember 1994 auf dem Gipfeltreffen von Budapest verabschiedeten. Der Kodex trat am 1. Januar 1995 in Kraft. Mit der Annahme dieses Dokuments kamen die KSZE-Teilnehmerstaaten überein, ihre innerstaatlichen politisch-militärischen Angelegenheiten zu reformieren und in ihrer nationalen Sicherheitspolitik und -doktrin international vereinbarte Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsprinzipien zu verfolgen. Im Korpus der in der politisch-militärischen Dimension der OSZE entwickelten normativen Dokumente nimmt der Kodex eine grundlegende Funktion ein und unter den völkerrechtlichen Verpflichtungen hat er nach wie vor eine einzigartige Stellung inne.

Im Einklang mit Beschluss Nr. 16/09 des Ministerrats von Athen soll der Bericht über die Fortschritte in den Bemühungen um eine weitere Verbesserung der Umsetzung des Kodex Auskunft geben. Er geht auf den Informationsaustausch zwischen den Teilnehmerstaaten über die Umsetzung des Kodex, die Bemühungen im Forum für Sicherheitskooperation seit dem Ministerrattreffen von Athen und auf sonstige Aktivitäten in der Organisation ein. Der Bericht erfasst den Zeitraum zwischen November 2009 und November 2011¹.

2. Bemühungen des FSK

Seit dem Ministerrattreffen von Athen setzte das FSK seine Arbeit zur Verbesserung der Umsetzung des Kodex fort. Im Rahmen des 2009 eingeleiteten Korfu-Prozesses wurde anerkannt, dass die im Kodex verankerten Prinzipien von grundlegender Bedeutung für die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum sind. Im Berichtszeitraum wurden im Februar 2010 und im Juni 2011 zwei FSK-Sitzungen zu den Prinzipien des Kodex abgehalten. Durch diese Sitzungen sollte der Diskurs über die im Kodex festgeschriebenen Prinzipien gefördert und deren Bedeutung angesichts der jeweiligen Sicherheitslage geprüft werden.

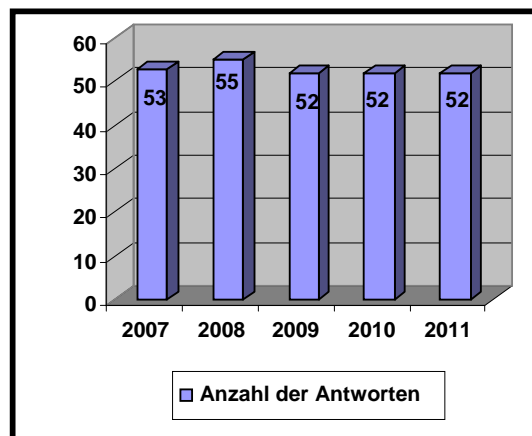
Im Anschluss an die technische Aktualisierung des jährlich auszufüllenden Fragebogens zum Verhaltenskodex im Jahr 2009 (FSC.DEC/2/09) arbeitete das FSK ein Referenzhandbuch als Hilfestellung für die Teilnehmerstaaten bei der Vorbereitung der von ihnen einzureichenden Antworten aus. Das Referenzhandbuch, das in FSK-Beschluss Nr. 5/11 vom Juli 2011 gebilligt wurde, kann freiwillig zu Rate gezogen werden und enthält Beispiele für die Beantwortung der Fragen.

1 Abgabefrist für Beiträge zu diesem Bericht war der 7. November 2011.

Im Oktober 2011 verabschiedete das FSK einen Beschluss über eine jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex (FSC.DEC/12/11). Zweck dieser jährlichen Sitzung ist die Einrichtung eines zielgerichteten und regelmäßigen Mechanismus, in dessen Rahmen die Teilnehmerstaaten ihre Diskussionen zum jährlichen Informationsaustausch und zu anderen Themen im Zusammenhang mit dem Verhaltenskodex intensivieren können. Die Sitzung wird ab 2012 in der zweiten Sitzungsperiode des FSK abgehalten werden. Dadurch soll größerer Nachdruck auf die wichtigen Prinzipien des Verhaltenskodex gelegt werden und eine regelmäßige und konzentrierte Überprüfung seiner Umsetzung erfolgen.

3. Informationsaustausch

Die Teilnehmerstaaten haben vereinbart, jährlich Informationen über die Umsetzung des Verhaltenskodex auszutauschen (FSC.DEC/2/09). Die Bereitschaft zur Teilnahme am Informationsaustausch ist traditionellerweise hoch und die Mehrheit der OSZE-Teilnehmerstaaten hält sich an ihre Verpflichtung, Informationen über ihre Umsetzungsbemühungen zu übermitteln. Alle Teilnehmerstaaten haben den Fragebogen zumindest einmal beantwortet.



Dieser Informationsaustausch ist ein einzigartiger Mechanismus zur Förderung der internationalen Transparenz in Bezug auf die Streitkräfte und deren Kontrolle durch verfassungsmäßige Organe. Seit 2008 werden die Antworten auf die OSZE-Website gestellt, wo die Öffentlichkeit Einsicht nehmen kann.

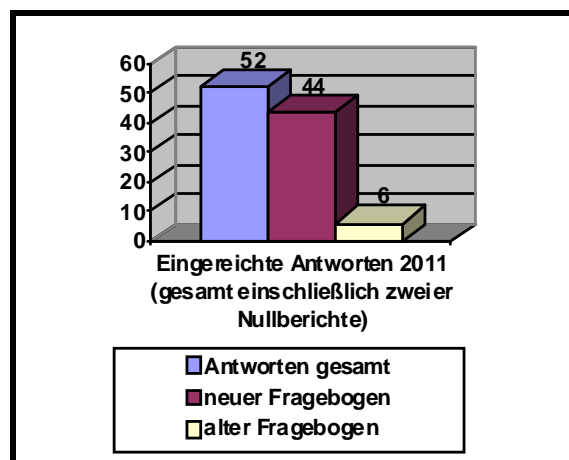
2010 übermittelten 52 Teilnehmerstaaten Informationen über ihre Umsetzungsaktivitäten. Auch 2011 waren es 52 Teilnehmerstaaten, die bis 7. November 2011 ihre jährlichen Antworten übermittelten.

Bei der Verabschiedung des neuen Fragebogens kamen die Teilnehmerstaaten 2009 überein, den Informationsaustausch ab 2010 in dieser neuen Form durchzuführen. Dennoch gaben mehrere Länder ihre Antworten auch noch für 2011 in der alten Form ab.

Einige Antworten enthielten auch zusätzliche Informationen, die im Fragebogen nicht ausdrücklich verlangt werden. Entsprechend den dem FSK-Beschluss Nr. 2/09 beigefügten

interpretativen Erklärungen übermittelten mindestens 16 Teilnehmerstaaten Informationen über die Umsetzung der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit, und mindestens zwei Teilnehmerstaaten machten in ihren Rückmeldungen 2011 Angaben zu privaten Militär- und Sicherheitsfirmen.

Zur Erleichterung der Ausarbeitung des Referenzhandbuchs gab das OSZE-Konfliktverhütungszentrum (KVZ) eine wissenschaftliche Studie zur Analyse der Antworten von 2010 in Auftrag (Bericht veröffentlicht als FSC.GAL/99/10). Die Experten kamen zu dem Schluss, dass der neue Fragebogen wesentlich zur Verbesserung und stärkeren Strukturierung der Antworten beigetragen habe, obwohl es noch einige Überschneidungen gebe. Das Referenzhandbuch sollte bei der weiteren Straffung der Berichte hilfreich sein. Die Studie wurde aus außerbudgetären Beiträgen Dänemarks, Deutschlands, Finnlands, Österreichs, der Schweiz und des Vereinigten Königreichs finanziert.



4. Verankerung im öffentlichen Bewusstsein und Öffnung

Mit dem FSK-Beschluss Nr. 1/08 über die Verankerung des Verhaltenskodex im öffentlichen Bewusstsein und dessen Öffnung wurde das KVZ beauftragt, zur Förderung der Prinzipien des Kodex und ihrer Umsetzung jährlich eine außerbudgetäre Fachveranstaltung abzuhalten.

Im Einklang mit diesem Beschluss veranstaltete das KVZ im September 2010 in Minsk (Belarus) ein regionales Seminar für die osteuropäischen Teilnehmerstaaten. Die Teilnehmer kamen aus Belarus, Litauen, Moldau, Polen, der Russischen Föderation, der Ukraine und Ungarn. Auf dem Seminar wurden sowohl die zwischen- als auch die innerstaatlichen Aspekte des Kodex untersucht, und die Themen reichten von der Unteilbarkeit der Sicherheit bis hin zu den Menschenrechten des Personals der Streitkräfte. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro in Minsk organisiert und von Österreich und der Schweiz finanziert.

Im Juli 2011 fand in Odessa (Ukraine) ein regionales Seminar für die Südkaukasus- und Schwarzmeerregion statt. An der Veranstaltung nahmen Vertreter von sechs der acht eingeladenen Länder teil, und zwar aus Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Rumänien und der Ukraine. Der erste Teil des zweieinhalbtägigen Seminars hatte die innerstaatlichen Aspekte des Kodex zum Gegenstand und widmete sich den Schwerpunkten demokratische Kontrolle der Streitkräfte, Umsetzung des humanitären Völkerrechts und

Menschenrechte des Personals der Streitkräfte. Alle eingeladenen Länder hielten auch Vorträge über ihre Erfahrungen und Probleme bei der Umsetzung des Kodex. Als zusätzliches Forum für den Sicherheitsdialog galt der zweite Teil des Seminars den vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und der Rüstungskontrolle.

Außerdem stand die demokratische Kontrolle der Streitkräfte im Oktober 2011 auf der Tagesordnung der Mittelmeerkonferenz der OSZE, womit ein Beitrag zur Umsetzung des FSK-Beschlusses Nr. 1/08 geleistet wurde.

Im Berichtszeitraum setzten sich auch die Feldoperationen der OSZE durch Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Schulungsaktivitäten für die Umsetzung des Kodex ein.

Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina setzte ihre langjährige enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden fort. Über die dabei gemachten Erfahrungen wurde im Juni 2011 auch im Forum für Sicherheitskooperation berichtet, als der Leiter der OSZE-Mission und ein Vertreter der Streitkräfte in einer Sitzung des FSK einen Vortrag über den Beitrag des Verhaltenskodex zur Sicherheit in Bosnien und Herzegowina hielten.

Im Mai 2011 stand eine Schulung zum Verhaltenskodex erstmals auf dem Programm des Führungsstabskurses. Der Kodex ist auch Gegenstand der jährlichen Lehrgänge für die Verifikationszentren und die Kommandanten von Truppenteilen. Im Juni 2011 veranstaltete die Mission in Zusammenarbeit mit der Interministeriellen Arbeitsgruppe des Ministerrats für die Umsetzung der Sicherheitspolitik von Bosnien und Herzegowina und die diesbezügliche Ausbildung ein Seminar zum Verhaltenskodex. Bei dieser Veranstaltung wurden Sicherheitskräfte, darunter Vertreter der Polizei, der Grenzpolizei, des Nachrichtendienstes und der Streitkräfte, über die Prinzipien und Bestimmungen des Kodex unterrichtet, die für sie bei ihrer täglichen Arbeit hilfreich sind.

Im Berichtszeitraum wurde der Kodex auch den Teilnehmern von drei politisch-militärischen Überprüfungskonferenzen vorgestellt. Diese Veranstaltungen trugen zur Bewusstseinsbildung bei und boten eine Plattform zur Erörterung der zukünftigen Umsetzung. Im Anschluss an die Verabschiedung des neuen Fragebogens veranstaltete die Mission auch Workshops zur Erleichterung des Informationsaustauschs für 2010 und 2011. Folgeveranstaltungen sollen Ende 2011 stattfinden.

Im Dezember 2010 veranstaltete das OSZE-Büro in Eriwan einen Workshop über die Umsetzung des Verhaltenskodex. Zielgruppe waren Beamte des Verteidigungsministeriums, Abgeordnete zur Nationalversammlung und die Volksanwaltschaft. Im Hinblick auf die im Gang befindliche Reform der Streitkräfte bot das Büro auch eine Schulung für die in der Öffentlichkeitsarbeit tätigen Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums über ein erfolgreiches Zusammenwirken zwischen den Medien und der Öffentlichkeit und über das Recht auf Zugang zu Information an.

5. Schlussfolgerungen

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bemühungen um eine weitere Verbesserung der Umsetzung des OSZE-Verhaltenskodex 2010 und 2011 durch die Initiativen der FSK-Vorsitzenden verstärkt wurden, die dem Ziel dienten, den Kodex im Rahmen des Sicherheitsdialogs zu behandeln und zu fördern. Darüber hinaus verabschiedeten die Teilnehmerstaaten ein Referenzhandbuch als Ergänzung zum technisch aktualisierten Fragebogen. Schließlich wurde auch beschlossen, der Umsetzung des Kodex jährlich eine Sitzung zu widmen, die nun eine solide Grundlage für eine umfassende und ausführliche Erörterung aller Aspekte seiner Umsetzung bildet.

Was den Informationsaustausch betrifft, so lässt sich an der Zahl der Antworten eine anhaltend hohe Bereitschaft zur Teilnahme ablesen. Einige Teilnehmerstaaten erweiterten ihren Informationsaustausch und informierten freiwillig über die Umsetzung der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und über Fragen betreffend private Militär- und Sicherheitsfirmen. Wie schon in den Vorjahren unterscheiden sich die Berichte in Inhalt und Umfang. In den Antworten der Teilnehmerstaaten sind auch einige Überschneidungen festzustellen. Einige Teilnehmerstaaten legten auch diesmal keinen Bericht vor, während andere noch das alte Format benützten. Es steht zu hoffen, dass das in diesem Jahr verabschiedete Referenzhandbuch und die Umsetzungsdebatte nächstes Jahr zu einer verstärkten und besseren Befolgung der Beschlüsse in quantitativer und qualitativer Hinsicht führen werden.

Im Berichtszeitraum veranstalteten das KVZ und Feldmissionen mehrere Seminare zur Bewusstseinsbildung und Schulungsmaßnahmen in Bezug auf den Kodex. Die Teilnehmerstaaten, die als Gastgeber solcher Seminare fungieren oder daran teilnehmen, tragen zur Transparenz sowie zur nationalen und regionalen Stabilität und Sicherheit bei. Allen Teilnehmerstaaten wird nahegelegt, Seminare oder Workshops unter Beteiligung von Teilnehmerstaaten und OSZE-Partnern weiterhin zu unterstützen und in ihrem Land durchführen zu lassen.

Hinsichtlich der OSZE-Partner wurde eine Initiative zur Öffnung des Kodex gesetzt, indem das Thema „demokratische Kontrolle der Streitkräfte“ 2011 auf die Tagesordnung der Mittelmeerkonferenz der OSZE gesetzt wurde. Gerade in der heutigen Zeit beweist der Kodex wieder, dass ihm als Katalog von Prinzipien und Richtlinien, die zwischenstaatliche und innerstaatliche Verhaltensnormen darstellen und als solche bei der Reform des Sicherheitsbereichs zu berücksichtigen sind, eine wichtige Rolle zukommt.

Mit den jüngsten FSK-Beschlüssen über den Kodex wurden die meisten Empfehlungen und Vorschläge zur Verbesserung seiner Umsetzung, die bei den Sondertreffen des FSK 2006 und 2007 gemacht wurden, aufgegriffen und erfolgreich in Werkzeuge und Instrumente zur verstärkten Bewusstseinsbildung und Öffnung, zur Verbesserung des Informationsaustauschs und zur Erörterung der Umsetzung des Kodex durch die Teilnehmerstaaten umgesetzt. Die Teilnehmerstaaten können sich nun auf die vollständige und umfassende Umsetzung des Kodex konzentrieren.

**FORTSCHRITTSBERICHT
DES VORSITZES DES FSK AN DAS ACHTZEHNTE TREFFEN
DES MINISTERRATS ÜBER BEMÜHUNGEN IM BEREICH DER
RÜSTUNGSKONTROLLABKOMMEN UND VERTRAUENS- UND
SICHERHEITSBILDENDER MASSNAHMEN IM EINKLANG MIT
DESSEN MANDAT**

(MC.GAL/5/11 vom 14. November 2011)

1. Einleitung und Zielsetzung

Die Vorlage dieses Berichts erfolgt im Einklang mit dem auf dem Siebzehnten Treffen des Ministerrats in Athen verabschiedeten Beschluss Nr. 16/09 über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen. Er gibt einen Überblick über die Bemühungen des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) im Bereich der Rüstungskontrollabkommen und vertrauens- und der sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBMs) im Einklang mit seinem Mandat für den Zeitraum November 2009 bis November 2011¹.

Er geht auch auf die zwischen den Teilnehmerstaaten im FSK über die Umsetzung vereinbarter VSBMs ausgetauschten Informationen, normative Initiativen und Entwicklungen im Forum sowie auf andere damit zusammenhängende Aktivitäten in der Organisation ein. Der Bericht gibt die im Forum geführten Erörterungen und die von diesem verabschiedeten Beschlüsse wieder. Einzelheiten zur Umsetzung sind dem zusammenfassenden Bericht des Konfliktverhütungszentrums über die jüngsten Trends im Bereich der Umsetzung des Wiener Dokuments 1999 und andere Maßnahmen, die auf dem Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung behandelt wurden², zu entnehmen.

2. Bemühungen des FSK seit dem Ministerratstreffen von Athen

Auf dem Ministerratstreffen von Athen im Jahr 2009 wurde das FSK aufgerufen, „Mittel und Wege zur Stärkung des politisch-militärischen Instrumentariums der OSZE zu erkunden und dabei den derzeitigen Rüstungskontroll- und VSBM-Instrumenten besondere Aufmerksamkeit zu schenken, wobei unter anderem das Wiener Dokument 1999 verstärkt werden sollte“³. Dementsprechend führte das FSK einen konstruktiven Dialog über die Aktualisierung des Wiener Dokuments 1999 (WD 99) und verabschiedete im Mai 2010 den Beschluss Nr. 1/10, in dem ein Verfahren für die Aktualisierung des Wiener Dokuments alle fünf Jahre spätestens ab 2011 festgelegt wurde. Die Bestimmungen dieses Beschlusses erwiesen sich als die politisch und inhaltlich wichtigste Verbesserung des Wiener Dokuments 1999, da sie eine lange Phase des Stillstands in den Erörterungen rund um das Wiener Dokument beendeten und den Aktualisierungsprozess in Gang setzten, indem sie einen klaren Rahmen für die regelmäßige Modernisierung dieses so wichtigen politisch-militärischen Dokuments der OSZE vorgaben.

1 Abgabefrist für Beiträge zu diesem Bericht war der 7. November 2011.

2 FSC.GAL/19/10/Corr.1, 16. Februar 2010, und FSC.GAL/19/11

3 Ministerratsbeschluss Nr. 16/09

Um die Arbeit des FSK weiter zu strukturieren, beschlossen die Teilnehmerstaaten in FSK-Beschluss Nr. 7/10, Kapitel V „Vorherige Ankündigung bestimmter militärischer Aktivitäten“ und Kapitel IX „Einhaltung und Verifikation“ in einem Paket zu aktualisieren. Darüber hinaus bestellte der FSK-Vorsitz im Oktober 2010 einen Koordinator, der die Aufgabe hatte, von den Delegationen Meinungen, Ideen und Beiträge einzuholen, den FSK-Vorsitz zu unterstützen und das FSK über die Fortschritte auf dem Laufenden zu halten.

Wertvolle Impulse erhielt die Debatte unter den Teilnehmerstaaten im Forum auch in Form wissenschaftlicher Beiträge bei zwei besonderen Sicherheitsdialogen zum Wiener Dokument im Februar 2010 und im Februar 2011.

Bis zum Gipfeltreffen von Astana im Dezember 2010 hatte das FSK fünf sogenannte Wiener-Dokument-Plus-Beschlüsse verabschiedet, die die derzeitigen Bestimmungen des WD 99 aktualisieren und zu gegebener Zeit in das Wiener Dokument 2011 übernommen werden sollen. Während des Gipfeltreffens von Astana anerkannten die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten erneut die Notwendigkeit, die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen mit neuem Leben zu erfüllen, zu aktualisieren und zu modernisieren, und sie riefen das FSK dazu auf, auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Bis 7. November 2011 hatte das FSK die folgenden Wiener-Dokument-Plus-Beschlüsse verabschiedet:

- Beschluss Nr. 10/10 „Berücksichtigung nationaler Feiertage bei der Planung von Verifikationsaktivitäten“ vom 27. Oktober 2010
- Beschluss Nr. 15/10 „Auswahlkriterien für Militärflugplätze im Hinblick auf die Veranstaltung von Besuchen“ vom 24. November 2010
- Beschluss Nr. 11/10 „Zeitpunkt der Vorführung neuer Typen von Hauptwaffensystemen und Großgerät“ vom 10. November 2010
- Beschluss Nr. 12/10 „Übernahme des FSK-Beschlusses Nr. 1/10 in das Wiener Dokument Kapitel XII“ vom 10. November 2010
- Beschluss Nr. 13/10 „Aktualisierung der Liste der in Kapitel XII genannten Kooperationspartner“ vom 10. November 2010
- Beschluss Nr. 4/11 „Aktualisierung der Liste der in der Einleitung genannten OSZE-Teilnehmerstaaten“ vom 15. Juni 2011
- Beschluss Nr. 6/11 „Genauigkeit der Koordinaten von Truppenformationen, Kampftruppenteilen, fliegenden Truppenformationen und fliegenden Kampftruppenteilen“ vom 20. Juli 2011
- Beschluss Nr. 7/11 „Abänderungen und Ergänzungen zu Kapitel IX ‚Einhaltung und Verifikation‘ Absätze 98 und 127“ vom 27. Juli 2011
- Beschluss Nr. 10/11 „Aktualisierung des Titels und der Einleitung des Wiener Dokuments 1999“ vom 28. September 2011

Darüber hinaus stehen 18 weitere Vorschläge zur Erörterung im Forum für Sicherheitskooperation an. Sie betreffen die Kapitel I, III, V und IX.

3. Überblick über die Umsetzung im Bereich Rüstungskontrolle und VSBMs in den Jahren 2010 und 2011

2010 und 2011 führten die OSZE-Teilnehmerstaaten die Umsetzung ihrer gemeinsamen Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument 1999⁴ fort. Das OSZE-Konfliktverhütungszentrum (KVZ) führte Protokolle über den im Rahmen dieser Verpflichtungen stattfindenden Informationsaustausch. Diese werden regelmäßig in die monatlichen Berichte des KVZ und dessen vierteljährliche und jährliche Übersichten über die ausgetauschten VSBM-Informationen aufgenommen. Darüber hinaus erstellt das KVZ einen zusammenfassenden Jahresbericht, aus dem die Trends im Bereich der Umsetzung von VSBMs hervorgehen.

Die Umsetzung der VSBMs nach dem Wiener Dokument 1999 in der OSZE-Region hält sich auf einem relativ stabilen und hohen Niveau. Gemessen an der Zahl der Einreichungen im Rahmen verschiedener Informationsaustauschverfahren wie dem Jährlichen Austausch militärischer Information (AEMI) und dem Weltweiten Austausch militärischer Information (GEMI) blieb das Niveau der Umsetzung in den letzten fünf Jahren konstant.

Insgesamt übermittelten 55 Teilnehmerstaaten im Rahmen des AEMI Informationen für 2010 und 2011. Bei der Verteidigungsplanung liegen die Zahlen wesentlich niedriger. 2010 legten 45 Teilnehmerstaaten diese Informationen vor, und bis 7. November 2011 hatten 40 Länder Informationen über ihre Verteidigungsplanung übermittelt. Fünf Teilnehmerstaaten haben in den vergangenen fünf Jahren keinerlei Informationen über ihre Verteidigungsplanung und ihre Verteidigungshaushalte vorgelegt.

Der Berichtszeitraum war auch von Aktivität im Hinblick auf die Verifikation nach Kapitel IX des Wiener Dokuments 1999 gekennzeichnet. 2010 fanden 97 Inspektionen und 48 Überprüfungsbesuche statt. Bis 7. November 2011 betragen die Zahlen für 2011 91 bzw. 39.

Die Umsetzung des WD 99 wurde auf den beiden Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung im März 2010 und März 2011 sowie beim Treffen der Leiter der Verifikationszentren im Dezember 2010 erörtert. Die Treffen erwiesen sich als nützlich für die Modernisierung des WD 99, da einige Vorschläge später vom FSK aufgegriffen wurden und in Beschlüsse einfließen.

2011 waren 51 Teilnehmerstaaten an das Kommunikationsnetz angeschlossen; nur ein über Streitkräfte verfügender OSZE-Teilnehmerstaat war nicht angeschlossen. Die Zuverlässigkeit des Netzes war nach wie vor sehr hoch, die Server in Wien standen 99,9 Prozent der Zeit zur Verfügung. Ferner war mehr als die Hälfte der Endbenutzerstationen (35) mindestens 99 Prozent der Zeit am Netz, und die Gesamtverfügbarkeit aller an das Netz angeschlossenen Endbenutzerstationen betrug über 97 Prozent. Die maßge-

4 Wiener Dokument 1999 der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, verabschiedet in der 269. Plenarsitzung des Forums für Sicherheitskooperation der OSZE am 16. November 1999 in Istanbul, FSC.DOC/1/99.

schneiderten Softwarepakete der OSZE, die zur Verarbeitung der Notifikationen und zur Vorbereitung der verschiedenen Arten des jährlichen Informationsaustauschs dienen, werden laufend aktualisiert und den Teilnehmerstaaten zur Verwendung überlassen. Das OSZE-Kommunikationsnetz ist nach wie vor ein äußerst zuverlässiges und sicheres Instrument, das den Teilnehmerstaaten zur Unterstützung der VSBMs zur Verfügung steht.

4. Sonstige Aktivitäten

Im Sinne der Empfehlungen des WD 99 veranstaltete das FSK am 24. und 25. Mai 2011 das Seminar auf hoher Ebene zur Militärdoktrin. An diesem Seminar nahmen nahezu 300 hochrangige Militärangehörige aus den Teilnehmerstaaten und den Ländern der Kooperationspartner teil. Zweck des Treffens war die Untersuchung von Entwicklungen im Bereich der Militärtechnologie und der Militärdoktrinen und ihrer Auswirkungen auf die Sicherheit im OSZE-Raum. Themen wie die veränderte Form von Konflikten, Bedrohungen und Herausforderungen in gemischter Form und technologische Entwicklungen wurden bei dieser zweitägigen Veranstaltung ebenfalls erörtert. Die Diskussion wurde als nützliche VSBM betrachtet, und es wurde empfohlen, ähnliche Themen, etwa Vorträge zu Militärdoktrinen, auch auf die wöchentliche Agenda des FSK zu setzen.

Im Juli 2011 veranstaltete das KVZ in Odessa (Ukraine) ein Seminar über den OSZE-Verhaltenskodex und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Südkaukasus und in der Schwarzmeerregion. Teilnehmer aus Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Rumänien und der Ukraine erörterten die Rolle der VSBMs und der Rüstungskontrolle für die künftige Sicherheit im OSZE-Raum und untersuchten die potenzielle Rolle der VSBMs bei der Konfliktlösung.

Im Juli 2010 und im Juni 2011 veranstalteten das OSZE-Zentrum in Astana und das Verteidigungsministerium der Republik Kasachstan die jährliche regionale Schulung zum Wiener Dokument 1999. Die Workshops wurden von Teilnehmern aus Zentralasien und dem Südkaukasus besucht und waren Fragen im Zusammenhang mit dem Jährlichen Austausch militärischer Information und praktischen Verifikationsaktivitäten gewidmet.

5. Schlussfolgerungen

Der Grad der Umsetzung der Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Wiener Dokument 1999 blieb die beiden letzten Jahre über konstant hoch.

Die Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung 2010 und 2011 erwiesen sich als nützliche Plattformen für die Erörterung von VSBMs in der OSZE-Region, einschließlich ihrer Umsetzung und Weiterentwicklung. Darüber hinaus prüften auch die Leiter der Verifikationszentren auf ihrem Treffen 2010 nützliche Vorschläge zur weiteren Verstärkung der Umsetzung des Wiener Dokuments.

Das 2011 abgehaltene Seminar auf hoher Ebene zur Militärdoktrin diente als wichtige VSBM und ermöglichte eine Überprüfung der Entwicklungen im militärischen Bereich und ihrer Auswirkungen auf die Sicherheit im OSZE-Raum. Diese Praxis der Abhaltung regelmäßiger Seminare hat sich als äußerst nützlich erwiesen und sollte in Zukunft fortgesetzt

werden, wobei die Erkenntnisse aus den vergangenen Seminaren Berücksichtigung finden sollten.

Der FSK-Beschluss Nr. 1/10 schuf ein verlässliches Verfahren zur Übernahme maßgeblicher Beschlüsse in das Wiener Dokument und sieht vor, dass spätestens ab 2011 alle fünf Jahre oder öfter ein Sondertreffen zur Neuauflage des Wiener Dokuments stattfindet. Dieser Beschluss beendete eine lange Phase des Stillstands und bot einen Rahmen für eine regelmäßige Modernisierung dieses so wichtigen Dokuments. Vom OSZE-Gipfeltreffen in Astana 2010 gingen weitere Impulse zur Wiederbelebung, Aktualisierung und Modernisierung der Regelwerke betreffend konventionelle Rüstungskontrolle und Vertrauens- und Sicherheitsbildung aus.

**FORTSCHRITTSBERICHT
DES VORSITZES DES FSK AN DAS ACHTZEHNTE TREFFEN DES
MINISTERRATS ÜBER DIE BEMÜHUNGEN ZUR UNTERSTÜTZUNG
DER UMSETZUNG DER RESOLUTION 1540 (2004) DES
SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN NATIONEN
IN DER OSZE-REGION**
(MC.GAL/6/11 vom 14. November 2011)

1. Einleitung und Zielsetzung

Dieser Bericht gibt einen Überblick über die in der OSZE unternommenen Bemühungen im Bereich der Nichtverbreitung. Der Bericht befasst sich insbesondere mit den Bemühungen der OSZE zur Erleichterung der regionalen Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR) und beruht auf den im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) geführten Diskussionen und vorgelegten Berichten über nationale Fortschritte.

Der Bericht bezieht sich auf den Zeitraum August 2010 bis November 2011¹.

2. Mandat

Die 1994 verabschiedeten OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung beschreiben in großen Zügen die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten zur Verhütung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme.

2004 bekräftigte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dass die Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen und ihrer Trägersysteme sowie von verwandtem Material eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt, und verabschiedete dazu die Resolution 1540 (2004).

Die Teilnehmerstaaten der OSZE beschlossen unter Hinweis auf ihre diesbezüglichen Verpflichtungen, insbesondere jene aus den OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung, alle 56 Teilnehmerstaaten aufzufordern, UNSCR 1540 vollständig umzusetzen, und verabschiedeten einen Beschluss zur Unterstützung der wirksamen Umsetzung (FSC.DEC/7/05).

Die OSZE kam überein, zur Umsetzung der Resolution in geeigneter Form und in Abstimmung mit den einschlägigen Foren der Vereinten Nationen auf der Grundlage des OSZE-Konzepts der umfassenden und kooperativen Sicherheit und des Mandats der Organisation als regionale Organisation im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen zur Umsetzung der Resolution beizutragen.

Auf dem Siebzehnten Treffen des Ministerrats in Athen stellten die Teilnehmerstaaten fest, dass die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen nach wie vor große Sorge bereite. Zur weiteren Verstärkung der OSZE-Bemühungen um Nichtverbreitung wurde ein Beschluss

¹ Abgabefrist für Beiträge zu diesem Bericht war der 7. November 2011.

über weitere Bemühungen der OSZE im Umgang mit transnationalen Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität (MC.DEC/2/09) verabschiedet.

Das FSK hat im Rahmen seines Mandats den OSZE-Teilnehmerstaaten gegebenenfalls die Umsetzung der Bestimmungen der UNSCR 1540 (2004) zu erleichtern (MC.DEC/16/09).

Darüber hinaus sagten die Teilnehmerstaaten mit der Verabschiedung der Ministererklärung zur Nichtverbreitung auch zu, die Umsetzung von UNSCR 1540 durch wirksame Hilfestellung für jene Staaten, die dieser bedürfen, zu erleichtern (MC.DOC/5/09/Corr.1).

In der Gedenkerklärung von Astana – Auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft von 2010 bezeichneten die Staats- und Regierungschefs der OSZE-Teilnehmerstaaten die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen als eine neue grenzüberschreitende Bedrohung, die ihren Ursprung innerhalb und außerhalb der OSZE-Region haben kann (SUM.DOC/1/10/Corr.1).

3. Maßnahmen des FSK

3.1 OSZE-Workshop zur Festlegung einer angemessenen Rolle für die OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen

Am 27. und 28. Januar 2011 hielt das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) in Wien (Österreich) einen OSZE-Workshop zur Festlegung einer angemessenen Rolle für die OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ab, der auch vom Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) unterstützt wurde. Der Workshop bot eine breite Plattform für einen Gedankenaustausch zwischen nationalen Vertretern und mit den verschiedensten Aspekten der Umsetzung von UNSCR 1540 befassten internationalen Organisationen, darunter auch die Abteilungen des OSZE-Sekretariats, zu strategischen Fragen und Implementierungspraktiken und über den Bedarf an mehr Dialog, Zusammenarbeit und Unterstützung.

Es wurde ein breites Spektrum von Möglichkeiten besprochen, wie die OSZE einen wesentlichen Beitrag leisten kann. Die Teilnehmerstaaten nannten insbesondere weitere bewusstseinsbildende Aktivitäten, maßgeschneiderte Ausbildungskurse, Hilfe bei der Entwicklung nationaler Aktionspläne und die Verbesserung der Rechtsvorschriften, die Förderung des Praxishandbuchs sowie die Fortsetzung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen.

3.2 Jahresarbeitsprogramm 2011 des KVZ zur Unterstützung der regionalen Umsetzung von UNSCR 1540

Ausgehend von den Anregungen der Teilnehmerstaaten während des OSZE-Workshops zur Festlegung einer angemessenen Rolle für die OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen wurde das Jahresarbeitsprogramm 2011 des Konfliktverhütungszentrums zur Unterstützung der regionalen Umsetzung von UNSCR 1540 erstellt.

Mit diesem Arbeitsprogramm sollte die regionale Zusammenarbeit bei der Umsetzung von UNSCR 1540 verbessert und ein starkes Netz zur Koordinierung der Akteure, durch das ein besseres Verständnis für Fragen der UNSCR 1540 und des Umsetzungsbedarfs gefördert werden soll, sowie die Unterstützung interessierter Teilnehmerstaaten beim laufenden Aufbau ihrer nationalen Kapazitäten in Aussicht gestellt werden. Diese Unterstützung könnte auf der Grundlage der nationalen Zustimmung erfolgen und auf einem kooperativen Ansatz, dem Fachwissen und der Erfahrung der internationalen Gemeinschaft basieren.

3.3 Gemeinsame FSK/StR-Sitzung zum Thema Nichtverbreitung

Am 13. Juli 2011 fand unter italienischem FSK-Vorsitz und litauischem StR-Vorsitz eine gemeinsame FSK/StR-Sitzung zum Thema Nichtverbreitung statt. Sie war eine Folgeveranstaltung zum Workshop zur Festlegung einer angemessenen Rolle für die OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und sollte eine Diskussion zwischen Experten über die nationale Umsetzung der Resolution ermöglichen. Das UNODA würdigte in seinem Einleitungsreferat die Partnerschaft mit der OSZE bei der Unterstützung der vollständigen Umsetzung der Resolution 1540, die sich zunehmend den Schwerpunkten Aufbau von Kapazitäten und Vermittlung von Hilfestellung widmet. In nationalen Referaten zweier Teilnehmerstaaten wurde erneut festgestellt, dass derartige Sitzungen eine ausgezeichnete Gelegenheit zum Informationsaustausch zu Fragen der Nichtverbreitung böten, und es wurde auch beschrieben, auf welche Weise die OSZE den Teilnehmerstaaten bei der Verbesserung ihrer innerstaatlichen Umsetzung helfen kann. Mehrere Teilnehmerstaaten unterstrichen ebenso wie die Europäische Union die Bedeutung, die sie der OSZE im Kampf gegen Bedrohungen durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen beimessen. Außerdem brachten die Europäische Union und einige Teilnehmerstaaten ihre Unterstützung für eine baldige Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung aus dem Jahr 1994 zum Ausdruck, die neuen Entwicklungen im Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gerecht werden sollte.

3.4 Regionaler Workshop über die Umsetzung von UNSCR 1540 (2004)

Das KVZ organisierte gemeinsam mit dem UNODA vom 27. bis 29. September 2011 in Astana (Kasachstan) einen regionalen Workshop zur Förderung des Aufbaus von Kapazitäten auf nationaler und regionaler Ebene im Hinblick auf die vollständige Umsetzung der Resolution 1540. Mit dem Workshop sollten die nationalen Grenz- und Ausfuhrkontrollkapazitäten erhöht und der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen allen fünf zentralasiatischen Staaten verbessert werden. Die Tagesordnung des Workshops war außerdem dazu gedacht, die von Teilnehmerstaaten unter Umständen benötigte technische Unterstützung bei der Umsetzung der Resolution zu erleichtern.

Der wichtigste Zweck des Workshops war es, den Teilnehmerstaaten herausfinden zu helfen, welche Formen der OSZE-Unterstützung für die uneingeschränkte Umsetzung von UNSCR 1540 in der zentralasiatischen Region konkret notwendig sind, etwa bewusstseinsbildende Veranstaltungen, maßgeschneiderte Ausbildungskurse für Strafverfolgungsbeamte (auch längerfristige Lehrgänge im Rahmen des „Train-the-trainer“-Moduls) und mögliche Hilfestellung bei der Nachjustierung der nationalen Rechtsvorschriften. In den bilateralen Diskussionen wurden konkrete Folgemaßnahmen zur Erleichterung der Umsetzung von UNSCR 1540 auf nationaler Ebene ermittelt.

4. Vorschläge und Initiativen

Im Zuge der Arbeit des FSK wurde eine Reihe konkreter Vorschläge und Initiativen vorgestellt und erörtert, darunter:

- ein Arbeitsdokument und ein Vorschlag für einen Beschlussentwurf über Kontaktstellen für die Resolution 1540 (2004) des UN-Sicherheitsrats (FSC.DEL/129/11)
- Diskussionen über die Abfassung weiterer Kapitel des Praxisleitfadens zur Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats
- ein Vorschlag betreffend die Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung von 1994 (FSC.DEL/65/10/Rev.2)
- die Erstellung eines Verzeichnisses technischer Experten für UNSCR 1540

Die Diskussionen, durch die Konsens zu diesen Vorschlägen erzielt werden soll, gehen weiter.

5. Praktische Unterstützung

5.1 Überblick

Die Hilfestellung für OSZE-Teilnehmerstaaten bei der uneingeschränkten Umsetzung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Notwendigkeit einer besseren Koordinierung der Bemühungen auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene machte im Berichtszeitraum einen wesentlichen Teil der Bemühungen des Forums für Sicherheitskooperation aus.

Im Anschluss an den OSZE-Workshop zur Festlegung einer angemessenen Rolle für die OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 im Januar 2011 trafen bei der OSZE fünf Ersuchen um Hilfestellung bei der Ausarbeitung nationaler Aktionspläne oder Strategien gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme ein.

Der auf das jeweilige Land zugeschnittene Dialog mit Belarus, Bosnien und Herzegowina und Serbien sowie erste Kontakte mit Moldau und Kirgisistan zeigen beispielhaft, wie die OSZE auf diese Ersuchen reagiert.

Mehrere Teilnehmerstaaten haben um Schulung und den Aufbau von Kapazitäten für die Strafverfolgungsbehörden im Kampf gegen die Verbreitung von biologischem und chemischem Material ersucht.

5.2 Unterstützung der OSZE bei der nationalen Umsetzung von UNSCR 1540

5.2.1 Serbien

Im Anschluss an den OSZE-Workshop vom Januar 2011 äußerte Serbien Interesse an der Erstellung eines nationalen Aktionsplans. In enger Zusammenarbeit mit den serbischen Behörden und der Sachverständigengruppe des 1540-Ausschusses wurde ein Entwurf zu einem nationalen Aktionsplan erarbeitet und zur interministeriellen Begutachtung in Serbien vorgelegt. Außerdem wurden die nationalen Fortschritte in diesem Bereich im Juli 2011 auf der 48. gemeinsamen FSK/StR-Sitzung zum Thema Nichtverbreitung präsentiert.

5.2.2 Bosnien und Herzegowina

Bosnien und Herzegowina meldete Interesse an einer weiteren Aktualisierung seiner innerstaatlichen Rechtsvorschriften in Anpassung an die Verpflichtungen aus UNSCR 1540 an. Auf der 48. gemeinsamen FSK/StR-Sitzung zum Thema Nichtverbreitung ließ Bosnien und Herzegowina seine Bereitschaft zu einem Pilotprojekt erkennen, in dessen Rahmen konkrete Maßnahmen oder nationale Strategien zur Umsetzung von UNSCR 1540 entwickelt werden sollen. Das Land zeigte auch Interesse an der Förderung eines integrierten Konzepts zur Bekämpfung des Terrorismus auf dem Balkan. Es würde in diesem Zusammenhang eine Unterstützung durch das UNODA und die OSZE begrüßen.

5.2.3 Belarus

Bei dem OSZE-Workshop zur Festlegung einer angemessenen Rolle für die OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 im Januar 2011 betonte Belarus die Rolle der OSZE als regionale Organisation für die Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung von UNSCR 1540.

Im Anschluss an die 48. gemeinsame FSK/StR-Sitzung zum Thema Nichtverbreitung vom Juli und die Expertenkonsultationen vom Oktober 2011 entwickelt Belarus nun mit Unterstützung der OSZE und der Sachverständigengruppe des 1540-Ausschusses ein nationales Rahmendokument über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

5.2.4 Kirgisistan

Im Januar 2011 äußerte Kirgisistan Interesse am Beitritt zu internationalen Ausfuhrkontrollregimen und an der Verbesserung seiner Rechtsstrukturen und Strafverfolgungspraktiken im Zusammenhang mit der Umsetzung von UNSCR 1540.

Im September 2011 bestätigte Kirgisistan auf dem regionalen Workshop über die Umsetzung von UNSCR 1540 (2004) in Astana (Kasachstan) seine Bereitschaft, gemeinsam mit der OSZE und der Sachverständigengruppe des 1540-Ausschusses an der Nachjustierung seiner nationalen Rechtsvorschriften, einschließlich der Ausarbeitung eines eigenen nationalen Aktionsplans, zu arbeiten.

5.2.5 Moldau

Im September 2011 ersuchte Moldau um die Unterstützung der OSZE bei der Stärkung seiner nationalen Kapazitäten für die Verhütung der Verbreitung von Massen-

vernichtungswaffen und die Bekämpfung von Bedrohungen durch CBRN (chemisches, biologisches, radiologisches und nukleares Material) gemäß seinen Verpflichtungen aus UNSCR 1540. Die OSZE wurde ersucht, bei der Entwicklung eines nationalen Aktionsplans und bei der Ausarbeitung und Durchführung effektiver Ausfuhr-, Einfuhr- und Umschlagskontrollen von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme sowie bei der Entwicklung eines nationalen Netzwerks gegen biologische Bedrohungen Hilfestellung zu leisten.

5.3 Vereinbarung mit dem UNODA

In Übereinstimmung mit der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats und der darin zum Ausdruck gebrachten Erkenntnis, dass die Anstrengungen auf nationaler, subregionaler, regionaler und internationaler Ebene stärker koordiniert werden müssen, hat die OSZE einen allgemeinen Rahmen für die technische Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) entwickelt. Vor Kurzem unterzeichneten beide Parteien eine Vereinbarung, durch die die Kapazitäten beider Organisationen zur Förderung der Umsetzung der Resolution 1540 erhöht werden sollen.

Die Unterzeichner dieser Vereinbarung werden die internationalen Bemühungen weiter verstärken, um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen einzudämmen und nichtstaatliche Akteure daran zu hindern, derartige Waffen und deren Trägersysteme zu entwickeln, zu erwerben, herzustellen, zu besitzen, zu transportieren, weiterzugeben oder einzusetzen. Sie werden insbesondere in folgenden Tätigkeitsfeldern zusammenarbeiten:

- (i) Beurteilungs- bzw. Beratungsmissionen
- (ii) Ausarbeitung nationaler Aktionspläne bzw. -strategien
- (iii) Ausarbeitung von Projekten
- (iv) Ressourcenbeschaffung für Projekte
- (v) Projektdurchführung
- (vi) Projekt-Monitoring und Berichterstattung
- (vii) Strategieentwicklung und Outreach

5.4 Ausbildung

Auf dem OSZE-Workshop vom Januar 2011 erklärten alle Teilnehmerstaaten immer wieder, dass die OSZE bei der Bereitstellung maßgeschneiderter Ausbildungskurse für zuständige Beamte zu verschiedenen Themen der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen eine Rolle zu spielen habe.

Mit diesen Empfehlungen setzte sich auch der Regionale OSZE/UNODA-Workshop über die Umsetzung von UNSCR 1540 im September 2011 in Astana (Kasachstan) auseinander. Alle zentralasiatischen Länder meldeten ihren Bedarf an fachspezifischer Ausbildung an, insbesondere im Bereich von biologischem Material.

Als Reaktion auf die Ersuchen um Ausbildung erarbeitete die OSZE einen Lehrplan für einen Ausbildungslehrgang über Rechtsvorschriften und Verfahren für die Ausfuhrkontrolle von nuklearem, biologischem und chemischem Material für Zollbeamte, Grenzpolizisten, das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und andere für diesen Bereich zuständige Behörden auf Ebene der politischen Entscheidungsträger und Praktiker aus interessierten Teilnehmerstaaten und Partnerländern, der an der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe (Tadschikistan) durchgeführt werden soll.

Ähnliche Kurse könnten in Zusammenarbeit mit dem Vienna Centre for Disarmament and Non-Proliferation (VCDNP) in Wien (Österreich) für die ost- und südosteuropäischen Länder entwickelt werden.

Darüber hinaus führte die OSZE im Oktober 2011 gemeinsam mit dem RACVIAC, dem Zentrum für Sicherheitskooperation, einen Ausbildungsworkshop für die südosteuropäische Region durch, bei dem Beamte der Zolldienste und Genehmigungsbehörden für strategische Güter die Bedeutung der Komplementarität ihrer Arbeit und die Gemeinsamkeit ihrer Aufgaben in Bezug auf die Bewegung von Gütern untersuchten, die von ihren nationalen Behörden als Dual-Use-Güter oder der Kontrolle unterliegende Güter eingestuft wurden.

6. Kooperation und Koordination

6.1 Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen

Auf dem OSZE-Workshop zur Festlegung einer angemessenen Rolle für die OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen im Januar 2011 unterstrichen die Teilnehmerstaaten die Notwendigkeit eines fortgesetzten konstruktiven Dialogs und einer ebensolchen Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, die direkt mit der Umsetzung von UNSCR 1540 befasst sind, und zwar insbesondere mit den Vereinten Nationen. Die Teilnehmerstaaten betonten vor allem die Bedeutung von Bemühungen in Kooperation mit dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe.

6.1.1 Ausschuss des UN-Sicherheitsrats nach Resolution 1540 und seine Sachverständigengruppe

Nach der Schaffung des Postens eines Beraters für UNSCR 1540 im Rahmen des vierjährigen außerbudgetären Projekts „Unterstützung für die regionale Umsetzung von UNSCR 1540“, der die Arbeitsbeziehungen mit dem 1540-Ausschuss und dessen Sachverständigengruppe vertiefen soll, wurden regelmäßige Konsultationen mit dem OSZE-Sekretariat aufgenommen. Die OSZE unterrichtet den 1540-Ausschuss und seine Sachverständigengruppe regelmäßig über Entwicklungen in der OSZE-Region und die Aktivitäten des OSZE-Sekretariats und koordiniert die Behandlung von Hilfeersuchen von OSZE-Teilnehmerstaaten.

6.1.2 Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA)

2010-2011 nahmen die OSZE und das UNODA regelmäßige Konsultationen über verschiedene praktische Fragen in Zusammenhang mit der Förderung der Umsetzung der Resolution auf.

So trat etwa das UNODA als Mitveranstalter des OSZE-Workshops zur Festlegung einer angemessenen Rolle für die OSZE bei der Förderung der Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen auf. Der regionale Workshop über die Umsetzung von UNSCR 1540 im September 2011 in Astana (Kasachstan) wurde zur ersten erfolgreichen gemeinsamen Aktivität vor Ort und zum Beginn einer Serie ähnlicher regionaler Veranstaltungen, die 2012 und 2013 für den Ostseeraum, die Schwarzmeerregion und den Mittelmeerraum geplant sind.

Im Rahmen der im Oktober 2011 unterzeichneten Vereinbarung zwischen dem UNODA und der OSZE können auch konkrete Hilfsprojekte entwickelt und umgesetzt werden.

6.1.3 Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)

Im September 2011 vereinbarten das UNODC und das OSZE-Sekretariat einen gemeinsamen Aktionsplan für den Zeitraum 2011-2012. Sie beabsichtigen, auch bei der Förderung der Umsetzung von UNSCR 1540 langfristig intensiv zusammenzuarbeiten.

6.1.4 Interregionales Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege (UNICRI)

2011 lud das UNICRI die OSZE ein, an einer im Rahmen des EU-Projekts der Fachdienststelleninitiative veranstalteten Gesprächsrunde für die nationalen Kontaktstellen für CBRN (chemisches, biologisches, radiologisches und nukleares Material) in Sarajewo teilzunehmen. Hauptziel der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem UNICRI ist die Maximierung des Einsatzes der vorhandenen Ressourcen, der verstärkte Aufbau von Kapazitäten auf regionaler und nationaler Ebene für die Eindämmung des CBRN-Risikos sowie die Unterstützung der OSZE-Teilnehmerstaaten bei der Suche nach eventuellen regionalen Defiziten bei der Eindämmung des CBRN-Risikos.

6.2 **Abstimmung mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen**

Nach dem vom UN-Büro für Abrüstungsfragen und dem österreichischen Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten veranstalteten Treffen internationaler, regionaler und subregionaler Organisationen über die Zusammenarbeit bei der Förderung der Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des UN-Sicherheitsrats im Dezember 2010 nahm die OSZE direkten Kontakt mit der IAEA, der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), der NATO und dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) (der mit der Durchführung des EU-finanzierten Kooperationsprogramms für die Ausfuhrkontrolle in Bezug auf Dual-Use-Güter zuständigen Stelle) auf, um den Informationsaustausch über bewährte Praktiken und gewonnene Erfahrungen zu erleichtern, Standards zu entwickeln und umzusetzen und Hilfsbedarf und Hilfsprogramme zu identifizieren.

6.2.1 Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA)

Um Doppelarbeit zu vermeiden, bemühte sich die OSZE gemeinsam mit der IAEA um die Übernahme von deren integrierten Plänen für nukleare Sicherheit in die Erstentwürfe von nationalen Aktionsplänen betreffend UNSCR 1540 (nukleare Risiken).

Ebenfalls im Laufe des Jahres 2011 kam das OSZE-Sekretariat mit der IAEA überein, deren Fachwissen betreffend die Kontrolle von Kernmaterial sowie deren Sachverständigenteam für Rechtsvorschriften im Nuklearbereich zu nützen. Die IAEA wird insbesondere in Ausbildungsprogramme der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe (Tadschikistan) involviert sein.

6.2.2 Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)

Die OSZE tauschte mit der OPCW Informationen über Projektaktivitäten betreffend die Umsetzung von UNSCR 1540 aus. Derzeit werden Möglichkeiten einer Bündelung der Kräfte in gemeinsamen Projekten betreffend die Aufnahme eines Kapitels Chemiewaffen in die nationalen Aktionspläne bzw. -strategien geprüft.

6.2.3 Europäische Union (BAFA – Deutsches Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle)

Das BAFA fördert die internationale Zusammenarbeit bei der Ausfuhrkontrolle, betreibt Aufklärung und fördert die Bereitschaft, Mechanismen im Sinne der Europäischen Sicherheitsstrategie und der EU-Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (2003) und von UNSCR 1540 (2004) anzuwenden. Die OSZE stimmt sich eng mit dieser Behörde ab, hauptsächlich im Bereich der Verbesserung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften interessierter Teilnehmerstaaten.

Das BAFA beteiligte sich aktiv am regionalen Workshop über die Umsetzung von UNSCR 1540 im September 2011 in Astana (Kasachstan) sowie am regionalen Workshop über Zollverfahren und Lizenzerteilung: Integration der nationalen Verfahren betreffend Dual-Use-Güter und konventionelle Waffen durch Informationsaustausch.

6.2.4 Andere

In dem Bestreben, die Arbeit anderer internationaler Organisationen zu ergänzen und Doppelarbeit zu vermeiden, stellte die OSZE auch enge Arbeitsbeziehungen zu folgenden Stellen her: dem Sekretariat des Übereinkommens über biologische Waffen (BWÜ), der Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO), der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS).

7. **Schlussfolgerungen**

Die umfassende und wirksame Umsetzung der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats verlangt innovatives und umfassendes Handeln der Teilnehmerstaaten ebenso wie der OSZE. Ferner ist es wichtig, dass die Teilnehmerstaaten die Verpflichtungen aus UNSCR 1540 nicht als verordnete Pflichten, sondern als Chancen betrachten, durch die sich die Länder Vorteile durch verbesserte Zusammenarbeit auf regionaler und globaler Ebene sichern können.

Die Umsetzung der Resolution ist ein langfristiger Prozess, für den sich nicht nur die Teilnehmerstaaten sondern auch die wichtigsten internationalen Akteure engagieren müssen, etwa internationale und regionale Organisationen, wissenschaftliche Kreise, private Unternehmen und die Zivilgesellschaft.

Die wichtigste Aufgabe der OSZE ist und bleibt es, die Teilnehmerstaaten in ihren innerstaatlichen Bemühungen zur Umsetzung von UNSCR 1540 zu unterstützen und gleichzeitig für Synergien mit anderen einschlägig tätigen Akteuren unter der Federführung des 1540-Ausschusses zu sorgen.

8. Anhänge

Anhang A: Überblick über die Teilnahme an Veranstaltungen anderer internationaler Organisationen

OSZE/FSK-Teilnahme 2010-2011 an Veranstaltungen anderer internationaler und regionaler Organisationen zu UNSCR 1540		
Datum	Titel	Ort
22.–23. November 2010	OPCW-Planübung zur Abwehrbereitschaft in Bezug auf Terroranschläge unter Einsatz chemischer Stoffe	Warschau (Polen)
15.–16. Dezember 2010	Treffen internationaler Organisationen, die sich mit Fragen von UNSCR 1540 befassen	Wien (Österreich)
25.–27. Februar 2011	42. Konferenz der <i>Stanley Foundation</i> zu Fragen der Vereinten Nationen: <i>UNSCR 1540: Identity, Extension, and Implementation</i>	New York (Vereinigte Staaten von Amerika)
24. März 2011	Treffen am Runden Tisch für nationale CBRN-Kontaktstellen. Veranstalter: UNICRI	Sarajewo (Bosnien und Herzegowina)
11.–12. April 2011	OPCW-Seminar über Nichtverbreitung	Den Haag (Niederlande)
18.–19. Mai 2011	Interpol: Weltkonferenz über die Verhütung von radiologischem und Nuklearterrorismus	Lyon (Frankreich)
30.–31. Mai 2011	IAEA: Offenes Treffen technischer und juristischer Experten zum Verhaltenskodex für die Sicherheit und den physischen Schutz von Strahlenquellen	Wien (Österreich)
1.–3. Juni 2011	Jahrestagung des OSZE-Netztes nationaler Anlaufstellen für Grenzsicherheit und -management	Wilna (Litauen)
6.–8. Juni 2011	CTBTO-Konferenz: Wissenschaft und Technologie	Wien (Österreich)

OSZE/FSK-Teilnahme 2010-2011 an Veranstaltungen anderer internationaler und regionaler Organisationen zu UNSCR 1540		
Datum	Titel	Ort
16.–17. Juni 2011	NATO-Jahreskonferenz über Massenvernichtungswaffen: Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung	Bergen (Norwegen)
9. September 2011	VCDNP-Seminar über Nordkorea: Reaktoren, Bomben und Menschen	Wien (Österreich)

Anhang B: Überblick über geplante OSZE/FSK-Veranstaltungen 2012-2013

Geplante OSZE/FSK-Veranstaltungen 2012 zur Umsetzung von UNSCR 1540		
Datum	Titel	Ort
24.–26. Januar 2012	Workshop über Zollverfahren und Lizenzvergabe: Integration der nationalen Verfahren betreffend Dual-Use-Güter und konventionelle Waffen durch Informationsaustausch, Mittelmeerraum	Valletta (Malta) (noch nicht bestätigt)
13.–15. März 2012	Workshop über Zollverfahren und Lizenzvergabe: Integration der nationalen Verfahren betreffend Dual-Use-Güter und konventionelle Waffen durch Informationsaustausch, Zentralasiatische Region	Aschgabat (Turkmenistan) (noch nicht bestätigt)
15.–17. Mai 2012	Workshop über Zollverfahren und Lizenzvergabe: Integration der nationalen Verfahren betreffend Dual-Use-Güter und konventionelle Waffen durch Informationsaustausch, Region Osteuropa und Kaukasus	Kiew (Ukraine) (noch nicht bestätigt)
Juni 2012	Regionaler OSZE/UNODA-Workshop über die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1540 (2004), Ostseeraum	Wilna (Litauen) (noch nicht bestätigt)
September 2012	Regionaler OSZE/UNODA-Workshop über die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1540 (2004), Schwarzmeerregion	Odessa (Ukraine) (noch nicht bestätigt)
2012-2013	Regionaler OSZE/UNODA-Workshop über die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1540 (2004), Mittelmeerraum	(noch nicht bestätigt)

**SCHREIBEN DES VORSITZENDEN DES FORUMS FÜR
SICHERHEITSKOOPERATION AN DEN MINISTER FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN VON LITAUEN UND
VORSITZENDEN DES ACHTZEHNTE TREFFENS
DES MINISTERRATS**

(Anhang 11 zu MC(18) Journal Nr. 2 vom 7. Dezember 2011)

Exzellenz,

als Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) darf ich Sie über die Aktivitäten des FSK im Jahr 2011 informieren.

Die Abfassung dieses Schreibens erfolgte in Absprache mit den diesjährigen Vorsitzenden des FSK, zu denen neben Kasachstan Island und Italien gehören. Die Vorsitze arbeiteten 2011 ständig zusammen, um bei der Umsetzung des jährlichen Arbeitsprogramms des Forums für Kontinuität, Ausgewogenheit und Effizienz zu sorgen.

Im Mittelpunkt der Arbeit des FSK standen auch 2011 die zentralen politisch-militärischen Fragen wie Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBMs), Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), Lagerbestände konventioneller Munition (SCA), der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (CoC) und die Durchführung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Dem Ministerrat gingen gesonderte Fortschrittsberichte über die weitere Umsetzung dieser Verpflichtungen zu, in denen die Entwicklungen dieser Aspekte der Arbeit des FSK im Zeitraum 2010-2011 ausführlicher behandelt werden.

Insgesamt war 2011 für das FSK ein aktives Jahr voller Herausforderungen. Bis November waren ausgehend von Initiativen der Delegationen dreizehn neue Beschlüsse verabschiedet worden; einige von ihnen sollten die Umsetzung bestehender Verpflichtungen unterstützen, andere eröffneten dem Forum neue Tätigkeitsfelder. Das FSK trug ferner im Rahmen seines Mandats zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) sowie zur Vorbereitung der Dokumente des Ministerratstreffens von Wilna bei.

Im Einklang mit den Prioritäten der Gedenkklärung von Astana (2010) nahm das Forum 2011 eingehende Diskussionen über die Aktualisierung, Modernisierung und Neubelebung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen auf. Insbesondere befasste sich das Forum nach der Festlegung eines Verfahrens für die regelmäßige Aktualisierung des Wiener Dokuments alle fünf Jahre – was einem Jahrzehnt der Stagnation in den Erörterungen über das Wiener Dokument ein Ende setzte – verstärkt mit der Aktualisierung des Dokuments im Lichte der politisch-militärischen Konstellation. Bis zum 30. November hatte das FSK neun Beschlüsse zum Wiener Dokument PLUS verabschiedet, die in das im November 2011 herausgegebene Wiener Dokument 2011 übernommen wurden. Einige andere Beschlüsse zum Wiener Dokument PLUS werden nach wie vor im FSK geprüft.

Die strategische Diskussion im Zuge des Sicherheitsdialogs unterstrich die Bedeutung des FSK als Plattform für die Behandlung und Erörterung von Sicherheitsfragen. Konkret kam es zu einem aktiven Dialog über Themen im Zusammenhang mit aktuellen europäischen Sicherheitsfragen, darunter Rüstungskontrolle und VSBMs.

Eine der wichtigsten Veranstaltungen des Jahres 2011 war das Seminar auf hoher Ebene zur Militärdoktrin am 24. und 25. Mai 2011. Wie im Wiener Dokument vorgesehen, kamen bei diesem Seminar hochrangige militärische Vertreter aus den Teilnehmerstaaten und den Ländern der Kooperationspartner zusammen, um die Entwicklungen in den Bereichen Militärtechnologie und Militärdoktrinen und deren Auswirkungen auf die Sicherheit im OSZE-Raum zu beleuchten. Die Veranstaltung war als solche bereits eine nützliche VSBM.

Im Einklang mit Kapitel XI der Wiener Dokuments 1999 hielt das FSK am 1. und 2. März 2011 das 21. Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) ab. Zum ersten Mal galt das Treffen ausschließlich dem Wiener Dokument 1999 und bot den Teilnehmerstaaten Gelegenheit, die gegenwärtige und zukünftige Umsetzung der vereinbarten VSBMs zu erörtern; die Experten erhielten Gelegenheit zum Austausch von Erfahrungen, konnten Anregungen vorbringen und die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen auf dem Gebiet der VSBMs bewerten. Die am Rande des Jährlichen Austauschs militärischer Informationen 2010 abgehaltenen Treffen der Leiter der Verifikationszentren (HoV) erwiesen sich als nützliche Übung, da sie ein Poolen des Expertenwissens der Teilnehmerstaaten mit der praktischen Umsetzung von VSBMs mit der Möglichkeit verbinden, Erfahrungen auszutauschen und Empfehlungen zu deren Verbesserung abzugeben. Das vierte HoV-Treffen ist für den 14. Dezember 2011 angesetzt.

Das FSK trug auch zur Jährlichen OSZE-Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) bei, die vom 29. Juni bis 1. Juli 2011 stattfand. Die Erörterungen über die Neubelebung, Aktualisierung und Modernisierung der konventionellen Rüstungskontrolle und VSBMs wurden auf dem ASRC fortgesetzt und boten Gelegenheit zu einer Auseinandersetzung mit den wichtigsten Herausforderungen und Chancen auf strategischer Ebene. Das ASRC bestätigte insbesondere, dass die konventionelle Rüstungskontrolle ebenso wie VSBMs nach wie vor als Fundament für die Stabilität unverzichtbar sind.

Die OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und über Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) blieben bestimmend für die Agenda des FSK. Das FSK verabschiedete einen wichtigen Beschluss über die Zerstörung überschüssiger, abgelaufener und veralteter Munition als bevorzugter Methode der Beseitigung. Nach der Verabschiedung des OSZE-Aktionsplans für SALW 2010 konzentrierte sich die Arbeit des Forums auf seine Umsetzung. Insbesondere stimmten das KVZ und das Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen ihre Formatvorlagen für die Berichterstattung zum SALW-Dokument der OSZE und zum Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für die Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten ab. Darüber hinaus führten die Teilnehmerstaaten im Einklang mit dem Beschluss Nr. 15/09 des Ministerrats über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition und dem Folgebeschluss des FSK Nr. 17/10 einen Informationsaustausch über nationale Kontrollen von SALW-Vermittlungsgeschäften durch, der anschließend in einem KVZ-Bericht zusammengefasst wurde. Gemeinsam mit dem Internationalen Friedensforschungsinstitut in Stockholm entwickelte das KVZ eine elektronische Formatvorlage für eine SALW-bezogene Endnutzerbescheinigung, die die Umsetzung der einschlägigen Verpflichtungen erleichtern sollte. Diese Initiativen wurden auf einer FSK-Sondersitzung am 28. September 2011 vorgestellt und erörtert. Darüber hinaus gab ein Vertreter des FSK-Vorsitzes auf der UNO-Tagung der Regierungssachverständigen zur Umsetzung des SALW-Aktionsprogramms mit offenem Teilnehmerkreis im Mai 2011 in New York eine OSZE-Erklärung über die Kennzeichnung, Rückverfolgung und

Registrierung ab. Das FSK beschloss erst vor Kurzem, im Mai 2012 ein Treffen zur Überprüfung der Umsetzung des OSZE-Aktionsplans für Kleinwaffen und leichte Waffen abzuhalten.

Die OSZE setzte 2011 die Umsetzung von Projekten in Beantwortung von Hilfsersuchen zu SALW und SCA fort. Die Behandlung dieser Ersuchen von Teilnehmerstaaten zur Unterstützung bei der Zerstörung sowie bei der Verwaltung und Sicherung von Lagerbeständen von SALW und SCA ist nach wie vor einer der dynamischsten Bereiche der Umsetzung der Dokumente zu SALW und SCA. In diesem Jahr wurden Projekte in Albanien, Moldau und der Ukraine abgeschlossen. Die OSZE setzte das ganze Jahr hindurch die Durchführung zweier gemeinsamer Hilfsprogramme mit UNDP fort, eines davon in Montenegro, das zweite in Belarus, und nahm ein weiteres gemeinsames Programm in Georgien auf. Das Forum erhielt in diesem Jahr auch vier weitere Ersuchen um Hilfestellung zu SALW und SCA von Bosnien und Herzegowina, Serbien, Zypern und Moldau. Was die praktische Unterstützung betreffend SALW und SCA anbelangt, sollte der Lösung von Finanzierungsfragen im Zusammenhang mit den Projekten in Albanien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Montenegro und der Ukraine besondere Aufmerksamkeit zukommen. Das FSK befasste sich weiter mit der Abwicklung des umfassenden SALW- und SCA-Programms. Neben der regelmäßigen Finanzierung bereits laufender Projekte können im Rahmen dieses Programms auch Beiträge zu in Entwicklung befindlichen SALW- und SCA-Projekten geleistet werden.

Der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit behielt seine Bedeutung für die Arbeit des FSK auch im Jahr 2011. Das ganze Jahr hindurch setzte das FSK die Diskussion über die Umsetzung dieses Grundsatzdokuments für Governance im Sicherheitsbereich fort. Aufbauend auf die Ergebnisse seiner Arbeit in den Jahren zuvor nahm das Forum Kenntnis vom Referenzhandbuch für den Fragebogen zum Verhaltenskodex und bot es interessierten Teilnehmerstaaten als wichtiges Element zur Erleichterung der Umsetzung des Verhaltenskodex zur Verwendung an. Darüber hinaus veranstaltete das Forum im Rahmen des Sicherheitsdialogs eine Diskussion zum Verhaltenskodex. Zu guter Letzt beschloss das FSK, ab 2012 alljährlich eine Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex abzuhalten, um verstärkt auf ihn aufmerksam zu machen und seine Umsetzung zu fördern.

Der Informationsaustausch erfolgte 2011 auf gleichbleibendem und hohem Niveau, jedoch weniger fristgetreu als in früheren Jahren. Die FSK-Vorsitze machten wiederholt vom Ankündigungs- und Mahnmechanismus Gebrauch, um die Verfügbarkeit der Informationen unter den Teilnehmerstaaten zu verbessern. Das verbesserte zwar auf gewisse Weise die Einhaltung der Verpflichtungen, doch haben noch nicht alle Teilnehmerstaaten die erforderlichen Informationen geliefert.

Die Arbeit ging auch im Bereich der Unterstützung für die Durchführung der Resolution UNSCR 1540 (2004) über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme weiter. Im Januar 2011 hielt die OSZE einen Workshop zur Festlegung der angemessenen Rolle für die OSZE bei der Förderung von UNSCR 1540 (2004), bei dem ein großes Spektrum an Möglichkeiten ermittelt wurde, wie die OSZE in diesem Bereich von Nutzen sein kann. Diese Empfehlungen – unter ihnen Hilfestellung für interessierte Teilnehmerstaaten bei der Formulierung ihrer nationalen Aktionspläne und der Feinabstimmung der einschlägigen Rechtsvorschriften, der Abhaltung weiterer Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung und das Angebot maßgeschneiderter Kurse – wurden alle bereits in

die Tat umgesetzt. Darüber hinaus wurde 2011 auch eine gemeinsame Sitzung des FSK und des StR zum Thema Nicht-Verbreitung abgehalten, auf der die Fortschritte der einzelnen Staaten bei der Durchführung von UNSCR 1540 dargestellt, die künftige Rolle der OSZE bei der Durchführung der Resolution festgelegt und die Initiative zur Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung von 1994 unterstützt wurde. Dazu wurde im Oktober 2011 eine Vereinbarung zwischen der OSZE und dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen unterzeichnet, um die Koordinierung der Bemühungen um Nichtverbreitung zu verstärken.

Schließlich arbeiteten alle drei FSK-Vorsitze 2011 weiter an der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem FSK und dem Ständigen Rat (StR) als Teil des OSZE-Konzepts der umfassenden und unteilbaren Sicherheit. Bis Dezember 2011 fanden drei gemeinsame FSK/StR-Sitzungen zu dimensionsübergreifenden Fragen statt, die sowohl für die Arbeit des FSK als auch des StR von Bedeutung sind.

BERICHT
DES VORSITZENDEN DER KONTAKTGRUPPE FÜR DIE
KOOPERATIONSPARTNER IM MITTELMEERRAUM
AN DAS ACHTZEHNTE TREFFEN DES MINISTERRATS

(MC.GAL/8/11 vom 2. Dezember 2011)

Auf dem Gipfeltreffen von Astana im Dezember 2010 anerkannten die Teilnehmerstaaten, dass die Sicherheit des OSZE-Raums mit der Sicherheit in dessen Nachbarregionen „untrennbar verbunden“ ist. Die Aufstände in der südlichen Mittelmeerregion das ganze Jahr 2011 hindurch warfen ein deutliches Licht auf diesen Zusammenhang. Als Antwort setzte der litauische Vorsitz die Lage im südlichen Mittelmeerraum an die Spitze der OSZE-Agenda. Die Mittelmeer-Kontaktgruppe, die sich für einen Dialog unter voller Einbeziehung sowohl der Partner- als auch der Teilnehmerstaaten einsetzt und sich um einen spürbaren, praktischen Nutzen für die Teilnehmer bemüht, spielte und spielt dabei eine wichtige Rolle.

Der OSZE-Partnerschaftsfonds ermöglicht die Teilnahme von Partnerstaaten an einschlägigen OSZE-Aktivitäten und unterstützt konkrete Projekte. 2011 griff die Mittelmeer-Kontaktgruppe auf die Ressourcen des Partnerschaftsfonds zurück, um auf neu entstehende Herausforderungen in der Region, darunter Korruption und Umweltsicherheit, zu reagieren.

Der Kampf gegen die Korruption wird als einer der Auslösefaktoren für die Unruhen in der südlichen Mittelmeerregion betrachtet. Mit Unterstützung aus dem Partnerschaftsfonds organisierte das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE im Juli 2011 in Wien ein Gespräch am runden Tisch über die Rolle der Zivilgesellschaft, einschließlich der Medien, bei der Verhütung, Aufdeckung und Verfolgung von Korruption. Diese Gesprächsrunde bot Gelegenheit zu einem Austausch innovativer Praktiken und Modelle zwischen den Teilnehmerstaaten und den Partnerstaaten der OSZE. Dabei zeigte sich, wo Fortschritte erzielt wurden und wo hartnäckige Probleme Maßnahmen erfordern. Die Veranstaltung half den Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern der OSZE auch bei der Vorbereitung des Kapitels „Zivilgesellschaft“ für die vierte Sitzung der Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption im Oktober 2011 in Marrakesch.

Der Mittelmeerraum wird als eine jener Regionen angesehen, die am anfälligsten für umweltbedingte Sicherheitsbedrohungen mit potenziellen schwerwiegenden Auswirkungen auf Europa sind. 2011 genehmigte der Ständige Rat der OSZE den Vorschlag, den Partnerschaftsfonds zur Unterstützung einer Reihe von Workshops zu Umwelt- und Sicherheitsfragen im südlichen Mittelmeerraum als Teil der Maßnahmen im Anschluss an das Seminar über Umweltsicherheit in der Region, das 2007 in Valencia stattgefunden hatte, heranzuziehen.

Die Mittelmeer-Kontaktgruppe trat 2011 fünf Mal zusammen. Sie erörterte ein breites Spektrum von Sicherheitsfragen und Möglichkeiten, wie die OSZE den friedlichen Wandel in der Region unterstützen kann. Experten aus der OSZE und anderen internationalen Organisationen sprachen in der Kontaktgruppe, und Vertreter aus Ägypten, Algerien, Jordanien, Marokko und Tunesien unterrichteten sie über aktuelle Ereignisse und nationale Reformprogramme. Die Sitzungen der Kontaktgruppe boten auch Gelegenheit zu

Informationen über OSZE-Aktivitäten in Bereichen aus allen drei Dimensionen, die für die Mittelmeerpartner von besonderer Bedeutung sind.

In der ersten Sitzung der Kontaktgruppe (18. Februar 2011) stellte ein Vertreter des litauischen Vorsitzes die Prioritäten und Pläne des Amtierenden Vorsitzenden für das Jahr in Bereichen vor, die für die Mittelmeerpartner konkrete Bedeutung haben, wobei die Bereitschaft der OSZE betont wurde, sich in der Zusammenarbeit stärker zu engagieren. Im Gefolge der Mittelmeerkonferenz in Malta 2010 präsentierte der Vorsitz in schriftlicher Form seine Vorstellungen in Bezug auf den Bedarf an einem sinnvolleren und praktischeren Follow-up sowie auf die Notwendigkeit, die Arbeit der Kontaktgruppe zu fokussieren, nach Prioritäten auszurichten und zu straffen. Er ermutigte die Partner dazu, von der Partnerschaft vollen Gebrauch zu machen und an die OSZE explizite Hilfeersuchen zu richten. Der Vorsitzende der Kontaktgruppe präsentierte den Arbeitsplan der Kontaktgruppe für 2011, in dessen Zentrum gemeinsame Interessen der OSZE-Region und der südlichen Mittelmeerregion in den drei Dimensionen und die Frage standen, wie die vorgeschlagene Hilfe und praktische Maßnahmen umgesetzt werden können, um das Engagement für die Partner zu vertiefen und mehr Ergebnisse zu erzielen. In dieser Sitzung wurde auch über die Entwicklungen in Ägypten und Tunesien diskutiert, und die Teilnehmerstaaten bekundeten ihre Solidarität und Unterstützung für den friedlichen Wandel in der gesamten Region. Ferner wurde die Kontaktgruppe über das OSZE-Netz nationaler Koordinationsstellen für Grenzsicherheit und -management informiert, und den Partnerstaaten wurde nahegelegt, sich daran zu beteiligen.

Die zweite Sitzung (25. März 2011) war grundsätzlich Fragen der Wirtschafts- und Umweltdimension gewidmet. Die Partner begrüßten ein vom OSZE-Vorsitz vorgelegtes Hintergrunddokument über eine mögliche Hilfeleistung der OSZE an die Partner, insbesondere weil darin festgestellt wurde, dass die Hilfeleistung auf die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Staaten zugeschnitten sein müsse und dass auch Hilfestellung in Wirtschafts- und Migrationsfragen und bei Wahlen geboten werden könnte. Lobend äußerte sich die Kontaktgruppe auch zu Informationen über die Verfassungsreformen in Marokko und das ägyptische Referendum über Verfassungsänderungen. Ein Vertreter des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE äußerte dessen Vorstellungen über die Zusammenarbeit mit den Mittelmeerpartnern in den Bereichen Energiesicherheit und Migrationssteuerung und bei dem Follow-up-Projekt zu Valencia über Umweltsicherheit in der Mittelmeerregion.

Die dritte Sitzung der Kontaktgruppe (13. Mai 2011), die der menschlichen Dimension gewidmet war, bot einen Vortrag des Direktors des BDIMR, ein Briefing über den Ausschuss zur menschlichen Dimension und aktuelle Informationen über den Stand der Reformprozesse in Algerien. Der litauische Vorsitz erörterte auch den Besuch des litauischen Außenministers und Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in Tunesien im April, in dessen Verlauf mit Vertretern der tunesischen Regierung und Zivilgesellschaft und mit dem UN-Koordinator über Wahlen, Migration, Korruption und andere Bereiche gesprochen wurde, in denen die OSZE Hilfe leisten könnte. An dem Besuch hatten auch Experten aus dem BDIMR und dem Sekretariat teilgenommen, die Gespräche über demokratische Reformen und Menschenrechte führten. Der Direktor des BDIMR schlug Bereiche aus der dritten Dimension vor, in denen zusammengearbeitet werden könnte, darunter: Wahlprozesse, Bewertung der Rechtsvorschriften betreffend politische Parteien, Unabhängigkeit der Justiz, nationale Menschenrechtsinstrumente, Beratung und Aufbau von Kapazitäten in Bezug auf die Bekämpfung des Terrorismus unter Wahrung der Menschenrechte sowie Toleranz und

Nichtdiskriminierung. Es wurde betont, dass ein klares Ansuchen des betreffenden Partnerstaats vorliegen muss, damit die OSZE aktiv werden kann.

Die vierte Sitzung (15. Juli 2011) mit Briefings des Direktors des Konfliktverhütungszentrums und des Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation hatte die politisch-militärische Dimension als Schwerpunktthema. Der OSZE-Vorsitz erörterte auch einen Arbeitsbesuch des BDIMR in Marokko im Mai, dessen Ziel es war, Kooperationsbereiche in der ersten Dimension aufzuzeigen, und den Runden Tisch der OSZE in Marrakesch zum Thema Korruptionsbekämpfung. Der Direktor des Konfliktverhütungszentrums begrüßte die verstärkte Zusammenarbeit mit den Partnern und ermutigte sie, sich an den Gesprächen der OSZE über Sicherheit in der OSZE-Region und darüber hinaus zu beteiligen. Er erörterte drei OSZE-Dokumente, die für die Mittelmeerregion von besonderer Bedeutung sind: den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, den OSZE-Aktionsplan für Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) mit Schwerpunkt auf dem Kampf gegen die Verbreitung illegaler SALW und einen Katalog vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen unter dem Titel „Stabilisierende Maßnahmen für örtlich begrenzte Krisensituationen“. Er stellte auch fest, dass die OSZE die Umsetzung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen unterstütze, und schlug gemeinsame regionale Workshops mit den Mittelmeerpartnern und dem UN-Büro für Abrüstungsfragen vor. Der Vorsitzende des Forums für Sicherheitskooperation der OSZE erklärte, dass das Forum sich schwerpunktmäßig mit den Kernmandaten und -aktivitäten der politisch-militärischen Dimension befasse und die Diskussion über eine breitere Sicht der kollektiven Sicherheit in der OSZE-Region mit dem Schwerpunkt auf der Sicherheit in den an den OSZE-Raum angrenzenden Regionen fördere.

In der fünften Sitzung (12. September 2011), die sich der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen widmete, sprachen drei Gastredner: der Leiter des Mittelmeerdialogs der NATO, der Direktor für Außenbeziehungen des Europarats und der Leiter des Verbindungsbüros der Liga der arabischen Staaten (LAS) in Wien. Die ersten beiden beschrieben ihre Organisationen und Bereiche, in denen sie den Partnerstaaten Hilfe leisten könnten. Der Vertreter der LAS erwähnte das Treffen der Generalsekretäre der OSZE und der LAS im September in Kairo und erörterte, auf welche Weise die beiden Organisationen die Zusammenarbeit zur Erleichterung der Weitergabe von Wissen und Erfahrungen der OSZE an die südliche Mittelmeerregion verstärken können. Ein OSZE-Teilnehmerstaat informierte auch über die Union für den Mittelmeerraum. Alle Teilnehmer waren sich darin einig, dass enger zusammengearbeitet werden müsse und dass es notwendig sei, bewährte Praktiken und Erfahrungen weiterzugeben.

Das jährliche gemeinsame Treffen der Asien- und der Mittelmeer-Kontaktgruppe (21. Juli 2011) bot Gelegenheit zu einem umfassenderen Meinungsaustausch über die Entwicklungen in den an den OSZE-Raum angrenzenden Regionen, einschließlich des südlichen Mittelmeerraums, sowie zu aktuellen Informationen über die jüngsten OSZE-Veranstaltungen, etwa die Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung. Erörtert wurden auch OSZE-Aktivitäten in den Bereichen Polizeireform, Good Governance sowie Medienfreiheit und -reform.

Die Mittelmeerkonferenz 2011 in Budva (Montenegro) am 10. und 11. Oktober behandelte das Thema „Demokratischer Wandel – Herausforderungen und Chancen in der Mittelmeerregion“. Sie widmete sich Fragen in allen drei Dimensionen, darunter die Rolle

der Polizei und der Streitkräfte in demokratischen Gesellschaften, die Förderung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit und die Stärkung von Good Governance. Auf der Konferenz bestätigte sich, dass die Teilnehmerstaaten und die Partnerstaaten der OSZE an denselben Grundprinzipien festhalten und sich gemeinsam zur Verstärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit untereinander bekennen; bekräftigt wurde auch die auf dem Gipfeltreffen von Astana einvernehmlich zum Ausdruck gebrachte Meinung, dass die Sicherheit des OSZE-Raums mit jener der Kooperationspartner „untrennbar verbunden“ sei. Ferner wurde die maßgebliche Rolle der Zivilgesellschaft bei der Entwicklung moderner, freier, sicherer und humaner Gesellschaften anerkannt.

Bei der Erörterung des Themas Polizei und Streitkräfte wurde auf der Konferenz zu einem länderspezifischen Ansatz in Bezug auf Reformen aufgerufen, die auf die Bedürfnisse und die Situation jedes einzelnen Landes zugeschnitten sein müssten. Ausbildung habe oberste Priorität, damit diese Reformen Wirkung zeigten. Auch die Koordination zwischen internationalen Akteuren und maßgeblichen Handlungsträgern sei äußerst wichtig. Die Teilnehmer tauschten Erfahrungen in den Bereichen bürgernahe Polizeiarbeit, Schaffung von Menschenrechtsabteilungen in der Polizei und nationaler Menschenrechtsinstitutionen sowie Verstärkung der Interaktion zwischen der Polizei bzw. den Streitkräften und der Zivilbevölkerung aus. Die Kontaktgruppe machte mehrere konkrete Vorschläge, etwa die Übersetzung maßgeblicher OSZE-Publikationen zur Polizeireform in das Arabische und das Französische, und erörterte die mögliche Annahme eines Instruments ähnlich dem OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit durch die Partner.

In der Diskussion zum Thema Demokratie zeigte sich, dass dem Mittelmeerraum in Bezug auf gemeinsame Werte eine Brückenfunktion zukommen könnte. Stabilität dürfe nicht um den Preis der Freiheit erkaufte werden, und die Achtung der Menschenrechte könne dazu beitragen, die Teilnehmerstaaten und die Partnerstaaten enger aneinander zu binden. Die OSZE verfüge über eine jahrzehntelange Erfahrung mit dem Demokratisierungsprozess, und mehrere Teilnehmerstaaten boten an, ihre eigenen Erfahrungen mit dem demokratischen Wandel an die Mittelmeerpartner weiterzugeben. Solche Übergänge seien komplex, problematisch und manchmal unberechenbar, und die OSZE habe zugegebenermaßen nicht alle Antworten, sie sei jedoch bereit und willens, ihre Erfahrungen an die Mittelmeerpartner weiterzugeben und auch aus deren Erfahrungen zu lernen. Es müssten jedoch konkrete Formen der Hilfeleistung definiert werden, um zu gewährleisten, dass die OSZE jene Art von Unterstützung bietet, die die Partner tatsächlich brauchen. Die Partner äußerten den Wunsch nach einer stärkeren Absprache zwischen den internationalen Organisationen, baten aber auch um Geduld.

Der Mittelmeerraum ist auch ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, in dem eine verstärkte Partnerschaft der gesamten Region zugute kommen könnte. Korruption behindert die Entwicklung und untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung, was wiederum zu Instabilität und sozialen Unruhen beitragen kann. Geldwäsche leistet der Korruption sowie der organisierten Kriminalität und allen Formen des illegalen Handels Vorschub und erleichtert auch die Finanzierung des Terrorismus. Demokratie, Transparenz in der öffentlichen Verwaltung und der Kampf gegen Korruption sind wichtige Anreize für wirtschaftliche Investitionen aus dem In- und Ausland, und Good Governance ist eine wesentliche Voraussetzung für Wohlstand, Stabilität und Sicherheit. Die OSZE fördert die Transparenz und den Kampf gegen Korruption durch Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit und der Justizreform. Sie hilft auch bei der Bewusstseinsbildung in Bezug auf die Übernahme

des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption in die nationalen Rechtsvorschriften und fungiert in dieser Hinsicht als Ratgeberin. Auch die Umweltsicherheit ist eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung verbunden, und die Partner wurden dringend aufgefordert, der Aarhus-Konvention über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten beizutreten.

Der demokratische Wandel ist ein komplexer, mehrdimensionaler, langfristiger Prozess; ihn gibt es nicht in einer „Einheitsgröße“. Auch wenn jedes Land seine eigene Kultur und seine eigenen Prioritäten hat, kann das Lernen von den Erfolgen und Fehlern anderer Länder den Fortschritt beschleunigen und erleichtern. Die OSZE ist bereit, ihr Know-how und ihre Erfahrungen in Bezug auf den demokratischen Wandel weiterzugeben und unter anderem konkrete Maßnahmen und Projekte zur Stärkung demokratischer Institutionen, Gewährleistung der Meinungsfreiheit, Stärkung der Zivilgesellschaft und Stimulierung des Wachstums zu unterstützen. Die Beziehungen der OSZE mit den Kooperationspartnern müssen zwar fest in einer Partnerschaft verwurzelt sein, es muss aber auch anerkannt werden, dass der Anstoß zu Veränderungen im südlichen Mittelmeerraum von innen zu kommen hat. Das heißt, die OSZE kann beraten, unterstützen und Erfahrungen und bewährte Praktiken anbieten, sie kann jedoch nicht ihre Prioritäten, ihre Strategien oder ihre Vision aufzwingen. Hier sind die Völker des Mittelmeerraums selbst gefordert.

Der irische Vorsitz der Kontaktgruppe möchte abschließend den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum für ihr Bestreben danken, sich die Normen und Prinzipien der OSZE zu eigen zu machen, zumal dies in einer problematischen Übergangsphase geschieht. Er dankt auch dem litauischen OSZE-Vorsitz 2011 für sein Bekenntnis zur Unterstützung des demokratischen Wandels der Mittelmeerpartner. Der irische OSZE-Vorsitz 2012 wird das Engagement der OSZE in der Mittelmeerregion fortsetzen und freut sich auf eine enge Zusammenarbeit mit dem designierten ukrainischen Vorsitz der Mittelmeer-Kontaktgruppe.

BERICHT
DES VORSITZENDEN DER KONTAKTGRUPPE FÜR
DIE KOOPERATIONSPARTNER IN ASIEN AN DAS
ACHTZEHNTE TREFFEN DES MINISTERRATS

(MC.GAL/9/11 vom 2. Dezember 2011)

Die Ereignisse in der asiatischen und der Mittelmeerregion im Jahr 2011 unterstrichen die Bedeutung der Tatsache, dass die Sicherheit der OSZE-Region mit der Sicherheit in den Nachbarregionen „untrennbar verbunden“ ist, wie die OSZE-Teilnehmerstaaten auf dem Gipfeltreffen von Astana im Dezember 2010 feststellten. Der „Arabische Frühling“ im südlichen Mittelmeerraum, die Katastrophen, die Japan im März 2011 heimsuchten, und die aktuellen Herausforderungen aufgrund grenzüberschreitender Bedrohungen wie etwa des illegalen Drogenhandels – all das machte diesen Zusammenhang deutlich.

Die Asien-Kontaktgruppe der OSZE bemüht sich nach wie vor sehr darum, dass die asiatischen Kooperationspartner einen Beitrag zum OSZE-Dialog leisten und sich an OSZE-Aktivitäten beteiligen. In ihren sechs Sitzungen im Jahr 2011 erörterte die Kontaktgruppe ein breites Spektrum von Sicherheitsfragen. Die Sitzungen der Kontaktgruppe boten auch Gelegenheit zu Informationen über OSZE-Aktivitäten in Bereichen aus allen drei Dimensionen, die für die asiatischen Partner von besonderer Bedeutung sind.

In der ersten Sitzung der Kontaktgruppe (21. Februar 2011) stellte ein Vertreter des litauischen Vorsitzes die Prioritäten und Pläne des Amtierenden Vorsitzenden für das Jahr in Bereichen vor, die für die asiatischen Partner konkrete Bedeutung haben. Der Vorsitzende der Kontaktgruppe präsentierte den Arbeitsplan der Gruppe für 2011 und betonte die Bedeutung des Partnerschaftsfonds, der den Kooperationspartnern die Teilnahme an OSZE-Aktivitäten ermöglicht und auch konkrete Projekte unterstützt. Die Kontaktgruppe wurde über das OSZE-Netz nationaler Koordinationsstellen für Grenzsicherheit und -management informiert, und den Partnerstaaten wurde nahegelegt, sich für eine Teilnahme an dem Netz zu interessieren. Die Gruppe wurde auch über Feldoperationen der OSZE in Zentralasien unterrichtet.

Die zweite Sitzung (18. März 2011) war grundsätzlich der dimensionsübergreifenden Frage grenzüberschreitender Bedrohungen gewidmet. Ein Berater des Generalsekretärs gab einen Überblick über die OSZE-Aktivitäten in diesen Bereichen und wies darauf hin, dass die Teilnehmerstaaten einhellig der Ansicht seien, die Partner sollten durch Dialog, Teilnahme an Aktivitäten und Austausch von Informationen und bewährten Praktiken in die OSZE-Bemühungen um die Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen enger eingebunden werden. Ein Vertreter des litauischen Vorsitzes erörterte die jüngsten Besuche des litauischen Außenministers und Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in Zentralasien und im Kaukasus sowie OSZE-Initiativen in Bezug auf die Kooperationspartner im Mittelmeerraum.

In ihrer dritten Sitzung (1. April 2011) war die Asien-Kontaktgruppe Adressatin von Vorträgen über ASEAN und dessen Pläne zur Schaffung einer Gemeinschaft, gestützt auf einen politisch-sicherheitsbezogenen, einen wirtschaftlichen und einen soziokulturellen Pfeiler (ASEAN Connectivity), und über die Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA). Ein Vertreter des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE unterrichtete die Kontaktgruppe über dessen

Aktivitäten in Zentralasien in der Wirtschafts- und Umweltdimension, unter anderem über die Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) und die Arbeit in folgenden Bereichen: Wasserwirtschaft, Zusammenarbeit auf den Gebieten Verkehr, Good Governance und Migrationssteuerung und Unterstützung der Bemühungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus.

In der vierten Sitzung der Kontaktgruppe (1. Juli 2011) informierte der Vorsitz die Teilnehmer über die den Kooperationspartnern gewidmete Sondersitzung der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2011, in der die Notwendigkeit betont worden war, einen multilateralen Mechanismus zu schaffen, um Afghanistan zu einer demokratischen Regierungsform zu verhelfen. Die Kontaktgruppe erörterte die Ergebnisse und das Follow-up der OSZE/Mongolei-Konferenz, die durch ein großes Engagement und einen Meinungsaustausch über Möglichkeiten zur Verstärkung der gemeinsamen Bemühungen, Antworten auf grenzüberschreitende Bedrohungen zu finden, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren und die Rolle der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit bei der Förderung der umfassenden Sicherheit zu stärken, geprägt war. Die Kontaktgruppe vernahm anerkennend, dass die Mongolei das neunte Millenniums-Entwicklungsziel der Vereinten Nationen (Gewährleistung der Menschenrechte und Stärkung der demokratischen Regierungsführung) angenommen hat, und erfuhr von den 130 einzigartigen Indikatoren der Mongolei für demokratische Regierungsführung und deren Selbstbewertungsinstrument zur Messung ihrer Fortschritte auf dem Weg zu diesem Ziel. Ihre Anerkennung fand auch ein Vortrag über die Unterstützung der Teilnehmerstaaten durch das BDIMR bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen in Bezug auf Menschenrechte, Wahlen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Den asiatischen Partnern wurde nahegelegt, von den reichen Erfahrungen des BDIMR Gebrauch zu machen, um ihr freiwilliges Bekenntnis zu den OSZE-Normen und -Prinzipien weiter zu festigen.

Schwerpunktthema der fünften Sitzung der Kontaktgruppe (20. September 2011) war Afghanistan. Es gab Vorträge über die Aktivitäten der OSZE in Bezug auf Afghanistan, die sich auf die drei wesentlichen Bereiche – Unterstützung bei den Präsidenten- und Parlamentswahlen, Unterstützung aus dem Partnerschaftsfonds für die afghanische Teilnahme an OSZE-Aktivitäten in allen drei Dimensionen, einschließlich der Förderung einiger konkreter Projekte, und ein Paket von 16 konkreten Hilfsprojekten zur Stärkung der Kapazitäten in den afghanischen Dienststellen für Grenz- und Zollangelegenheiten und Drogenbekämpfung – konzentriert hatten. Aus dem Paket von Projekten sind elf erfolgreich angelaufen, zehn wurden bis Ende 2011 abgeschlossen. Drei Projekte wurden allerdings aufgrund fehlender Mittel noch nicht gestartet; auch zwei grenzbezogene Projekte, die ein Engagement der OSZE auf afghanischem Hoheitsgebiet erforderlich machen würden, konnten aufgrund fehlenden Konsenses unter den Teilnehmerstaaten noch nicht in Angriff genommen werden.

In der sechsten Sitzung der Kontaktgruppe (1. November 2011) informierte ein Vertreter des OSZE-Vorsitzes die Teilnehmer über ein informelles Briefing über das Engagement der OSZE in Afghanistan vom 5. Oktober, bei dem die Ergebnisse und Erfahrungen aus dem ersten Paket von Hilfsprojekten überprüft wurden. Ein Vortrag des Botschafters für internationale Sicherheitsangelegenheiten der Republik Korea über die Förderung der kooperativen Sicherheit in Nordostasien entfachte eine Diskussion über Sicherheitsfragen in dieser Region. Auch ein unabhängiger Experte referierte in der Kontaktgruppe über die Entwicklung der Sicherheitskooperation in Europa und die Übertragbarkeit dieser Erfahrungen auf die Sicherheitskooperation in anderen Regionen.

Im Mittelpunkt der letzten Sitzung der Asien-Kontaktgruppe standen Fragen der Nichtverbreitung mit einem Vortrag Australiens über die Lage in der asiatisch-pazifischen Region und der CTBTO über deren Aktivitäten. Kasachstan stellte als Vorsitzender des FSK OSZE-bezogene Aktivitäten vor. Die Vorträge und die darauf folgenden Diskussionen zeugten ein weiteres Mal von der Gemeinsamkeit der Interessen und den Möglichkeiten für einen nutzbringenden Austausch und eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren asiatischen Partnern.

Das jährliche gemeinsame Treffen der Asien- und der Mittelmeer-Kontaktgruppe (21. Juli 2011) bot Gelegenheit zu einem umfassenderen Meinungs austausch über Entwicklungen in den an den OSZE-Raum angrenzenden Regionen, einschließlich des südlichen Mittelmeerraums, sowie zu aktuellen Informationen über die jüngsten OSZE-Veranstaltungen, etwa die Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung. Erörtert wurden auch OSZE-Aktivitäten in den Bereichen Polizeireform, Good Governance sowie Medienfreiheit und -reform.

Gegenstand der OSZE/Mongolei-Konferenz 2011 in Ulan Bator (Mongolei) am 23. und 24. Mai 2011 war die Verstärkung der Zusammenarbeit der OSZE mit den asiatischen Partnern bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen durch einen umfassenden Sicherheitsansatz. Die Konferenz sondierte Wege zur Förderung der umfassenden Sicherheit durch Verstärkung der gemeinsamen Bemühungen, gegen grenzüberschreitende Bedrohungen vorzugehen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die Menschenrechte, die Grundfreiheiten und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken.

Die Sitzung der Konferenz, die der politisch-militärischen Dimension gewidmet war, befasste sich mit der Verstärkung von Synergien als Antwort auf grenzüberschreitende Bedrohungen, insbesondere bei der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels mit Ursprung in Afghanistan, und mit der Stärkung der multilateralen Sicherheitskooperation und militärischen Transparenz in Ostasien. Die Teilnehmer stellten fest, dass die raschen Veränderungen, die sich in Asien vollziehen, sowohl Chancen als auch Herausforderungen mit sich brächten, was den Anreiz für die Verstärkung der regionalen Kooperation erhöhe. Es wurde festgestellt, dass die zivile Kontrolle ausschlaggebend für die Stärkung der militärischen Transparenz sei und dass die Lösung territorialer Streitigkeiten den Weg für eine umfassendere Zusammenarbeit ebnen würde. Darüber hinaus verdiene die Katastrophenhilfe neben traditionellen Sicherheitsfragen verstärkte Aufmerksamkeit. Trotz großer Unterschiede zwischen der OSZE-Region und Asien in historischer Hinsicht und bei den Sicherheitsbedürfnissen wurde weithin festgestellt, dass die OSZE mit ihrem Herangehen an den Dialog und an vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) als Inspirationsquelle für die asiatischen Partner diene könne und dass es genügend Spielraum für eine Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Interessen gebe.

Die Sitzung zu Sicherheitsproblemen im Wirtschafts- und Umweltbereich befasste sich mit Fragen des Verkehrs und der Energiesicherheit, besondere Aufmerksamkeit galt der Zoll- und Grenzabfertigung als Mittel zur Förderung sicherer Grenzen und der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Zusammenarbeit in Fragen der zweiten Dimension – darunter verstärkte Sicherheit, Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und Energiesicherheit – sei für beide Seiten vorteilhaft. Ein Vertreter des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE betonte, dass die Verstärkung des Engagements im Wirtschafts- und Umweltbereich in direktem Zusammenhang mit der Verstärkung von Demokratie und

Sicherheit in der OSZE-Region und darüber hinaus stehe. Zusammenarbeit und ein umfassender Ansatz seien wesentlich für nachhaltige Transportoptionen und Energiesicherheit; so könne ein Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und zur Integration ökologischer und sozialer Überlegungen geleistet werden. Im Bereich der Energiesicherheit seien Stabilität, Vorhersehbarkeit und Achtung der Rechtsstaatlichkeit maßgebliche Faktoren, die Investitionsanreize bieten und Energiesicherheit gewährleisten.

In der Sitzung zur dritten Dimension wurde festgestellt, dass Demokratie nicht nur ein Ziel, sondern auch ein Prozess sei, der den Willen des Volkes verkörpere. Somit spielten sowohl die Zivilgesellschaft als auch unabhängige Medien in Reformländern eine ausschlaggebende Rolle. Der Weg zur Demokratie sei von Erfolgen und Fehlschlägen begleitet, Misserfolge sollten jedoch ein Reformland nicht von seinem Ziel abbringen. Die asiatischen Partner verfügten selbst über einen reichen Schatz an Erfahrungen beim Aufbau der Demokratie – dank der enormen Anstrengungen, die von ihrem Volk und ihren Regierungen gemacht wurden. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass innerhalb des Tätigkeitsbereichs des BDIMR Wahlbeobachtung nach wie vor an erster Stelle stehe und dass sich die Kooperationspartner daran beteiligen könnten.

Der Partnerschaftsfonds der OSZE ermöglicht die Teilnahme von Partnerstaaten an einschlägigen OSZE-Aktivitäten und unterstützt konkrete Projekte. 2011 machte die Asien-Kontaktgruppe von den Mitteln des Partnerschaftsfonds Gebrauch, um die umfassende Sicherheit in der Region zu fördern. So wurden etwa bei einer von der Mongolei geförderten und auch von Kasachstan finanziell unterstützten Parallelveranstaltung zur OSZE/Mongolei-Konferenz 2011 zum Thema „Kapazitätsaufbau in Afghanistan: Stärkung des diplomatischen Dienstes“ spezielle Bedürfnisse und mögliche Ansätze zur Verstärkung der Kapazitäten des afghanischen diplomatischen Corps aufgezeigt. Transparenz und Offenheit in den diplomatischen Beziehungen könnten einem im Wandel befindlichen Staat dabei helfen, das Vertrauen und die Unterstützung anderer Länder zu gewinnen, was den Staat wiederum für Hilfsmaßnahmen und Investitionen attraktiv mache. Während der Parallelveranstaltung schlug die Mongolei eine Ausbildungsinitiative zur Qualifizierung afghanischer Diplomaten vor. Dieser Ausbildungsworkshop soll 2012 in Ulan Bator mit Unterstützung aus dem OSZE-Partnerschaftsfonds stattfinden. Er wird das afghanische Außenministerium bei der Stärkung seines diplomatischen Dienstes durch Weitergabe von Erfahrungen und Austausch von Wissen über internationale Beziehungen, Außenwirtschafts- und -handelspolitik (einschließlich Energiesicherheit) sowie über Umweltdiplomatie und die Kommunikation mit größeren Nachbarländern unterstützen.

Es wurde auch beschlossen, aus dem Partnerschaftsfonds ein Seminar über Zusammenarbeit im Interesse von Sicherheit und Entwicklung in Nordostasien und die Erfahrungen der OSZE zu unterstützen, das vom Österreichischen Zentrum für internationale Studien (ACIS), vom litauischen OSZE-Vorsitz, vom kasachischen Vorsitz der Asien-Kontaktgruppe und von der mongolischen Regierung gemeinsam organisiert werden soll. Dieses Seminar wird auf einer Reihe von Treffen aufbauen, die die Bedeutung der Erfahrungen der OSZE für die multilaterale Sicherheitskooperation in Nordostasien zum Gegenstand hatten und seit 2006 veranstaltet wurden. Sein Zweck ist die Ausarbeitung konkreter Grundsätze, Ziele und Maßnahmen zur Einrichtung eines Mechanismus für multilaterale Sicherheitskooperation in Nordostasien, einschließlich der VSBM, um Seerechtskonflikte und Streitigkeiten in der Region zu verhindern, zu entschärfen oder zu lösen. Es wird Empfehlungen für einen Fahrplan für die Sechs-Parteien-Gespräche ausarbeiten, die sich unter anderem mit der Denuklearisierung, Sicherheitsgarantien und

einem Friedensvertrag befassen sollen. Das Seminar wird auch der Frage nachgehen, auf welche Weise atomwaffenfreie Zonen die regionale Stabilität und Sicherheit erhöhen können, und Möglichkeiten sondieren, wie die Wirtschaftskooperation in der Region verstärkt werden kann. Das Seminar, das ursprünglich im November 2011 in Wien hätte stattfinden sollen, wurde auf 2012 verschoben, um aussagekräftige Beiträge von allen wichtigen Akteuren der Sechs-Parteien-Gespräche zu ermöglichen.

Der Ständige Rat genehmigte auch (mit PC.DEC/1003) die Inanspruchnahme des Partnerschaftsfonds zur Finanzierung eines Workshops zum Thema „Förderung von Sicherheit durch ein umfassendes Entwicklungskonzept für Grenzregionen – ein Kapazitätsaufbauprogramm anhand thailändischer Erfahrungen“, der 2012 von Thailand veranstaltet werden soll. Der Workshop, der an eine ähnliche erfolgreiche Initiative aus dem Jahr 2010 anschließt, wird die Verstärkung der gemeinsamen Bemühungen zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen, die von illegalen landwirtschaftlichen Kulturen und Drogenschmuggel ausgehen, durch Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken in Bezug auf Mittel und Wege zur Umwandlung unterentwickelter und instabiler Grenzregionen in sichere und wohlhabende Regionen aufgrund eines umfassenden Ansatzes, der auch alternative Möglichkeiten der Existenzsicherung einschließt, zum Gegenstand haben.

Der kasachische Vorsitz der Asien-Kontaktgruppe ist mit den Ergebnissen des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den asiatischen Partnern zufrieden. Diese verdienen Anerkennung für ihre rege Beteiligung und ihre Beiträge. Unser Dank gilt auch dem litauischen OSZE-Vorsitz 2011 für seine Führungsfunktion und Unterstützung sowie dem Generalsekretär und der Abteilung Externe Zusammenarbeit für die laufende Hilfestellung.

BERICHT
AN DAS ACHTZEHNTE TREFFEN DES MINISTERRATS ÜBER DAS
TREFFEN DER OSZE-TROIKA
MIT DEN KOOPERATIONSPARTNERN IN ASIEN
(MC.GAL/14/11 vom 16. Dezember 2011)

Das jährliche Treffen der OSZE-Ministertrioika mit den asiatischen Kooperationspartnern fand am 7. Dezember 2011 am Rande des Ministerrats von Wilna unter Beteiligung des OSZE-Generalsekretärs und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE statt. Den Vorsitz führte der Minister für auswärtige Angelegenheiten Litauens, Audronius Ažubalis.

Minister Ažubalis fand anerkennende Worte für die intensive Zusammenarbeit, die sich zwischen der OSZE und den asiatischen Partnern entwickelt hat. Er stellte fest, dass die OSZE-Kooperationspartnerschaft eine Priorität des litauischen Vorsitzes gewesen sei, und verwies auf den Vorschlag für einen Ministerbeschluss zu den Kooperationspartnern. Ein weiterer außerordentlich wichtiger Bereich sei für Litauen das OSZE-Engagement für Afghanistan gewesen, und es seien Verhandlungen über die Verabschiedung eines Ministerbeschlusses zu dieser Frage im Gange, durch den die Zusammenarbeit in allen drei OSZE-Dimensionen der Sicherheit durch die Einführung eines zweiten Pakets von Projekten gestärkt werden solle. Er begrüßte außerdem den Antrag der Mongolei auf Mitgliedschaft in der OSZE, der ein klares Zeichen für die anhaltende Bedeutung der OSZE-Werte und -Verpflichtungen darstelle. Abschließend dankte er Kasachstan für die kompetente Vorsitzführung in der Asiatischen Kontaktgruppe.

Der Stellvertretende Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Kasachstan, Schigalow, lobte die asiatischen Partner für ihr Engagement und ihren Enthusiasmus für die OSZE. Kasachstan freue sich auf einen lebhaften Gedankenaustausch und positive Ergebnisse der OSZE/Thailand-Konferenz 2012 sowie des Workshops zum Austausch von Erfahrungen bei der Bekämpfung illegaler landwirtschaftlicher Kulturen, in dem ebenfalls Thailand den Vorsitz führe. Auch er sei der Meinung, dass das Engagement für Afghanistan verstärkt werden müsse, und begrüße das Ersuchen der Mongolei um Aufnahme als OSZE-Teilnehmerstaat; er rief die OSZE-Teilnehmerstaaten dazu auf, positiv auf den Antrag zu reagieren. Ferner sei Kasachstan überzeugt, dass die Sicherheit im OSZE-Raum untrennbar mit der Sicherheit in der Region der asiatischen Partner verbunden sei, und er bekräftigte das Bekenntnis Kasachstans zu einer Vertiefung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit Asien. Schließlich dankte er dem Generalsekretär und dem Sekretariat für ihre wertvolle Unterstützung und allen asiatischen Partnern für ihre Beiträge zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit der OSZE.

Alle Teilnehmerstaaten sprachen Japan ihr tief empfundenenes Mitgefühl aus, wo sich im März 2011 ein verheerendes Erdbeben und als Folge davon ein Tsunami ereignet hatten, sowie Thailand, das die schwersten Überschwemmungen in der Geschichte des Landes erlebte. Ferner brachten sie ihr Beileid und ihre Trauer angesichts der tödlichen Terroranschläge in Kabul und Mazar-e Sharif am 6. Dezember zum Ausdruck. Sie betonten, dass diese Ereignisse zeigten, wie wichtig es sei, Afghanistan bei der Bewältigung der Herausforderungen auf dem Weg zu Frieden, Stabilität und Wohlstand zu unterstützen, und unterstrichen ihre nachdrückliche Bereitschaft, gemeinsam mit der OSZE und durch sie auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Die asiatischen Kooperationspartner meinten, es müssten noch größere Anstrengungen unternommen werden, um eine Brücke zwischen Asien und Europa zu schlagen und die beiden Kontinente einander näher zu bringen. Sie stellten fest, die OSZE sei dazu berufen, eine wichtige Rolle in diesen Bemühungen zu spielen, und die KSZE/OSZE-Erfahrung werde von den Partnern als Quelle der Inspiration empfunden. Die OSZE-Teilnehmerstaaten und die Partner der OSZE teilten gemeinsame Werte wie Demokratie, Menschenrechte, friedliche Konfliktbeilegung und Rechtsstaatlichkeit. Diese Prinzipien hätten sich jedoch noch nicht weltweit durchgesetzt und es gebe nach wie vor Herausforderungen für die Sicherheit in Asien und im pazifischen Raum. Als Beispiele wurden das totalitäre Regime in Nordkorea, das Demokratiedefizit in China, Herausforderungen im Bereich der Menschenrechte in ganz Indochina, ein Militärputsch in Fidschi, eine sich in Ansätzen abzeichnende zivile Regierung in Burma und anhaltende Herausforderungen in Sri Lanka genannt. Außerdem sei Asien mit erheblichen ungelösten Gebietsstreitigkeiten konfrontiert, etwa der Nordkoreafrage, dem Territorialstreit zwischen China und Japan um das Ostchinesische Meer, der Taiwanfrage, dem Südchinesischen Meer und, in Südasien, den fortbestehenden Unstimmigkeiten über Gebiete wie Kaschmir.

Es gebe zwar multilaterale Kooperation in Asien, doch beschränke sie sich oft auf Wirtschaftsaspekte. Ein Partner stellte hingegen fest, dass der Ostasiengipfel unter Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika und Russland dieses Jahr in eine neue Phase getreten sei, die hoffentlich die Sicherheitsaspekte stärker als bisher berücksichtigen werde. Asien könne viel vom umfassenden Sicherheitsansatz und den vertrauensbildenden Maßnahmen der OSZE lernen, die zum friedlichen Ende des Kalten Kriegs in Europa beigetragen hätten. Auch ASEAN würde von den Erfahrungen und Lehren der OSZE profitieren, da der Verband bis 2015 eine ASEAN-Gemeinschaft werden wolle. Andererseits könne auch die OSZE Nutzen aus den Erfahrungen und Lehren des ASEAN ziehen, der in der Vergangenheit ausschlaggebend für die Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in Südostasien gewesen sei. Außerdem könnten sich die Sechs-Parteien-Gespräche in Nordostasien zu einem KSZE/OSZE-ähnlichen Prozess entwickeln. Was in der asiatischen Region geschieht, habe unweigerlich beträchtliche Auswirkungen auf den Frieden und Stabilität im gesamten OSZE-Raum.

Die Partner stellten fest, dass die beiden Säulen, auf denen die Beziehungen zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern ruhen, ein kontinuierlicher Dialog und gemeinsame Projekte seien. Mehrere Partner regten an, in die Erörterungen über die Zukunft der Beziehungen zwischen der OSZE und der Asien-Pazifik-Region Wissenschaftler einzubeziehen, da die beiden Regionen in Fragen der Wirtschaft und der Sicherheit eng miteinander verbunden seien.

Die asiatischen Kooperationspartner unterstützten uneingeschränkt die Bemühungen der Mongolei um Aufnahme in die OSZE als Vollmitglied und legten allen Teilnehmerstaaten der OSZE nahe, den Antrag der Mongolei zu unterstützen. Ferner verliehen sie der Hoffnung Ausdruck, dass im Laufe des Tages ein Beschluss über die Kooperationspartner auf dem Ministertreffen verabschiedet werde, und versprachen, sich aktiv um dessen Umsetzung zu bemühen.

Außerdem brachten die asiatischen Kooperationspartner ihre Unterstützung für die OSZE/Thailand-Konferenz am 13. und 14. Februar 2012 in Chiang Mai zum Ausdruck. Die Konferenz biete eine gute Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch in Fragen von gegenseitigem Interesse – etwa der Verstärkung der regionalen Sicherheit,

vertrauensbildenden Maßnahmen, der Stärkung der regionalen Sicherheit, nachhaltigen Energie- und Verkehrsverbindungen und der Förderung der Menschenrechte.

Der Generalsekretär unterstützte die Auffassung der asiatischen Partner, dass die Beziehungen und der Austausch zwischen regionalen Organisationen verstärkt werden sollten. Ferner äußerte er seine uneingeschränkte Unterstützung für die Idee, wissenschaftliche Netzwerke zur Förderung einer stärkeren und intensiveren Zusammenarbeit zu schaffen. Er berichtete über die Afghanistan-Konferenzen in Istanbul und Bonn, denen er beigewohnt habe, und äußerte die Hoffnung, dass der Ministerrat im Laufe des Tages den Beschluss zu Afghanistan verabschieden werde und sprach über das zweite Paket von Projekten, das die Zusammenarbeit mit Afghanistan ausweiten würde. Darüber hinaus betonte er, dass das Interesse der Mongolei an einer Mitgliedschaft in der OSZE dieser zur Ehre gereiche und eine Anerkennung ihrer Werte darstelle.

Der Vertreter der Parlamentarischen Versammlung unterstrich, dass die Parlamentarier der Zusammenarbeit mit den OSZE-Partnern, die ihrer Meinung nach Vorteile für beide Seiten bringe, große Bedeutung beimessen. Er erklärte, dass der Gedanke wissenschaftlicher Netzwerke die volle Unterstützung von Präsident Eftymiou habe. Zum Antrag der Mongolei auf Aufnahme als Teilnehmerstaat in die OSZE berichtete der Sonderbeauftragte, dass die Parlamentarier bisher keine Gelegenheit gehabt hätten, die Frage im Beschlussfassungsprozess der parlamentarischen Versammlung der OSZE zu erörtern, fügte jedoch hinzu, dass die Abgeordneten diesem Gedanken positiv gegenüberstünden.

Der designierte irische OSZE-Vorsitz bekannte sich ausdrücklich zur Weiterentwicklung und zum Ausbau der Zusammenarbeit mit den asiatischen Partnern und erklärte erneut seine nachdrückliche Unterstützung für das Ersuchen der Mongolei um Aufnahme als Teilnehmerstaat.